Erwerbstätig oder Hausfrau?

Einflussfaktoren für den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit.

Drei Länder im Vergleich: Westdeutschland, Italien und Spanien

Dissertation

zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen Doktorgrades

der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen

vorgelegt von

Esther Ochoa Fernández

aus Pamplona

Göttingen 2012

1. Gutachter: Prof. Dr. Steffen Kühnel
2. Gutachterin: Prof. Dr. Ilona Ostner
3. Gutachterin: Prof. Dr. Karin Kurz

Tag der mündlichen Prüfung: 27.06.2012

Inhaltsverzeichnis

Teil I. Einleitung und Fragestellung 9

Teil II. Theoretische Grundlagen über das Arbeitsmarkt-verhalten von Frauen 15

Kapitel 1. Ökonomische Theorien 15

1.1. Neoklassische Humankapitaltheorie 15
1.2. Frauenerwerbstätigkeit und Familie in den ökonomischen Theorien 15
1.2.1. Neoklassische Familienökonomie 15
1.2.2. Ökonomische Verhandlungstheorie 18

Kapitel 2. Soziologische Theorien 19

2.1. Klassentheorie und der Einfluss der Klassenzugehörigkeit 19
2.2. Erwerbspräferenzen, Einstellung und der Effekt von Bildung 21
2.3. Partnerschaft und Sozialkapital 25
2.4. „Doing Gender" Ansatz 26

Kapitel 3. Sozial- und Familienpolitik im Wohlfahrtsstaat 28

3.1. Vom Mainstream-Regime des Wohlfahrtsstaats … 28
3.2. … zu Gender-Regime des Wohlfahrtsstaats 30
3.3. Familialismus und Defamiliarisierung 34
3.4. Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und Frauenerwerbstätigkeit 37

Kapitel 4. Arbeitsmarktbezogene Theorien und Ansätze 39

Kapitel 5. Zusammenfassung 45

Teil III. Die Kontexte: Westdeutschland, Italien und Spanien 47

Kapitel 6. Westdeutschland in den 90er Jahren 47

6.1. Familienbildung, weibliche Bildungsteilnahme und Frauenerwerbstätigkeit in den 90er Jahren 47
6.2. Deutschland: konservativer Wohlfahrtsstaat und expliziter Familialismus 48
6.3. Der Arbeitsmarkt 51

Kapitel 7. Italien in den 90er Jahren 54

7.1. Familienbildung, weibliche Bildungsteilnahme und Frauenerwerbstätigkeit in den 90er Jahren 54
7.2. Der italienische Wohlfahrtsstaat und das familialistische Regime 55
7.3. Der Arbeitsmarkt 58

Kapitel 8. Spanien in den 90er Jahren 61

8.1. Familienbildung, weibliche Bildungsteilnahme und Frauenerwerbstätigkeit in den 90er Jahren 61
8.2. Spanien als südeuropäisches familialistisches Land 62
8.3. Der Arbeitsmarkt 65

Kapitel 9. Zusammenfassung: Die drei unterschiedlichen Kontexte im Vergleich 68

Teil IV. Hypothesen 70

Kapitel 10. Haupteffekte 70

10.1. Der Einfluss des Humankapitals 70
10.2. In der Partnerschaft: Neoklassische Familienökonomie und ökonomische Verhandlungstheorie 71
10.3. Der Einfluss von Klasse 72
10.4. Erwerbspräferenzen, Einstellung und der Effekt von Bildung 73
10.5. Sozial- und Familienpolitik 73
10.5.1. Die Anwesenheit eines Ehepartners 73
10.5.2. Das Alter und die Anzahl von Kindern 74
10.5.3. Familialistische Geldleistungen 76
10.6. Arbeitsmarktbezogene Ansätze und Theorien 77
10.7. Verlauf des Erwerbslebens 79

Kapitel 11. Interaktionseffekte 80

11.1. Moderator-Variable: Einkommen 80
11.2. Moderator-Variable: Anwesenheit eines Ehepartners 80
11.3. Moderator-Variable: Bildung 81
11.4. Moderator-Variable: Arbeitsmarktbezogene Variablen 81

Teil V. Methodologische Grundlagen 83

Kapitel 12. Ereignisdatenanalyse 83

12.1. Beschreibung der Methode 83
12.2. Zeitdiskretes oder Zeitkontinuierliches-Modell? 84
12.3. Ein-Episoden-Modell oder Mehr-Episoden-Modell? 86
12.3.1. Der Anfangszeitpunkt („starting times") 87
12.3.2. Probleme des Mehr-Episoden-Modells 88
12.4. Analyse-Strategie 89
12.5. Rechts- und Linkszensierung 89

Kapitel 13. Stichprobe und Datensatz 92

13.1. Die Stichprobe und die Befragung: ECHP 1994-2001 92
13.2. Die Daten 94
13.3. Die Stichprobe vorliegender Arbeit 95
13.4. Panelausfälle 95

Kapitel 14. Datenbasis und Operationalisierung 99

14.1. Die abhängige Variable 99
14.2. Die unabhängigen Variablen 104
14.2.1. Sozio-Demografische Variablen 104
14.2.2. Arbeitsmarkt 108
14.2.3. Klassenzugehörigkeit 111

14.2.4. Einkommen 113
14.2.5. Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen 116
14.2.6. Familialistische Maßnahmen 117
14.2.7. Variablen über den Erwerbsverlauf 118
14.2.8. Arbeitslosenrate als Kontrollvariable 121
14.2.9. Region als Kontrollvariable 122

Teil VI. Empirische Ergebnisse 124

Kapitel 15. Westdeutschland 124

15.1. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit. 124
15.2. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit 130
15.3. Zusammenfassung und Übersicht über die getesteten Hypothesen zu dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit 134

Kapitel 16. Italien 138

16.1. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit. 138
16.2. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit 144
16.3. Zusammenfassung und Übersicht über die getesteten Hypothesen zu dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit 150

Kapitel 17. Spanien 155

17.1. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit. 155
17.2. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit 158
17.3. Zusammenfassung und Übersicht über die getesteten Hypothesen zu dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit 163

Kapitel 18. Ländervergleichende Ergebnisse 167

Teil VII. Zusammenfassung und Fazit 175

Kapitel 19. Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich 175

Literaturverzeichnis 189

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1. Institutionelle familienpolitische Rahmenbedingungen in Westdeutschland (90er Jahre) 49

Tabelle 2. Institutionelle familienpolitische Rahmenbedingungen in Italien (90er Jahre) 57

Tabelle 3. Institutionelle familienpolitische Rahmenbedingungen in Spanien (90er Jahre) 63

Tabelle 4. Institutionelle familienpolitische Maßnahmen in Westdeutschland, Italien und Spanien 69

Tabelle 5. Klassifikationen ohne Übereinstimmung zwischen beiden im ECHP vorhandenen Definitionen des Erwerbsstatus 101

Tabelle 6. Nach Land differenzierte Darstellung der Übergänge von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit 102

Tabelle 7. Kodierung der Kohorten-Variablen: Italien und Spanien 105

Tabelle 8. Kodierung der Kohorten-Variablen: Westdeutschland 105

Tabelle 9. Anwesenheit von Kindern im Haushalt und Alter des jüngsten Kindes 107

Tabelle 10. Gültige und fehlende Werte der Variable PE024 nach Ersatz der fehlenden Werte in der Welle 1994: Dummy-Variable zur Kontrolle der fehlenden Werte 110

Tabelle 11. Gültige und fehlende Werte der Variable PE008 nach Ersatz der fehlenden Werte: Dummy-Variable zur Kontrolle der fehlenden Werte 110

Tabelle 12. EGP-Klassenschema 112

Tabelle 13. Variable zur Klassenlage nach der Position auf dem Arbeitsmarkt und im Unternehmen 113

Tabelle 14. Anzahl selbstständiger Frauen an erwerbstätigen Frauen. Häufigkeitstabelle der Variable PE001 für erwerbstätige Frauen 115

Tabelle 15. Erwerbsstatus (PE001 „Main activity status-Self-Defined") der Personen mit einem Wert von Null in der neu generierten Variable über das Einkommen 116

Tabelle 16. Arbeitslosenrate in den Erhebungsjahren: Verwende Information zur Generierung der Variable über die Arbeitslosenrate 122

Tabelle 17. Dummy-Variablen zur Kontrolle der Region 123

Tabelle 18. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit): Westdeutschland 127

Tabelle 19. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit): Westdeutschland 131

Tabelle 20. Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Westdeutschland 136

Tabelle 21. Übersicht über die Hypothesen zu den Interaktionseffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Westdeutschland 137

Tabelle 22. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit): Italien 143

Tabelle 23. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit): Italien 148

Tabelle 24. Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Italien 153

Tabelle 25. Übersicht über die Hypothesen zu den Interaktionseffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Italien 154

Tabelle 26. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit): Spanien 157

Tabelle 27. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit): Spanien 161

Tabelle 28. Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Spanien 164

Tabelle 29. Übersicht über die Hypothesen zu den Interaktionseffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Spanien 166

Tabelle 30. Effekt des Bildungsniveaus in Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich 167

Tabelle 31. Effekt der Anwesenheit eines Ehe-/Lebenspartners in Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich 168

Tabelle 32. Effekt der Schwangerschaft und des Alters des jüngsten Kindes 169

Tabelle 33. Effekt der Geldleistungen für Familien in Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich 170

Tabelle 34. Effekt der Teilzeitarbeit in Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich 172

Tabelle 35. Ländervergleichende Hypothesen: Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit 173

Tabelle 36. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit 177

Tabelle 37. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit 178

Tabelle 38. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit 179

Tabelle 39. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit 180

Tabelle 40. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit 181

Tabelle 41. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit 182

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1. Haushalt ist genauso befriedigend wie eine Erwerbstätigkeit. 184

Abbildung 2. Beide Partner sollten zum Haushaltseinkommen beitragen. 184

Abbildung 3. Frauen mit Kindern im Vorschulalter sollten erwerbstätig sein. 185

Anhangsverzeichnis

Anhang A. Variablen im Codebook und im Fragebogen

Anhang A.1. Verwendete Variablen zur Generierung der abhängigen Variable

Anhang A.2. Vorgehensweise im ECHP zur Generierung von Variable PE003

Anhang A.3. Kodierung der verwendeten Variablen zur Generierung der erklärenden Variablen

Anhang A.4. Auflistung der Variablen zur Erfassung von Bildung, Aus- und Weiterbildung

Anhang A.5. Darstellung der Rekodierung der Variable Beschäftigung für die Generierung der Variable über die Klassenzugehörigkeit

Anhang A.6. Auflistung der Variablen zur Erfassung des Einkommens von Personen

Anhang A.7. Auflistung der Variablen zur Erfassung des Einkommens von Haushalten

Anhang A.8. Vorgehensweise zur Festlegung der Referenzperson innerhalb des Haushalts

Anhang A.9. Abweichung der Variablen über die Klassenzugehörigkeit von dem von Erikson und Goldthorpe vorgeschlagenen Fünf-Klassen-Schema

Anhang A.10. Auswahl der Variable zur Ermittlung des Einkommens von Selbstständigen

Anhang A.11. Auswahl der Variable zur Ermittlung des Haushaltseinkommens

Anhang A.12. Variablen über die familiären Geldleistungen

Anhang A.13. Variablen zur Operationalisierung der Dauer der Erwerbstätigkeit in der aktuellen Stelle

Anhang B. Variablennamen und im Anhang verwendete Abkürzungen

Anhang C. Univariate und bivariate Statistik

Anhang C.1. Univariate Statistik: Abhängige und unabhängige Variablen

Anhang C.2. Bivariate Statistik: Unabhängige metrische Variablen

Anhang C.3. Bivariate Statistik: Unabhängige nominale Variablen

Anhang C.4. Bivariate Statistik: Unabhängige dichotome Variablen

Anhang D. Berechnung der statistischen Modelle.

Anhang D.1. Vorgehensweise bei der Berechnung der statistischen Modelle

Anhang D.2. Westdeutschland: Schrittweise Modellierung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauenerwerbstätigkeit. Die Hausfrauentätigkeit wird mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit kombiniert.

Anhang D.3. Westdeutschland: Schrittweise Modellierung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit. Die Hausfrauentätigkeit wird mit einer Erwerbstätigkeit von weniger als 15 Stunden pro Woche kombiniert.

Anhang D.4. Italien: Schrittweise Modellierung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauenerwerbstätigkeit. Die Hausfrauentätigkeit wird mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit kombiniert.

Anhang D.5. Italien: Schrittweise Modellierung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit. Die Hausfrauentätigkeit wird mit einer Arbeitslosigkeit kombiniert.

Anhang D.6. Spanien: Schrittweise Modellierung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauenerwerbstätigkeit. Die Hausfrauentätigkeit wird mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit kombiniert.

Anhang D.7. Spanien: Schrittweise Modellierung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit. Die Hausfrauentätigkeit wird mit einer Arbeitslosigkeit kombiniert.

Anhang E. Italien: zusätzliche geschätzte Modelle.

Anhang E.1. Italien: Modell für den Übergang erwerbstätiger Frauen in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit.

Anhang E.2. Italien: zusätzliches Modell für den Übergang erwerbstätiger Frauen in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit.

Teil I. Einleitung und Fragestellung

Im Laufe der 70er, 80er und 90er Jahre nahm die Frauenerwerbsbeteiligung in Europa zu bei gleichzeitiger Abnahme der Männerbeschäftigung (Lewis 2004:62). Jedoch, und trotz des Politikwandels in Richtung eines „adult worker model" (Lewis 2004), können bemerkenswerte Unterschiede bei der Frauenerwerbsbeteiligung im Vergleich zur Männererwerbsbeteiligung festgestellt werden. Bei näherer Betrachtung dreier Dimensionen des Ausmaßes der Erwerbsbeteiligung kann festgestellt werden, dass sowohl die *Erwerbsquoten* als auch der *zeitliche Umfang* der Erwerbsbeteiligung (Vollzeit oder Teilzeitbeschäftigung) und ebenso die *Kontinuität* (Erwerbsbeteiligung mit oder ohne Unterbrechungen) geringer bei Frauen als bei Männern sind.[1] Frauen sind insbesondere bei den so genannten „Normalarbeitsverhältnissen" (Mückenberger 1985) immer noch unterrepräsentiert, bei den „atypischen" Arbeitsverhältnissen (insbesondere Teilzeitarbeit) überrepräsentiert und weiterhin von höherer Arbeitslosigkeit und *diskontinuierlicheren Erwerbsbiographien* betroffen als Männer (vgl. Europäische Kommission 2003; Holst und Maier 1998; Koch und Bäcker 2004; Cebrián López und Moreno Raymundo 2002).

In der vorliegenden Arbeit konzentriert sich die Analyse auf die Erwerbskontinuität von Frauen im Alter vom 16. bis zum 45. Lebensjahr. Das Konzept der Erwerbskontinuität umfasst sowohl die Abgänge aus der Erwerbstätigkeit in andere Zustände (z.B. Arbeitslosigkeit oder Hausfrauentätigkeit) als auch die Zugänge in die Erwerbstätigkeit aus anderen Zuständen. Hier wird der Frage nachgegangen, warum erwerbstätige Frauen – mit und ohne Kinder - in den 90er Jahren den Arbeitsmarkt verlassen um Hausfrau zu werden. Der hier untersuchte Übergang ist der von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit. Die Analyse wird auf den Lebensabschnitt zwischen dem 16. und dem 45. Lebensjahr beschränkt, da bis zum 45. Lebensjahr (wenn auch in unterschiedlicher Stärke) eine intensive Familien- und Karrierephase stattfindet, in dem Sinne dass die Entscheidungsfindung über Familie oder/und Karriere und die möglichen Vereinbarkeitsprobleme in der Regel in dieser Lebensphase auftreten. Sie werden ab dem 16. Lebensjahr verfolgt, da erst ab diesem Alter eine reglementierte Erwerbstätigkeit möglich ist. Der Übergang wird in drei unterschiedlichen Ländern untersucht: Westdeutschland, Italien und Spanien. Aufgrund der in den 90er Jahren bestehenden großen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung und den Erwerbsmustern von Frauen in

[1] In unterschiedlichen Beiträgen differenzieren Klammer und Daly gezielt zwischen den genannten drei Dimensionen (Höhe, Umfang und Kontinuität) und untersuchen ihr Ausmaß im europäischen Vergleich (Daly 1998, 2000; Klammer und Daly 2003; Daly und Klammer 2005).

West- und Ostdeutschland (vgl. Bothfeld 2004; Schmidt und Schmitt 2004) konzentriert sich die Analyse auf Westdeutschland.

In der Literatur wird oft die Erwerbstätigkeit von Frauen aus unterschiedlichen Disziplinen und innerhalb der Disziplinen aus unterschiedlichen Schulen betrachtet. Einige Autoren heben die Erklärungskraft einzelner Theorien hervor, jedoch findet man ebenfalls Wissenschaftler, die eine integrierende Perspektive bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit vertreten und mehrere Ansätze sowie Erklärungsfaktoren für deren Analysen heranziehen (Crompton 2006; Solera 2009). Dabei werden sowohl die ökonomischen Ansätze über Humankapital und Erwerbstätigkeit in der Partnerschaft (Familienökonomie), als auch soziologische Ansätze über die Klassenzugehörigkeit, die Erwerbspräferenzen, die Einstellungen sowie der normative und kulturelle Einfluss berücksichtigt. Auch in der Soziologie werden Theorien herangezogen, die die Frauenerwerbstätigkeit in der Partnerschaft vorhersagen, wie die Theorie des Sozialkapitals und der konstruktivistische Doing-Gender-Ansatz. Nicht zuletzt wird die Frauenerwerbsbeteiligung in Abhängigkeit von der sozial- und insbesondere familienpolitischen Gestaltung im Wohlfahrtsstaat sowie mit der Segmentation und Strukturierung des Arbeitsmarktes erklärt. Familienpolitische Maßnahmen wie die Besteuerung des Einkommens von Ehepartnern aber auch der Mutterschutz und die Elternzeit sowie ein Betreuungsangebot für Kinder werden in Zusammenhang, wenn nicht konkret mit der Erwerbskontinuität, dann jedoch mit dem Erwerbsverhalten von Frauen gebracht (Gustafsson 1992; Dingeldey 2000, 2001; Ondrich et al. 2003; Meyers, Gornick und Ross 1999; Daly 2000).

Über die theoretischen Ansätze hinaus gibt es ebenfalls empirische Studien, die sich konkret auf die Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit in unterschiedlichen Ländern beziehen. Dabei erweisen sich Ressourcen wie Einkommen und Bildung als wichtige Faktoren (Kurz 1998; Felmlee 1984; Dex et al. 1998). Ebenfalls die Anwesenheit und das Alter von Kindern beeinflussen, in unterschiedlicher Stärke je nach Kontext die Erwerbsunterbrechungen von Frauen (Solera und Bettio 2007; Solera 2009). Weiterhin sind arbeitsmarktbezogene Faktoren wie befristete Arbeitsverhältnisse, der öffentliche Sektor, die Teilzeitbeschäftigung sowie die Unternehmensgröße als wesentliche Faktoren festgestellt worden (Bratti, Del Bono und Vuri 2004; Gutiérrez-Domènech 2005; Glass und Riley 1998; Blossfeld und Hakim 1997; Fagan und O'Reilly 1998). Die Klassenzugehörigkeit scheint gleichfalls von Bedeutung für den Übergang in die Hausfrauentätigkeit zu sein, obwohl diese gelegentlich als Proxy-Variable für das Einkommen verwendet wird (Solera 2009; McRae 2003).

Die genannten Theorien und Faktoren werden in der vorliegenden Arbeit im Hinblick auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit untersucht. Solera zeigt bereits, dass ein integrierender Ansatz, in dem sowohl individuelle als

auch wohlfahrtsstaatliche und arbeitsmarktbezogene Merkmale berücksichtigt werden, empirische Evidenz bezüglich des Übergangs von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit aufweist (Solera 2009). Daher ist es sinnvoll, unterschiedliche Theorien und Institutionen bei der Analyse des hier untersuchten Übergangs zu berücksichtigen. In Abgrenzung zur empirischen Arbeit von Solera (2009) werden in den Modellen vorliegender Arbeit Variablen aufgenommen, die sowohl die Theorien als auch den Einfluss der Kontexte genauer überprüfen lassen. Es werden nicht ausschließlich Bildung und Klasse in die Modelle aufgenommen um sie als Proxy-Variablen für das Einkommen zu interpretieren, sondern ebenfalls das Erwerbseinkommen an sich. Dies erlaubt eine genauere Differenzierung und Trennung der Effekte der jeweiligen Variablen, und damit der Einflüsse der Kontexte sowie der Gültigkeit der entsprechenden Theorien. Daher kann eher festgestellt werden, ob die neoklassische Humankapitaltheorie, die Klassentheorie oder die Bildung als eigenständiger Einflussfaktor den Übergang beeinflussen. Ebenfalls werden mehrere arbeitsmarktbezogene Variablen aufgenommen, die die Überprüfung von Aspekten des Arbeitsmarktes ermöglicht, die über den Erwerbsumfang hinausgehen. Bezüglich der Ereignisdatenanalyse werden ferner Variablen berücksichtigt, die nicht ausschließlich die Dauer der Erwerbstätigkeit sondern ebenfalls Aspekte wie die Anzahl der Episoden in der Hausfrauentätigkeit umfassen. Solera untersucht außerdem den ersten Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit, während in der vorliegenden Arbeit alle Übergänge von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit untersucht werden, die in dem hier analysierten Zeitraum (1994-2001) stattfinden. Daher handelt es sich hier nicht um Ein-Episoden- sondern um Mehr-Episoden-Modelle. Außerdem wurden für jedes Land zwei unterschiedliche Übergänge in die Hausfrauentätigkeit untersucht, je nachdem ob diese mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit (in Westdeutschland, Italien und Spanien), mit einer geringfügigen Erwerbstätigkeit (nur in Westdeutschland) oder mit einer Arbeitslosigkeit (in Italien und in Spanien) kombiniert wird. Darüber hinaus werden durch Interaktionseffekte die Effekte des individuellen Familienstatus und der persönlichen Arbeitsmarktsituation, des erreichten Bildungsniveaus und des Erwerbseinkommens je nach Schwangerschaft, Alter und Anzahl der Kinder differenziert. Solera vergleicht in ihrer Arbeit Italien und Großbritannien. In der vorliegenden Arbeit werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Westdeutschland, Italien und Spanien verglichen. Damit wird deutlich, dass von ähnlichen theoretischen Rahmen ausgehend sowohl die Methode als auch der empirische Teil beider Forschungsarbeiten unterschiedlich angelegt sind.

Die Wohlfahrtsstaaten der 90er Jahre lassen sich dadurch kennzeichnen, dass sie sich langsam von dem *Male-Breadwinner-Model* verabschieden und in den Familien immer mehr das *Dual-Earner-Model* vorzufinden ist. Jedoch trotz der Veränderung auf der Individualebene, wurde diese Veränderung in den 90er Jahren noch nicht durch einen

Wechsel in der Familien- und Sozialpolitik begleitet (O'Connor 1996: 101). Die ausgewählten Länder waren in den 90er Jahren familialistische Länder, in dem Sinne, dass staatlicherseits implizit oder explizit unterstützt wurde, dass die familiären Betreuungsaufgaben innerhalb der Familie von den Frauen übernommen wurden (Leitner 2003). Die 90er Jahre sind in Spanien und Italien außerdem dadurch charakterisiert, dass in beiden Ländern von einem kulturellen Wandel gesprochen werden kann, in dem Sinne, dass sich unterschiedliche Familienformen verbreiteten. Der Anteil verheirateter Paare sank in dieser Zeit, während die Rate nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften sowie die Geburt von Kindern außerhalb der Ehe zunahmen. Die Fertilitätsrate sank in beiden Ländern und das Alter der Mütter bei der ersten Kindergeburt stieg an. Ebenfalls ist in den 90er Jahren sowohl das Bildungsniveau als auch die Frauenerwerbstätigkeit in beiden Ländern gestiegen. Dennoch weisen Spanien und Italien in dem untersuchten Zeitraum und im Vergleich zu Westdeutschland eher traditionellere Familienformen sowie eine niedrige Frauenerwerbsbeteiligung auf, die jedoch eher kontinuierlich und auf Vollzeitbasis stattfindet (siehe Kapitel 7 und Kapitel 8).

Warum Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich? Mehrere theoretische Ansätze wurden dargestellt, die für die Erklärung des hier untersuchten Phänomens in Frage kommen. Theorien sind jedoch allgemein und sollten in allen Kontexten gelten, d.h. sie sollen kontextunabhängig das untersuchte Phänomen erklären können. Wie bereits erwähnt ist jedoch der Einfluss des Kontextes nicht auszuschließen. Aus diesem Grund werden in der vorliegenden Arbeit die Kontexte kontrolliert. Zu diesem Zweck wurden ausschließlich drei Kontexte ausgewählt. Eine höhere Anzahl an Kontexten hätte die genauere Beschreibung der in den Ländern geltenden Rahmenbedingungen unmöglich gemacht. Ursprünglich wurde ein Vergleich zwischen Spanien und Westdeutschland angestrebt. In den 90er Jahren war die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Spanien niedriger als in Westdeutschland, jedoch waren spanische Frauen kontinuierlicher erwerbstätig als westdeutsche Frauen. Auf der Suche nach den Faktoren, die den Unterschied in der Erwerbskontinuität erklären konnten, wurde erst mal nach familienpolitischen Faktoren Ausschau gehalten. Im Rahmen dieser Suche wurde Italien als drittes Land hinzugezogen, da in diesem Land die Familienpolitik bezüglich der Kinderbetreuung ähnlich wie in Westdeutschland ist, Frauen jedoch eine Erwerbskontinuität zeigen, die der weiblichen Erwerbskontinuität in Spanien ähnelt. Somit wird deutlich, dass die Familienpolitik nicht oder jedenfalls nicht ausschließlich die unterschiedliche Erwerbskontinuität erklären kann. Aus diesem Grund wird nach weiteren Faktoren gesucht, die die Erwerbskontinuität in den drei untersuchten Ländern beeinflussen und die Unterschiede zwischen Westdeutschland auf der einen Seite und Italien und Spanien auf der anderen Seite aufzeigen können.

Alle drei Länder weisen Ähnlichkeiten und Unterschiede bezüglich der untersuchten unabhängigen Variablen auf. Allen drei Ländern gemeinsam ist die starke Segmentation des Arbeitsmarktes, obwohl diese je nach Kontext verschieden aussieht. Während im Westdeutschland der 90er Jahre die Teilzeitbeschäftigung ein Charakteristikum der Erwerbstätigkeit von Frauen darstellte (Blossfeld und Rohwer 1997: 184), ist die Beschäftigung im öffentlichen Sektor in Italien eine Art Strategie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Bratti, Del Bono und Vuri 2004). Demgegenüber charakterisiert sich der spanische Arbeitsmarkt der 90er Jahre durch eine hohe Quote befristeter Arbeitsverhältnisse. Gemeinsam in allen drei Kontexten ist wiederum die Segmentation der Industriewirtschaft nach Größe des Unternehmens.

Ebenfalls waren alle drei Länder in den 90er Jahren familialistische Wohlfahrtsstaaten. Westdeutschland und Italien waren jedoch im Bereich der Kinderbetreuung explizit familialistisch, während Spanien implizit familialistisch war (siehe dazu Kapitel 3.3, Leitner 2003). Spanien und Italien jedoch ähneln sich bezüglich der Ehegattenbesteuerung. Während in diesen zwei Ländern eine individualisierte Besteuerung des Erwerbseinkommens erfolgt, ist in Westdeutschland die gemeinsame Besteuerung von Ehegatten vorzufinden. Auch bezüglich des Einflusses von Bildung auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen sind in der Literatur Ähnlichkeiten zwischen Spanien und Italien im Unterschied zu Westdeutschland zu finden. Einige Autoren (Blossfeld 1995; Solera 2009) weisen in ihren Untersuchungen auf die unterschiedlichen Effekte von Bildung in Kontexten mit verschiedenen Familiensystemen, in dem Sinne dass in Ländern mit einem traditionellen Rollenverständnis der Effekt von Bildung auf die Befreiung von Frauen bezüglich der geltenden Geschlechterrollen stärker ist als in anderen weniger traditionellen Ländern. Mit der Analyse von Westdeutschland auf der einen Seite und Spanien und Italien auf der anderen Seite wird ebenfalls die Analyse des Effektes Bildung auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit in unterschiedlichen Kontexten ermöglicht. Beide südeuropäischen Länder waren in den 90er Jahren traditionellere Gesellschaften. Hier waren die Frauenerwerbstätigkeit aber auch Aspekte wie die Diversität der Familienformen weniger weit fortgeschritten verglichen mit anderen nord- und kontinentaleuropäischen Gesellschaften wie Westdeutschland. Aus diesem Grund sollten sich ebenfalls Gemeinsamkeiten zwischen Spanien und Italien sowie Unterschiede mit Westdeutschland zeigen, vorausgesetzt die Kontexte beeinflussen den Übergang. Über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinausgehend, wird ebenfalls überprüft, ob die ökonomischen Theorien oder die Klassenzugehörigkeit kontextunabhängig Einfluss auf den Übergang zeigen.

Die vorgenommene Auswahl der Länder wurde damit sowohl nach der Konkordanzmethode (Ragin 1987: 36ff) als auch nach der Differenzmethode (Lijphart 1971: 687f) vorgenommen. Die Konkordanzmethode wird verwendet, wenn ausgehend von Ähn-

lichkeiten in dem zu erklärenden Phänomen nach Gemeinsamkeiten in den erklärenden Faktoren gesucht wird. Diese Methode wurde in der vorliegenden Arbeit für den Vergleich zwischen Spanien und Italien verwendet. In beiden Ländern sind Frauen kontinuierlich erwerbstätig. Die Gestaltung der Familienpolitik bezüglich der Kinderbetreuung ist unterschiedlich ausgeprägt, jedoch wird hier nach Variablen gesucht, die Gemeinsamkeiten zeigen. Hier kommen z.B. der Effekt von Bildung, die Einkommensbesteuerung und der Arbeitsmarkt zum Tragen. Die Differenzmethode sucht dagegen Unterschiede in den unabhängigen Variablen ausgehend von Unterschieden in der abhängigen Variablen. Dabei sollen die Fälle in den Drittvariablen möglichst ähnlich sein. Diese Methode ist daher auf den Vergleich von Westdeutschland mit Italien anzuwenden, da beide Fälle explizit familialistisch sind, jedoch Unterschiede sowohl in der Erwerbskontinuität als auch in anderen unabhängigen Variablen (wie ebenfalls Bildung und Einkommensbesteuerung) aufweisen.

Bezüglich des Aufbaus der Arbeit werden im theoretischen Teil (Teil II) Theorien dargestellt, die sich allgemein auf das Erwerbsverhalten von Frauen beziehen. Ebenfalls werden empirische Studien gezeigt, die entweder allgemein das weibliche Erwerbsverhalten oder konkret die Erwerbsunterbrechungen und den Übergang in die Hausfrauentätigkeit analysieren, und anhand derer deutlich wird, in wie fern sich die erläuterten Theorien bestätigen lassen. In Teil III erfolgt die Beschreibung der untersuchten Länder. Hier werden insbesondere die Rahmenbedingungen untersucht, die in der Literatur als bedeutend hinsichtlich des Erwerbsverhaltens von Frauen behandelt werden. Aus den dargestellten theoretischen Ansätzen und länderbezogenen Rahmenbedingungen erfolgt in Teil IV die Ableitung der Hypothesen. Diese sind spezifisch für den Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit formuliert. Die verwendete Methode, die Daten und die Operationalisierung der Hypothesen werden in Teil V vorgestellt. Der vorletzte Teil (Teil VI) zeigt die empirischen Ergebnisse für die jeweiligen Länder. Zusammenfassend werden die Ergebnisse für alle drei Länder im Vergleich in Teil VII erläutert. Dabei wird auf die gefundenen Gemeinsamkeiten sowie auf die Unterschiede eingegangen.

Teil II. Theoretische Grundlagen über das Arbeitsmarktverhalten von Frauen

In der bisherigen Forschung über das Erwerbsverhalten von Frauen sind mehrere Theorien in Betracht gezogen worden, die die Bedeutung unterschiedlicher Aspekte in der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen beleuchtet haben. Der Einfluss der Familie, innerhalb dieser des Ehemannes sowie der Anwesenheit und des Alters der Kinder, die vorhandene Bildung, das erworbene Humankapital und das erzielte Einkommen sind Faktoren, die sich auf der Individualebene als relevant erwiesen haben. Jedoch weisen zahlreiche empirische Studien nach, dass der Kontext ebenfalls eine wesentliche Rolle spielt. Als erklärende kontextspezifische Faktoren werden in der empirischen Sozialforschung die Klassenzugehörigkeit, die wohlfahrtsstaatliche Sozial- und Familienpolitik, sowie die Struktur und Segmentation des Arbeitsmarktes in Betracht gezogen (siehe dazu Solera 2009). Im Folgenden werden unterschiedliche Theorien dargestellt, um anschließend die sich daraus ergebenden Hypothesen abzuleiten und später im empirischen Teil statistisch auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit zu überprüfen.

Kapitel 1. Ökonomische Theorien

1.1. Neoklassische Humankapitaltheorie

Die *neoklassische Humankapitaltheorie* (Becker 1993; Mincer 1974) wird in der Ökonomie aber auch innerhalb der Soziologie herangezogen, um die Erwerbsbeteiligung und die Einkommensunterschiede von Individuen und damit auch von Frauen zu erklären. Das Erwerbsverhalten von Frauen wird als Ergebnis von rationalen Entscheidungen über die Investitionen in Humankapital erklärt, wobei das Humankapital als Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie als erlangte Arbeitsmarkterfahrung (bezüglich der aktuellen beruflichen Tätigkeit als auch allgemein) zu verstehen ist. Demnach gehen Frauen mit höheren Investitionen in Humankapital wahrscheinlicher, in einem größeren Umfang (Vollzeit) und kontinuierlicher einer Erwerbstätigkeit nach als Frauen mit geringeren Investitionen in Humankapital (vgl. Blossfeld und Hakim 1997).

1.2. Frauenerwerbstätigkeit und Familie in den ökonomischen Theorien

1.2.1. Neoklassische Familienökonomie

Die auch aus der Neoklassik entstandene *Familienökonomie* (Becker 1981; Mincer und Polachek 1974) kann hinsichtlich der Erklärung des Erwerbsverhaltens von Frauen als

Erweiterung der Humankapitaltheorie verstanden werden. Ursprünglich innerhalb der Ökonomie entwickelt und diskutiert, wird sie auch in der Soziologie herangezogen, um nicht nur das Erwerbsverhalten von Frauen zu beleuchten sondern auch das Heiratsverhalten und die Fertilität (Becker 1993). Die Familie wird zum Analysegegenstand und als ökonomische Einheit gesehen, die konsumiert, innerhalb des Haushalts und auf dem Arbeitsmarkt produziert, und in Humankapital und andere Vermögen investiert. Es wird argumentiert, dass die Arbeitsteilung innerhalb der Familie entsprechend der Spezialisierung und der unterschiedlichen Kompetenzen ihrer Mitglieder erfolgt, um die bestmögliche Nutzenmaximierung zu erreichen. Demnach haben Individuen bestimmte Vorstellungen über deren zukünftige Beteiligung an Familie und Arbeitsmarkt und investieren dementsprechend in Humankapital. Die kumulierte Bildung beeinflusst somit die Zeitallokation in Haushalt und Arbeitsmarkt innerhalb der Familie. Ebenfalls beeinflusst die antizipierte Zeitallokation die Investitionen in Bildung (Mincer und Polachek 1974: 77). Demzufolge wird die Investition in Bildung, Aus- und Weiterbildung genauso wie in der Humankapitaltheorie als rationale Entscheidung dargestellt, die zu einem größeren Ausmaß von erwerbsorientierten Frauen als von familienorientierten Frauen getroffen wird. Danach tritt die Erwerbsdiskontinuität wahrscheinlicher bei Frauen mit Kinderwunsch auf, da diese Erwerbsunterbrechungen antizipieren und aus diesem Grund weniger als Frauen ohne Wunsch nach eigenen Kindern in Humankapital investieren. Da Erstgenannte längere Phasen der Erwerbsdiskontinuität haben, kommt es zu einer Entwertung des Humankapitals (vgl. Mincer und Polachek 1974; Polachek 1981). Dies würde wiederum nach der Humankapitaltheorie zu einer häufigeren Erwerbsdiskontinuität führen.

Auch wenn in der neoklassischen Humankapitaltheorie und der Familienökonomie das Humankapital als Explanans für das Erwerbsverhalten von Frauen herangezogen wird, geschieht dies immer vor dem Hintergrund der Opportunitätskosten. Individuen (und damit Frauen) mit einem höherem Humankapital haben ein höheres Einkommen als Individuen mit geringerem Humankapital, zum Teil aufgrund der erworbenen Bildung aber auch aufgrund der fehlenden Entwertung des Humankapitals durch nicht stattgefundene Erwerbsunterbrechungen (Mincer und Polachek 1974; Polachek 1981). Somit liefern die neoklassischen Theorien eher ein ökonomisches als ein bildungsbezogenes Argument, da das akkumulierte Humankapital nicht als Endressource gesehen wird, sondern eher als eine zu einem höheren Einkommen führende Ressource (Sørensen 1995: 229; Becker 1981). Danach weisen Frauen mit einem höheren Erwerbseinkommen eine stärkere Erwerbsbeteiligung auf als niedriger entlohnte Frauen. Bezüglich der Erwerbsunterbrechungen lautet das Argument, dass mit einem höheren Erwerbseinkommen höhere Opportunitätskosten verbunden sind und daher die Erwerbsunterbrechungen unwahrscheinlicher werden.

Mehrere Studien finden empirische Evidenz für die Effekte des Einkommens auf die Erwerbskontinuität von Frauen. Kurz zeigt für Westdeutschland, dass die Höhe des eigenen Einkommens sowie der Beitrag zum Haushaltseinkommen einen negativen Effekt auf das Unterbrechungsverhalten von Müttern haben: je höher das eigene Einkommen und je höher der Beitrag zum Haushaltseinkommen, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen (Kurz 1998). Felmlee stellt für die USA fest, dass das eigene Erwerbseinkommen von Frauen einen negativen Effekt auf die Erwerbsunterbrechungen hat: je höher das Arbeitseinkommen desto unwahrscheinlicher verlassen Frauen die Erwerbstätigkeit (Felmlee 1984). Dex et al. (1998) zeigen für Großbritannien, dass nach der Geburt eines Kindes Frauen mit hoher Bildung und hohem Einkommen die höchste Kontinuität auf dem Arbeitsmarkt aufweisen.[2] In Querschnittuntersuchungen mit retrospektiver Erwerbsbiographie werden ebenfalls die positiven Effekte des eigenen Einkommens auf die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen gezeigt (Joshi 1984; Hunt 1988).

Der ökonomische Ansatz der Familie wird noch erweitert, in dem die Zeitallokation innerhalb des Haushalts nicht ausschließlich in Abhängigkeit von der Investition in Humankapital der Frau - und dementsprechend von der Erwerbs-/Familienorientierung und der Antizipation des zukünftigen Verhaltens - gesehen wird, sondern ebenfalls in Abhängigkeit von den Ressourcen des Mannes. Innerhalb des Haushalts wird nach dem Prinzip der Nutzenmaximierung entschieden, wie die Zeit der Partner bezüglich der Erwerbs- und Hausarbeit verteilt wird. Danach würde jeder von ihnen sich nach seinen komparativen Stärken auf Haus- oder Erwerbsarbeit spezialisieren, indem der Partner mit dem höheren Humankapital/Erwerbschancen sich auf die Erwerbsarbeit spezialisiert, während der andere Partner die Hausarbeit übernimmt (Becker 1998: 33; Becker 1981). Die Argumentation dieses Ansatzes ist geschlechterneutral, denn das biologische Geschlecht an sich spielt in der innerfamilialen Arbeitsaufteilung keine Rolle, vielmehr geht es um Spezialisierung und akkumulierte Ressourcen. Der Grund dafür, dass in der Vergangenheit mehrheitlich das traditionelle Modell vorherrschte, in dem der Mann für die Erwerbsarbeit und die Frau für die Hausarbeit zuständig war, ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der in dieser Zeit geltenden traditionellen Normen und Wertvorstellungen diese Spezialisierung bereits vor der Ehe stattfand (Schulz und Blossfeld 2006: 25f; Becker 1998: 37ff). In modernen Gesellschaften erlangen Frauen zunehmend höhere Bildungsressourcen als früher und haben damit bessere Erwerbs- und Einkommenschancen. Daher steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie immer seltener ausschließlich die Hausarbeit übernehmen (vgl. auch Schulz und Bloss-

[2] Diese Studien kontrollieren nicht die Variablen zur Arbeitsmarktsegregation und auch nicht die Berufsklasse.

feld 2006). Sørensen argumentiert jedoch, dass in der Zeitallokation innerhalb des Haushalts es an erster Stelle – wie bereits oben erwähnt - um das ökonomische Argument geht. Der Partner mit dem höheren Einkommen wird sich auf die Erwerbsarbeit spezialisieren, während der andere Partner die Hausarbeit übernimmt. Eine ansteigende Bildungshomogamie innerhalb der Paare ist nicht mit gleichem Einkommen der Ehepartner gleichzusetzen. Daher würde sich immer noch eine Arbeitsteilung innerhalb des Haushalts lohnen (Sørensen 1995:229). Empirische Studien zeigen, dass das eigene Einkommen von Frauen einen positiven Effekt auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat, während das Einkommen der Ehemänner sich negativ auswirkt (Joshi 1984; Hunt 1988). Trotzdem wird ebenfalls empirisch belegt, dass der Effekt des Einkommens der Ehemänner über die Zeit hinweg schwächer wird und auch dass dies unterschiedlich im Ländervergleich ist (Dex et al. 1998: 80).

1.2.2. Ökonomische Verhandlungstheorie

Im Rahmen der theoretischen Ökonomie präsentiert die *ökonomische Verhandlungstheorie* eine Kritik und Alternative zur Familienökonomie. Nach diesem Ansatz steht nicht der Nutzen des Haushalts im Zentrum der Argumentation sondern der individuelle Nutzen. Somit haben die Partner unterschiedliche Interessen und werden innerhalb der Partnerschaft ihre Positionen und Zuständigkeiten bezüglich der Arbeitsteilung im Haushalt ständig aushandeln. Durch eine Spezialisierung auf Erwerbsarbeit wird Humankapital akkumuliert, das auf dem Arbeitsmarkt der Aufrechterhaltung bzw. Steigerung der Einkommenschancen dient, und dies unabhängig von der Zusammensetzung des Haushalts. Damit trägt man mit der Spezialisierung auf die Erwerbsarbeit zu einer Steigerung der Wohlfahrt im Haushalt aber ebenfalls zu einer „individuellen Steigerung der Einkommenskapazität" bei, die auch im Fall der Auflösung des Haushalts erhalten bleibt (Ott 1993:34f). Spezialisiert man sich auf die Hausarbeit, wird auch dieses spezifische Humankapital akkumuliert, jedoch steigen dadurch nicht die Verwertbarkeit und die Einkommenschancen außerhalb des Haushalts. Das heißt, dass die Spezialisierung auf die Hausarbeit nur in Abhängigkeit der Zusammensetzung des Haushalts auch zu einer Verbesserung der eigenen Situation führt, also nur wenn eine Austauschbeziehung mit dem erwerbstätigen Partner besteht (Ott 1993:35). Damit ist der auf die Erwerbsarbeit spezialisierte Partner im Fall einer Haushaltsauflösung aber auch in den unterschiedlichen Verhandlungen, die innerhalb des Haushalts stattfinden, besser gestellt als der auf Hausarbeit spezialisierte Partner. Aus diesem Grund wird die Person, die überwiegend die Hausarbeit übernimmt, bei den entsprechenden Ressourcen zu Beginn der Ehe (Partnerschaft) sich auch der Erwerbsarbeit widmen wollen, um die eigene Situation nicht zu verschlechtern und aus dieser Position heraus zu handeln. Dies führt wiederum dazu, dass der für die Erwerbsarbeit zuständige Partner sich

auch an der Hausarbeit beteiligt, so dass dadurch die häusliche Arbeitsteilung symmetrischer erfolgt. In dem Fall, dass beide Partner am Anfang der Partnerschaft über gleiche Ressourcen bzw. Einkommenschancen verfügen, werden Aushandlungsprozesse stattfinden, die eine egalitäre Arbeitsteilung zum Ergebnis haben (Ott 1993: 37).

Zusammenfassend nehmen die ökonomischen Theorien eine eher individualisierte bzw. haushaltsbezogene Perspektive bezüglich der weiblichen Arbeitsmarktbeteiligung ein. Dies wird aus soziologischer Perspektive kritisiert und in Frage gestellt. Die unterschiedlichen soziologischen Ansätze und Theorien, die sich mit dem Arbeitsmarktverhalten von Frauen auseinandersetzen, werden im nächsten Kapitel dargestellt.

Kapitel 2. Soziologische Theorien

Aus soziologischer Sicht prägen nicht ausschließlich individuelle Merkmale wie die eigenen Ressourcen und die Ressourcen des Partners die Entscheidungen über das Angebot von Arbeitskraft. Vielmehr sind diese Entscheidungen in bestimmte strukturelle, institutionelle und kulturelle Kontexte eingebettet, und werden durch die in den jeweiligen Kontexten vorhandenen Bedingungen beeinflusst. In diesem Kapitel werden die soziologischen Theorien und Ansätze vorgestellt, die in der Literatur als entscheidend bezüglich des Arbeitsmarktverhaltens von Frauen behandelt werden. In Teil IV werden aus diesen Theorien Hypothesen bezüglich des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit abgeleitet.

2.1. Klassentheorie und der Einfluss der Klassenzugehörigkeit

Individualisierungs-Theoretiker argumentieren, dass Klassen nicht mehr ein Grundbestandteil von Identität sind und dass die Individuen selbst die Autoren und Verantwortlichen der eigenen Biographien sind („make themselves"). Aus diesem Grund haben Klassen keinen Einfluss auf das Verhalten und stellen eine überholte Kategorie für soziale Analysen dar (Beck 1992; Beck und Beck-Gernsheim 2002; Giddens 1991). Jedoch wird die Klassenzugehörigkeit in einigen soziologischen Forschungsfeldern –z.B. in der Bildungs- und Sozialmobilitätsforschung- herangezogen und es ist mehrfach empirisch belegt worden, dass sie einen Effekt auf unterschiedliche soziale Phänomene hat (Crompton 2006: 164f; Goldthorpe 1996; Halsey et al. 1997). Zudem besteht empirische Evidenz darüber, dass sie die Erwerbstätigkeit von Frauen und ebenfalls von Müttern beeinflusst. Crompton zeigt, dass die Erwerbstätigkeit insbesondere von Müttern bei geringer Qualifikation und schlechter gestellten Berufsklassen niedriger ist, sowie dass die Klassenzugehörigkeit die Einstellung bezüglich der Erwerbstätigkeit und der mütterlichen Betreuung von Kindern beeinflusst (Crompton 2006). Duncan kommt in seinen qualitativen Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die Entscheidung von

Müttern zwischen Kindern und Erwerbstätigkeit sowie die partnerschaftliche innerfamiliäre Arbeitsteilung durch die Klassenzugehörigkeit beeinflusst werden (Duncan 2005: 61). Solera findet ebenfalls in Italien und Großbritannien einen Effekt von Klasse auf den ersten Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit (Housewifery) (Solera 2009).

Unter den theoretischen Ansätzen über die Gültigkeit von Klasse als Analysekategorie befinden sich unterschiedliche Argumentationen. Goldthorpe und Marshall verstehen die Klassenanalyse als „research program" in dem Sinne, dass sie sich an keine bestimmte Klassentheorie bindet, sondern eher eine Struktur zur Überprüfung unterschiedlicher auch konkurrierender Theorien bietet (Goldthorpe und Marshall 1992: 382). Wie später von Erikson und Goldthorpe betont, soll das von ihnen vorgeschlagenen Schema der Berufsklassen „be regarded not as an attempt at providing a definitive 'map' of the class structures of individual societies but essentially as an instrument de travail" (Erikson und Goldthorpe 1992: 46). In einem späteren Aufsatz erklärt Goldthorpe, dass innerhalb dieses Forschungsprogramms die sozialen Klassen nach der Theorie des rationalen Handels zu verstehen sind. Es wird argumentiert, dass Individuen über die Opportunitäten und Restriktionen der eigenen Situation informiert sind und bestimmte Ziele verfolgen. Demnach, und da sie rational handeln, wägen sie die Vor- und Nachteile ab um diese Ziele zu erreichen, so dass sie viel eher ihr Handeln selber bestimmen als sich gedankenlos von sozialen Normen oder kulturellen Werten beeinflussen zu lassen. Auf die Klassenanalyse angewendet müsste man nicht nur zeigen, dass bestimmte Ziele passend zu bestimmten Klassen sind, sondern auch wie das Handeln zum Erreichen dieser Ziele durch die Ressourcenverteilung, Opportunitäten und Restriktionen der entsprechenden Klasse beeinflusst werden (Goldthorpe 1996: 485f). Goldthorpe definiert dazu die Klassenposition nach der Position auf dem Arbeitsmarkt und im Unternehmen. Insbesondere werden zwei Dimensionen unterschieden: Beschäftigungsstatus differenziert nach Arbeitgeber, Selbstständigkeit und Arbeitnehmer sowie Regulierung der Beschäftigung, je nachdem ob es sich um einen Arbeitsvertrag oder um ein Dienstverhältnis handelt. Vereinfacht dargestellt kann man zwei Klassen unterscheiden: Dienstklasse mit „professionals" (Verwaltungskräften und Management) sowie Arbeiterklasse in überwiegend manuellen Berufstätigkeiten (Erikson und Goldthorpe 1992). Die Dienstklasse hat mehr Vorteile als die Arbeiterklasse, nicht nur aufgrund des Einkommens sondern ebenfalls aufgrund der Karriereaussichten, einer besseren Sozialversicherung und der größeren Wahrscheinlichkeit einer Beschäftigung kontinuierlich nachzugehen (Goldthorpe 1996: 486).

In der Tradition von Bourdieu und seiner Theorie der kulturellen Reproduktion wird argumentiert, dass Klassen mit einem kulturellen und normativen Habitus verbunden sind, die das alltägliche Leben beeinflussen (Bourdieu 1973). Savage folgt auch dieser

Tradition und argumentiert, dass Individuen sozial und kulturell geprägt sind und nicht nur rational handeln sondern ebenfalls konform nach sozial und kulturell geprägten moralischen Vorstellungen (Savage 2000). Klasse wird innerhalb der Familie reproduziert, indem Wohlstand, Vermögen aber auch Bildung und Kultur an die nächste Generation weitergegeben werden. Dies trägt zur Reproduktion der Ungleichheit bei (Ball 2003; Devine 2004; Crompton 2006:165). Andere Autoren argumentieren in einem Integrationsversuch beider Richtungen, dass Klassenprozesse sowohl eine ökonomische als auch eine kulturelle Dimension besitzen. Sie können nicht ausschließlich wie ökonomische oder materielle Kategorien verstanden werden, denn sie haben ebenfalls eine kulturelle und normative Ausprägung, die zur Differenzierung von anderen Klassen dient. Klasse wird definiert als eine strukturierte Art ökonomischer Ungleichheit, die sich aus Arbeitsmarktmechanismen ergibt, die jedoch mit einer bestimmten kulturellen Identität zur jeweiligen Klasse verbunden sind (Crompton 2006; Bottero und Irwin 2003). Einige Studien können empirisch belegen, dass Klassenungleichheiten mit systematischen Degradationen der Identität verbunden sind, die ihrerseits die Präferenzen beeinflussen und die Klassenungleichheiten aufrecht erhalten (Reay 1998; Skeggs 1997).

Obwohl es weiterhin in der theoretischen Diskussion umstritten ist, ob die Klasse aufgrund rationaler Überlegungen oder eher basierend auf kulturellen Prozessen und Identitätsprozessen unterschiedliche soziale Phänomene beeinflusst, wird in der vorliegenden Dissertation geprüft, ob die Klassenzugehörigkeit einen Effekt auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit hat.

2.2. Erwerbspräferenzen, Einstellung und der Effekt von Bildung

Soziologische Ansätze tendieren dazu, die soziostrukturellen Bedingungen wie zum Beispiel die Klassenzugehörigkeit in der Erklärung der Entscheidungsfindung und des Erwerbsverhaltens von Frauen (aber auch von Männern) hervorzuheben. Im Gegensatz dazu unterstreichen die neoklassischen Ökonomen eher die Bedeutung der persönlichen Entscheidung, und diese frei vom jeweiligen Kontext. Dieses Argument wird ebenfalls von Hakim befürwortet, die die Theorie der Präferenzen klassenlos und frei vom Kontext auf das Individuum bezogen formuliert (Hakim 2000). Im Einklang mit den Individualisierungs-Theoretikern argumentiert Hakim, dass Frauen bestimmte Präferenzen haben und selber ihre Entscheidungen bezüglich der beruflichen und familiären Laufbahn unabhängig vom Kontext und Klasse treffen. Sie argumentiert weiterhin, dass diese Präferenzen und die Einstellung zu Rollen- und Geschlechterverhältnissen das Verhalten beeinflussen.

Hakim unterscheidet, je nach Familien- und Erwerbspräferenzen, drei Typen von Frauen. Familienorientierte Frauen („home-centred") sind nicht erwerbstätig oder sie unterbrechen die Erwerbstätigkeit nach Heirat oder Geburt eines Kindes. Einige nehmen später die Erwerbstätigkeit wieder auf, entweder aus Gründen der Notwendigkeit oder sei es, dass die Arbeitsstelle ein weiterhin familienzentriertes Leben erlaubt. Die Arbeitstätigkeit umfasst in diesen Fällen in der Regel wenige Stunden in der Woche, erlaubt den Zugang zu sozialen Kontakten und befindet sich in der Nähe der eigenen Wohnung. Für erwerbsorientierte Frauen („work-centred") hat das Berufsleben die höchste Priorität, obwohl Hakim den Begriff öffnet und erklärt, dass es nicht ausschließlich um die Erwerbstätigkeit an sich gehen muss, sondern eher um Tätigkeiten die außerhalb der Familie und der Mutterschaft sind, wie z.B. Religion, Politik oder kulturelle Aktivitäten. Diese Frauen sind oft alleinstehend und kinderlos. Einige erwerbsorientierte Frauen haben Kinder, für sie ist jedoch Mutterschaft nicht deren Hauptidentifikationsquelle und auch nicht deren einzige Lebensaufgabe. Darüber hinaus unterscheidet Hakim eine dritte Kategorie von Frauen, die sie „adaptive" nennt und deren Präferenzen sich im Laufe des Lebens verändern. Sie sind Frauen, die die Erwerbstätigkeit und die Familie kombinieren möchten und aus diesem Grund Berufe auswählen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ermöglichen. Weiterhin sind unter den „adaptive women" Frauen mit ungeplanten Berufskarrieren zu finden, die eher aus Zufall erfolgreich im Erwerbsleben sind, sowie Frauen die keine endgültigen Ideen bezüglich ihrer Lebensgestaltung haben, sich schnell an die jeweiligen Bedingung anpassen und auch dementsprechend ihre Ziele verändern. Hakim behauptet, dass die drei unterschiedliche Lebensformen in allen Bildungsniveaus und Klassen wiederzufinden sind, jedoch kann sie in einem späteren Aufsatz doch einen Zusammenhang zwischen Bildung und den drei unterschiedlichen Lebensformen finden. Arbeitsorientierte Frauen sind eher hoch als gering qualifiziert, obwohl der Unterschied gering ist (Hakim 2003:364). Entscheidend an Hakims Theorie ist die biologistische Argumentation: sie behauptet, dass Männer aus biologischen Gründen eher als Frauen für das berufliche Leben geeignet sind (Hakim 2000: 258ff).

Viele Autoren haben die Präferenztheorie von Hakim aus unterschiedlichen Gründen kritisiert. Insbesondere wird das Argument hervorgehoben, dass Entscheidungen durch unterschiedliche im Kontext vorhandene Restriktionen beeinflusst werden. McRae weist auf normative und strukturelle Restriktionen hin. Unter normativen Restriktionen versteht sie die eigene Identität von Frauen („inner voice"), die Geschlechterverhältnisse innerhalb der Familie sowie die Einstellung der Partner. Bedeutende soziostrukturelle Restriktionen sind in McRaes Kritik die Verfügbarkeit von Stellen und von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die soziale Herkunft und die Klassenzugehörigkeit. Sie zeigt ebenfalls, dass Frauen mit einem hohen Einkommen weniger traditio-

nelle Einstellungen bezüglich Familie und Beruf haben als Frauen in niedrigeren Einkommensgruppen. Die Interpretation dieser Daten ist, dass die Sozialstruktur und insbesondere die Klassenzugehörigkeit die Präferenzen von Frauen bezüglich Erwerbs- und Familienleben beeinflussen (McRae 2003: 329). In einem früheren Artikel zeigt McRae ebenfalls, dass die Fähigkeit die Restriktionen zu überwinden vom jeweiligen Einkommen, sozialen Netzwerken und vorhandenen Qualifikationen abhängig sind (McRae 1993). Kangas und Rostgaard kritisieren an Hakims Theorie, dass institutionelle Faktoren wie Kinderbetreuung sowie die Einstellung von Ehepartnern sich auf die Entscheidungen von Frauen bezüglich Erwerbstätigkeit auswirken (Kangas und Rostgaard 2007).

Die ökonomische Theorie des Humankapitals erklärt, wie bereits dargestellt, die kontinuierliche Erwerbstätigkeit von Frauen durch die Akkumulation von Humankapital in Form von Bildung und Erwerbserfahrung, die zu höherem Einkommen führen und dadurch zu höheren Opportunitätskosten bei Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit. Jedoch findet man in der wissenschaftlichen und insbesondere in der soziologischen Diskussion ebenfalls Autoren, die einen eigenständigen Effekt von Bildung vorhersagen. Solera argumentiert, dass Bildung eine „non-monetary Dimension also in terms of identities, values and agency" hat (Solera 2009: 19). Durch Bildung können bestimmte Normen und Werte wie Geschlechtergleichheit und Emanzipation weitergegeben werden. Daher nehmen mit der Bildung nicht nur die Ressourcen im ökonomischen Sinne zu, sondern es können sich ebenfalls die Ziele und die Fähigkeiten verändern (vgl. Kabeer 1999; Robinson-Pant 2004). Ebenfalls argumentieren Theoretiker des zweiten demographischen Übergangs („second demographic transition"), dass der Anstieg des Bildungsniveaus bei Frauen einen positiven Einfluss auf deren Selbstständigkeit hat und ihnen neue Möglichkeiten eröffnet. Frauen werden unabhängiger von ihren Partnern und können eher mit sozialen Normen brechen, die die Mutterschaft als Zielzustand jeder Frau verstehen (Lesthaeghe 1983, 1998). Empirische Studien berichten, dass eine höhere Bildung liberalere Einstellungen bezüglich der Genderrollen und der Erwerbstätigkeit von Frauen begünstigen (Lück 2006: 417).[3] Jedoch besteht eine breite Diskussion über die Kausalitätsrichtung zwischen Einstellung und Verhalten. Beide Kausalitätsrichtungen finden Befürworter und können durch empirische Befunde belegt werden. Hakim findet Ergebnisse, die für den Einfluss der Einstellung auf das Verhalten hinweisen (Hakim 2000), während Himmelweit und Sigala der Einfluss des Verhaltens auf die Einstellung zeigen (Himmelweit und Sigala 2004).

---

[3] Lück spezifiziert in seinen Regressionsmodellen zur Erklärung der Einstellung bezüglich der Geschlechterrollen sieben Dummyvariablen für Bildung. Sie werden als Kontrollvariablen behandelt und nicht weiter interpretiert, jedoch erkennt man, dass sie einen signifikanten Effekt haben und dass bei zunehmender Bildung die traditionelle Einstellung sinkt.

In der Literatur wird ebenfalls auf die unterschiedliche Wirkung von Bildung in Ländern mit unterschiedlichen Geschlechterrollen und mit unterschiedlichen familienpolitischen Systemen hingewiesen. Blossfeld spricht in diesem Zusammenhang von einem befreienden Effekt der Bildung –„liberating effect" (Blossfeld 1995:10)-, in dem Sinne, dass Frauen durch erworbene Bildung eher mit den in den jeweiligen Gesellschaften geltenden Normen brechen und dadurch liberalere Geschlechter- und Rollenvorstellungen entwickeln können. Er bezieht den Effekt auf den Übergang in eine Ehe und zur ersten Mutterschaft (zur Geburt des ersten Kindes), nicht aber auf die weibliche Erwerbstätigkeit. Es wird argumentiert, dass für Frauen mit zunehmender Bildung und zunehmenden Karrieremöglichkeiten die Vorteile und der Nutzen des Heiratens sinken. Als Ergebnis wird nach diesem Ansatz eine Verzögerung oder sogar Vermeidung von Heirat und Geburt des ersten Kindes vorhergesagt (Becker 1981: 245-248). Dieser Effekt des Bildungsniveaus wird von Blossfeld relativiert, in dem er darauf hinweist, dass diese Annahme auf einem traditionellen Verständnis von Familie mit der entsprechenden spezifischen häuslichen Arbeitsteilung basiert. Daher werden unterschiedliche Auswirkungen der Investitionen in Humankapital in Ländern mit verschiedenen Familiensystemen vorhergesagt. In Ländern mit traditionelleren Familiensystemen wäre die Interessenkollision des akkumulierten Humankapitals mit den gesellschaftlichen Erwartungen hinsichtlich der Ehefrau- und Mutterrolle von Frauen stärker als in anderen weniger traditionellen Ländern (Blossfeld 1995: 10ff). Dies bestätigt sich im Falle Italiens, wo die Verzögerung des Eintritts in Ehe und erste Mutterschaft höher ist als in anderen mittel- und nordeuropäischen Ländern (Blossfeld 1995: 21ff).

Bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit betonen Solera und Bettio den unterschiedlichen Effekt von Bildung auf die weibliche Erwerbstätigkeit in Kontexten, in denen traditionelle Geschlechterrollen gelten und in denen die Familienpolitik nicht das *dual-earner-model* unterstützt. Sie argumentieren, dass in diesen Gesellschaften mit der Bildung die Legitimation für eine Berufstätigkeit steigt, zum Teil aufgrund möglicher Einkommenssteigerungen aber auch aufgrund der Tatsache, dass Bildung ein Schlüssel zu moderneren Rollen und Erwerbsorientierung darstellt (Solera und Bettio 2007 in Solera 2009:19).

Zusammenfassend lässt sich mit Hilfe empirischer Studien nachweisen, dass Frauen mit höherer Bildung eine liberalere Einstellung bezüglich Erwerbstätigkeit und Familienleben haben. Dies kommt insbesondere in traditionelleren Gesellschaften zum Ausdruck. In der Theorie finden sich jedoch unterschiedliche Annahmen bezüglich des Bildungseffektes. Nach der Theorie des Humankapitals steigt mit der Bildung das Einkommen und dies führt zu höheren Opportunitätskosten. Nach der Einstellungsforschung bezüglich der Erwerbstätigkeit von Frauen, kann man annehmen, dass eine höhere Bildung eine liberalere Einstellung bezüglich der Erwerbstätigkeit von Frauen

fördert, und dies wiederum das Erwerbsverhalten beeinflusst. In der vorliegenden Arbeit wird überprüft, ob die Bildung ausschließlich aufgrund des Einkommens und der Opportunitätskosten einen Effekt hat, oder ob sie ebenfalls aufgrund von Identitäts- und Einstellungsprozessen das Erwerbsverhalten von Frauen beeinflusst. Dazu wird der Bildungseffekt in einem statistischen Modell unter Kontrolle, unter anderem des Einkommens, statistisch untersucht.

2.3. Partnerschaft und Sozialkapital

Zur Erklärung der Frauenerwerbstätigkeit in der Familie werden ökonomische und ebenfalls soziologische Ansätze herangezogen. Nach der Theorie des Sozialkapitals sind soziale Beziehungen eine wichtige Ressource für Individuen und außerdem eine Form von Kapital (Sozialkapital). Beziehungen können für die Entwicklung des Humankapitals von Vorteil sein und eingesetzt werden, um die eigenen Ziele zu realisieren. Das Humankapital einer Person kann damit von Nutzen für eine andere sein, wenn zwischen beiden Personen eine vertrauenswürdige Beziehung vorhanden ist, die für die Weiterentwicklung des eigenen Humankapitals nützlich sein kann. Somit stellen Vertrauensbeziehungen wie die Beziehungen in der Partnerschaft eine Form des sozialen Kapitals dar. Human- und Sozialkapital werden in solchen Beziehungen als ergänzend angesehen (Coleman 1991: 389ff).

Für die Partnerschaftssituation wird nach dieser Theorie vorhergesagt, dass die Partner bei der Umsetzung der eigenen Ziele von den Ressourcen des anderen Partners profitieren können. Auf die weibliche Erwerbstätigkeit bezogen sind die Ressourcen der Ehemänner für Frauen nützlich, um der eigenen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Während die ökonomischen Theorien den Schwerpunkt auf das Einkommen legen oder auf das Humankapital, dieses aber als Investition in spätere Einkommen sehen, liegt das Gewicht bei der Theorie des Sozialkapitals in der Bildung. Unterschiedliche empirische Studien über die Wirkung des Human- und Sozialkapitals auf die Arbeitsmarktbeteiligung und auf das Einkommen der Partner belegen, dass beide Ressourcen unterschiedliche Wirkungen in unterschiedlichen Arbeitsmarktprozessen haben. Benham konnte zeigen, dass die Bildung von Frauen einen positiven Einfluss auf das Einkommen ihrer Ehemänner hat (Benham 1974). Bernasco, Graaf und Ultee finden Effekte der Bildung des Ehemannes auf die Ressourcen der Frau: während das Einkommen des Mannes die Wahrscheinlichkeit seiner Partnerin, dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung zu stehen, negativ beeinflusst, wirkt sich die Bildung des Mannes positiv auf den Arbeitsmarktzugang seiner Partnerin aus (Bernasco, Graaf und Ultee 1998). Bernardi findet in Italien eine negative Wirkung der Ressourcen des Mannes (Bildung und Beruf aber keine Kontrolle des Einkommens) auf die Erwerbstätigkeit der Frau (positive Effekte bei dem Übergang von der Erwerbstätigkeit in das „Housekeeping“,

negative Effekte bei dem Übergang von „Housekeeping" in die Erwerbstätigkeit) aber eine positive Wirkung auf den Berufsstatus (Bernardi 1999). Brynin und Schupp finden für Westdeutschland negative Effekte der Bildung des Mannes auf die Erwerbstätigkeit seiner Partnerin (ebenfalls ohne Kontrolle des Einkommens) und positive Effekte der Bildung eines Partners auf das Einkommen des anderen Partners (Brynin und Schupp 2000). Solera untersucht den Einfluss der Berufsklasse und der Bildung des Ehemannes auf den ersten Übergang von erwerbstätigen Frauen in das „Housewifery" in England und Italien für unterschiedliche Kohorten. Sie findet unterschiedliche Ergebnisse in beiden Ländern. In Italien hat der Beruf und die Bildung des Ehemannes - unter Kontrolle der gleichen Variablen für die Frauen - keinen Einfluss. Nur in der älteren Kohorte (1935-44) findet sie signifikante positive Effekte, während in den jüngeren Kohorten der Partnereffekt verschwindet und die Erwerbstätigkeit der Frau immer mehr von der eigenen Biographie beeinflusst wird (Solera 2009:167). Für England findet sie Effekte des Beschäftigungsstatus des Ehemannes auf das Arbeitsangebot seiner Partnerin: Frauen mit von Arbeitslosigkeit betroffenen Partnern unterbrechen wahrscheinlicher die Erwerbstätigkeit als Frauen mit erwerbstätigen Partnern. Die Effekte werden allerdings in der letzten Kohorte schwächer, was nach Solera auf die Reformen der New-Labour-Partei zurückzuführen ist (Solera 2009: 169). Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit den Ergebnissen von Blossfeld und Drobnič (2001), die unterschiedliche Ergebnisse in unterschiedlichen Ländern bezüglich der Karrieren von Paaren finden, und die sie auf die unterschiedlichen institutionellen und kulturellen Einflüsse zurückführen. In der vorliegenden Arbeit wird die Theorie des Sozialkapitals nicht direkt überprüft, jedoch wird überprüft, in wie fern der Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen eine Wirkung auf den Übergang zeigen. Lassen sich die Ergebnisse von Solera für Italien, Westdeutschland und Spanien bestätigen, dann sollte in den drei Ländern kein Effekt dieser Variable festzustellen sein.

2.4. „Doing Gender" Ansatz

Der konstruktivistische *Doing Gender* Ansatz basiert auf einem handlungstheoretischen Verständnis von Geschlecht, das auf der Mikroebene im Kontext von Interaktionen zustande kommt (Gottschall 1998: 64). Es wird argumentiert, dass das Geschlecht sozial konstruiert ist und dementsprechend in den alltäglichen Handlungen und in Interaktion mit anderen Personen ständig reproduziert wird. Geschlecht wird auf drei unterschiedlichen Ebenen beschrieben: „sex", „sex category" und „gender". „Sex" bezieht sich auf die sozial festgesetzten biologischen Kriterien, nach denen eine Person als weiblich oder männlich definiert wird. Mit „Sex category" ist die Zuschreibung von Geschlechtermerkmalen im alltäglichen sozialen Leben gemeint, so dass die Person als Mitglied einer bestimmten Geschlechtergruppe (männlich oder weiblich) de-

finiert wird. Unter „Gender" wird die alltägliche Reproduktion der Geschlechterzugehörigkeit verstanden, die durch Handlungen in Interaktion mit anderen Personen zum Ausdruck kommt (vgl. West und Zimmerman 1987:127). Die drei unterschiedlichen Ebenen müssen bei einer Person nicht zwingend übereinstimmen und eine Einordnung in den drei Ebenen kann unabhängig voneinander erfolgen. Dabei wird in jeder neuen Situation das Geschlecht der Person neu konstruiert. Somit ist das Geschlecht nicht als Eigenschaft zu verstehen sondern als etwas „was Personen im Kontext von Interaktionen tun/herstellen; Geschlecht drückt sich demnach in Gesten, Haltungen und Tätigkeiten aus…" (Gottschall 1998: 66). Der Doing-Gender-Ansatz wird in dem Forschungsfeld der Frauenerwerbstätigkeit und in beruflichen Zusammenhängen angewendet (Hall 1993:330), so dass aus dem Doing-Gender-Konzept das Thema „doing gender while doing the job" zum Forschungsthema wurde (Gottschall 1998: 71). In mehreren Untersuchungen wird die Erkenntnis gewonnen, dass das Geschlecht und die Geschlechterdifferenzierung auch durch die ausgeübte Erwerbstätigkeit konstruiert wird, so dass die „vergeschlechtlichte Berufsstruktur als Medium der Konstruktion von Geschlecht fungiere" (Gottschall 1998:83). Damit wäre Geschlecht nicht nur eine Eigenschaft, die die Menschen in die Arbeit tragen, sondern ein durch die realisierte Arbeit entstehendes Konstrukt, das in den alltäglich ausgeübten Arbeitstätigkeiten immer wieder reproduziert wird. Indem Menschen Arbeitstätigkeiten übernehmen, die typischerweise von den eigenen Geschlechtsmitgliedern ausgeübt werden, wird dazu beigetragen, die eigene Geschlechtsidentität zu konstruieren und zur eigenen Definition als Mitglied eines bestimmten Geschlechts beigesteuert. Bezogen auf die Arbeitsteilung im Haushalt bedeutet dies, dass Frauen durch die Übernahme der Hausarbeit ihre Weiblichkeit reproduzieren, während Männer durch die Erwerbsarbeit und die Übernahme der (Haupt-) Ernährerrolle ihre Männlichkeit zum Ausdruck bringen (vgl. Brines 1994). Auf die Fragestellung der vorliegenden Arbeit zugeschnitten würde ein Übergang in die Hausfrauentätigkeit eine Reproduktion der Weiblichkeit bedeuten. Dieser Ansatz kann jedoch in der vorliegenden Arbeit nicht überprüft werden, da die hierfür verwendeten Daten dies nicht ermöglichen.

In der Sozialforschung wird das Arbeitsmarktverhalten von Frauen nicht ausschließlich durch die soziologischen Theorien sondern ebenfalls über Ansätze der Wohlfahrtsstaatsforschung erklärt. Die zentralen Ansätze sowie wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen, die in Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen gebracht werden, sind im folgenden Kapitel dargestellt.

Kapitel 3. Sozial- und Familienpolitik im Wohlfahrtsstaat

3.1. Vom Mainstream-Regime des Wohlfahrtsstaats ...

In zahlreichen vergleichenden Studien bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit werden länderspezifische Unterschiede festgestellt, die in der wohlfahrtsstaatlichen Forschung von vielen Autoren auf die unterschiedlich ausgeprägten sozial- und familienpolitischen Institutionen zurückgeführt werden. Institutionelle Rahmenbedingungen, so lautet die Argumentation, setzen den Frauen unterschiedliche Anreize und Restriktionen in der Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben. Innerhalb dieser Forschungstradition wird in vielen Beiträgen die Frauenerwerbstätigkeit anhand der Wohlfahrtsstaatstypologisierung von Esping-Andersen (1990) erörtert. Esping-Andersen differenziert drei unterschiedliche idealtypische Wohlfahrtsstaatsregime: liberal, konservativ und sozialdemokratisch. Ihre Besonderheiten macht Esping-Andersen an drei zentralen Dimensionen fest. Die von den Regimes gewährten *sozialen Rechte* bilden die erste Dimension, in der die *Dekommodifizierung* der Individuen gegenüber dem Markt betont wird. *Dekommodifizierung* wird definiert als das Ausmaß, in dem die Individuen vom Markt und insbesondere vom Arbeitsmarkt befreit sind. Dies kommt zum Ausdruck durch Gewährleistung sozialer Leistungen, die unabhängig von geleisteter Arbeit und frei von sozialer Stigmatisierung erfolgt. Die zweite Dimension ist die *soziale Stratifizierung*: der Wohlfahrtsstaat ist nicht nur ein System zur Generierung sozialer Gleichheit durch Umverteilung und Gewährleistung von Geld- und Dienstleistungen, sondern ebenfalls ein System zur sozialen Stratifizierung. Der Wohlfahrtsstaat trägt auch dazu bei, die sozialen Klassen zu strukturieren, sowie die soziale Solidarität und die Unterschiede im Status zu definieren und fortzusetzen. Sozialpolitik kann die Einkommensunterschiede der Bürger reduzieren, aber sie ist ebenfalls in der Lage Unterschiede aufrechtzuerhalten oder zu vertiefen. Das von Bismarck eingeführte Sozialmodell z. B. erzeugt Stratifizierung, da je nach Beitrag verschiedene Privilegien geschaffen werden. Die dritte Dimension ist der Stellenwert der drei Versorgungsinstitutionen *Markt, Staat und Familie* in der Erbringung sozialer Leistungen (Esping-Andersen 1990, 1998).

Der *liberale Typ* wird durch eine geringe Dekommodifizierung charakterisiert.[4] Das Individuum hat niedrige soziale Anspruchsrechte und es werden geringe Leistungen geboten. Die staatlichen Sozialversicherungsprogramme sind eher bescheiden und richten sich i. d. R. an schlecht bezahlte Arbeiter. Hier wird die Funktion des Marktes durch Subventionierung durch den Staat gefördert. Der Zugang zur Sozialfürsorge verlangt Bedürftigkeitsprüfungen und der Empfang von Sozialleistungen wird stigmati-

[4] Die Beschreibung der Wohlfahrtsstaatstypologisierung entspricht hauptsächlich der von Esping-Andersen in den 90er Jahren entwickelten Typologisierung.

siert. Die Rolle der Familie wird ebenfalls betont. Vertreter dieses Modells waren in den 90er Jahren die USA, Kanada, Australien und Großbritannien.

Im *konservativen Typ* des Wohlfahrtsstaates werden die Statusdifferenzen aufrechterhalten, d.h. die Rechte sind an Klasse und Status gebunden. Obwohl die Intervention des Staates stärker ausgeprägt ist als im liberalen Modell und auch mehr Leistungen geboten werden, sind diese eher temporär und überwiegend lohnarbeits- und sozialversicherungszentriert. Damit fällt der Dekommodifizierungseffekt mittelmäßig aus. Für die Sozialfürsorge gilt das Subsidiaritätsprinzip: Die Selbsthilfe und die Hilfe der Familie haben Vorrang vor der Intervention des Staates (z. B. Sozialhilfe in Westdeutschland). Es besteht kein Recht auf Arbeit, sondern auf soziale Sicherung. Somit agiert der Staat kompensatorisch und gleicht den Ausschluss vom Arbeitsmarkt überwiegend mit Geldleistungen aber auch mit personenbezogenen Leistungen (z. B. Arbeitsvermittlung) aus (vgl. Leibfried 1992: 341). Der Markt spielt als Wohlfahrtsproduzent eine kleinere Rolle. Konservative Wohlfahrtsstaaten sind Westdeutschland, Österreich, Frankreich und Belgien.

Das *sozialdemokratische Modell* ist universalistisch ausgerichtet und strebt eine hohe soziale Gleichheit an. Hier kommen die Dekommodifizierungseffekte am stärksten zum Ausdruck. Soziale Bürgerrechte bilden die Anspruchsgrundlage für soziale Leistungen. In Schweden, einem Vertreter dieses Modells, ist die gesamte Bevölkerung alters- und krankenversichert und nicht nur die Erwerbsbevölkerung (Schmid 2002: 206). Ziel dieses Regimetyps ist die Vollbeschäftigung, „das Recht auf Arbeit für alle" (Leibfried 1992: 339). Des Weiteren fördert der Staat die individuelle Unabhängigkeit statt traditioneller Familienformen und stellt ein großes Angebot an öffentlichen sozialen Diensten zur Verfügung. Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten sind Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland.

Jedes Wohlfahrtsstaatsmodell wird mit verschiedenen Frauenerwerbsmustern assoziiert. *Liberale Wohlfahrtsstaaten* weisen eine moderate Integration der Frauen im Erwerbsleben vor, jedoch wird diese aufgrund des zentralen Charakters des Marktes nicht gezielt staatlich gefördert. In den *konservativen Wohlfahrtsstaaten* wurde die Erwerbstätigkeit von Frauen zumeist nicht explizit gefördert. Es werden tendenziell bestimmte traditionelle Strukturen aufrechterhalten, in denen der Mann der Familienernährer ist und die Frau für die unbezahlte Haus- und Familienarbeit zuständig ist. *Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten* streben eine gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern an, die sich in einem hohen Frauenbeschäftigungsniveau niederschlägt und durch ein großes Stellenangebot im öffentlichen Sektor sowie umfangreiche soziale Dienstleistungen gefördert wird (Esping-Andersen 1990).

Zahlreiche Kritik und weitere Forschung hat diese dreier Typologisierung verursacht. In der weiterführenden Wohlfahrtsstaatsforschung wurde aus dem konservativen Wohlfahrtsstaat das mediterrane Wohlfahrtsstaatsmodell herausgebildet, auch als „rudimentärer Wohlfahrtsstaat" bezeichnet, zu dem die südeuropäischen Länder zählen (Spanien, Portugal, Griechenland und Italien) (vgl. Ferrera 1996; Leibfried 1992; Lessenich 1994). Es handelt sich um wirtschaftlich schwächere Länder, die zumindest bis in die 90er weniger industrialisiert waren, die ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt erbrachten (unterdurchschnittlich in der EU-15) und in denen keine Vollbeschäftigungstradition, wie man sie aus Nordeuropa kennt, vorhanden ist. Merkmale dieses Regimes sind unvollständige Sicherungssysteme und ein geringes Niveau sozialer Leistungen. Der Anspruch auf Sozialhilfe ist rechtlich nicht verankert und die soziale Unterstützung wird häufig auf traditionellen nicht staatlichen Wegen geleistet, wie z.B. durch Kirche oder Familie (vgl. Leibfried 1992:343f., Schmid 2002: 87; Lessenich 1994: 231).[5] Bezüglich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates existieren in diesen Ländern häufig „sehr starke, institutionalisierte Versprechen (...), die zumeist auch verfassungsrechtlich festgeschrieben sind. Jedoch fehlt (...) noch eine rechtliche, institutionelle und soziale Umsetzung" (Leibfried 1992: 344). Die Frauenbeschäftigung ist durch eine niedrige Erwerbsbeteiligung gekennzeichnet.[6] Die Sozialpolitik in den südeuropäischen Ländern ist von der katholischen Kirche geprägt, die sehr lange auf die Übernahme von Pflege und Betreuung durch die Familien und speziell durch die Frauen setzte. Demzufolge wurden professionelle soziale Dienste später als in anderen Ländern entwickelt, was sich wiederum nicht fördernd auf die Frauenbeschäftigung auswirkte.

3.2. ... zu Gender-Regime des Wohlfahrtsstaats

Feministische Wissenschaftlerinnen haben einen wichtigen Beitrag zu den Mainstream-Konzepten des Wohlfahrtsstaates geleistet. Sie haben die Geschlechterdimension in die Analyse hineingebracht, indem sie einen Fokus auf die Beziehung zwischen Frauen und Wohlfahrtsstaat gesetzt haben. Dieser Schwerpunkt erweitert die Analysen des Wohlfahrtsstaates, zumal diese auf andere Dimensionen wie soziale Klassen konzentriert waren und die Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat ausgeblendet wurden.

---

[5] In Spanien gibt es zwei Ausnahmen: 1990 ist eine nicht an Beiträge gebundene Rente eingeführt worden und seit 1989 gibt es in bestimmten Regionen Spaniens (z.B. Navarra) eine der Sozialhilfe ähnliche Unterhaltsleistung (vgl. Lessenich 1994: 235).

[6] Portugal ist aufgrund der hohen Frauenerwerbsbeteiligung hinsichtlich aller drei Dimensionen (Erwerbsquote, -umfang und -kontinuität) ein besonderer Fall.

Bereits seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts wurde in der feministischen Wohlfahrtsstaatsforschung auf die sozialpolitische Situation von Frauen aufmerksam gemacht: Frauen sollten in die Lage versetzt werden, die eigene Existenz sowie die Existenz ihrer Familien durch eigenes Einkommen finanziell zu sichern. Im Laufe des Jahrhunderts sind zwei wesentliche Richtungen diesbezüglich eingeschlagen worden. In einer ersten Welle des Feminismus „in a `maternalist´ strand of welfare politics" (Orloff 1993:321) in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurde ein Einkommen für verwitwete oder allein stehende Mütter, aber auch später für alle Mütter, vorgeschlagen. Dies sollte auf der einen Seite dazu dienen, Müttern ein ökonomisch unabhängiges Leben zu gewährleisten und auf der anderen Seite ihre Betreuungsarbeit politisch anzuerkennen. Ersteres hat in der Form nicht stattgefunden, nur abgeschwächt als Kindergeld, oder als Geld- und Dienstleistungen für allein stehende Mütter, die jedoch ein finanziell sehr eingeschränktes Leben erlaubten. Demgegenüber wurde in einer zweiten Welle des Feminismus nach dem zweiten Weltkrieg die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen durch die Ermöglichung des Zugangs zum Arbeitsmarkt gefördert (Orloff 1993: 321).

Es ist der Zugang zum Arbeitsmarkt sowie die Gender-Blindheit der Analysen von Esping-Andersen, an denen viele feministische Wissenschaftlerinnen ihre Kritik über die Wohlfahrtstaatsanalyse ansetzen (z.B. Lewis und Ostner 1994; Lewis 1992; O'Connor 1993; Orloff 1993; Sainsbury 1994). Die Analysen der sozialen Rechte beziehen sich auf den männlichen Arbeiter in der produzierenden Industrie sowie „the same worker with dependent spouse and two children" (Orloff 1993:308). Frauen sind nur dann Bestandteil der Analyse, wenn sie erwerbstätig sind (Lewis 1992:14). Die sozialen Rechte von wirtschaftlich abhängigen Bürgern – hauptsächlich weiblich - werden nicht in Betracht gezogen. Viele Frauen übernehmen jedoch eine nicht entlohnte Arbeit innerhalb der Familie und haben damit andere Voraussetzungen im Zugang zu sozialen Rechten.

Aus ähnlichen Gründen wurde ebenfalls das Konzept der *Dekommodifizierung* kritisiert. Durch ein marktunabhängiges Einkommen werden die Individuen von ihrer Teilnahme und damit von ihrer Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt befreit. Jedoch ist das Konzept der Dekommodifizierung nicht übertragbar auf die Realität vieler Frauen, da ihre Arbeit oft in der Familie und dadurch außerhalb des Arbeitsmarktes stattfindet und sie sich damit in einem „vorkommodifizierten" Status befinden. Daraus folgend müssten Frauen und insbesondere Mütter erst von ihren Verpflichtungen innerhalb der Familie befreit werden, bevor ihre Arbeitsmarktbeteiligung realisierbar wird. Orloff schlägt in diesem Zusammenhang eine neue analytische Dimension vor, die sie „access to paid work" nennt (Orloff 1993:318f), und die Esping-Andersen in Reaktion auf diese Kritik als Kommodifizierung identifiziert. Bevor Frauen vom Arbeitsmarkt durch marktunabhängige soziale Rechte befreit *(dekommodifiziert)* werden können, müssen

sie erst einmal einen Zugang zur entlohnten Arbeit finden, sie müssen erst kommodifiziert werden (Esping-Andersen 1999:44). Weiterhin wurde von feministischen Wissenschaftlerinnen kritisiert, dass die nicht entlohnte Arbeit innerhalb der Familien –meist von Frauen übernommen- in den Analysen von Esping-Andersen nicht berücksichtigt wurde. Die Aufgabenverteilung sowie die Gewährleistung bezüglich der Betreuungs- und Erwerbsarbeit bilden jedoch die zentrale Dimension feministischer Analysen des Wohlfahrtsstaates. Darüber hinaus können die unterschiedlichen Regime-Typen die Frauenerwerbstätigkeit nicht ausreichend vorhersagen, denn die Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt sowie die mehrheitliche Übernahme der Hausarbeit in den Familien durch die Frauen –auch trotz Vollzeiterwerbstätigkeit- bleiben unerklärt (Orloff 1993:312ff).

Durch die feministische kritische Auseinandersetzung mit der Typologisierung von Esping-Andersen wird deutlich, dass auch, wenn die Erwerbstätigkeit von Frauen einen Bestandteil seiner Analysen darstellt, dies nicht dafür ausreichend ist, die Geschlechterverhältnisse, die Wechselwirkungen zwischen Haus-/Betreuungsarbeit und Erwerbsarbeit, sowie die geschlechterspezifischen Effekte des Wohlfahrtsstaats zu erklären. Um dem feministischen Anspruch nachzukommen, den Einfluss des Wohlfahrtsstaates auf die Geschlechterverhältnisse zu analysieren, benötigt die feministische Wohlfahrtsstaatsforschung *„gendered dimensions based on an understanding of gendered interests*" (Orloff 1996:70). Neben der oben erwähnten Dimension *„access to paid work*" wurde die Dimension *„capacity to Form and Maintain an Autonomous Household*", ebenfalls von Orloff vorgeschlagen (Orloff 1993:319). Mit dieser Dimension soll erfasst werden, in wie weit soziale Leistungen dazu beitragen, dass Frauen Familien bilden und ihre Kinder finanziell unterhalten können, ohne heiraten zu müssen um einen Zugang zum Einkommen des „breadwinners" zu bekommen. Die Wohlfahrtsstaaten differenzieren sich danach, ob sie dies durch die Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit –was sich mit der Dimension *„access to work*" überschneidet- oder durch die finanzielle Unterstützung der Haus- und Betreuungsarbeit alleinerziehender Mütter gewährleisten. Letzteres würde die traditionelle weibliche Arbeitszuweisung aufrechterhalten aber trotzdem die Unabhängigkeit von einem Ehemann fördern (Orloff 1993: 319; Orloff 1996: 73). O'Connor schlägt ebenfalls eine weitere Dimension vor: *personal autonomy and insulation form personal and/or public dependence* (O'Connor 1993:511; O´Connor 1996). Ähnlich wie die *Dekommodifizierung* erfasst diese Dimension die ökonomische Unabhängigkeit vom Arbeitsmarkt aber auch von Familienmitgliedern und variiert mit dem Ausmaß sozialer Leistungen (O'Connor 1993: 512).

Die dargestellten Dimensionen wurden entwickelt um die Mainstream-Ansätze, aber insbesondere die Wohlfahrtstypologien von Esping-Andersen, zu ergänzen, und damit eine geschlechterspezifische Analyse des Wohlfahrtsstaates zu ermöglichen. Im Laufe

der 90er Jahre wurden jedoch, ebenfalls von feministischen Wissenschaftlerinnen, alternative Konzepte zur Typologisierung des Wohlfahrtsstaates entwickelt. In der vorliegenden Arbeit wird kurz auf das *„male breadwinner model"* von Lewis und Ostner (Lewis 1992; Lewis und Ostner 1994) sowie auf das *"male breadwinner model"* und *„individual model"* von Sainsbury eingegangen.

Lewis und Ostner entwickeln das *„male breadwinner model"* und argumentieren, dass sich daraus drei verschiedene Regime ergeben, die sich in unterschiedlichem Ausmaß dem Modell annähern (Lewis 1992; Lewis und Ostner 1994). In einer idealtypischen Form des Modells ist die Frau vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, übernimmt die Haus- und Betreuungsarbeit von Kindern und anderen abhängigen Familienmitgliedern ohne staatliche Unterstützung, und ist bezüglich der Rechtsansprüche der Sozialversicherung und der Besteuerung von dem Ehemann abhängig (Lewis 1992: 162). Obwohl das Modell in einer reinen Form nicht vorhanden ist, existieren Variationen davon, aus denen sich drei unterschiedliche Regime ergeben: starkes, modifiziertes und schwaches *„male breadwinner model"*. Die Ausprägung des Modells ist ein Indikator für die Behandlung der Frauen in den Sozialversicherungssystemen, für die Versorgung mit sozialen Diensten insbesondere in der Kinderbetreuung, sowie für die Art der Einbindung verheirateter Frauen in den Arbeitsmarkt (Lewis 1992:162).

Die Typologie von Lewis und Ostner wurde in den 90er Jahren von anderen feministischen Wissenschaftlerinnen kritisiert. Zu viele unterschiedliche Länder lassen sich in die Kategorie des starken *„male breadwinner model"* einordnen (Sainsbury 1996:43; auch in Lewis und Ostner 1994:19). Eins der wesentlichen Defizite ist jedoch, dass das Modell sich auf den Ehemann als Hauptquelle für die sozialen Anwartschaften der Frauen konzentriert und dadurch die sozialen Rechte von Frauen als Bürger, Mütter und Betreuerinnen nicht in angemessenem Ausmaß Berücksichtigung finden. Außerdem wird die Bedeutung der Geldleistungen für Betreuungsarbeit heruntergespielt. Dies verursacht in den empirischen Analysen eine Unterschätzung der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in Richtung bezahlter Betreuungsarbeit (Sainsbury 1994: 168; Sainsbury 1996:72). Weiterhin erfasst das Modell nicht die sozialpolitische Besonderheit derjenigen Frauen, die Breadwinner ihrer eigenen Familien sind, insbesondere nicht die Situation alleinerziehender Müttern (Lewis und Ostner 1994; Hobson 1994: 175). Trotz der Kritik wird anerkannt, dass dieses Konzept einen bedeutenden Beitrag zur Theorie des Wohlfahrtsstaates bildet, und insbesondere dass dadurch die Variationen des *„male breadwinner model"* in den unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten beleuchtet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das Modell in feministischen Arbeiten nicht differenziert gesehen und als inhärente Eigenschaft des Wohlfahrtsstaates betrachtet (Sainsbury 1994:168f).

In den letzten Jahren wird auf den Übergang von einem *„male breadwinner model"* zu einem *„adult worker model"* in der Sozialpolitik aufmerksam gemacht (Lewis 2001; Leitner, Ostner und Schratzenstaller 2004). Jedoch wird argumentiert, dass die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen weiterhin geringer ist als die Arbeitsmarktbeteiligung von Männern und dass dies ein Hinweis darauf ist, dass in der Empirie immer noch ein modifiziertes *„male breadwinner model"* besteht. Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass die sozialpolitischen Bemühungen in Richtung eines *„adult worker model"* nicht mit der Entwicklung von Politiken und Maßnahmen einhergehen, die nötig für die Übernahme der Betreuungsarbeit außerhalb des Haushalts wären, damit sich ein *„adult worker model"* im Verhalten von Frauen, Männern und Paaren durchsetzen kann (Lewis 2002).

Anknüpfend an der Kritik des „male breadwinner model" schlägt Sainsbury vor, Wohlfahrtsstaaten anhand zweier geschlechterspezifischen Idealtypen zu analysieren: *„male breadwinner model"*, in dem der Ehemann die Erwerbsarbeit und die Frau die Haus-/Betreuungsarbeit übernimmt, und *„individual model"* in dem sich beide die Haus- und Erwerbsarbeit teilen. Die Variation zwischen beiden Modellen wird anhand unterschiedlicher Dimensionen festgelegt: familiäre Ideologie, Grundlage für soziale Rechtsansprüche, Leistungsbezieher, Besteuerung, Lohn- und Beschäftigungspolitik, sowie Übernahme und Entlohnung der Betreuungsarbeit (Sainsbury 1994:153). Ein wichtiger Beitrag von Sainsburys Modell ist die Unterscheidung beider Modelle sowie die Entwicklung unterschiedlicher Dimensionen, die eine geschlechterspezifische Analyse der Sozialpolitik erlauben (O'Connor 1996: 69). Sainsbury erweitert mit ihren Analysen die Perspektive auf Frauen im Rahmen des geschlechterspezifischen Wohlfahrtsstaates in zwei weiteren Anwartschaften: Frauen haben soziale Rechte nicht ausschließlich als Ehefrauen und Erwerbstätige sondern ebenfalls als Mütter und Bürger. Darüber hinaus ergänzt Sainsbury die unterschiedlichen Arten von Rechtsansprüchen der „Mainstream" Analysen des Wohlfahrtsstaates. Zu den Rechtsansprüchen aufgrund von Bedürftigkeit, Arbeitsmarktstatus und Bürgerschaft zählt sie Rechtsansprüche auf Basis von Versorgung (*principle of maintenance)* und Betreuung (*principle of care)* (Sainsbury 1996:45).

3.3. Familialismus und Defamiliarisierung

Als Konsequenz der feministischen Kritik erkennt Esping-Andersen die Bedeutung der Familien- und Betreuungsarbeit von Frauen in seinen weiteren Analysen an (1999). Trotzdem erklärt er, nicht an Frauen an sich und nicht an den Geschlechterverhältnissen interessiert zu sein (Esping-Andersen 2000: 759). Wie einige feministische Wissenschaftlerinnen zu verstehen geben, bilden die Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat keinen Schwerpunkt seiner Arbeit und sein Interesse an den Institutionen

Markt, Staat und Familie wird eher durch deren Auswirkung auf die Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität als durch die Geschlechtergleichheit hervorgerufen (Crompton 2006:121; O'Connor, Orloff und Shaver 1999:20). Trotzdem und in Reaktion auf die feministische Kritik der 90er Jahre setzt Esping-Andersen eine *Defamiliarisierung* der familiären Verpflichtungen, und damit eine Übernahme der Betreuungs- und Hausarbeitsverpflichtungen außerhalb der Familie voraus, um die Unabhängigkeit von Frauen durch die Erwerbstätigkeit (*Kommodifizierung)* erreichen zu können (Esping-Andersen 1999: 45).

In den 90er und Anfang der 2000er Jahre wurde das Konzept der Defamiliarisierung nach unterschiedlichen Definitionen verwendet, die alle unterschiedlichen Formen der finanziellen Unabhängigkeit von Individuen (und insbesondere von Frauen) gegenüber ihren Familien ansprechen. Für Lister kann die finanzielle Unabhängigkeit sowohl durch soziale Leistungen als auch durch die Erwerbstätigkeit stattfinden. Defamiliarisierung ist für sie „the degree to which individual adults can uphold a socially acceptable standard of living, independently of family relationships, either through paid work or social security provision" (Lister 1994: 37). Auch McLaughlin und Glendinning (1994:65) definieren das Konzept, aber in einer etwas allgemeineren Form: „defamilisation is about the terms and conditions under which people engage in families, and the extent to which they can uphold an acceptable standard of living independently of (patriarchal) family participation". Esping-Andersen bezieht sich bei *Defamiliarisierung* auf eine sozialpolitische Dimension des Begriffs und versteht darunter Politiken zur Reduzierung der Abhängigkeit der Individuen von deren Familien. Obwohl er sich in der Definition von Defamiliarisierung explizit auf die sozialpolitischen Politiken –und damit auf die Defamiliarisierung durch den Staat- bezieht, bleibt in seiner Arbeit die Defamiliarisierung durch den Markt nicht unberücksichtigt (Esping-Andersen 1999: 52, 63ff).

Der sozialpolitischen Auslegung des Begriffs zufolge unterscheidet er zwischen *„de-familialistischen"* und *„familialistischen"* Wohlfahrtsstaaten. In *„de-familialistischen" Wohlfahrtsstaaten* wird versucht, die Familie - und damit die Frauen, da sie traditionell für die innerfamiliäre Arbeit zuständig waren - von der Übernahme der Betreuungsarbeit zu entlasten und die Familienabhängigkeit des Individuums (in sozialem und finanziellem Sinne) zu reduzieren. Demgegenüber wird in *„familialistischen Wohlfahrtsstaaten"* der Familie die Verantwortung für die Wohlfahrt ihrer Mitglieder zugewiesen und die Übernahme der Betreuungsarbeit (z.B. von Kindern oder älteren Menschen) als Aufgabe der Familie, und innerhalb dieser der Frauen, verstanden (Esping-Andersen 1999: 45f). In der erstgenannten Kategorie von Wohlfahrtsstaaten wird der Einzelne als (in diesem Fall von der Familie) unabhängiges Individuum gesehen, wäh-

rend in der zweitgenannten Kategorie der Wohlfahrtsstaaten das Individuum als Familienmitglied seitens des Staates betrachtet wird.

Auch wenn die Konzepte in der feministischen Forschung weiterverwendet und weiterentwickelt wurden, sind sie nicht frei von kritischen Beiträgen geblieben, die insbesondere an der Operationalisierung beider Konzepte ansetzen. Esping-Andersen operationalisiert die staatliche *Defamiliarisierung* mit dem prozentuellen Anteil des BIP an Ausgaben für familiäre soziale Dienste, staatliche Kinderbetreuung (für Kinder unter drei Jahren) und staatliche Altenbetreuung (ambulante Altenhilfe). Außerdem werden die familiären Geldleistungen untersucht, die sich sowohl defamiliarisierend als auch familiarisierend auswirken können. Mit Geldleistungen pro Kind kann z.B. eine private Kinderbetreuung eingekauft und damit eine geringe staatliche *Defamiliarisierung* hinsichtlich der Kinderbetreuung ersetzt werden. Dagegen kann sich die Einkommensbesteuerung durch Ehegattensplitting familiarisierend auswirken. Nach diesem Steuersystem werden Ehepaare mit einem einzigen Einkommen (bzw. mit einem Haupt- und einem Nebeneinkommen) steuerlich begünstigt, so dass damit das Fortbestehen des (modernisierten) Ernährermodells unterstützt wird. Die Defamiliarisierung durch den *Markt* wird anhand privater Kinderbetreuung untersucht (Esping-Andersen 1999:63ff). *Familialismus* wird operationalisiert durch den Prozentsatz der bei Kindern wohnenden alten Menschen und der bei Eltern wohnenden arbeitslosen Kindern sowie durch die in die Hausarbeit investierten nicht bezahlten Arbeitsstunden (von Frauen).

Leitner kritisiert die vorgenommene Operationalisierung von Familialismus, denn die angesprochenen Indikatoren messen "the outcome of familialistic structures but do not say anything about these structures nor about the relation between structures and outcome" (Leitner 2003: 357). Sie schlägt vor, Familialismus durch Instrumente zu operationalisieren, die die Betreuungsfunktion der Familie unterstützen (Leitner 2003). Dies führt zu einer Weiterentwicklung des Konzeptes, zu einem „gender sensitiv theoretical concept of familialism" (Leitner 2003: 354). Sie analysiert Familialismus in einer detaillierteren Form, nach der sie als Indikator die „public policies" verwendet, die die Familie in ihrer Betreuungsfunktion fördern. Außerdem betont sie in der Tradition der feministischen Forschung eine geschlechterspezifische Perspektive der Familienpolitik. Nach der Typologisierung von Leitner sind vier unterschiedliche ideale Typen von Familialismus zu erkennen. Im *expliziten Familialismus* stärkt der Staat die Familie in ihrer Funktion der Betreuung von Kindern, Behinderten und älteren Menschen, gleichzeitig aber werden keine alternativen Dienste für die Übernahme der Betreuung außerhalb der Familie angeboten. Durch diese Kombination wird die Betreuungsfunktion der Familie explizit gefördert. Im *optionalen Familialismus* wird die Übernahme der Betreuungsarbeit sowohl innerhalb der Familie durch Betreuungsleistungen als auch außerhalb durch die Versorgung mit sozialen Diensten (vom Markt oder vom Staat) un-

terstützt. Die Familie hat damit die Option, die Betreuungsfunktion selbst zu übernehmen oder auszulagern. Im *impliziten Familialismus* sind weder Betreuungspolitiken noch Dienste vorhanden, die die Übernahme der Betreuungsarbeit innerhalb oder außerhalb der Familie unterstützen (aus fehlenden Alternativen heraus wird die Betreuungsarbeit innerhalb der Familie übernommen). Sowohl im *impliziten* als auch im *expliziten* Familialismus wird die Betreuungsarbeit überwiegend innerhalb der Familie und somit überwiegend von Frauen übernommen. Im *De-Familialismus* wird durch das Angebot von Betreuungsdiensten staatlicher- oder marktlicherseits und die fehlende oder schwache familialistische Betreuungspolitik eine starke Defamiliarisierung vorgenommen. In ihrer empirischen Arbeit unterscheidet Leitner die Typologien von Familialismus in der Kinder- und in der Altenbetreuung. Ein interessantes Ergebnis dabei ist, dass sich die Länder, je nach Betreuungsbereich, in unterschiedliche Typologien einordnen lassen.

3.4. Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und Frauenerwerbstätigkeit

Um die unterschiedlichen sozial- und familienpolitischen Maßnahmen zu strukturieren, die sich, folgt man der theoretischen Annahme, auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmend/fördernd auswirken können, werden diese aus dem dargestellten *„male breadwinner model"* (Lewis und Ostner 1994; Lewis 1992; Sainsbury 1994) und aus dem Familialismus Konzept (Leitner 2003) abgeleitet.

Nach dem „male breadwinner model" erhalten verheiratete Frauen Anwartschaften in der Sozialversicherung (wie z. B. die Rentenversicherung) durch ihren Status als Ehefrauen. Ebenfalls zählen Leistungen dazu, die die Familie durch den Haupternährer erhält. Beispiele dafür sind Sozialhilfeleistungen, Kranken-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung, in denen die Familie und nicht ausschließlich das Individuum als anspruchsberechtigt gilt (Sainsbury 1994:41f). Die Gestaltung des *Einkommenssteuersystems* wird ebenfalls in Anlehnung an das *„male breadwinner model"* untersucht. Die Ehegattenbesteuerung wird dem Ernährermodell zugeordnet, da dabei das Erwerbseinkommen von verheirateten Alleinverdienern oder allein in Vollzeit Erwerbstätigen – in der Regel männlich – im Vergleich zu ledigen Erwerbstätigen oder zu Ehepaaren mit ähnlichem Einkommen steuerlich entlastet wird. In dieser Situation entsteht für verheiratete erwerbstätige Frauen eine hohe Abgabenbelastung. Dies wird mit einem negativen Effekt auf das Arbeitsangebot von Frauen in Verbindung gebracht. Im Gegensatz dazu wird eine individualisierte Besteuerung des Erwerbseinkommens dem *„individual model"* zugeordnet (Sainsbury 1994). In der theoretischen sowie in der empirischen Literatur wird mit einer getrennten Besteuerung ein positiver Effekt auf das Arbeitsangebot von Frauen vermutet und in einigen Fällen gezeigt. Gustafsson zeigt z. B., dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Westdeutschland Anfang der 90er Jahre höher ge-

wesen wäre (50,3 % statt 60%), wäre anstatt eines Ehegatten-Splitting Systems ein individualisiertes Steuersystem wie in Schweden eingeführt worden. In Schweden hingegen wäre die Frauenerwerbstätigkeit bei einer Einführung des deutschen Steuersystems von 80,2% auf 60,4% gesunken (Gustafsson 1992: 81). Dingeldey zeigt in einem internationalen Vergleich, dass das Steuerungspotential der Steuersysteme sowie ihre Institutionalisierung einen Effekt auf das Erwerbsmuster von Familien haben, dass dieser jedoch eingeschränkt ist. Nur wenn das Einkommenssteuersystem mit anderen Feldern der Sozial-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik koordiniert wird, um ein bestimmtes Modell zu unterstützen, lässt sich eine Wirkung auf das Arbeitsangebot von Frauen feststellen (vgl. Dingeldey 2000, 2001).

Unbestritten in der wissenschaftlichen Diskussion bleibt, dass die Präsenz von Kindern einen negativen Effekt auf das Erwerbsverhalten von Frauen hat (vgl. Zighera 1996; Knudsen und Peters 1994; OECD 2002; Gornick, Meyers und Ross 1997; Klammer und Tillman 2001; Gerhard, Knijn und Weckwert 2003, 2005; Thematic Network 1998). Die Anwesenheit von Kindern beeinflusst nicht allein die Erwerbsquote von Frauen, sondern auch Umfang und Kontinuität der Erwerbsbeteiligung: Mütter sind nicht nur weniger erwerbstätig sondern auch seltener in Vollzeitbeschäftigung als kinderlose Frauen (vgl. OECD 2002). In Anlehnung an Leitner's Familialismus-Ansatz ist davon auszugehen, dass sich familialistische Maßnahmen hemmend auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirken. Hierzu werden die Anerkennung von Betreuungszeiten sowie Transferleistungen für die Betreuung von Familienmitgliedern (z. B. Elternzeit und Elterngeld) zugeordnet. Empirische Studien belegen, dass die Wahrscheinlichkeit sinkt, nach Elternzeit oder Mutterschaftsurlaub in das Erwerbsleben zurückzukehren, je länger Elternzeit oder Mutterschaftsurlaub dauern (Ondrich et al. 2003).[7] Kurzer, bezahlter Elternurlaub (+ Mutterschaftsurlaub) und ein flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder ab dem ersten Lebensjahr erhöht die Erwerbsbeteiligung von Frauen (Meyers, Gornick und Ross 1999; Daly 2000; OECD 2001; Morgan und Zippel 2003). Zu den familialistischen Maßnahmen zählen ebenfalls soziale Ansprüche, die durch die Arbeit in Betreuungszeiten erworben werden (z. B. Renten- oder Arbeitslosengeldansprüche) (Leitner 2003:357). Im Gegensatz dazu wird in der wissenschaftlichen Diskussion angenommen, dass sich defamilialistische Maßnahmen fördernd/unterstützend auf die Frauenerwerbstätigkeit auswirken. Zu defamilialistischen Maßnahmen zählen insbesondere die Versorgung mit öffentlich finanzierten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und andere abhängige Familienmitglieder, aber ebenfalls die Versorgung mit

[7] Es gibt jedoch andere Studien, die genau das Gegenteil argumentieren. Mutterschaftsurlaub und Elternzeit kann positiv auf das Gehalt und auf die Berufskarriere auswirken, da Frauen dadurch geschützt werden (Waldfogel 1998; Gornick, Meyers und Ross 1997 –siehe weiter unten).

Betreuungsdiensten durch den Markt sowie die Gewährleistung von Geldleistungen für die Inanspruchnahme privater Betreuungsinstitutionen (Leitner 2003: 357). Auch ein frühes Einschulungsalter sowie der schulische Zeitumfang (Dauer des Schultages und Anzahl jährlicher Schultage) können sich defamiliarisierend auswirken und die Erwerbstätigkeit von Frauen unterstützen. In diesem Sinne unterscheiden Gornick, Meyers und Ross (1997) in einer tiefer gehenden Differenzierung unterstützende Instrumente danach, ob sie Mütter mit Kindern im Vorschul- oder im Schulalter unterstützen. Die Kombination von Lohnersatz bei Kindergeburt, die Bereitstellung von Kinderbetreuung durch verlängerte Elternzeit und/oder öffentlich finanzierte Kinderbetreuung sowie die Unterstützung für die Betreuung von Kindern über das dritte Lebensjahr hinaus in Form von öffentlicher Kinderbetreuung oder früher Einschulung erweisen sich als effektive, unterstützende Maßnahmen für Mütter mit Kindern im Vorschulalter. Darüber hinaus finden sie, dass die Bereitstellung von langen täglichen Schulzeiten, zahlreiche jährliche Schultage und frühe Einschulung entscheidend für die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im Schulalter sind (vgl. Gornick, Meyers und Ross 1997).

In der vorliegenden Arbeit werden familienpolitische Maßnahmen in den drei betreffenden Ländern beschrieben und in einem statistischen Modell durch den Effekt der Anwesenheit von Ehemann und Kindern sowie durch das Alter der Kinder überprüft. Gleichfalls wird der Effekt von staatlichen familiären Geldleistungen überprüft. Da in den drei untersuchten Ländern verschiedene sozial- und familienpolitische Anreize geschaffen werden, ist es ebenfalls Ziel dieser Arbeit, die Länderunterschiede diesbezüglich herauszuarbeiten.

Kapitel 4. Arbeitsmarktbezogene Theorien und Ansätze

Nicht ausschließlich die Institutionen des Wohlfahrtsstaates sowie individuelle Merkmale wie Bildung, Präferenzen, Partnerschaft und Anwesenheit von Kindern werden als Einflussfaktoren der Erwerbstätigkeit von Frauen in der Literatur behandelt. In zahlreichen Studien werden ebenfalls die Effekte des Arbeitsmarktes auf das Erwerbsverhalten von Individuen (und speziell von Frauen) analysiert. In der Literatur sind unterschiedliche Aspekte des Arbeitsmarktes als Explanans zu finden. Im Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit von Frauen werden häufig die berufliche Segregation sowie die Arbeitsmarktsegmentation analysiert und als Erklärungsfaktoren für die weibliche Erwerbsbeteiligung untersucht.

Die Theorien zur Erklärung der *beruflichen Segregation* basieren auf der neoklassischen Ökonomie. Diese geht von rationalem Verhalten sowohl bei Arbeitnehmern als auch bei Arbeitgebern aus. Auf der Nachfrageseite wird die Einstellung von Frauen aus

unterschiedlichen Gründen mit höheren Kosten verbunden, wie z. B. der Annahme von höherem Absentismus, höherer Fluktuation und häufigeren Verspätungen, die wiederum unter der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und insbesondere mit der Betreuung von kleinen Kindern zu betrachten sind. Ein weiteres Argument ist, dass Frauen aufgrund der Erwerbsunterbrechungen weniger Arbeitsmarkt- und Berufserfahrung mitbringen, und Arbeitgeber daher männliche Arbeitnehmer für die Besetzung von Stellen vorziehen, die hohe Qualifikation in Form von Bildung und Erfahrung verlangen (Anker 1997:319). Ein Kritikpunkt an der neoklassischen Theorie bezüglich der Segregation des Arbeitsmarktes ist, dass in den letzten Jahrzehnten die Arbeitsmarkterfahrung von Frauen zugenommen hat. Dies sollte zu einem Wandel bezüglich der geschlechterspezifischen beruflichen Segregation geführt haben, die jedoch weiterhin im internationalen Vergleich sehr hoch ist (Anker 1997: 316ff; Anker 1998).

Auf der Angebotsseite wird argumentiert, dass die Haus- und Betreuungsarbeit, die immer noch vorrangig von Frauen geleistet wird, Erwerbsunterbrechungen bei Frauen verursacht. Aus diesem Grund würden sich Frauen, unter Annahme des rationalen Verhaltens, für Berufe entscheiden, die Erwerbsunterbrechungen gar nicht oder weniger bestrafen, mit einem relativ hohen Anfangsgehalt und mit flexiblen Arbeitszeiten (Mincer und Polachek 1974; Anker 1997: 317). Ebenfalls wird die Präferenz von Frauen für Berufe in bestimmten Sektoren sowie für Berufe mit niedrigeren Gehältern dadurch erklärt, dass diese Berufe ansonsten bessere Arbeitsbedingungen bieten wie z. B. geringere Arbeitsrisiken oder flexiblere Arbeitszeiten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eher ermöglichen (Filer 1989; Mincer und Polachek 1974; Polachek 1981).

Die Überrepräsentation von Frauen im *öffentlichen Sektor* wird sowohl in der Soziologie als auch in der Ökonomie anhand der genannten Gründe bezüglich der Arbeitsbedingungen erklärt. Der öffentliche Sektor bietet, im Vergleich zu dem privaten Sektor, eine höhere Flexibilität um Familie und Beruf vereinbaren zu können sowie höhere Stabilität und Sicherheit. Außerdem werden die Stellen in vielen Ländern durch öffentlich ausgeschriebene Prüfungsverfahren vergeben, auf das sich jedes Individuum mit der nachgefragten Bildung bewerben kann, was weniger Raum für eine Geschlechterdiskriminierung seitens des Arbeitgebers zulässt. Zudem sind die Stellen im öffentlichen Sektor sehr häufig qualifizierte Verwaltungsstellen und oft in Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen zu finden, in denen traditionell Frauen Vorteile zugeschrieben werden (Mora und Ruiz-Castillo 2004: 399f). Einige Autoren in der wohlfahrtsstaatlichen Forschung und in der Sozialpolitik erklären die internationalen Unterschiede bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit anhand der Arbeitsmarktstruktur sowie der Verbreitung des Dienstleistungssektors und insbesondere des öffentlichen Sektors. Es wird angenommen, dass eine hohe Nachfrage von Arbeitskräften im Dienstleistungs-

sektor und im öffentlichen Sektor zu einem hohen Angebot weiblicher Arbeitskraft beiträgt. Esping-Andersen erklärt damit die Differenzen der weiblichen Erwerbstätigkeit in den unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen sowie die hohe Frauenerwerbsbeteiligung in den skandinavischen Ländern (Esping-Andersen 1990, 1993). Daly und Klammer weisen jedoch darauf hin, dass dies keine notwendige Bedingung für eine hohe weibliche Erwerbsbeteiligung darstellt. So weisen Finnland und Portugal hohe Frauenerwerbsquoten, jedoch einen kleinen Dienstleistungssektor auf. In den skandinavischen Ländern (ausgenommen Finnland) existiert ein Zusammenhang zwischen Größe des öffentlichen Sektors und Frauenerwerbsbeteiligung, der jedoch nicht in kontinentaleuropäischen Ländern und in Großbritannien vorzufinden ist (vgl. Daly und Klammer 2005). Andere Autoren weisen darauf hin, dass der öffentliche Sektor insbesondere in Kontexten mit hoher Segmentation des Arbeitsmarktes, in denen die Arbeitsbedingungen sehr vom Segment des Arbeitsmarktes beeinflusst werden, das Angebot an weiblicher Arbeitskraft beeinflussen (Solera 2009: 44).

Die *Theorien der Arbeitsmarktsegmentation* basieren ebenfalls auf der Logik der neoklassischen Ökonomie. Hier wird angenommen, dass die Institutionen des Arbeitsmarktes eine wesentliche Rolle bei der Entscheidungsfindung bezüglich Einstellung, Förderung, Kündigung und Bezahlung von Personal spielen. Eine weitere Annahme ist, dass die Arbeitsmärkte in einer bestimmten Form segmentiert sind, dass jedes Segment nach der neoklassischen Theorie funktioniert und dass es schwierig ist, von einem Segment in ein anderes zu wechseln (Anker 1997: 322). In der Literatur finden sich unterschiedliche Theorien, jedoch sind in diesem Bereich weniger feministische Theorien entwickelt worden als im Bereich des Wohlfahrtsstaates. Zentral in der Arbeitsmarktsegmentation ist die Theorie des dualen Arbeitsmarktes („dual labour market theory''), nach der der Arbeitsmarkt in unterschiedliche Segmente unterteilt ist, die nach eigenen Regeln funktionieren (Doeringer und Piore 1971). Der duale Arbeitsmarkt besteht aus zwei Arbeitssegmenten. Zu einem primären Segment gehören Arbeitnehmer mit relativ hoch bezahlten, sicheren und unbefristeten Arbeitsverhältnissen, mit guten Arbeitsbedingungen und Beförderungschancen. Demgegenüber sind im sekundären Segment befristete, unsichere, mit schlechteren Arbeitsbedingungen und niedrig entlohnte Arbeitsverhältnisse zu finden, die auch geringere bis keine Beförderungsmöglichkeiten bieten (Piore 1975: 126). Die Merkmale bei den Beschäftigten der beiden Sektoren unterscheiden sich ebenfalls: in dem zweiten Arbeitsmarktsektor sind die Beschäftigten geringer qualifiziert, scheiden eher aus dem Arbeitsmarkt aus und zeigen einen höheren Absentismus. Es wird ebenfalls argumentiert, dass aufgrund der Bedeutung der genannten Kriterien bei der Personalauswahl durch die Arbeitgeber, bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern wie zum Beispiel Frauen und niedrig qualifizierte Arbeitnehmer, dazu tendieren, im sekundären Segment des Arbeitsmarktes zu

bleiben (Mayer und Carroll 1987:31; Blossfeld und Mayer 1988:125). Ebenfalls wurde argumentiert, dass Frauen (und ethnische Minderheiten) aufgrund einer systemischen Diskriminierung – und weniger aufgrund individueller Motivation und Bildung - im sekundären Arbeitsmarktsegment überrepräsentiert sind (Kalleberg und Sorensen 1979: 370).

In Anknüpfung an den dualen Arbeitsmarkt entwickelte Atkinson (1984, 1985) das Konzept „flexible firm", das aus „core" und „periphery" Arbeitnehmern besteht, um den Unternehmen sowohl funktionale als auch numerische Flexibilität zu gewährleisten. Die zum „core" gehörenden Arbeitnehmer sind in unbefristeten Arbeitsverhältnissen auf Vollzeitbasis erwerbstätig und hoch qualifiziert. Diese Merkmale werden in Unternehmen für eine funktionale Flexibilität benötigt, die bei wechselnden Produktionserfordernissen auf eine Anpassung der Arbeitsorganisation sowie eine breite Qualifikation der Beschäftigten zählt (Keller-Seifert 2002: 91). Im Gegensatz dazu sind „periphery" Arbeitnehmer in befristeten, auf Teilzeitbasis oder unsicheren Arbeitsverhältnissen erwerbstätig, und sie werden benötigt, um eine numerische Flexibilität zu gewährleisten und bei schwankender Kapazitätsauslastung auf zeitliche und numerische Anpassung der Beschäftigten zu setzen. Atkinson weist darauf hin, dass in dem „core-periphery" Modell die Bezahlung, Sicherheit und Berufschancen der besser gestellten Beschäftigten auf Kosten der Arbeitsbedingungen, insbesondere der Unsicherheit und der niedrigeren Bezahlung der schlechter gestellten Arbeitnehmer geschieht, und dass diese oft Frauen sind (Atkinson 1984: 31; Atkinson 1985). Andere Autoren behaupten, die Zunahme der *Teilzeitbeschäftigung* in den 80er Jahren hat zur Bildung einer dichotomen Struktur in den Unternehmen beigetragen, in der die Teilzeitbeschäftigten die „periphery" der Arbeitnehmer bilden und vergleichsweise schlechtere Arbeitsbedingungen als die Vollzeitarbeitnehmer genießen, während letztere die Kerngruppe darstellen (Beechy und Perkins 1987; Belous 1989; Osterman 1987). Gleichermaßen werden *befristete Arbeitsverhältnisse* als Bestandteil des sekundären Segments gesehen, indem Arbeitgeber sich dieser Art der Beschäftigung bedienen um kurzfristige Fluktuationen auf der Nachfrageseite zu regulieren (Gebel und Giesecke 2008: 111f). Bezüglich der Erwerbsunterbrechungen von Frauen zeigen Glass und Riley für die USA, dass Frauen in befristeten Arbeitsverhältnissen nach der Schwangerschaft wahrscheinlicher den Arbeitsmarkt verlassen als Frauen, die unbefristet beschäftigt sind (Glass und Riley 1998: 1422).

An der Theorie des dualen Arbeitsmarktes wurde kritisiert, dass der Arbeitsmarkt in einer sehr vereinfachten Form dargestellt und ausschließlich aus der Perspektive der Nachfrageseite betrachtet wird, und dass damit der Angebotsseite, den Arbeitnehmern, eine kleine Rolle in der Bildung und Struktur des Arbeitsmarktes zugeschrieben wird (Rubery 1978; Wilkinson 1983; Cooke 1983). Bezüglich der Frauenerwerbstätig-

keit wird angenommen, dass für im sekundären Segment erwerbstätige Frauen die Familie deren Hauptidentifikationsquelle bildet und sie aus diesem Grund eine geringere Arbeitsmarktbindung zeigen (Piore 1980). Pinch und Storey bezeichnen das Model des dualen Arbeitsmarktes als „gender blind" und kritisieren, dass es nicht genug dazu beiträgt, die zunehmende Arbeitsmarktteilnahme von Frauen zu erklären (Pinch und Storey 1992: 200).

Auch wenn diese Ansätze aus den 70er und 80er Jahren stammen und aus den dargestellten Gründen kritisiert wurden, ist heute immer noch empirische Evidenz über die Überrepräsentation von Frauen in atypischen Arbeitsverhältnissen zu finden, die durch Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit, Befristung, Scheinselbstständigkeit oder geringfügige Beschäftigung zum Ausdruck kommen. Sie sind im Vergleich zu Männern überdurchschnittlich häufig in unsicheren, niedrig entlohnten, nicht oder ungenügend sozialversicherten Stellen beschäftigt (vgl. Klammer und Daly 2003). Trotzdem werden diese Stellen ebenfalls mit Vorteilen verbunden, insbesondere hinsichtlich der Kombination von Erwerbstätigkeit und Betreuungsarbeit, die vielen Frauen das Nachgehen einer Erwerbstätigkeit erleichtert oder sogar ermöglicht (Yeandle 1984). Aus diesem Grund wird Teilzeitarbeit von einigen Autoren als eine sehr wichtige Beschäftigungsform für die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt betrachtet, zumal sie seitens der Arbeitgeber als eine Form der Reduktion des Absentismus und als eine Zunahme der Unternehmensflexibilität gesehen wird (Beechey und Perkins 1987; Duffy und Pupo 1992). Trotz der mit der Teilzeitbeschäftigung verbundenen Vorteile weisen andere Autoren darauf hin, dass die Erwerbstätigkeit in der Teilzeitarbeit, und insbesondere die kontinuierliche Erwerbstätigkeit, eher von der Gestaltung und den Arbeitsbedingungen dieser Beschäftigungsform wie Bezahlung, Qualifizierung, Sicherheit oder Beförderungschancen abhängt als von der Teilzeitbeschäftigung an sich (Blossfeld und Hakim 1997; Fagan und O'Reilly 1998). Außerdem zeigen empirische Befunde, dass die weibliche Arbeitszufriedenheit in dieser Form der Beschäftigung nicht hoch ist (Dolado, Felgueroso und Jimeno 2004).

Aus den genannten Gründen wird in der wissenschaftlichen Diskussion die *Beschäftigungsflexibilisierung* als einer der Faktoren gesehen, die - unter anderem - Einstiegs- und Beschäftigungschancen in den Arbeitsmarkt für Frauen, und speziell für Mütter, darstellen. Dennoch sind diese Beschäftigungsformen vor allem für die niedrig qualifizierte und entlohnte Beschäftigung mit verringerten arbeitsrechtlichen Schutzregelungen, niedrigeren Einkommen, geringeren Aufstiegschancen, erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiken und höherer beruflicher Mobilität verbunden. Somit können „atypische Arbeitsverhältnisse" auf der einen Seite zwar zu einer höheren Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt führen, auf der anderen Seite dagegen zu einem geringeren Umfang an

der Erwerbsbeteiligung und z*u diskontinuierlichen Erwerbsbiographien* (vgl. Klammer und Tillmann 2001; Cebrián López und Moreno Raymundo 2002; Valdés Dal-Ré 2004).

Gornick findet in ihren empirischen Analysen, dass die Verfügbarkeit von *Teilzeitbeschäftigung* und die Frauenerwerbsquoten teilweise miteinander korrelieren; die Korrelation ist allerdings sehr niedrig und beschränkt sich auf einige Länder (vgl. Gornick 1999). In den mediterranen Ländern (ausgenommen Portugal), in Großbritannien und insbesondere (in den beiden letzten Jahren) in den Niederlanden ist die Korrelation eher hoch. In den skandinavischen Ländern fiel sie ebenfalls hoch aus, jedoch mit fallender Tendenz im Zeitablauf aufgrund der gesunkenen Teilzeitbeschäftigung. Innerhalb Europas bilden Portugal und Finnland (und außerhalb Europas Kanada und die USA) mit einer geringen Teilzeitbeschäftigung aber hohen Frauenerwerbsquoten eine Ausnahme (vgl. Gornick 1999; Daly und Klammer 2005). Weiterhin waren die Niederlande bis 2003 mit einer hohen Teilzeitbeschäftigung aber niedrigen Frauenerwerbsquote ein Sonderfall (vgl. Klammer und Daly 2003).

Auch Fagan und Rubery untersuchen den Zusammenhang zwischen *Teilzeitarbeit* und Arbeitsmarktintegration von Frauen. Sie finden ebenfalls keinen eindeutigen Zusammenhang und außerdem deutliche Unterschiede in den europäischen Ländern bezüglich des Einflusses der Teilzeitbeschäftigung auf den Anstieg der weiblichen Erwerbstätigkeit. In einigen Ländern wie Westdeutschland, Belgien und Frankreich lässt sich die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit durch die Expansion der Teilzeitarbeit erklären, in anderen Ländern wie Spanien und Portugal findet man jedoch einen Anstieg überwiegend in der Vollzeitbeschäftigung (in Griechenland sogar einhergehend mit einer Abnahme der Teilzeitbeschäftigung). Ebenfalls gibt es Länderunterschiede in der Verteilung hoch gebildeter Frauen und von Müttern in der Teilzeit- und Vollzeitarbeit. In einigen Ländern wie Dänemark wird die Teilzeitbeschäftigung mit qualifizierten Stellen assoziiert, während sie in anderen Ländern mit einer geringen Qualifizierung und einem niedrigen beruflichen Status einhergeht (Fagan und Rubery 1996).

Die Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit werden nicht nur durch den Arbeitsmarktsektor sowie durch den Umfang und die Befristung der Beschäftigung erklärt, sondern ebenfalls durch die *Größe des Unternehmens*. Auf der einen Seite wird argumentiert, dass die Gehälter in größeren Unternehmen in der Regel höher sind und sich daher auch höhere Opportunitätskosten bei Erwerbsunterbrechungen ableiten. Auf der anderen Seite zeigen empirische Studien, dass die Arbeitsverhältnisse in großen Unternehmen stabiler als in kleineren Unternehmen sind. Winter-Ebmer zeigt z. B. für Österreich, dass in größeren Unternehmen nicht nur die Gehälter höher sind, sondern ebenfalls die Stabilität der Arbeitsverhältnisse (Winter-Ebmer 2001). Wie einige Autoren schreiben ist das insbesondere der Fall in Ländern aus Süd- und Kontinentaleuro-

pa, in denen die Industriewirtschaft nach Unternehmensgröße und Erwerbstätigkeitsstatus segmentiert ist, da in solchen Kontexten die Karrierechancen und ebenfalls der soziale Schutz eher in größeren als in kleineren Firmen vorhanden sind (Solera 2009: 44f). Böheim und Taylor können in einer Untersuchung zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit auch für Großbritannien zeigen, dass Frauen, aber auch Männer, mit Arbeitsverhältnissen in kleinen Firmen (unter 25 Arbeitnehmern), wahrscheinlicher die Erwerbstätigkeit unterbrechen als Mitarbeiter, die in größeren Unternehmen beschäftigt sind (Böheim und Taylor 2002: 330).[8] Glass und Riley zeigen ebenfalls für die USA, dass nach der Geburt eines Kindes Frauen in kleineren Unternehmen eher den Arbeitsmarkt verlassen als dies in größeren Unternehmen beschäftigte Frauen tun (Glass und Riley 1998:1422).

In der vorliegenden Arbeit wird überprüft, in wie weit die unterschiedlichen dargestellten Aspekte des Arbeitsmarktes wie Teilzeitbeschäftigung, befristete Arbeitsverhältnisse, die Erwerbstätigkeit im öffentlichen Sektor sowie die Größe des Unternehmens einen Einfluss auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit haben. Ebenfalls wird im Ländervergleich überprüft, in wie weit diese arbeitsmarktbezogenen Faktoren in den drei untersuchten Ländern einen Einfluss haben und wie sich dieser Effekt zwischen den Ländern unterscheidet.

Kapitel 5. Zusammenfassung

Nach den unterschiedlichen dargestellten Theorien und Ansätzen kann man schlussfolgern, dass keine Theorie für sich genommen ausreichend das Erwerbsverhalten von Frauen erklären kann. Die Theorien der neoklassischen Ökonomie betonen die Bedeutung der Verhandlungen innerhalb des Haushalts sowie der individuellen Wahl. Hakim unterstreicht ebenfalls die individuellen Präferenzen von Frauen unabhängig vom jeweiligen Kontext und von der jeweiligen Klassenzugehörigkeit. Demgegenüber setzen die soziologischen Theorien den Schwerpunkt auf die soziostrukturellen Restriktionen und Möglichkeiten, sowie darauf, dass der Kontext und die Klasse einen Einfluss auf das Erwerbsverhalten von Frauen haben. Die Wissenschaftlerinnen des Wohlfahrtsstaates heben die unterschiedliche Sozial- und Familienpolitik hervor, und insbesondere die wohlfahrtsstaatliche Unterstützung, die Frauen erhalten, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Nicht zuletzt wird in der Arbeitsmarktforschung der Einfluss der Struktur, Segmentation sowie Institutionen des Arbeitsmarktes auf die weibliche Erwerbstätigkeit unterstrichen. Dazu wird in zahlreichen Studien aus unterschied-

[8] In einer früheren Version dieses Artikels sind die Effekte der Unternehmensgröße deutlicher zu sehen (Böheim, Taylor 2000: 22).

lichen theoretischen und empirischen Richtungen darauf hingewiesen, dass unterschiedliche Faktoren unterschiedliche Auswirkungen in den unterschiedlichen Ländern haben. Solera befürwortet in ihrem Buch über die Ein- und Ausgänge von Frauen in die Erwerbstätigkeit in Italien und in England, dass es im Erwerbsverhalten von Frauen viel mehr um die Integration der unterschiedlichen Theorien und die sich daraus ergebenden Maßnahmen und Faktoren geht, als um die einzelnen Perspektiven die jede Theorie hinsichtlich der weiblichen Erwerbstätigkeit bietet (Solera 2009). In diesem Zusammenhang hat meine Arbeit den Anspruch, die unterschiedlichen dargestellten Theorien hinsichtlich des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit, und dies in unterschiedlichen Ländern, zu überprüfen.

Teil III. Die Kontexte: Westdeutschland, Italien und Spanien

Kapitel 6. Westdeutschland in den 90er Jahren

6.1. Familienbildung, weibliche Bildungsteilnahme und Frauenerwerbstätigkeit in den 90er Jahren

In Westdeutschland sowie in anderen kontinental- und nordeuropäischen Ländern haben seit den 60er Jahren wichtige demographische Veränderungen stattgefunden, die in Italien und Spanien zehn oder fünfzehn Jahre später eintraten (Jurado und Naldini 1996). Der *Übergang in die erste Ehe* hat sich im Laufe der Jahre hinausgezögert, das Alter bei Geburt des ersten Kindes ist angestiegen und die Kinderlosigkeit hat zugenommen. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften sind häufiger anzutreffen, obwohl sie oft nach Geburt eines Kindes in eheliche Lebensgemeinschaften umgewandelt werden: in den 90er Jahren waren 80% der Mütter vor Kindergeburt oder kurz danach verheiratet (Konietzka und Kreyenfeld 2002:341). Die *nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften* waren jedoch in den 90er Jahren überwiegend unter den jungen Kohorten zu finden und diese lebten auch länger in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften als die älteren Kohorten. Dies wird damit begründet, dass die gesellschaftlichen Erwartungen bezüglich Ehe abgenommen hatten, da nicht-eheliche Lebensgemeinschaften ein verbreitetes Phänomen wurden. Die Schwangerschaft hatte einen positiven Effekt auf den Übergang in die Ehe, während frühere gelöste Ehen einen negativen Einfluss darauf hatten, wieder zu heiraten. Bei höherer Bildung wird der Übergang in die Ehe und in die Mutterschaft hinausgezögert. Nach Blossfeld und Rohwer hängt dies viel mehr mit der Dauer der Bildungszeit zusammen als mit dem kumulierten Humankapital. Je länger Frauen sich im Bildungssystem befinden, desto länger wird der Eintritt in Ehe und in Mutterschaft aufgeschoben: Frauen mit hohem Bildungsniveau heiraten später und bekommen später Kinder (Blossfeld und Rohwer 1995: 64ff).

Der Anteil kinderloser Frauen hat in den 90er Jahren weiterhin zugenommen: während im Jahre 1990 15% der Frauen kinderlos waren, ist dieser Anteil auf 22% im Jahr 2000 gestiegen (Jurado 2008: 62). González und Jurado Guerrero zeigen in einer Studie über die Kinderlosigkeit, dass in Westdeutschland für arbeitslose Frauen die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Mutterschaft höher ist als bei erwerbstätigen und nicht-erwerbstätigen Frauen. Eine Erwerbsdauer von 3 bis 6 Jahre wirkt sich ebenfalls positiv auf die Kinderlosigkeit aus, wenn die Nicht-Erwerbstätigkeit die Referenzkategorie ist. In Ehen oder Partnerschaften gibt es einen positiven Effekt auf den ersten Übergang in die Mutterschaft, wenn der Mann erwerbstätig und die Frau arbeitslos ist

(Referenzkategorie: beide erwerbstätig). Ebenfalls gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen Besitz von Wohneigentum und erster Kindergeburt (González und Jurado Guerrero 2006:340).

Die *Bildung* von Frauen hat in Westdeutschland (so wie in Italien und in Spanien) bis in die 90er Jahre hinein zugenommen. In einer ersten Phase hatte die Bildungsexpansion zu einer Zunahme von Frauen mit Berufsausbildung geführt (Kohorten 1919-1923 bis 1949-1953), während in einer zweiten Phase eine Abnahme der Berufsausbildung stattfand bei gleichzeitiger Zunahme von höheren Abschlüssen wie Hochschulreife oder Universitätsabschluss (Kohorten 1954-1958 bis 1964-1968) (Blossfeld und Rohwer 1995: 60).

Die *Frauenerwerbstätigkeit* ist in Westdeutschland ebenfalls seit den 60er Jahren kontinuierlich gestiegen. Diese Zunahme wird jedoch im Unterschied zu Italien und Spanien zum großen Teil - wie weiter unten dargestellt - durch den Anstieg der Teilzeitbeschäftigung ermöglicht. Die Teilzeitbeschäftigung trägt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, die durch die fehlende familienpolitische Unterstützung im Fall der Vollzeitbeschäftigung erschwert wurde. Westdeutsche familienpolitische Institutionen wie Mutterschutz, Elternzeit und Kinderbetreuung werden im Folgenden dargestellt.

6.2. Deutschland: konservativer Wohlfahrtsstaat und expliziter Familialismus

Die Sozial- und Familienpolitik hat sich in Westdeutschland, sowie in anderen konservativen Wohlfahrtsstaaten, an dem Modell der Versorgerehe – *Ernährermodell* – orientiert (vgl. Lewis und Ostner 1994), so dass dementsprechend die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen ausgerichtet wurden. Die traditionelle Struktur des Ernährermodells wurde aufrechterhalten, in dem der Mann der alleinige/hauptsächliche Familienernährer war und die Frau die unbezahlte Haus- und Familienarbeit übernahm oder auf Teilzeitbasis beschäftigt war (vgl. Hinrichs 1996; Strünck 2004; Pfarr 2000). Dies wird unter anderem durch das deutsche System der *Ehegattenbesteuerung* begünstigt, und dies unabhängig von der Anwesenheit von Kindern im Haushalt. Das System basiert auf dem Ehegattensplitting, in dem die Steuereinheit das verheiratete Paar ist. Das Einkommen beider Ehepartner wird zusammengerechnet und durch zwei dividiert, so dass auf die Hälfte des gemeinsamen Einkommens der normale Einkommenssteuertarif angewendet wird. Der resultierende Betrag wird verdoppelt und stellt damit die zu zahlende Steuerschuld des Ehepaares. Als Ergebnis dieses Systems werden Ehepaare, in denen beide Ehepartner ein ähnliches Einkommen haben, ledige oder nicht verheiratete Paare stärker besteuert als Ehepaare, in denen einer der Partner

über ein niedriges oder gar kein Einkommen verfügt, da sich für diese eine niedrigere Progressionsrate ergibt (Dingeldey 2002: 155).

In Westdeutschland wurde 1952 eine Mutterschutzgesetzgebung für erwerbstätige Mütter eingeführt. Die Zeit des *Mutterschutzes* hat eine Dauer von 14 Wochen (6 Wochen vor und 8 Wochen nach Geburt) und einen hundertprozentigen Lohnausgleich (Kurz 1998: 58; Weber 2004: 2). 1979 wurden diese 14 Wochen um 4 Beurlaubungsmonate für erwerbstätige Mütter ergänzt (Bothfeld, Schmidt und Tobsch 2005: 9). Dies wurde jedoch von einigen konservativen Politikern als Diskriminierung gegenüber nicht-erwerbstätigen Müttern kritisiert. Aus diesem Grund wurden 1986 die vier Beurlaubungsmonate durch *Erziehungsurlaub* als universelle Leistung ersetzt, auf die nicht ausschließlich erwerbstätige Mütter sondern auch Väter und nicht-erwerbstätige Elternteile einen Anspruch hatten. Ferner wurde eine ebenfalls universelle Geldleistung (Erziehungsgeld) als Anerkennung für die Kinderbetreuung und –erziehung eingeführt (Gottschall und Bird 2003: 120; vgl. auch Salles 2005: 12). Der Erziehungsurlaub und ebenfalls das Erziehungsgeld wurden mehrmals erhöht. In den 90er Jahren (seit 1992) galt ein dreijähriger Erziehungsurlaub sowie eine zweijährige Geldleistung, die 307 Euro monatlich umfasste. Im dritten Jahr bestand kein Anspruch auf Elterngeld, es sei denn, der Elternteil im Erziehungsurlaub arbeitete zuvor auf Teilzeitbasis (Gottschall und Bird 2003: 120f). Eltern, deren Einkommen eine gesetzlich festgelegte Höchstgrenze überschritt, erhielten einen reduzierten Betrag. 2001 wurde die Möglichkeit eingeführt, nur ein Jahr Erziehungsurlaub mit einem Erziehungsgeld von bis zu 450 Euro pro Monat in Anspruch zu nehmen (Wendt und Maucher 2000: 25; Knijn, Jönsson und Klammer 2005: 101). Neben dem Bundesgesetz bestand in einigen Bundesländern die Möglichkeit, den Erziehungsurlaub um einen Zeitraum zwischen 6 und 12 Monaten zu verlängern und ebenfalls bis zu einem Jahr länger Erziehungsgeld zu erhalten (vgl. Kurz 1998: 58f; Wendt und Maucher 2000: 26). Außerdem hatten die Anspruchsberechtigten das Recht auf einen vergleichbaren Arbeitsplatz nach Beendigung des Erziehungsurlaubs.

Tabelle 1. Institutionelle familienpolitische Rahmenbedingungen in Westdeutschland (90er Jahre)

Einkommensbesteuerung		Ehegattensplitting
Mutterschutz	Dauer	14 Wochen (6 vor, 8 nach Geburt)
	Lohnausgleich	100%
Elternzeit	Dauer	3 Jahre
	Geldleistung	307 Euro/Monat (2 Jahre)
Kinderbetreuung	0 bis 2 Jahre	2% bis 3%
	3 bis 5 Jahre	78% bis 100% (halbtags)
	Ab 6. Lebensjahr	Schulpflicht (halbtags); Hort (5%)

Eigene Darstellung

Bezüglich der *institutionellen Kinderbetreuung* kann man in Westdeutschland prinzipiell drei Formen je nach Kindesalter differenzieren. Für Kinder unter drei Jahren werden *Krippenplätze* zur Verfügung gestellt. Die Teilnahme an dieser Form der Betreuung ist nicht verpflichtend und es besteht kein Rechtsanspruch darauf. Anfang der 90er Jahre belief sich die Versorgungsquote in Westdeutschland auf 2%. Diese stieg bis 2002 lediglich auf 3% an (Konietzka und Kreyenfeld 2005: 12).[9] Die Mehrheit der Kinder in diesem Alter wurde innerhalb der Familie und meist durch die Mutter betreut (OECD 2006: 336). Die Kinderbetreuungspolitik findet in Westdeutschland hauptsächlich auf kommunaler Ebene statt. Die Bundesländer beteiligen sich in unterschiedlichem Umfang an der Finanzierung, der Bund nur in Ausnahmefällen. Soweit es keine übergeordneten (landesweit oder bundesweit) rechtlichen Vorgaben gibt, haben die Kommunen einen relativ großen Freiraum bei der Gestaltung und Organisation von Art und Umfang der Förderung der Kinderbetreuung. Aus diesem Grund gibt es z.B. große Unterschiede hinsichtlich der Versorgung von Kindern unter 3 Jahren, für die es z.B. eher im städtischen Raum und in Ostdeutschland ein besseres Angebot gibt (Kreyenfeld 2004: 8f). Seit 1996 haben Kinder im Alter zwischen 3 und 5 Jahren Anspruch auf einen *Kindergartenplatz* (halbtags), für dessen Nutzung nach dem Einkommen gestaffelte Elternbeiträge erhoben werden (Kreyenfeld 2004: 7f; Hank, Kreyenfeld und Spieß 2004: 231). Aufgrund der neuen Gesetzgebung fand in den 90er Jahren ein Zuwachs des Angebots von Kindergartenplätzen statt. Die Versorgungsquote, d.h. die verfügbaren Plätze in Kindertageseinrichtungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kinder der jeweiligen Altersgruppe, stieg in Westdeutschland im Laufe der 90er Jahre von 78% auf 103% an (Konietzka und Kreyenfeld 2005: 12). Trotz der hohen Versorgungsquote wurden nur 20% der Kindergartenplätze als Ganztagsbetreuung angeboten (Hank, Kreyenfeld und Spieß 2004: 231).

Ab dem 6. Lebensjahr besteht Schulpflicht. Die Schulen sind allerdings in der Regel ausschließlich halbtags geöffnet (4 oder 5 Stunden) (Lampert 2001: 18). Aus diesem Grund besteht für Schulkinder die Möglichkeit, nachmittags einen Hort zu besuchen (vgl. auch Marten und Ochoa 2009: 6f). Jedoch waren die Versorgungsquoten im Hort in den 90er Jahren sehr gering und stiegen während der 90er Jahre nicht bedeutend an (5% im Jahr 1990 und 2002) (Konietzka und Kreyenfeld 2005: 12).

Die Familienpolitik war in Westdeutschland in den 90er Jahren konservativ ausgerichtet. Die *Ehegattenbesteuerung* begünstigte das traditionelle Ernährermodell. Dies wurde verstärkt durch den Erziehungsurlaub, der eine Dauer von 3 Jahren mit 2 Jahren Erziehungsgeld beinhaltete. Dazu war das öffentliche Angebot an Krippenplätzen

[9] In 2002 ohne Berlin.

(für die ersten 3 Lebensjahre) sehr gering. Die Versorgungsquote für Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren war bereits anfangs der 90er hoch und stieg stark an in den darauf folgenden 12 Jahren. Dieses Angebot beschränkte sich jedoch auf Halbtagsbetreuung. Auch für Schulkinder gab es ein begrenztes Angebot, da die Schule halbtags geöffnet war und eine niedrige Versorgungsquote im Hort bestand.

6.3. Der Arbeitsmarkt

Auf dem Modell der Versorgerehe oder auf dem Ernährermodell baut in Westdeutschland das „Normalarbeitsverhältnis" auf (vgl. Mückenberger 1985; Hinrichs 1996), unter dem eine Beschäftigung auf Vollzeit, unbefristet, sozialversichert, mit einem existenzsichernden Entgelt und auf einem Tarifvertrag beruhenden Vereinbarungen verstanden wird (vgl. Strünck 2004; Pfarr 2000). Mit dem „Normalarbeitsverhältnis" ist nicht ausschließlich eine empirische Gegebenheit gemeint, es ist ebenfalls normativ auszulegen: Es soll „Regelmäßigkeit und Gebotenheit" ausdrücken (Mückenberger 1985: 422). Zur Analyse der Schutzkriterien des „Normalarbeitsverhältnisses" orientiert sich Mückenberger an dem Senioritätsprinzip, nachdem ein Arbeitsverhältnis arbeits- und sozialrechtliche Gewährleistungen mit steigender Erfüllung bestimmter Schutzkriterien beinhaltet, wobei das „Normalarbeitsverhältnis" (im normativen Sinne) dem Senioritätsprinzip weitestgehend entspricht. Durch das „Normalarbeitsverhältnis" und das „Ernährermodell" kommen zwei Bestandteile des Gesellschaftsvertrags zum Ausdruck: der Geschlechtervertrag und der Erwerbsarbeitsvertrag. Während der Erstgenannte festlegt, wer für Familien- und Hausarbeit einerseits sowie für Erwerbsarbeit andererseits zuständig ist, definiert der Zweite was unter Erwerbsarbeitsverhältnis verstanden werden soll und wer dafür zur Verfügung stehen soll (vgl. Holst und Maier 1998). In den 90er Jahren fand jedoch eine Modernisierung des traditionellen Ernährermodells statt, indem es in vielen Haushalten in der Regel einen (mehrheitlich männlichen) Vollzeitbeschäftigten und eine (überwiegend weibliche) Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigte gab, die ebenfalls die Familien- und Hausarbeit übernahm. In diesem Zusammenhang wird in der sozialwissenschaftlichen Diskussion über „Eineinhalbverdienerhaushalte" gesprochen, die letztendlich eine „modernisierte Version" (Pfau-Effinger 1998: 185) des Ernährermodells darstellen und zu einer „Exklusion der Frauen vom Normalarbeitsverhältnis" führen. Während Männer überwiegend unbefristet und kontinuierlich arbeiten, sind viele Frauen - insbesondere bei Anwesenheit von Kindern im Haushalt - eher diskontinuierlich erwerbstätig (Holst und Maier 1998: 507; Fagan und Rubery 1996: 239). Mit dieser Entwicklung wird der Gesellschaftsvertrag nicht in Frage gestellt. Somit agiert Westdeutschland als konservativer Wohlfahrtsstaat und anstatt die gleichberechtigte Integration der Frau in das Erwerbsleben zu

fördern, werden die bereits bestehenden Strukturen aufrechterhalten (vgl. Koch und Bäcker 2004).

In konservativen Wohlfahrtsstaaten wie Westdeutschland hat die *Teilzeitbeschäftigung* eine wichtige Rolle in der Erwerbstätigkeit von Frauen gespielt. Die Teilzeitarbeit wurde als eine gute Lösung für die Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt angesehen, ohne die Arbeitsteilung im Haushalt ändern zu müssen. Die Teilzeitbeschäftigten genossen in Westdeutschland in den 90er Jahren vergleichbare tarifliche Schutzreglungen und Absicherungen wie die Beschäftigten in Vollzeitarbeit (Stier, Lewin-Epstein und Braun 2001: 1736). In Westdeutschland gab es einen Anstieg der Teilzeitarbeit zwischen den 50er und 70er Jahren, die vor allen durch Frauen übernommen wurde. Dies war die Zeit des Wirtschaftswunders, in der eine Expansion in der Verwaltungs- und Dienstleistungsbeschäftigung stattfand. Blossfeld und Rohwer führen die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt durch die Teilzeitarbeit auf die traditionellen Geschlechterverhältnisse und auf das Zusammenspiel von Institutionen zurück. Wie bereits oben dargestellt begünstigte die wenig verbreitete institutionelle Kinderbetreuung, die Halbtagsschule und das Einkommenssteuersystem die weibliche Erwerbstätigkeit auf Teilzeitbasis (Blossfeld und Rohwer 1997: 168f).

Nach Mitte/ Ende der 70er Jahre und bis 1990 basierte der Anstieg der Erwerbsquote von Frauen auf der Grundlage stabiler Quoten an Teilzeitbeschäftigung und leicht zunehmender Quoten an Vollzeitbeschäftigung. Dieser Anstieg der weiblichen Erwerbstätigkeit durch Zunahme der Vollzeitarbeit wird unter anderem durch eine Veränderung in der Struktur des Arbeitsmarktes erklärt, da die Stellen im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Sektor nicht weiter zunahmen und die Teilzeitarbeit insbesondere in diesen beiden Sektoren verbreitet war (Blossfeld und Rohwer 1997: 167ff). Von 1990 an nahm die weibliche Erwerbstätigkeit in größerem Maß in der Teilzeit- als in der Vollzeitbeschäftigung zu. Die Teilzeitarbeit von Frauen stieg in dieser Zeit von 34% in 1990 auf 37,2 % in 1995 und weiter auf 41,4% im Jahr 2000. Dies trug zu einem Zuwachs der weiblichen Erwerbstätigkeit bei (Klammer und Tillmann 2001: 50; vgl. auch Bothfeld und O'Reilly 2000: 138). Blossfeld und Rohwer zeigen ebenfalls in ihren Studien für Westdeutschland, dass im Erwerbs- und Familienverlauf die Teilzeitarbeit ein Übergangsstadium zwischen Hausfrauentätigkeit und Vollzeitarbeit für besser qualifizierte Frauen darstellte. Außerdem belegen Blossfeld und Rohwer empirisch, dass junge Frauen in Westdeutschland bis in die 90er Jahre hinein ihr Erwerbsverhalten zunehmend änderten nachdem sie das erste Kind bekamen und immer weniger nachdem sie heirateten. Ferner stellen sie eine höhere Wahrscheinlichkeit des Übergangs von Vollzeitarbeit als von Teilzeitarbeit in die Hausfrauentätigkeit fest, was darauf hinweist, dass der Vereinbarkeitskonflikt bei der Teilzeit- geringer als bei der Vollzeitbeschäftigung ist (Blossfeld und Rohwer 1997: 184).

Die Gesetzgebung bezüglich *befristeter Beschäftigung* wurde in Westdeutschland ab Mitte der 80er Jahre immer flexibler. Bis zum Jahr 1985 konnten befristete Arbeitsverträge bis zu einer Dauer von maximal 6 Monaten abgeschlossen werden und dies ausschließlich zu bestimmten Bedingungen. Im Jahr 1985 wurde das „Beschäftigungsförderungsgesetzt" verabschiedet, das befristete Arbeitsverhältnisse bis zu einer Dauer von 18 Monaten vorsah und die bis dahin geltenden besonderen Bedingungen lockerte. 1996 wurde die mögliche Dauer befristeter Arbeitsverhältnisse auf 24 Monate erhöht und die Abschlussvoraussetzungen wurden nochmals erleichtert. Diese Tendenz zu einer Flexibilisierung in der Gesetzgebung der befristeten Beschäftigung wurde ab 2001 fortgesetzt (Gebel und Giesecke 2008: 7 und 28). Die Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse war in Westdeutschland in den 90er Jahren eher gering und es gab kaum einen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Anfang der 90er Jahre belief sich die weibliche Erwerbsquote in dieser Beschäftigungsform auf 10,5%, sank auf 8,6% in 1995 und stieg wieder auf 10,8% bis 2000 (Klammer und Tillmann 2001: 52).[10] Der Befristungsanteil bei Teilzeitarbeit lag in Westdeutschland in den 90er Jahren unter dem allgemeinen Befristungsanteil. Jedoch zeigt sich hier ein geschlechtsspezifischer Unterschied. Die Teilzeiterwerbstätigkeit bei Männern ist überdurchschnittlich betroffen von befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Teilzeitarbeit bei Männer eher vorübergehend ist und mit Aus- und Weiterbildung kombiniert wird (Klammer und Tillmann 2001: 58f).

Zusammenfassend kann in Westdeutschland die Frauenerwerbstätigkeit der 90er Jahre durch das modernisierte Ernährermodell abgebildet werden. Die Teilzeitarbeit spielte eine bedeutendere Rolle als die Beschäftigung im öffentlichen Sektor und in befristeten Arbeitsverhältnissen. Die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit geschah - obwohl nicht ausschließlich - mehrheitliche durch einen Anstieg der Teilzeitarbeit. Diese genoss seit den 90er Jahren mit der Vollzeitarbeit vergleichbare Schutzregelungen und ermöglichte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

[10] Ohne Differenzierung nach Geschlecht war die Beschäftigungsquote in befristeten Arbeitsverhältnissen 10,2% in 1990, 8,7% in 1995 und 10,7% im Jahr 2000 (Klammer und Tillmann 2001: 52).

Kapitel 7. Italien in den 90er Jahren

7.1. Familienbildung, weibliche Bildungsteilnahme und Frauenerwerbstätigkeit in den 90er Jahren

In Italien ist seit den 80er Jahren der Anteil *verheirateter Paare* gesunken, in denen die Frau unter 25 Jahre alt ist, während der Anteil verheirateter Paare zunahm, in denen die Frau älter als 25 Jahre ist. Diese Verzögerung bei der Eheschließung wird in der Literatur mit einer hohen Arbeitslosenrate, mit der Bildungsexpansion sowie mit einem kulturellen Wandel in Zusammenhang gebracht. Die *Scheidungsrate* war in den 80er und 90er Jahren eher niedrig im internationalen Vergleich. Ebenfalls gab es einen niedrigeren Prozentsatz *nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften* als in anderen kontinental- und nordeuropäischen Ländern. Diese Beziehungsform kam bei hoch gebildeten und erwerbstätigen Frauen sowie bei getrennten und geschiedenen Paaren häufiger vor und weniger bei jüngeren Paaren (Jurado Guerrero und Naldini 1996: 43ff). Jedoch stieg in den 90er Jahren der Anteil nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften sowie die Geburt von Kindern außerhalb der Ehe, obwohl in diesen Fällen, und insbesondere nach Geburt eines Kindes, sehr oft in der Folge eine Hochzeit stattfand (Solera 2009: 61).

Die *Fertilitätsrate* hat seit Mitte der 60er Jahre abgenommen, ähnlich wie in kontinental und nordeuropäischen Ländern und früher als in Spanien. Weiterhin hat sich das Alter der Mutter bei der ersten Kindergeburt erhöht, es ist auf über 30 Jahre angestiegen, während die Geburten bei jungen Müttern zurück gegangen sind (Jurado Guerrero und Naldini 1996: 50). Die Geburt von Kindern kommt häufiger innerhalb einer Ehe als in nicht-ehelichen Beziehungen vor und dies ist ausgeprägter als in anderen kontinental- und nordeuropäischen Ländern (Jurado Guerrero und Naldini 1996: 51; Flaquer 2004: 38). Außerdem verzögern Frauen mit hoher Bildung den Übergang in die Mutterschaft (analog zu Westdeutschland und Spanien) (González und Jurado Guerrero 2006: 326).

Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern bezüglich des *Bildungsniveaus* verringerte sich in den letzten Jahrzehnten, so dass Anfang der 90er Jahre bereits mehr Frauen als Männer die universitäre Bildung begannen und Mitte der 90er Jahre 53,1% der Universitätsabsolventen weiblich waren. Frauen begannen ebenfalls verstärkt solche Fächer zu studieren, die nicht typisch weiblich waren, so dass die Bildungssegregation bedeutend reduziert wurde. Durchschnittlich schlossen Frauen bereits in den 90er Jahren schneller als Männer das Studium ab und erlangten bessere Noten (Bettio und Villa 1999: 152f).

Obwohl die *Frauenerwerbstätigkeit* in den letzten Jahrzehnten in Italien zugenommen hat, ist sie seit den 90er Jahren – bis hinein in die Gegenwart - im europäischen Vergleich eher niedrig. Demgegenüber war die Frauenarbeitslosigkeit in dem untersuchten Zeitraum hoch im Vergleich zu anderen kontinental- und nordeuropäischen Ländern und beinahe doppelt so hoch wie die Männerarbeitslosigkeit - 16,8% zu 9,5% - (Addis 1999: 128; Del Boca 2002: 550). Weitere Merkmale der Frauenerwerbstätigkeit in Italien – ähnlich wie in Spanien - sind die geringe Teilzeitarbeit sowie eine hohe Erwerbskontinuität um den Zeitpunkt der Geburt eines Kindes herum. Frauen unterbrechen die Erwerbstätigkeit wegen der Geburt eines Kindes selten: ein Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt scheint ein schwieriges Phänomen zu sein (Del Boca 2002: 551; Bettio und Villa 1999: 151; Daly und Klammer 2005). Der schnelle Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahrzehnten wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur teilweise mit der rasanten Abnahme der Fertilitätsrate – ähnlich wie in Spanien - in Zusammenhang gebracht. Der Anstieg weiblicher Erwerbstätiger hat relativ schnell stattgefunden, so dass die familienpolitischen Institutionen wie Kinderbetreuung oder Elterngeld in ihrer Entwicklung kaum Schritt halten konnten. Aus diesem Grund bringt die Geburt eines Kindes in Italien – aber auch in Spanien - höhere Opportunitätskosten als in anderen europäischen Ländern mit sich (Jurado Guerrero und Naldini 1996: 52). Die fehlenden Dienstleistungen insbesondere in der Kinder- und Altenbetreuung sowie die Gegebenheiten des Arbeitsmarktes werden ebenfalls für die niedrige Frauenerwerbstätigkeit verantwortlich gemacht (Ferrera 1996; Saraceno 2000; Gornick, Meyers und Ross 1997). Im Folgenden wird auf den italienischen Wohlfahrtsstaat sowie auf einige der familienpolitischen Institutionen eingegangen.

7.2. Der italienische Wohlfahrtsstaat und das familialistische Regime

Der italienische Wohlfahrtsstaat entspricht den Charakteristika der südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten: niedriges Niveau sozialer Leistungen, insbesondere in der Familienpolitik und in der Betreuung von Kindern sowie eine hohe Arbeitsmarktregulation.[11] Bezüglich der Ausgaben des italienischen Wohlfahrtsstaates gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen Geld- und Dienstleistungen: während der Transfer von Geldleistungen über dem europäischen Durchschnitt liegt, ist das Angebot von Dienstleistungen eher knapp und von geringer Qualität. Darüber hinaus unterstützen einige Geldleistungen die Haus- und Betreuungsarbeit von Frauen innerhalb der Familie (Addis 1999: 123). Die Familienpolitik in Italien, sowie in anderen südeuropäischen Ländern,

[11] In der Europäischen Union waren Mitte der 90er Jahre Portugal, Italien, Spanien und Griechenland die Länder mit den geringsten Ausgaben in der Familienpolitik (Hantrais y Letablier 1996).

räumte in der Familien- und Kinderbetreuung in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg der Familie die wichtigste Rolle ein. Bezüglich des italienischen Familialismus schreibt Saraceno, dass dieser nicht ausschließlich auf einem starken Ernährermodell basiert, sondern auf der Familie als Einkommens- und Ressourceneinheit. Ausgangspunkt der Familienpolitik ist weniger das Ernährermodell sondern eher die Familiensolidarität über die Kernfamilie hinaus sowie die Rolle der Frau bei der Übernahme der Betreuungsarbeit, insbesondere durch Mütter und verheiratete Frauen (Saraceno 1995: 279f). Das Ernährermodell dient der sozialpolitischen Ressourcenverteilung. Die Kern- und Großfamilien entwickeln Strategien, damit mindestens ein Mitglied der Familie einer stabilen und sicheren Beschäftigung nachgehen kann. Dadurch werden sowohl die Einkommens- als auch die sozialpolitischen Ressourcen verteilt. Auf diese Weise werden alle nicht erwerbstätigen oder in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigten Familienmitglieder geschützt (Naldini 2003; Trifiletti 1999; siehe auch Flaquer 2004: 40).

Der italienische Wohlfahrtsstaat erlebte während der 70er und Anfang der 80er Jahre eine bedeutende Weiterentwicklung. Insbesondere die Familienpolitik unterlag einem Modernisierungsprozess, in dem Scheidung und Abtreibung legalisiert sowie soziale Dienste und institutionalisierte Betreuung ausgebaut wurden (Jurado Guerrero und Naldini 1996: 46). Der *Mutterschaftsurlaub* wurde 1971 eingeführt. Als Arbeitnehmerinnen oder Angestellte genießen erwerbstätige Mütter eine Befreiung von der Beschäftigung für eine Dauer von 2 Monaten vor und 3 Monaten nach einer Geburt. Selbstständige und im Haushalt erwerbstätige Frauen haben keinen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub. Im Unterschied zu anderen südeuropäischen Ländern, in denen die Geldleistung 100% des Gehaltes beträgt, erhalten Mütter in Italien 80% ihres Gehaltes. Eine Ausnahme bilden der öffentliche Dienst sowie große Unternehmen, wo beschäftigten Müttern bis zu 100% des Gehaltes zustehen kann (Flaquer 2000: 124; Flaquer 2004: 34).

Die *Elternzeit* in Italien betrug in den 90er Jahren 9 Monate. Die Bezieher erhielten eine Geldleistung von 30% des letzten Gehalts für eine Dauer von sechs Monaten (Flaquer 2000: 124). Dies ist in Italien ebenfalls eine Ausnahme im Vergleich zu anderen südeuropäischen Ländern, in denen in den 90er Jahren keine Geldleistungen während der Elternzeit gezahlt wurden (Flaquer 2004: 34). Seit 1977 haben auch Väter Anspruch auf die Elternzeit. Sie müssen jedoch in nicht-selbstständiger Arbeit beschäftigt und mit der Mutter des Kindes verheiratet sein, die ebenfalls in nicht-selbstständiger Arbeit erwerbstätig sein muss. Die Elternzeit kann nicht als Teilzeitarbeit zwischen Mutter und Vater aufgeteilt werden, aber beide können sie nach einander in Anspruch nehmen (Flaquer 2000: 124).

Tabelle 2. Institutionelle familienpolitische Rahmenbedingungen in Italien (90er Jahre)		
Einkommensbesteuerung		individualisiert
Mutterschutz	Dauer	5 Monate (2 vor, 3 nach Geburt) (nicht selbstst.)
	Lohnausgleich	80% (100% öffentl. Dienst/ größe Untern.)
Elternzeit	Dauer	9 Monate
	Geldleistung	30% (6 Monate)
Kinderbetreuung	0 bis 2 Jahre	5,8% (Mitte 90er Jahre) (große regionale Unterschiede)
	3 bis 5 Jahre	90%
	Ab 6. Lebensjahr	Schulpflicht (halbtags)
Eigene Darstellung		

Die *Besteuerung des Einkommens* erfolgt in Italien seit 1977 individualisiert. Gleichzeitig wurde eine Steuerentlastung bei Anwesenheit von Kindern eingeführt, die jedoch kein wirklich ergänzendes Einkommen bedeutete. Obwohl diese Steuerentlastung Ende der 90er/ Anfang der 2000er Jahre erhöht wurde, hat sie niemals ein mit kontinental- oder nordeuropäischen Ländern vergleichbares Niveau erreicht. Für die Anwesenheit einer ökonomisch abhängigen Ehefrau gab es bis Mitte der 90er Jahre eine höhere Steuerentlastung als für die Anwesenheit von Kindern (Solera 2009: 66f).

Die öffentlich finanzierte *institutionelle Kinderbetreuung* für Kinder unter 3 Jahren ist in Italien, ähnlich wie in Spanien, kaum entwickelt, während die Versorgung für Kinder von 3 bis 5 Jahren vergleichbar mit der Versorgung in nordeuropäischen Ländern ist. Der Grund dafür ist, dass die Versorgung von Kindern im Alter zwischen 3 und 5 Jahren in Italien und Spanien ein Teil des Bildungssystems darstellt (Flaquer 2004: 36). Ab dem 6. Lebensjahr besuchen Kinder in Italien die Schule. Die Versorgungsquote von Kindergartenplätzen für Kinder unter 3 Jahren (nidi d'infanzia) belief sich Mitte der 90er Jahre auf 5,8%. Jedoch sind die regionalen Unterschiede in dem öffentlichen – aber auch in dem privaten Sektor - sehr ausgeprägt. In dem öffentlichen Sektor variiert die Versorgungsquote zwischen 30% in einigen nördlichen Regionen und 1-2% im Süden des Landes (Flaquer 2000: 92f; Del Boca 2002: 553). Die institutionelle Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren verlangt eine hohe finanzielle Beteiligung der Eltern, im Gegensatz zu der Betreuung in Institutionen für Kinder zwischen 3 und 5 Jahren. Die Betreuungseinrichtugen für letztere werden „scuola materna" genannt und sind seit 1968 in Zuständigkeit des italienischen Staates – im Unterschied zu den „nidi d'infanzia", die regional und lokal getragen werden. Die Kosten für die „scuola materna" werden zum größten Teil vom Staat übernommen, so dass Eltern lediglich geringe Beiträge bezahlen müssen. In den 90er Jahren besuchten 90% der Kinder zwischen 3 und 5 Jahren die „scuola materna". Die institutionelle Versorgung für Kinder dieses Alters ist einheitlich in den unterschiedlichen Regionen (Flaquer 2000: 92f; Del Boca 2002: 553). Das Schulsystem für Kinder ab dem 6. Lebensjahr birgt ebenfalls

Vereinbarkeitsprobleme für Mütter mit einer Vollzeitbeschäftigung, da der Schultag bis 12:30 Uhr oder 13:30 Uhr dauert und dies die Organisation einer Kinderbetreuung seitens der Familie für die Nachmittage notwendig macht (Trifiletti 2003; Del Boca 2002).

Zusammenfassend ist Italien ein familialistischer Wohlfahrtsstaat, der nicht nur auf das Ernährermodell sondern prinzipiell auf die Unterstützung über die Kernfamilie hinaus und auf die intergenerationale Solidarität setzt. Mit Mutterschutz und Elternzeit konnten Mütter in den 90er Jahren bis zum 1. Geburtstag des Kindes zuhause bleiben und bekamen 11 Monate lang eine Geldleistung (5 Monate lang 100% und 6 Monate lang 30%). Obwohl die Einkommensbesteuerung individuell erfolgte, führte die Anwesenheit einer ökonomisch abhängigen Ehefrau zu höherer steuerlicher Entlastung als die Anwesenheit von Kindern. Die institutionelle Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren war kaum entwickelt, während diese für Kinder zwischen 3 und 5 Jahren eine Versorgungsquote von über 90% erfuhr. Ab dem 6. Lebensjahr sind Kinder in der Schule. Die Öffnungszeiten (halbtags) lassen eine begrenzte Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben zu.

7.3. Der Arbeitsmarkt

Im Italien der 80er Jahre gab es eine Expansionsphase auf dem Arbeitsmarkt: es wurden ca. 1.400 Millionen Arbeitsstellen geschaffen. Jedoch gingen später, in einer Rezessionsphase der 90er Jahre, etwa 1.200 Millionen Stellen wieder verloren. Damit wurde beinahe die komplette Netto-Zunahme der 80er Jahre rückgängig gemacht. Dennoch nahm die Anzahl an Arbeitsstellen für Frauen in den 80er und 90er Jahren zu. In Wachstumsphasen stieg insbesondere die Frauenerwerbstätigkeit (bei konstant bleibender Männererwerbstätigkeit), während sie in Rezessionsphasen unverändert blieb (bei Abnahme der Männererwerbstätigkeit). Ursache dafür ist, dass Frauen insbesondere im Dienstleistungssektor arbeiten während Männer im industriellen Bereich tätig waren. Das Wachstum der 80er Jahre fand insbesondere im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Sektor statt, während in den 90er Jahren primär Stellen in der Industrie verloren gingen (Bettio und Villa 1999: 163).

Trotz der für Frauen dargestellten vorteilhaften Entwicklung der Arbeitsmarktstruktur war die Frauenerwerbstätigkeit, wie bereits oben dargestellt, weiterhin niedrig im europäischen Vergleich. 1996 lag die Quote der Frauenerwerbstätigkeit in Italien unter dem europäischen Durchschnitt: 43,7 % in Italien gegenüber 57,4 % in der EU15. Bezeichnend für Italien ist jedoch, dass seit Mitte der 60er Jahre Frauen kontinuierlich um den Zeitpunkt der Geburt eines Kindes arbeiten. Die Kosten der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit sind hoch aufgrund des Verlustes von Senioritätsansprüchen sowie der mangelnden Aussichten auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Daher ist in Italien

die Strategie der Arbeitsmarktaus- und -eingänge um die Mutterschaft nicht so verbreitet wie in anderen europäischen Ländern. Weiterhin ist empirisch belegt, dass in Italien bei Frauen mit hoher Bildung eine höhere Erwerbskontinuität anzutreffen ist, während niedrig qualifizierte Frauen eher dazu tendieren, die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen. Diese Ergebnisse werden noch deutlicher, wenn die Anwesenheit von Kindern berücksichtigt wird: die Frauenerwerbstätigkeit in Italien wird stärker von Bildung als von der Anwesenheit von Kindern beeinflusst. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass gering qualifizierte Frauen in Italien möglicherweise in der Schwarzarbeit erwerbstätig sind, da, wie in anderen südeuropäischen Ländern auch, dieser Sektor sehr ausgeprägt ist. Ebenfalls wird gezeigt, dass Bildung die Arbeitslosigkeit negativ beeinflusst (Bettio und Villa 1999: 151-167).

Viele Autoren schreiben über den Dualismus des Arbeitsmarktes in Südeuropa und damit auch in Italien. Während einige zentrale Sektoren des Arbeitsmarktes einen hohen Schutz gegen Kündigung und Arbeitslosigkeit genießen, haben viele andere Arbeitnehmer viel schlechtere Arbeitsbedingungen. Bezeichnend für Südeuropa ist, dass während die männlichen Familienernährer gute Arbeitsbedingungen genießen, viele Frauen und junge Arbeitnehmer dagegen sehr prekäre Arbeitsbedingungen haben. Die südeuropäischen Arbeitsmärkte sind stark segmentiert, so dass eine klare Trennung zwischen Insidern und Outsidern existiert (Ferrera 1996; Moreno 1997; Trifiletti 1998). Eines der Probleme dabei ist die fehlende Berücksichtigung der Outsider in den Tarifverhandlungen, die sich typischerweise auf die Beschäftigten konzentrieren und eine Maximierung deren Gehälter verfolgen, jedoch auf Kosten einer Beschäftigungsexpansion von der die Outsider profitieren könnten. In diesem Zusammenhang zeigt Cousins, dass in Italien (so wie in Griechenland, Portugal und Spanien) die Familienernährer im europäischen Vergleich mit geringerer Wahrscheinlichkeit von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind (Cousins 1999). Dies geht mit einer Diskriminierung hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration von Frauen und jungen Menschen einher.

Im Italien der 90er Jahre sind weder die *Teilzeitarbeit* noch die *befristeten Arbeitsverhältnisse* weit verbreitet. Zu Anfang des genannten Jahrzehntes belief sich die Teilzeitarbeit auf ca. 5% der Stellen insgesamt und auf 10% bei der Frauenerwerbstätigkeit. Die *befristete Beschäftigung* wies ähnliche Quoten (5,2% der gesamten Beschäftigten und 7,5% der beschäftigten Frauen) (Solera 2009: 56) auf. Die geringe Teilzeitbeschäftigung wird von einigen Autoren für die niedrige Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen und insbesondere von Müttern verantwortlich gemacht. Diese müssen sich zwischen einer kontinuierlichen Erwerbstätigkeit auf Vollzeitbasis und einer Nicht-Erwerbstätigkeit entscheiden (Del Boca 2002: 550).

Die niedrige Verbreitung der *Teilzeitarbeit* kann dadurch erklärt werden, dass diese für die Arbeitgeber höhere Kosten als die Vollzeitarbeit bedeutet, denn die Berechnung der Beiträge für die Sozialversicherung erfolgt aufgrund der Anzahl beschäftigter Mitarbeiter und nicht aufgrund der geleisteten Stunden. Daher ist die Beschäftigung von zwei Personen auf Teilzeitbasis teurer als eine vollzeitbeschäftigte Person. Außerdem ist die Entwicklung des Dienstleistungssektors in Italien nicht so weit fortschritten wie in anderen Ländern und es ist dieser Sektor, in dem die Teilzeitarbeit verbreitet ist (Del Boca 2002: 552).

Bezüglich der *befristeten Arbeitsverhältnisse* untersuchen Bratti, Del Bono und Vuri in Italien den Effekt unterschiedlicher Stellencharakteristika auf die Erwerbstätigkeit von Frauen nach erster Kindergeburt. Sie stellen fest, dass Frauen, die sich vor der Heirat nicht in unbefristeten Arbeitsverhältnissen befanden, nach einer Kindergeburt mit geringerer Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieser Effekt ist statistisch höchstsignifikant für Frauen ohne regulären Arbeitsvertrag (Bratti, Del Bono und Vuri 2004: 19).

Weiterhin wird die geringe Entwicklung des *öffentlichen Dienstleistungssektors* für die hohe Arbeitslosenquote von Frauen verantwortlich gemacht (Addis 1999: 123). Obwohl der öffentliche Sektor nicht sehr verbreitet ist, bietet dieser in Italien sichere Arbeitsbedingungen. Eine kontinuierliche Erwerbsbiographie hängt in diesem Land nicht nur mit der Art des Arbeitsverhältnisses sondern auch mit dem Arbeitsmarktsektor zusammen. Öffentliche Stellen in Italien scheinen besonders interessant für Frauen zu sein, da hier die Abwärtsmobilität und die Erwerbsunterbrechungen vermieden werden und außerdem eine bessere Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben ermöglicht wird (Solera 2009: 44). Frauen, deren längste Phase der Berufstätigkeit vor Heirat im öffentlichen Sektor lag, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit nach Geburt des ersten Kindes weiterhin erwerbstätig zu sein (im Vergleich zu einer Erwerbstätigkeit im privat-wirtschaftlichen Sektor) (Bratti, Del Bono und Vuri 2004: 21).

In Italien scheint die *Größe des Unternehmens* ebenfalls eine wichtige Rolle in der Erwerbstätigkeit und insbesondere in der Erwerbskontinuität von Frauen zu spielen. Es wird empirisch belegt, dass in Unternehmen mit mehr als 150 Mitarbeitern beschäftigte Frauen nach der ersten Kindergeburt mit höherer Wahrscheinlichkeit weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgehen als in kleineren Unternehmen beschäftigte Frauen. Eine Erklärung dafür können die in Italien geltenden Arbeitsschutzregelungen sein, die sich bedeutend insbesondere bezüglich einer Kündigung zwischen kleinen (weniger als 15 Beschäftigte) und großen Unternehmen unterscheiden (Bratti, Del Bono und Vuri 2004: 21).

Nach den bisherigen arbeitsmarktbezogenen Ergebnissen wird die Erwerbskontinuität in Italien insbesondere durch die Befristung von Arbeitsverträgen, den öffentlichen Sektor, die Größe des Unternehmens und durch die Bildung von Frauen beeinflusst. Für die spezifische Fragestellung der vorliegenden Arbeit (Übergang von erwerbstätigen Frauen -mit und ohne Kinder- in die Hausfrauentätigkeit in den 90er Jahren) wird überprüft, ob die genannten Faktoren das untersuchte Verhalten in Italien vorhersagen.

Kapitel 8. Spanien in den 90er Jahren

8.1. Familienbildung, weibliche Bildungsteilnahme und Frauenerwerbstätigkeit in den 90er Jahren

Viele soziale Phänomene, die Frauen direkt betreffen und die als Merkmale für die Modernisierung einer Gesellschaft gelten, sind in Spanien später eingetreten als in kontinental- und nordeuropäischen Ländern. Die Geschwindigkeit der Veränderungen jedoch, die seit den 70er und insbesondere seit den 80er und 90er Jahren stattfinden, ist sehr hoch (Jurado 2008). Ein massenhafter *Einstieg von Frauen in das Erwerbsleben* hat stattgefunden, dem ein massiver Rückgang der Geburten gegenüber steht (OECD 2001; Castles 2003; Billari und Kohler 2004). Dies wird von einigen Autoren als Strategie zur Vereinbarkeit vom Beruf und Privatleben gesehen (Bettio und Villa 1998). Die Anzahl *nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften, Einpersonenhaushalte, kinderloser Paare und alleinerziehender Eltern* hat stark zugenommen (Jurado 2008). Trotz dieser Veränderungen wies Spanien in den 90er Jahren immer noch ein traditionelles Familiensystem auf. Der Anteil von Kindern, die außerhalb einer Ehe geboren wurden, war weiterhin sehr gering im europäischen Vergleich (Delgado 1995: 191) und ungeachtet des Anstiegs der Frauenerwerbsbeteiligung der letzten Jahrzehnten, war überwiegend ein starkes Ernährermodell anzutreffen. Die Mehrheit der Männer arbeitete auf Vollzeitbasis und waren die „Haupternährer" oder sogar „Alleinernährer" des Haushalts. Jedoch war bei den jüngeren Generationen eine Zunahme der Zweiverdienerhaushalte festzustellen, in denen beide Partner auf Vollzeitbasis arbeiteten (vgl. Dingeldey 2000). Ähnlich wie in Italien war im Spanien der 90er Jahre die Frauenerwerbsbeteiligung eher niedrig im europäischen Vergleich und fand vorrangig kontinuierlich und auf Vollzeitbasis statt (Daly 1998, 2000; Klammer und Daly 2003; Daly und Klammer 2005).

Ebenfalls bezeichnend für Spanien, so wie für andere südeuropäische Gesellschaften, ist die *geringe Fertilitätsrate*. In den 90er Jahren sank die Fertilitätsrate unter 1,2 Kinder pro Frau (1,18 in 1995), eine der niedrigsten Raten Europas. Differenziert nach

Bildungsniveau zeigt sich, dass während unter den Frauen mit einem Universitätsabschluss 24% kinderlos waren, 7,5% der Frauen mit einem niedrigen Bildungsabschluss keine Kinder bekamen (Bernardi und Requena 2003: 36f). Empirische Befunde zeigen außerdem, dass sich die Frauen im Durchschnitt 2,2 Kinder wünschten und dass daher in Spanien ein Fertilitätsdefizit bestand (Delgado und Castro 1998; vgl. auch Bernardi und Requena 2003). Gleichzeitig stieg das durchschnittliche Alter von Frauen bei erster Mutterschaft in den 80er und 90er Jahre kontinuierlich an (von 29 Jahren in 1991 bis 30,7 Jahre in 2000) (Bernardi und Requena 2003: 32). González und Jurado zeigen in einem multivariaten Modell, dass die befristete Beschäftigung, die Gefahr von Arbeitslosigkeit und die Bildung in Spanien einen negativen Effekt auf den Übergang in die Mutterschaft haben, während ein hohes eigenes Einkommen einen positiven Effekt hat. Bei Frauen in einer Partnerschaft finden sie positive Effekte, sofern die Frau verheiratet ist, ein hohes Einkommen hat oder nicht-erwerbstätig ist (González und Jurado Guerrero 2006).[12]

Wie Jurado (2008) in ihrer Analyse des familialen Wandels in Spanien feststellt, wird dieser hauptsächlich von Frauen und insbesondere von jungen Frauen getragen. Die rasante Zunahme ihres Bildungsniveaus und ihrer Teilnahme am Arbeitsmarkt, die Abnahme der Fertilitätsrate, die häufigere Trennung und Scheidung vom Partner bzw. Ehemann sowie der Anstieg nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften sind wichtige Aspekte des Wandels, die überwiegend bei hoch gebildeten jungen Frauen anzutreffen sind.

8.2. Spanien als südeuropäisches familialistisches Land

Ähnlich wie in Italien und anderen südeuropäischen Ländern basiert die spanische Familienpolitik auf der Annahme, dass die Familie sich selbst versorgen kann und keine staatliche Unterstützung benötigt. In Reaktion auf die konservative Familienpolitik während des Franco-Regimes (1939-1975) wurde auf die Familie in den 80er Jahren seitens der politischen Parteien und der Interessengruppen keine Rücksicht genommen, in dem Sinne dass eine Familienpolitik kaum betrieben wurde. Während im Jahr 1974 die Ausgaben für Familienpolitik 17% der öffentlichen Ausgaben betrugen, sanken diese bis 1990 auf 1,17% (Velarde 1990: 164). Aus diesem Grund blieben sowohl die institutionelle Betreuung als auch die finanziellen Leistungen im europäischen Vergleich unterentwickelt. Die staatliche Rolle wird diesbezüglich als passiv bezeichnet (Flaquer 2000). Die Arbeit innerhalb der Familie wurde mehrheitlich von den Frauen

[12] In ihren Analysen verwenden sie die ECHP-Daten, die sich auf die 90er Jahre beziehen.

übernommen.[13] Erst Mitte der 90er Jahre, während der Amtszeit der konservativen Partei (Partido Popular, PP), gewann die Familienpolitik an Bedeutung. Eine der wichtigsten Maßnahmen der Partei war die Verabschiedung des Gesetzes *Ley de Conciliación* (Vereinbarkeitsgesetz) im Jahr 1999. Das neue Gesetz basierte auf den europäischen Vorschriften zu Mutterschaftsurlaub, Elternzeit und Teilzeitarbeit (Fernández Cordón und Tobío Soler 2005: 19). Ziel des Gesetzes ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Einführung von Ansprüchen bezüglich der Betreuungszeiten zu verbessern. Obwohl sowohl Mütter als auch Väter durch das Gesetz erreicht werden sollten, haben überwiegend die Mütter davon profitiert (Salido und Moreno 2009: 293ff). Trotzdem hat nur eine Minderheit der spanischen Familien die verbesserten Maßnahmen, wie die Elternzeit, angenommen, da diese weiterhin frei von finanzieller Unterstützung waren (Fernández Cordón und Tobío Soler 2005: 20).

Tabelle 3. Institutionelle familienpolitische Rahmenbedingungen in Spanien (90er Jahre)

Einkommensbesteuerung		individualisiert
Mutterschutz	Dauer	16 Wochen (6 nach der Geburt, 10 beliebig, vor oder nach der Geburt)
	Lohnausgleich	75% ; ab 1994 100%
Elternzeit	Dauer	3 Jahre
	Geldleistung	Keiner
Kinderbetreuung	0 bis 2 Jahre	4 % - 10% (1992-2001)
	3 bis 5 Jahre	45,9%-92,8% (drei Jährige) 96,6% - 100% (1992-2001)
	Ab 6. Lebensjahr	Schulpflicht (volltags)

Eigene Darstellung

Seit 1989 hat der *Mutterschaftsurlaub* in Spanien eine Dauer von 16 Wochen. Sechs Wochen davon müssen nach der Geburt, die restlichen 10 Wochen können sowohl vor als auch nach der Geburt in Anspruch genommen werden. Bei Erwerbstätigkeit beider Elternteile konnte der Vater die letzten vier Wochen wahrnehmen, wobei in diesem Fall die Mutter verpflichtet war, in die Erwerbstätigkeit zurückzukehren. Die finanzielle Leistung von 75% des letzten Gehalts wurde Eltern gewährleistet, die während des letzten Jahres vor Geburt des Kindes mindestens 180 Tage erwerbstätig waren (Guillén 1997: 52). Im Jahr 1994 wurde die Geldleistung auf 100% des Gehalts erhöht. Sie wurde allen Eltern gewährt, die in den letzten fünf Jahren vor Kindergeburt mindestens 180 Tage in die Sozialversicherung eingezahlt hatten (Salido 2002: 5; Guillén 1997: 52; Valiente Fernández 1997a: 237).

[13] In diesem Zusammenhang schreiben einige spanische Autoren über die bedeutende Rolle von Frauen und Familienressourcen für die Wohlfahrtsgewährleistung (Salido und Moreno 2009) und heben die starke Arbeitsbelastung von Frauen hervor (Moreno 2004).

Die *Elternzeit* wurde in Spanien im Jahr 1989 eingeführt (Salido 2002: 6). Die maximale Dauer betrug in den 90er Jahren drei Jahre. Die Elternzeit konnte sowohl von Müttern als auch von Vätern in Anspruch genommen werden, es bestand jedoch kein Anspruch auf Elterngeld. Im Gegensatz zu Westdeutschland war die Elternzeit ausschließlich auf erwerbstätige Eltern ausgerichtet, um die Vereinbarkeit von Betreuungsarbeit und Beruf zu ermöglichen. Anfangs wurde die gleiche Arbeitsstelle erhalten wenn die Unterbrechung nicht länger als ein Jahr betrug. Darüber hinaus wurde es Eltern ab 1995 ermöglicht, nach zwei oder drei Jahren Erwerbsunterbrechung eine ähnliche Stelle zu bekommen (Guillén 1997: 52).

In Spanien wurde 1991 eine individualisierte *Besteuerung des Einkommens* eingeführt. Seit 1978 wurde das Einkommen von Ehepaaren gemeinsam besteuert. Dies wurde jedoch 1988 und 1989 aufgrund der Diskriminierung von Doppelverdiener-Ehepaaren gegenüber nicht verheirateten Paaren durch das Verfassungsgericht als verfassungswidrig deklariert. Eine gemeinsame Besteuerung sollte ausschließlich möglich sein, wenn im Vergleich zu einer individualisierten Besteuerung keine finanziellen Nachteile entstehen würden. Daraufhin wurde 1991 ein neues Gesetz verabschiedet, nach dem Ehepaaren ermöglicht wurde, sich für eine individualisierte oder für eine gemeinsame Besteuerung zu entscheiden. Nicht verheiratete Paare waren von dieser Regelung ausgeschlossen und konnten keine gemeinsame Besteuerung beantragen. Seit 1992 hat die individualisierte Besteuerung zugenommen (Flaquer 2000:71; Salido und Moreno 2007:108).

Die *institutionelle Kinderbetreuung* für Kinder unter 6 Jahren hat in den 90er Jahren deutlich zugenommen. Mit der Einführung des Gesetzes zur allgemeinen Regulierung des Bildungssystems (LOGSE) im Jahr 1990 wurde die institutionelle Versorgung für Kinder unter 6 Jahren innerhalb des Bildungssystems verankert. Während die Teilnahme am Bildungssystem für Kinder ab 6 Jahren verpflichtend ist, hat sie für Kinder unterhalb dieses Alters einen freiwilligen Charakter und wird in zwei unterschiedlichen Stufen organisiert. Die erste Stufe ist für Kinder unter drei Jahren. Diese wird durch die Comunidades Autónomas (Autonomen Gemeinschaften) hauptsächlich regional, aber auch durch die Gemeinden lokal und ebenfalls durch Non-Profit Organisationen angeboten. Aufgrund der regionalen und lokalen Struktur sind deutliche Unterschiede in der Provision und in dem von den Eltern zu leistenden finanziellen Beitrag zu erkennen, was deutliche Ungleichheiten innerhalb Spaniens verursacht.[14] Insgesamt war die institutionelle Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren in den 90er Jahren wenig entwickelt. Erst Ende der 90er Jahre gewann diese an Bedeutung: während 1992 4%

[14] Nur Familien mit niedrigem Einkommen waren von der Beitragsleistung befreit.

der Kinder unter 3 Jahren in institutioneller Betreuung waren, nahm die Versorgungsquote bis 2001 bis auf 10% zu (González und Vidal 2005: 6; Valiente Fernández 1997b: 109).

Im Gegensatz dazu wurde die zweite Stufe für Kinder zwischen 3 und 5 Jahren durch die zentrale Regierung (Bildungsministerium – MEC) übernommen und war frei von finanziellen Beitragsleistungen der Eltern. Die Versorgungsquote (öffentlicher Einrichtungen) war für vier- und fünfjährige Kinder sehr hoch und stieg von 96,6% in 1992 auf 100% im Jahr 2001 (CIDE 2002: 101). Die institutionelle Betreuung für dreijährige Kinder stieg in den 90er Jahre beachtlich von 45,9% in 1992 auf 92,8% in 2001 an (González und Vidal 2005: 5).[15]

Zusammenfassend wurden in Spanien in den 90er Jahren die familienpolitischen Maßnahmen erweitert. Die finanziellen Leistungen während des Mutterschaftsurlaubs wurden erhöht, der Anspruch auf die Rückkehr auf eine Arbeitsstelle wurde auf drei Jahre ausgedehnt, die institutionelle Betreuung für dreijährige Kinder nahm deutlich zu und für vier- und fünfjährige Kinder blieb sie weiterhin hoch mit einem geringen Anstieg. Jedoch war die institutionelle Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren Anfang der 2000er Jahre immer noch sehr niedrig.

8.3. Der Arbeitsmarkt

Der spanische Arbeitsmarkt der 90er Jahre ist charakterisiert durch eine hohe Regulierung um einen Kern von unbefristeten sicheren Arbeitsverhältnissen. Die Arbeitslosenrate war hoch, es gab ebenfalls einen hohen Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse sowie eine der niedrigsten Teilzeitarbeitsquoten Europas (Ferrera 1996; Smith et al. 2000). Die zweite Hälfte der 80er Jahre war für Spanien eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs, die teilweise durch die europäische Integration vorangetrieben wurde. Nach einer kurzen aber starken wirtschaftlichen Rezession Anfang der 90er Jahre (1992-1993), die insbesondere für den spanischen Arbeitsmarkt negative Folgen hatte, setzte eine neue lange Phase wirtschaftlichen Wachstums Mitte der 90er Jahre ein, in der die Beschäftigung um 50% zunahm. Die spanische Wirtschaft war jedoch während des Franco-Regimes und in den darauf folgenden Jahrzehnten durch einen chronischen Mangel an Arbeitsstellen geprägt. Mitte der 80er Jahre lag die Arbeitslosenrate über 20% und die Beschäftigungsquote unter 50%. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs sank die Arbeitslosenrate in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nicht unter 15%, was zum Teil auf die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit sowie auf den Ein-

[15] Der Anstieg in der institutionellen Kinderbetreuung kann jedoch jedenfalls teilweise auf die sinkende Fertilitätsrate zurückgeführt werden.

stieg der zahlreichen Kohorten des Baby-Boom der 60er Jahre in den Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Diese Zeit war ebenfalls gekennzeichnet durch die Expansion des öffentlichen Sektors und insbesondere der öffentlichen Dienstleistungen, die aufgrund der Verwaltungsdezentralisation sowie der Ausbreitung des Wohlfahrtsstaates und mit der Universalisierung des Bildungs- und Gesundheitssystems stattfand (vgl. González und Garrido 2008: 95ff). In der zweiten Expansionsphase ab Mitte der 90er Jahre hatte der private Sektor des Arbeitsmarktes den größeren Anteil an der Zunahme von Arbeitsstellen. Zwischen Ende der 70er und Anfang des 21. Jahrhunderts hat sich somit der spanische Arbeitsmarkt deutlich verändert. Die Beschäftigungsquote im Agrarsektor sank von 20% Ende der 70er Jahre auf 5% in 2003. In der Industrie gingen wenige Stellen verloren, das relative Gewicht aber nahm deutlich ab (von 28% auf 19%). Insbesondere im Bau- und im Dienstleistungssektor wurden die meisten Arbeitsplätze geschaffen. Während in der Baubranche um die 800.000 Stellen hinzukamen, entstanden im Dienstleistungssektor über 5 Millionen neue Stellen. Innerhalb des Dienstleistungssektors nahm insbesondere der öffentliche Sektor (Verwaltung, Bildung und Gesundheit) in den zwei ersten Jahrzehnten der Demokratie deutlich zu (um ca. 1,9 Millionen Stellen) und stieg bis Anfang der 2000er Jahre von 9% auf 18% der gesamten Beschäftigung. Bezüglich der Berufsklassen stieg die Anzahl an qualifizierten nicht gewerblichen Stellen mit 3 Millionen am stärksten an. Demgegenüber sank die Anzahl qualifizierter Stellen im gewerblichen Bereich um 1,8 Millionen. In den nicht qualifizierten Berufen stieg die Anzahl an Stellen sowohl im gewerblichen als im nicht-gewerblichen Bereich um jeweils 1,2 bzw. 1,7 Millionen an (Toharia 2003: 211f).

In den 80er und 90er Jahre gab es in Spanien eine wichtige Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, die zum Teil aufgrund der dargestellten neuen Struktur des Arbeitsmarktes (Zunahme der Stellen im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Sektor) aber auch aufgrund der höheren weiblichen Teilnahme am Bildungssystem verursacht wurde (vgl. González und Garrido 2008: 95ff). Zu der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit in Spanien trug, ebenso wie in anderen südeuropäischen Ländern, nur zu einem geringen Teil der Anstieg der *Teilzeitarbeit* bei (Fagan und Rubery 1996: 231). Nach einer Kindergeburt, unterbrechen Frauen die Erwerbstätigkeit oder sie arbeiten weiterhin eher auf Vollzeit- als auf Teilzeitbasis (Rubery, Fagan und Smith 1995 in Fagan und Rubery 1996: 231). Dennoch gibt es empirische Evidenz darüber, dass in den 90er Jahren die Teilzeitarbeit von einigen Müttern wahrgenommen wurde, um weiterhin in Arbeit zu bleiben, obwohl in der Zeit das „male breadwinner model" mit einem auf Vollzeitbasis erwerbstätigen Mann und einer nicht-erwerbstätigen Frau dominierte (Cebrián und Moreno 1995; Lázaro, Moltó und Sánchez 1997: 451; vgl. auch Smith et al. 2000). Die Teilzeitbeschäftigung wurde 1984 zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes eingeführt und mit den gleichen Schutzregelungen ausgestattet, wie sie bei der

Vollzeitarbeit galten. Der Unterschied war jedoch, dass in den 90er Jahren mehr als die Hälfte der Teilzeitbeschäftigung in befristeten Arbeitsverhältnissen stattfand (Ruivo, González und Varejao 1998: 205). Die meisten Stellen in Teilzeitbeschäftigung waren in den 90er Jahren im Dienstleistungssektor zu finden (ca. 80% der Teilzeitarbeit). Über 95% der Teilzeitarbeitnehmer waren Frauen und ca. 16,5% der Frauen waren in Teilzeitarbeit erwerbstätig. Bemerkenswert ist, dass die meisten auf Teilzeitbasis beschäftigten Frauen eine Beschäftigung auf Vollzeitbasis vorgezogen hätten (Ruivo, González und Varejao 1998: 202; Smith et al. 2000).

Die *befristeten Arbeitsverhältnisse* in Spanien nahmen in der wirtschaftlichen Expansion der 80er Jahre um 10% zu (von 23% 1988 auf 33% 1992), was zum Teil auf die Reform von 1984 zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zurückzuführen ist. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre erfuhr diese Art der Beschäftigung eine Stabilisierung. Ursache war die Stabilisierungsreform von 1997 (González und Garrido 2008: 96). Einigen Autoren zufolge bildet die befristete Beschäftigung in Spanien ein Segment des Arbeitsmarktes. Jedoch wird von anderen Autoren argumentiert und empirisch belegt, dass die Befristung kein Arbeitsmarktsegment darstellt, sondern eher der Arbeitsmarktflexibilisierung dient, und dass dadurch jüngeren Arbeitnehmern der Zugang in die Erwerbstätigkeit erleichtert wird. Bei Frauen besteht bei Beschäftigung im öffentlichen Sektor ein höheres Risiko, in befristeten Arbeitsverhältnissen zu verbleiben (González und Garrido 2008: 107-112).

Gutiérrez-Domènech (2005) analysiert die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen nach der ersten und der zweiten Kindergeburt in Erwerbstätigkeit sind. Sie findet negative Effekte bei befristeter Beschäftigung für die Wahrscheinlichkeit, in den 96 Monaten nach Kindergeburt einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Sie stellt ebenfalls fest, dass die Beschäftigung vor Kindergeburt im öffentlichen Sektor, in unbefristeten Arbeitsverhältnissen und auf Vollzeitbasis einen positiven Effekt hat, nach 6 und 9 Monaten nach der ersten Geburt wieder erwerbstätig zu sein. Nach der zweiten Geburt findet sie signifikante positive Effekte für die Selbstständigkeit und die unbefristeten Arbeitsverhältnisse.

Zusammenfassend und aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse scheinen arbeitsmarktbezogene Faktoren einen wichtigen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen zu haben. Auch wenn sich die Fragestellung der vorliegenden Arbeit von den dargestellten Studien unterscheidet, zeigt die befristete Beschäftigung negative Effekte und die Beschäftigung im öffentlichen Sektor sowie auf Vollzeitbasis positive Effekte. In dem empirischen Teil dieser Arbeit wird überprüft, ob dies ebenfalls, unter Berücksichtigung weiterer Variablen, den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit beeinflusst.

Kapitel 9. Zusammenfassung: Die drei unterschiedlichen Kontexte im Vergleich

In allen drei Ländern herrschte in den 90er Jahren eine eher konservative Familienpolitik vor. Obwohl es Gemeinsamkeiten zwischen allen drei Ländern gibt, kann man ebenfalls Unterschiede feststellen. In Westdeutschland galt eine Ehegattenbesteuerung, die das traditionelle Ernährermodell begünstigte, während in Italien und Spanien die Einkommensbesteuerung individuell erfolgte. In Italien führte jedoch die Anwesenheit einer ökonomisch abhängigen Ehefrau zu höherer steuerlicher Entlastung als die Anwesenheit von Kindern.

Die Dauer des Mutterschutzes war in Italien mit fünf Monaten am Längsten, während sie in Spanien 16 und in Westdeutschland 14 Wochen dauerte. Im Gegensatz dazu galt in Westdeutschland bis 1994 mit 100% der höchste Lohnausgleich. In Spanien wurde 1994 ebenso ein Lohnausgleich von 100% eingeführt, während in Italien ausschließlich 80% des Lohnes bezahlt wurde. Die Ausnahme in Italien bildete die Erwerbstätigkeit im öffentlichen Dienst und in großen Unternehmen, wo gleichfalls ein hundertprozentiger Lohnausgleich gewährt wurde. Die Dauer der Elternzeit war in Deutschland und in Spanien mit 3 Jahren am Längsten (in Italien hatte man ausschließlich 9 Monate Elternzeit), während die Geldleistung in der Elternzeit in Deutschland und Italien am höchsten war. In Deutschland hatte man Anspruch auf 307 Euro monatlich 2 Jahre lang und in Italien auf 30% des letzten Gehalts mit einer Dauer von 6 Monaten. In Spanien bestand dagegen kein Anspruch auf Geldleistung.

Die öffentliche Kinderbetreuung für Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahre erlebte in Spanien während der 90er Jahre einen bedeutenden Anstieg (4% 1992 auf 10% im Jahr 2001). In Italien mit ca. 6% und in Deutschland mit 2 bis 3% war das öffentliche Angebot niedriger als in Spanien. Das Angebot für Kinder zwischen 3 und 5 Jahren war in allen drei Ländern hoch und relativ ähnlich, mit einer Entwicklung während der 90er Jahre, die in Spanien und Deutschland 100% erreichte, während diese in Italien (und in Spanien für dreijährige Kinder) eine Versorgungsquote von ca. 90% erreichte. Für Kinder ab dem 6. Lebensjahr galt in allen drei Ländern Schulpflicht. In Italien und Deutschland beschränkte sich die Betreuung auf halbtags, während in Spanien eine Ganztagsbetreuung existierte.

Tabelle 4. Institutionelle familienpolitische Maßnahmen in Westdeutschland, Italien und Spanien				
		Westdeutschland	Italien	Spanien
Einkommensbesteuerung		Ehegattensplitting	individualisiert	individualisiert
Mutterschutz	Dauer	14 Wochen (6 vor, 8 nach Geburt)	5 Monate (2 vor, 3 nach Geburt) (nicht selbstst.)	16 Wochen
	Lohn-ausgleich	100%	80% (100%)	75% 100% ab 1994
Elternzeit	Dauer	3 Jahre	9 Monate	3 Jahre
	Geldleistung	307 Euro/Monat 2 Jahre	30% (6 Monate)	-
Kinder-betreuung	0 bis 2 Jahre	2% bis 3%	5,8% (Mitte 90er) (große regionale Unterschiede)	4 % - 10% (1992-2001)
	3 bis 5 Jahre	78% bis 100% (halbtags)	90%	45,9%-92,8% (drei Jährige) 96,6% - 100% (vier und fünf Jährige 1992-2001)
	Ab 6. Lebensj.	Schulpflicht (halbtags) Hort (5%)	Schulpflicht (halbtags)	Schulpflicht (ganztags)
Eigene Darstellung				

Bezüglich des Arbeitsmarktes ist für Westdeutschland eine hohe weibliche Teilzeitbeschäftigung charakteristisch. Die Teilzeitarbeit war in Westdeutschland mit ähnlichen Schutzregelungen wie die Vollzeitarbeit ausgestattet. In Italien liegen bereits empirische Ergebnisse vor, dass die Beschäftigung im öffentlichen Sektor, in großen Unternehmen und in unbefristeten Arbeitsverhältnissen, eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit von Frauen beeinflusst. Die weibliche Erwerbstätigkeit in Spanien ist demgegenüber durch eine hohe Beschäftigung (ca. 33%) in befristeten Arbeitsverhältnissen gekennzeichnet. Die Teilzeitbeschäftigung ist nicht so verbreitet wie in Westdeutschland, diese wurde jedoch in den 90er Jahren als Vereinbarkeitsstrategie wahrgenommen. Bezüglich der Unternehmensgröße sind alle drei Länder in Süd- bzw. Kontinentaleuropa und, wie in Kapitel 4 dargestellt wurde, ist hier die Industriewirtschaft u. a. nach Unternehmensgröße segmentiert und dementsprechend sind die Karrierechancen und der soziale Schutz eher in größeren als in kleineren Unternehmen vorhanden.

Aus den unter Teil II dargestellten Theorien sowie aus den in den Ländern geltenden institutionellen Rahmenbedingungen werden im nächsten Kapitel unterschiedliche Hypothesen bezüglich des Übergangs von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit abgeleitet.

Teil IV. Hypothesen

Aus den in Teil II und Teil III dargestellten Theorien und länderbezogenen Rahmenbedingungen werden im Folgenden unterschiedliche Hypothesen abgeleitet. Es werden drei Arten von Hypothesen formuliert: allgemeine Hypothesen, die in allen drei Ländern gültig sind (HA), Hypothesen, die Unterschiede zwischen den Ländern thematisieren (HL), und Hypothesen, die sich nur auf ein Land beziehen (HEL). In Kapitel 10 werden Hypothesen aufgestellt, die anhand der Haupteffekte der aus dem theoretischen Rahmen abgeleiteten Variablen getestet werden. Demgegenüber werden in Kapitel 11 Hypothesen über die Interaktionseffekte formuliert. Die Hypothesen über die Interaktionseffekte werden danach unterschieden, ob sie sich auf alle drei Länder (HI_A) oder auf einzelne Länder beziehen (HI_EL). Alle Hypothesen werden im Hinblick auf die Fragestellung der vorliegenden Dissertation formuliert: Welche Faktoren beeinflussen den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit?[16] Im nächsten Teil der Arbeit (Teil V) werden das Analyseverfahren und die Operationalisierung zur Überprüfung der Hypothesen erläutert.

Kapitel 10. Haupteffekte

10.1. Der Einfluss des Humankapitals

Nach der *neoklassischen Humankapitaltheorie* gehen Frauen mit höheren Investitionen in Humankapital wahrscheinlicher einer Erwerbstätigkeit nach als Frauen mit geringeren Investitionen. Die Begründung dafür ist, dass bei höherer Bildung ein höheres Einkommen vermutet wird, und damit die Opportunitätskosten der Erwerbstätigkeit geringer sind (siehe dazu Kapitel 1.1.). Daraus kann man ableiten, dass das Einkommen einen negativen Effekt auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit hat (siehe auch Kurz 1998; Felmlee 1984; Dex et al. 1998).

HA1. Erwerbstätige Frauen ohne Erwerbseinkommen wechseln wahrscheinlicher in die Hausfrauentätigkeit als erwerbstätige Frauen mit Einkommen.

HA2. Je höher das Erwerbseinkommen erwerbstätiger Frauen ist, desto unwahrscheinlicher ist ein Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit.

---

[16] Über den in diesem Teil hinaus dargestellten Hypothesen wurden vier unterschiedliche Variablen kontrolliert, für die keine Hypothesen formuliert werden. Diese Variablen sind: Alter, Kohorte, Arbeitslosenrate und Region. Diese Variablen werden jedoch in allen gerechneten Modellen kontrolliert (siehe mehr dazu 14.2.1, 14.2.8, 14.2.9).

Ebenfalls ist zu erwarten, dass die Bildung sich negativ auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit auswirkt. Wenn die Bildung unter Kontrolle von Einkommen weiterhin einen negativen Effekt auf den Übergang hat, kann man schließen, dass dies nicht ausschließlich aufgrund des kumulierten Humankapitals im neoklassischen Sinne geschieht, sondern dass die Bildung ebenfalls einen eigenständigen Effekt hat. In der vorliegenden Arbeit werden Einkommen und Bildung gleichzeitig untersucht, um zu überprüfen ob Bildung unter Konstanthaltung des Einkommens ebenfalls einen Effekt hat. Eine höhere Bildung bedeutet nicht nur höhere Opportunitätskosten bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit sondern ebenfalls eine liberalere Einstellung aufgrund der Sozialisation im Bildungssystem (siehe die Theorie in Kapitel 2.2. sowie die Hypothesen dazu in Kapitel 10.4). Als Proxy-Variable für das Einkommen wird in anderen empirischen Studien die Berufsklasse unter Kontrolle von Bildung geschätzt (Solera 2009:107).[17] In der vorliegenden Arbeit wird sie zusätzlich zum Einkommen und zur Bildung als eigenständige Erklärungsvariable untersucht.

10.2. In der Partnerschaft: Neoklassische Familienökonomie und ökonomische Verhandlungstheorie

In Kapitel 1.2 wurde dargestellt, dass nach dem ökonomischen Ansatz der Familie sowie nach der ökonomischen Verhandlungstheorie die Zeitallokation innerhalb des Haushalts in Abhängigkeit von den Ressourcen der Ehepartner geschieht. Es geht primär um das ökonomische Argument, wobei es nicht ausschließlich um das einzelne Einkommen beider Ehe-/Lebenspartner, sondern um das Verhältnis zwischen beiden Einkommen geht (siehe Kapitel 1.2.1, Schulz und Blossfeld 2006; Sørensen 1995). Daher ist nach diesen Ansätzen zu erwarten, dass der Partner mit dem höheren Einkommen sich auf die Erwerbsarbeit und der andere Partner sich auf die Hausarbeit spezialisiert (siehe dazu Sørensen 1995: 229). In der vorliegenden Arbeit wird nicht das Einkommen der Frau im Verhältnis zum Einkommen des Mannes untersucht, wohl aber im Verhältnis zum Haushaltseinkommen, das bei Anwesenheit eines Ehe-/Lebenspartners ebenfalls dessen Einkommen erfasst.

Bezogen auf den Übergang erwerbstätiger Frauen auf die Hausfrauentätigkeit lautet die aus der Familienökonomie abgeleitete Hypothese wie folgt:

HA3. Je höher der Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen ist, desto unwahrscheinlicher werden erwerbstätige Frauen Hausfrau.

---

[17] Nach Goldthorpe und McKnight (2003) sowie Bernardi und Nazio (2005) kann die Berufsklasse, wenn diese richtig geordnet wird und geeignetere Messungen des Einkommens fehlen, als Proxy-Variable für das Einkommen verwendet werden (nach Solera 2009:107).

Da es um das Verhältnis des Einkommens beider Ehe-/Lebenspartner geht, und nicht ausschließlich darum, in einer Ehe-/Lebenspartnerschaft zu leben, ist nach der Familienökonomie zu erwarten, dass die Anwesenheit eines Ehe-/Lebenspartners unter Konstanthaltung des Anteils des Einkommens der Frau am Haushaltseinkommen keinen Effekt auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit hat.

HA4. Die Anwesenheit eines Lebenspartners hat unter Konstanthaltung des Anteils des eigenen Einkommens zum Haushaltseinkommen keinen Einfluss auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit.

HA5. Die Anwesenheit eines Ehepartners hat unter Konstanthaltung des Anteils des eigenen Einkommens zum Haushaltseinkommen keinen Einfluss auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit.

10.3. Der Einfluss von Klasse

Die Klassenzugehörigkeit wird ebenfalls in einigen soziologischen Feldern herangezogen um unterschiedliche soziale Phänomene wie die weibliche Erwerbstätigkeit zu erklären (siehe Kapitel 2.1). Es wurden zwei unterschiedliche Richtungen der theoretischen Diskussion dargestellt. Nach Goldthorpe werden die sozialen Klassen eher nach der Theorie des rationalen Handelns verstanden, die durch bestimmte Ressourcenverteilung, Opportunitäten und Restriktionen das entsprechende Handeln beeinflussen (Goldthorpe 1996). Demgegenüber wird von Bourdieu und Savage argumentiert, dass Individuen nicht ausschließlich rational handeln, sondern dass sie auch sozial und kulturell geprägt sind, dass dies mit der Klassenzugehörigkeit zusammenhängt und innerhalb der Familie weitergegeben wird (Bourdieu 1973; Savage 2000). Darüber hinaus gibt es, wie weiter oben dargestellt wurde, Integrationsversuche nach denen argumentiert wird, dass Klassenprozesse sowohl eine ökonomische als auch eine kulturelle Dimension besitzen (Crompton 2006; Bottero und Irwin 2003). Für die vorliegende Arbeit ist der mögliche Einfluss der Klassenzugehörigkeit auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit von Bedeutung. Wie bereits erwähnt, wird die Klassenzugehörigkeit von einigen Autoren als Proxy-Variable für das Einkommen verwendet. In der vorliegenden Arbeit wird ein eigenständiger Effekt von Klassenzugehörigkeit unter Kontrolle von Bildung und Einkommen erwartet. Folgende Hypothese wird formuliert:

HA6. Die Wahrscheinlichkeit des Übergangs von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit unterscheidet sich je nach Klassenzugehörigkeit.

10.4. Erwerbspräferenzen, Einstellung und der Effekt von Bildung

Einige Autoren, insbesondere in der Soziologie, schreiben über den eigenständigen Effekt von Bildung auf die Erwerbstätigkeit von Frauen, und dies, im Gegensatz zur Argumentation der neoklassischen Theorie, unabhängig vom erworbenen Einkommen (siehe Kapitel 2.2, auch Solera 2009; Kabeer 1999; Robinson-Pant 2004; Lesthaeghe 1983, 1998). Die Begründung dafür lautet, dass mit der Bildung nicht ausschließlich die ökonomischen Ressourcen zunehmen, sondern dass ebenfalls Fähigkeiten und Ziele verändert und liberale Einstellungen bezüglich der Genderrolle begünstigt werden. Bildung hat einen Einfluss auf die Selbstständigkeit von Frauen, sie können eher mit sozialen Normen brechen und neue Perspektiven entwickeln. Daher werden für die Fragestellung vorliegender Arbeit folgende Hypothesen abgeleitet:

HA7. Frauen mit niedrigerer Bildung wechseln eher als Frauen mit mittlerer und höherer Bildung von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (unter Konstanthaltung des eigenen Erwerbseinkommens).

Darüber hinaus argumentieren einige Autoren, dass Bildung unterschiedliche Effekte in unterschiedlichen Kontexten hat. In traditionelleren Gesellschaften kommt der Effekt von Bildung stärker zum Tragen, da hier die traditionelleren Normen ausgeprägter sind und dadurch die Legitimation für eine Berufstätigkeit notwendiger wird (siehe Kapitel 2.2, auch Solera 2009). Bezogen auf die Frauenerwerbstätigkeit sind Spanien und Italien traditionellere Gesellschaften, da hier die Erwerbstätigkeit in den 90er Jahren niedriger und die Gesellschaftsmodernisierung bezüglich Familie und Fertilität nicht so fortgeschritten war wie in Westdeutschland. Bettio und Villa zeigen z.B. für Italien, dass hoch qualifizierte Frauen kontinuierlich arbeiten, während Frauen mit niedriger Bildung Erwerbsunterbrechungen aufweisen (Bettio und Villa 1999). Aus den vorliegenden empirischen Ergebnissen ist zu erwarten, dass eine hohe Bildung in Spanien und in Italien einen stärkeren Einfluss auf einen Wechsel in die Hausfrauentätigkeit als in Westdeutschland hat.

HL1. In den traditionelleren Gesellschaften Spanien und Italien ist der Effekt von hoher Bildung auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit stärker als in Westdeutschland.

10.5. Sozial- und Familienpolitik

10.5.1. Die Anwesenheit eines Ehepartners

In Kapitel 3.4. wurde dargestellt, dass unterschiedliche sozial- und familienpolitische Strukturen unterschiedliches Verhalten unterstützen. Die Gestaltung des Einkommenssteuersystems ist mehrmals im Zusammenhang mit der Frauenerwerbstätigkeit unter-

sucht worden (Gustafsson 1992; Dingeldey 2000). Dabei wird ein Ehegatten-Splitting mit einer niedrigeren Frauenerwerbstätigkeit in Verbindung gebracht. In der Länderbeschreibung wurde erläutert, dass in Spanien und Italien eine individualisierte während in Westdeutschland eine gemeinsame Einkommensbesteuerung zu finden ist (siehe Kapitel 6.2, 7.2, 8.2). Aus diesem Grund ist in Westdeutschland ein stärkerer Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit als in Italien und in Spanien zu erwarten.

HL2. Der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners ist in Westdeutschland höher als in Spanien und in Italien.

Da die Besteuerung in Spanien und Italien individualisiert erfolgt wird folgende Hypothese formuliert:

HL3. In Italien und Spanien sind die Effekte der Anwesenheit eines Ehepartners und der Anwesenheit eines Lebenspartners ähnlich stark.

In Westdeutschland finden Blossfeld und Rohwer mit Daten des sozioökonomischen Panels (Jahre 1984 bis 1990), dass junge Frauen ihr Erwerbsverhalten zunehmend änderten, nachdem sie das erste Kind bekamen und immer weniger nachdem sie heirateten (Blossfeld und Rohwer 1997: 184). Aus diesem Grund werden folgende Hypothesen abgeleitet:

HEL1. Der Effekt der Variable Anwesenheit eines Ehepartners ist in Westdeutschland niedriger als der Effekt von Schwangerschaft.

HEL2. Der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners ist in Westdeutschland niedriger als der Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahre).

10.5.2. Das Alter und die Anzahl von Kindern

Ebenfalls ist mehrmals belegt worden, dass das Alter des jüngsten Kindes und die Kinderzahl das Erwerbsverhalten von Frauen beeinflussen, in dem Sinne dass sie seltener, in einem niedrigeren Umfang, oder diskontinuierlicher erwerbstätig sind (siehe Kapitel 3.4). Dex stellt z.B. fest, dass das Alter des jüngsten Kindes (Vorschulalter – unter 6 Jahren) einer der wichtigsten Faktoren ist, die die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von Frauen beeinflussen (Dex et al. 1998). Aufgrund der in den Ländern geltenden Regelungen zum Mutterschutz, wird in der vorliegenden Arbeit außerdem angenommen, dass bereits die Schwangerschaft einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit hat, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln.

HA8. Schwangere Frauen oder Frauen mit Kindern unter 6 Jahren wechseln eher von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit als Frauen, die nicht schwanger sind oder keine Kinder unter 6 Jahren haben.

HA9. Je mehr Kinder erwerbstätige Frauen haben, desto wahrscheinlicher ist ein Übergang in die Hausfrauentätigkeit.

Die öffentliche Kinderbetreuung ist in allen drei Ländern für Kinder von 3 bis 5 Jahren weiter ausgebaut als es für kleinere Kinder der Fall ist (siehe Kapitel 6.2, 7.2, 8.2). Daher wird folgende Hypothese abgeleitet:

HA10. Der Effekt des Alters des jüngsten Kindes ist schwächer wenn das jüngste Kind zwischen 3 und 5 Jahre alt ist als bei jüngeren Kindern.

Der Einfluss des Alters des jüngsten Kindes ist unterschiedlich je nach Kontext: wie in der Länderbeschreibung gezeigt wurde, haben Frauen in Westdeutschland nach der Geburt eines Kindes eher lange Erwerbsunterbrechungen während sie in Italien und Spanien kontinuierlich arbeiten (Bettio und Villa 1999). In der Familien- und Sozialpolitikforschung wird dabei auf den Einfluss von Mutterschaftsurlaub, Elternzeit und institutionalisierte Kinderbetreuung hingewiesen (z.B. Ondrich et al. 2003; Meyers, Gornick und Ross 1999; Daly 2000; Morgan und Zippel 2003; Gornick, Meyers und Ross 1997). Wie in der Beschreibung der Länder dargestellt wurde, ist die Dauer des Mutterschutzes und der Elternzeit (zusammenhängend betrachtet) in Deutschland am höchsten und geht ebenfalls mit der höchsten Geldleistung einher. [18]

HL4. Der Effekt der Schwangerschaft auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit ist in Westdeutschland höher als in Italien und in Spanien.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren in Westdeutschland geringer als in Spanien und in Italien ist. Dies würde in Verbindung mit der Dauer des Erziehungsurlaubs und der Höhe des Erziehungsgeldes dazu führen, dass der Einfluss der Anwesenheit kleiner Kinder in Westdeutschland stärker als in Spanien und Italien ist.

HL5. Der Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahre) auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit ist in Westdeutschland höher als in Italien und in Spanien.

---

[18] *Mutterschaftsurlaub*: DE Dauer von 14 Wochen mit 100% Lohnausgleich; IT 5 Monate mit 80% Lohnausgleich; SP 16 Wochen mit einem Lohnausgleich von 100% des vorherigen Gehalts (bis 1994 75%). *Elternzeit*: DE universelle Leistung mit einer Dauer von 3 Jahren mit zwei Jahren Elterngeld in Höhe von 307 Euro (außerdem mögliche Ergänzungen auf Landesebene); IT nur für erwerbstätige Eltern mit einer Dauer von 9 Monaten und einer sechsmonatigen Geldleistung von 30% des letzten Gehalts; SP Dauer von 3 Jahren aber ohne Anspruch auf Elterngeld.

Vergleicht man Italien mit Spanien bezüglich des Mutterschutzes und der Elternzeit, so stellt man fest, dass italienische Mütter in den 90er Jahren bis zum ersten Geburtstag des Kindes zuhause bleiben konnten und 11 monatelang eine Geldleistung (100% 5 Monate lang im Mutterschutz und 30% 6 Monate lang in der Elternzeit) erhielten. Im Unterschied dazu dauerte der Mutterschutz in Spanien lediglich 16 Wochen bei einem Lohnausgleich von 100% und obwohl die Elternzeit bis zu 3 Jahre dauerte, gab es hierzu keine Geldleistung. Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass der Effekt von Schwangerschaft und der Anwesenheit kleiner Kinder in Italien stärker als in Spanien ist.

HL6. Der Effekt der Schwangerschaft auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit ist in Italien stärker als in Spanien.

HL7. Der Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahre) auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit ist in Italien stärker als in Spanien.

10.5.3. Familialistische Geldleistungen

Wie unter Kapitel 3.3 dargestellt wurde, können familialistische Geldleistungen, die die Übernahme der Betreuungs- und Familienarbeit durch die Frauen unterstützen, einen negativen Effekt auf die Erwerbstätigkeit von Frauen haben. Daher wird hier folgende Hypothese abgeleitet:

HA11. Der Erhalt von Geldleistungen für Familien hat einen positiven Effekt auf den Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit.

In der Beschreibung der Länder wurde gezeigt, dass die *defamiliarisierende* institutionalisierte Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren eine ähnliche Versorgungsquote in allen drei Ländern hat.[19] Der Länderunterschied in der institutionellen Versorgung bei drei- bis fünfjährigen Kindern war ebenfalls sehr gering.[20] Gleichzeitig wurde die Betreuung der Kinder durch die Mütter in Westdeutschland eher als in Spanien und in Italien familienpolitisch explizit gefördert: familialistische Leistungen wie Mutterschaftsurlaub und Elternzeit dauerten nicht nur länger, sie wurden ebenfalls mit einer höheren Geldleistung erbracht als dies in Italien und in Spanien der Fall war.

HL8. Die Geldleistungen für Familien haben in Westdeutschland einen höheren positiven Effekt als in Spanien und in Italien.

---

[19] Institutionelle Kinderbetreuung (90er Jahre) Kindesalter 0-2 Jahre: DE 2% bis 3%; IT Mitte der 90er Jahre 5,8%; SP 1994 4% mit einem Anstieg auf 10% bis 2001.

[20] Institutionelle Kinderbetreuung (90er Jahre) Kindesalter Alter 3-5 Jahre: DE 78% bis 103%; IT 90%; SP 3 jährige Kinder 45,9% 1992 bis 92,8% 2001, 4-5 jährige Kinder ca. 100%.

Die intergenerationale Solidarität kann in den südeuropäischen Ländern eine Strategie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein, da die Betreuung von Kindern oft von Großeltern, insbesondere von der Großmutter mütterlicherseits, übernommen wird (Leira, Tobío und Trifiletti 2003). Obwohl immer seltener waren in den 90er Jahren in Italien und in Spanien Großfamilienhaushalte öfter anzutreffen als in anderen kontinental- und nordeuropäischen Ländern. Es wird erwartet, dass die Anwesenheit anderer Personen im Haushalt sich unterstützend bei der Kinderbetreuung auswirkt und daher die Erwerbsunterbrechungen von Frauen negativ beeinflusst.

HA12. Die Anwesenheit anderer Personen im Haushalt außerhalb der Kernfamilie wirkt sich negativ auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit aus.

10.6. Arbeitsmarktbezogene Ansätze und Theorien

In Kapitel 4 wurden unterschiedliche Aspekte des Arbeitsmarktes beleuchtet. Unter anderen wurde dargestellt, dass nach der Theorie des dualen Arbeitsmarktes sowie nach dem Atkinsons Konzept „flexibel firm" (mit „core" und „periphery" Arbeitnehmer) die Teilzeitbeschäftigung sowie befristete Arbeitsverhältnisse Bestandteil eines sekundären Segmentes des Arbeitsmarktes sind bzw. dass Arbeitnehmer in dieser Art Beschäftigung zu den „periphery" Arbeitnehmern zählen. Die Arbeitsbedingungen in dem so genannten sekundären Segment sind schlechter als im primären Segment. Trotz der an diesen Ansätzen ausgeübten Kritik, insbesondere hinsichtlich der Frauenerwerbstätigkeit, besteht heute immer noch empirische Evidenz über die Überrepräsentation von Frauen in solchen atypischen Arbeitsverhältnissen (siehe Kapitel 4). Bezüglich der Teilzeitbeschäftigung ist die Auswirkung jedoch umstritten, denn die Teilzeitarbeit kann ebenfalls Vorteile bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit haben und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen (Yeandle 1984). Die Auswirkungen der Teilzeitarbeit, insbesondere bezüglich der Erwerbsdiskontinuität, hängen anderen Autoren zufolge eher mit den damit verbundenen Arbeitsbedingungen zusammen und diese sind unterschiedlich je nach Land (Blossfeld und Hakim 1997; Fagan und O'Reilly 1998; Fagan und Rubery 1996; Gornick 1999). Im Westdeutschland der 90er Jahre verfügte die Teilzeitbeschäftigung über Arbeitsbedingungen, die mit der Vollzeitarbeit vergleichbar waren (siehe Stier, Lewin-Epstein und Braun 2001). Im Fall dieses Landes wird mit Daten des sozioökonomischen Panels (1984 – 1990) empirisch gezeigt, dass auf Teilzeitbasis beschäftigte Frauen weniger wahrscheinlich einen Übergang in die Hausfrauentätigkeit erlebten als diejenigen, die auf Vollzeitbasis erwerbstätig waren (Blossfeld und Rohwer 1997: 184f).

HL9. Die Teilzeitarbeit hat in Westdeutschland einen negativen Einfluss auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit.

In der Länderbeschreibung wurde bereits dargestellt, dass in Italien die Kosten der Teilzeitarbeit für Arbeitgeber höher sind als die Kosten der Vollzeitarbeit. Aus diesem Grund kann vermutet werden, dass in Italien eher Arbeitsverhältnisse auf Teilzeitbasis als auf Vollzeitbasis gestrichen werden, und dies den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit positiv beeinflusst.

HL10. Die Teilzeitarbeit hat in Italien einen positiven Einfluss auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit.

In Kapitel 8.3 über die Beschreibung Spaniens wurde dargestellt, dass die Teilzeitbeschäftigung in Spanien mit den gleichen Schutzregelungen wie die Vollzeitbeschäftigung ausgestattet wurde. Die meisten Teilzeit-Arbeitsverhältnisse waren jedoch befristet. Unter Kontrolle der Variablen für die Befristung des Arbeitsverhältnisses kann vermutet werden, dass die Teilzeitbeschäftigung im Spanien der 90er Jahre keinen signifikanten Einfluss auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit hat.

HL11. Die Teilzeitarbeit hat in Spanien keinen signifikanten Einfluss auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit.

Hinsichtlich der befristeten Arbeitsverhältnisse liegen ebenfalls empirische Ergebnisse vor, dass nach Geburt eines Kindes Frauen in befristeten Arbeitsverhältnissen wahrscheinlicher den Arbeitsmarkt verlassen als Frauen, die unbefristet beschäftigt sind (Glass und Riley 1998: 1422). Bezogen auf die in der vorliegenden Arbeit untersuchten Länder liegen bereits für Spanien und Italien empirische Ergebnisse vor, die ebenfalls den positiven Effekt der befristeten Beschäftigung auf die Erwerbsunterbrechungen bestätigen (Gutiérrez-Domènech 2005; Bratti, Del Bono und Vuri 2004: 19).

HA13. Erwerbstätige Frauen mit befristeten Arbeitsverhältnissen wechseln mit höherer Wahrscheinlichkeit in die Hausfrauentätigkeit als Frauen in unbefristeter Beschäftigung.

Bezüglich der Beschäftigung im öffentlichen Sektor weisen einige Autoren darauf hin, dass in diesem Sektor des Arbeitsmarktes Arbeitsbedingungen angeboten werden, die flexibler sind und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen (siehe Kapitel 4). Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass der öffentliche Sektor eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit von Frauen möglich macht und damit einen negativen Effekt auf den Übergang in die Hausfrauenerwerbstätigkeit hat.

HA14. Im öffentlichen Sektor beschäftigte Frauen wechseln weniger wahrscheinlich in die Hausfrauentätigkeit als Frauen, die nicht im öffentlichen Sektor beschäftigt sind.

Einigen Autoren zufolge begünstigt der öffentliche Sektor das Angebot an weiblichen Arbeitskräften, insbesondere in Kontexten mit hoher Segmentation des Arbeitsmarktes (Solera 2009: 44). Für Italien wird empirisch gezeigt, dass eine Erwerbstätigkeit im öffentlichen Sektor, vielen Frauen eine kontinuierliche Erwerbsbiographie ermöglicht, und dieser Effekt einer der stärksten unter den untersuchten Variablen ist (andere untersuchte Variablen sind Beschäftigungsverhältnis und Unternehmensgröße) (Bratti, Del Bono und Vuri 2004: 21). Aus diesem Grund wird für Italien für den Haupteffekt des öffentlichen Sektors folgende Hypothese abgeleitet:

HEL3. In Italien ist der Effekt des öffentlichen Sektors auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit besonders stark.

In Kapitel 4 wurde ebenfalls die Wirkung der Größe des Unternehmens auf die Erwerbsunterbrechungen von Frauen erläutert (Bratti, Del Bono und Vuri 2004; Böheim und Taylor 2002; Glass und Riley 1998; Winter-Ebmer 2001). Es wird argumentiert, dass Arbeitsbedingungen wie Gehalt, Stabilität des Arbeitsverhältnisses, Karrierechancen oder Arbeitsschutz in größeren Firmen besser sind. Nach Solera ist dies insbesondere in Ländern aus Süd- und Kontinentaleuropa der Fall, da hier die Wirtschaft nach Unternehmensgröße segmentiert ist (Solera 2009). Daraus wird folgende Hypothese abgeleitet:

HA15. Frauen, die in großen Unternehmen erwerbstätig sind, wechseln unwahrscheinlicher von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit als in kleinen/-mittleren Unternehmen beschäftigte Frauen.

10.7. Verlauf des Erwerbslebens

Bezüglich der Ereignisgeschichte wird angenommen, dass mit zunehmender Arbeitserfahrung und insbesondere Erfahrung in der gegenwärtigen Beschäftigung, die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass Frauen die Erwerbstätigkeit aufgeben. Aus diesem Grund wird ebenfalls angenommen, dass die Wahrscheinlichkeit des Übergangs mit zunehmenden Erwerbsunterbrechungen steigt.

HA16. Je länger eine Frau eine bestimmte Arbeitsstelle hat, desto unwahrscheinlicher wird ein Wechsel in die Hausfrauentätigkeit stattfinden.

HA17. Je länger die Arbeitsmarkterfahrung einer erwerbstätigen Frau ist, desto unwahrscheinlicher wird diese den Arbeitsmarkt verlassen.

HA18. Je häufiger eine Frau die Erwerbstätigkeit verlassen hat (dem Risiko ausgesetzt wird), desto wahrscheinlicher findet ein Übergang in die Hausfrauentätigkeit statt.

HA19. Je häufiger Frauen arbeitslos gewesen sind, desto wahrscheinlicher findet einen Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit statt.

HA20. Je häufiger Frauen Hausfrauen gewesen sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie wieder Hausfrauen werden.

Kapitel 11. Interaktionseffekte

Die Hypothesen bezüglich der Interaktionseffekte werden über Moderatoren-Variablen spezifiziert. Die grundlegende Annahme ist, dass die Schwangerschaft, das Alter und die Anzahl von Kindern sich unterschiedlich je nach Familien-, Einkommens-, Bildungs- und Arbeitsmarktsituation auswirken.

11.1. Moderator-Variable: Einkommen

Bezüglich des Einkommens ist zu erwarten, dass der Effekt der Schwangerschaft, des Alters und der Anzahl von Kindern sich nach Einkommen unterscheidet.

HI_A1. Je höher das Einkommen ist, desto schwächer ist der positive Effekt von Schwangerschaft.

HI_A2. Je höher das Einkommen ist, desto schwächer ist der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) im Haushalt.

HI_A3. Je höher das Einkommen ist, desto schwächer ist der positive Effekt der Anzahl von Kindern im Haushalt.

11.2. Moderator-Variable: Anwesenheit eines Ehepartners

Die grundlegende Annahme bezüglich der nachfolgenden Hypothesen ist, dass der Effekt von Schwangerschaft, Alter und Anzahl von Kindern bei nicht verheirateten nicht mit einem Partner zusammenlebenden Frauen geringer ist als bei verheirateten Frauen. Die Annahme wird getroffen, weil sich die Situation nicht verheirateter Frauen, die in keiner Lebenspartnerschaft leben, durch das Fehlen eines zweiten Erwerbseinkommens im Haushalt grundsätzlich von der Situation verheirateter Frauen unterscheidet.

HI_A4. Bei verheirateten Frauen ist der positive Effekt von Schwangerschaft stärker als bei nicht verheirateten nicht in einer Lebenspartnerschaft lebenden Frauen.

HI_A5. Bei verheirateten Frauen ist der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) im Haushalt stärker als bei nicht verheirateten nicht mit einem Partner zusammenlebenden Frauen.

HI_A6. Bei verheirateten Frauen ist der positive Effekt der Anzahl eigener Kinder im Haushalt stärker als bei nicht verheirateten nicht in einer Lebenspartnerschaft lebenden Frauen.

Ebenfalls wird vermutet, dass das Einkommen sich unterschiedlich bei verheirateten und nicht verheirateten Frauen auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit auswirkt.

HI_A7. Der negative Effekt von Einkommen ist bei verheirateten Frauen schwächer als bei nicht verheirateten nicht mit einem Partner zusammenlebenden Frauen.

11.3. Moderator-Variable: Bildung

Im Anschluss an die Hypothese über den Effekt von Bildung wird in der vorliegenden Arbeit vermutet, dass die Schwangerschaft, das Alter des jüngsten Kindes und die Kinderzahl unterschiedliche Effekte bei Frauen unterschiedlichen Bildungsniveaus haben. Daraus werden folgende Hypothesen abgeleitet:

HI_A8. Bei Frauen mit mittlerer Bildung und bei Frauen mit hoher Bildung sind der positive Effekt von Schwangerschaft und der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) im Haushalt schwächer als bei Frauen mit niedriger Bildung.

HI_A9. Bei Frauen mit mittlerer Bildung und bei Frauen mit hoher Bildung ist der positive Effekt der Kinderzahl im Haushalt schwächer als bei Frauen mit niedriger Bildung.

11.4. Moderator-Variable: Arbeitsmarktbezogene Variablen

Wie oben für Westdeutschland erläutert, zeigen empirische Befunde, dass auf Vollzeitbasis erwerbstätige Frauen eher von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit wechseln als Frauen, die auf Teilzeitbasis beschäftigt sind. Dies wird damit begründet, dass bei Anwesenheit von Kindern der Vereinbarkeitskonflikt bei der Teilzeitarbeit geringer ist als bei der Vollzeitbeschäftigung (Blossfeld und Rohwer 1997: 184).

HI_L1. In Westdeutschland ist der positive Effekt von Schwangerschaft stärker bei Frauen in einer Vollzeitbeschäftigung als bei Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung.

HI_L2. In Westdeutschland ist der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) stärker bei Frauen in einer Vollzeitbeschäftigung als bei Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung.

Da in Italien die Teilzeitbeschäftigung höhere Kosten für Arbeitgeber verursacht, wird vermutet, dass der Effekt der Schwangerschaft bzw. der Anwesenheit kleiner Kinder (unter 3 Jahren) stärker bei Frauen in Teilzeit- als bei Frauen in Vollzeitbeschäftigung ist.

HI_L3. In Italien ist der positive Effekt von Schwangerschaft stärker bei Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung als bei Frauen in einer Vollzeitbeschäftigung.

HI_L4. In Italien ist der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) stärker bei Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung als bei Frauen in einer Vollzeitbeschäftigung.

In den 90er Jahren wurde die Teilzeitarbeit in Spanien von einigen Frauen als Strategie für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wahrgenommen (siehe Kapitel 8.3; Cebrián und Moreno 1995). Daher werden folgende Hypothesen abgeleitet:

HI_L5. In Spanien ist der positive Effekt von Schwangerschaft schwächer bei Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung als bei Frauen in einer Vollzeitbeschäftigung.

HI_L6. In Spanien ist der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) schwächer bei Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung als bei Frauen in einer Vollzeitbeschäftigung.

Die untersuchten Effekte über befristete Arbeitsverhältnisse, öffentlicher Sektor und Größe des Unternehmens beziehen sich auf die Arbeitsbedingungen. Die zugrunde liegende Annahme ist folgende: je vorteilhafter die Arbeitsbedingungen sind, desto unwahrscheinlicher findet der Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit statt. Meine Annahme ist, dass dieser Effekt stärker bei schwangeren Frauen oder Frauen mit kleinen Kindern ausgeprägt ist. Es liegen bereits empirische Befunde vor, die darauf hinweisen. Gutiérrez-Domènech findet heraus, dass in Spanien Frauen 6 und 9 Monate nach Geburt eines Kindes wahrscheinlicher erwerbstätig sind, wenn sie unbefristet oder im öffentlichen Sektor beschäftigt sind (Gutiérrez-Domènech 2005). In Italien haben Frauen mit Kindern weniger Erwerbsunterbrechungen, wenn sie im öffentlichen Sektor tätig sind (Bratti, Del Bono und Vuri 2004).

HI_A10. Der positive Effekt von Schwangerschaft ist stärker, wenn Frauen ein befristetes Arbeitsverhältnis haben.

HI_A11. Der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) ist stärker, wenn Frauen ein befristetes Arbeitsverhältnis haben.

HI_A12. Der positive Effekt von Schwangerschaft ist schwächer, wenn Frauen im öffentlichen Sektor beschäftigt sind.

HI_A13. Der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter drei Jahren) ist schwächer, wenn Frauen im öffentlichen Sektor beschäftigt sind.

HI_A14. Der positive Effekt von Schwangerschaft ist schwächer, wenn Frauen in einem großen Unternehmen beschäftigt sind.

HI_A15. Der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter drei Jahren) ist schwächer, wenn Frauen in einem großen Unternehmen beschäftigt sind.

Teil V. Methodologische Grundlagen

Kapitel 12. Ereignisdatenanalyse

12.1. Beschreibung der Methode

Ziel vorliegender Dissertation ist die Analyse des Einflusses unterschiedlicher Faktoren, die bei erwerbstätigen Frauen in Italien, Spanien und Westdeutschland den Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit beeinflussen. Die Analyse des hier betrachteten Phänomens wird in Form einer Ereignisdatenanalyse stattfinden. Diese ermöglicht die Untersuchung des Eintretens eines *Ereignisses*. Mit dem Ereignis findet ein Zustandswechsel von einem *Ausgangs-* in einen *Zielzustand* statt. Bei dem hier behandelten Phänomen ist die Erwerbstätigkeit der Ausgangszustand und die Hausfrauentätigkeit der Zielzustand. Die Zeitintervalle bis zum Ereigniseintritt werden Episoden oder *Spells* genannt. Die unterschiedlichen Zeitintervalle können in zwei Gruppen unterteilt werden: Episoden in denen kein Ereignis stattfinden kann, und Episoden, in denen ein Risiko für das Eintreten des Ereignisses besteht. Die Episoden, in denen ein bestimmtes Ereignis eintreten kann, werden ebenfalls *risk period* genannt. In der vorliegenden Arbeit kann z.B. ein Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit ausschließlich dann stattfinden, wenn die Individuen erwerbstätig sind und somit dem Risiko ausgesetzt sind, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln, d.h. wenn sie sich in einer *risk period* befinden. Bei Individuen, die im Studium, in der Ausbildung, in Rente oder in der Arbeitslosigkeit sind, kann der genannte Übergang nicht stattfinden. Die Menge der Personen, die dem Risiko ausgesetzt sind, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln, bildet den *risk set* für den untersuchten Zeitraum. In der Ereignisanalyse wird die Rate des Ereigniseintrittes während der Risikoepisode untersucht.

Üblicherweise gehen die Analysen von der Prozesszeit aus, auch wenn sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Kalenderzeit beginnen. Dabei kann das Risiko des Ereigniseintritts sowohl von der Prozesszeit (*Verweildauer in der Episode*) als auch von erklärenden Variablen (Kovariaten) beeinflusst werden. Die Kovariaten können sowohl zeitkonstant als auch zeitveränderlich sein (Golsch 2006: 10; Yamaguchi 1991: 2f). Die Dauer eines Prozesses ist immer *kontinuierlich* (stetig). Die Prozesse können zu einem bestimmten Zeitpunkt oder zu jedem Zeitpunkt mit dem Eintritt eines Ereignisses enden. Ein Beispiel für den Eintritt eines Ereignisses nur zu bestimmten Zeitpunkten ist die Wahl von Personen in politische Ämter, die, wie z.B. in Deutschland, ausschließlich alle vier Jahre realisierbar ist. Typische Beispiele in den Sozialwissenschaf-

ten für den Eintritt von Ereignissen zu jedem Zeitpunkt sind z.B. Ehescheidung oder Geburt eines Kindes. Obwohl die Dauer eines Prozesses immer kontinuierlich ist, kann die Messung der Dauer einer Episode (eines Spells) entweder diskret oder kontinuierlich sein. Diskrete Daten werden z.B. von Panelstudien ohne Retrospektivfragen geliefert. Die Daten werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben, in denen der Zustand bekannt, die Entwicklung des Prozess zwischen den unterschiedlichen Erhebungspunkten jedoch unbekannt ist. Aus diesem Grund müssen über die Ereignisgeschichte zwischen zwei Erhebungszeitpunkten besondere Annahmen getroffen werden. Sofern sich der Zustand im Vergleich zur Vorwelle nicht verändert, wird in der Regel davon ausgegangen, dass kein Ereignis eingetreten ist. Sollte sich der Zustand verändern, wird angenommen, dass ein Wechsel vom Zustand der Vorwelle zum Zustand der jetzigen Welle eingetreten ist, jedoch bleibt der genaue Zeitpunkt unbekannt. In diesen Fällen werden aufgrund der fehlenden Genauigkeit der verfügbaren Informationen diskrete Daten vorliegen, obwohl die Prozesse zu jedem Zeitpunkt enden können (Blossfeld, Hamerle und Mayer 1986: 22; siehe auch Blossfeld, Golsch und Rohwer 2007; Bernardi 2006: 16; Golsch 2006: 11).

Ein weiterer bedeutender Begriff in der Ereignisanalyse ist die Hazardrate oder Übergangsrate. Diese wird unterschiedlich definiert, je nachdem ob es sich um kontinuierliche oder diskrete Zeit handelt. In der vorliegenden Arbeit wird, wie weiter unten dargestellt, mit zeitdiskreten Daten und Methoden gearbeitet. In diesem Fall ist die Hazardrate die bedingte Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein Ereignis eintritt unter der Bedingung, dass es vorher nicht stattgefunden hat und unter Kontrolle der Kovariablen (Blossfeld, Hamerle und Mayer 1986: 102). Es wurde eine multiple Ereignisanalyse ausgewählt, die die Schätzung des Einflusses unterschiedlicher erklärender Variablen sowie der Prozesszeit auf das untersuchte Ereignis ermöglicht. Ereignisanalysen lassen die Behandlung zensierter Daten sowie zeitabhängiger erklärender Variablen zu. Diese sind mit Standard-Statistikprozeduren schwer zu behandeln und können zu Informationenverlust und Verzerrungen führen (Allison 1982: 62; Allison 1984: 11).

12.2. Zeitdiskretes oder Zeitkontinuierliches-Modell?

Die Unterscheidung zwischen diskreten und kontinuierlichen Daten ist von zentraler Bedeutung, denn sowohl die Aufbereitung als auch die Auswertung der Daten unterscheiden sich je nach Natur bzw. Erhebung des Prozesses. Bezüglich der Auswertungsmethoden sind sowohl zeitkontinuierliche als auch zeitdiskrete Methoden vorhanden. In den häufig verwendeten *zeitkontinuierlichen Methoden* wird angenommen, dass die Dauer des Prozesses als eine zeitkontinuierliche Variable gemessen wurde. An sich wird die Zeit immer diskret beobachtet, wenn auch manchmal in sehr kleinen Einheiten. Sind die Zeitintervalle im Verhältnis zu der Übergangsrate klein, können die

Daten als zeitkontinuierliche Messungen behandelt werden (Allison 1982: 70). Eine ausreichende Genauigkeit bei der Messung der Zeitpunkte des Zustandswechsels wird im Rahmen von ereignisorientierten Erhebungsdesigns durch die Verbindung des traditionellen Panels und der retrospektiven Erhebung von Ereignisdaten ermöglicht (Blossfeld, Hamerle und Mayer 1986: 24).[21] In diesen Fällen werden zeitkontinuierliche Methoden und Modelle geschätzt (siehe zur Ereignisanalyse mit zeitkontinuierlichen Modellen Blossfeld, Hamerle und Mayer 1986; Blossfeld, Golsch und Rohwer 2007).

Zeitdiskrete Methoden sind jedoch in bestimmten Fällen vorzuziehen oder zumindest sehr gut geeignet. Es kommt häufig vor, dass es sich um zeitkontinuierliche Prozesse handelt, die verfügbaren Daten jedoch ausschließlich das Zeitintervall erfassen, in dem das Ereignis eintritt. D.h., die Messung ist nicht präzise genug und die Daten werden zu diskreten Zeitpunkten erhoben. In diesen Fällen können die Daten mit diskreten Hazardraten-Modellen analysiert werden.[22] Es gibt zwei grundsätzlich unterschiedliche Sichtweise auf die Datenanalyse.

In der einen Sichtweise wird angenommen, dass ein zeitkontinuierliches Modell zugrunde liegt, und man nährt sich durch ein zeitdiskretes Modell an. In diesen Fällen wird ein komplementäres log-log Modell verwendet. Die Parameter des Modells werden mit Methoden geschätzt, die die zeitdiskrete Messung berücksichtigen (Allison 1982: 63). Unter der Annahme, dass die Übergangsraten konstant innerhalb der Zeitintervalle sind, entspricht die Parameterschätzung einem *zeitkontinuierlichen proportionalen Hazards-Modell* (Allison 1982: 72). In der anderen Sichtweise wird angenommen, dass die Ereignisse ausschließlich zu den in den Daten gemessenen Zeiten eintreten können, und zu deren Analyse wird das *logistische Regressionsmodell* verwendet.

Die Analyse eines *logistischen* und eines *komplementären* log-log Modells bringen nahezu immer dieselben qualitativen Ergebnisse. Die Unterschiede sind geringfügig und werden noch geringer je kleiner die Zeitintervalle sind, da das logistische Modell in diesem Fall mit dem proportionalen Hazardmodell konvergiert (Allison 1982: 73; Allison 1984: 22). Einige Autoren weisen darauf hin, dass das *logistische Übergangsmodell* eine Annäherung an ein *kontinuierliches Modell* ist, wenn die bedingte Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses nicht höher als 0,1 für die unterschiedlichen Zeitpunkte der Zeitachse ist. Dann bringen ein *zeitkontinuierliches Modell*, ein *komplementäres*

---

[21] An sich ist dies auch eine zeitdiskrete Messung, da das Ereignis nicht auf die genaue Zeiteinheit erhoben wird (Minute, Sekunde), jedoch präzise genug um als zeitkontinuierlich behandelt zu werden (Tag, Woche, Monat).

[22] Vermunt weist darauf hin, dass der von einigen Autoren (Yamagucchi 1991:17; Blossfeld, Hamerle und Mayer 1986: 106) verwendete Begriff der Hazardrate für diskrete Modelle nicht vollkommen korrekt ist, da die Hazardrate ein Maß für kontinuierliche Zeit ist (Vermunt 1997: 90).

log-log Modell und ein *logistisches Übergangsmodell* sehr ähnliche Ergebnisse (Yamaguchi 1991:42; Vermunt 1997: 102f; Bernardi 2006: 138).

In der vorliegenden Dissertation wird primär die Identifikation von relevanten Variablen und der Vergleich des relativen Einflusses der Prädiktoren auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit untersucht. In dem untersuchten Datensatz (European Community Household Panel - ECHP) wurden die Daten als diskrete Daten in acht unterschiedlichen Wellen erhoben (1994 bis 2001). Da die Erhebung des Prozesses zeitdiskret ist, wurde für die Analyse der in der vorliegenden Arbeit untersuchten Fragestellung ein logistisches Modell geschätzt. Dafür wird die abhängige Variable als Dummy-Variable kodiert und mit "1" versehen, wenn eine Person i ein Ereignis bis zu einem Zeitpunkt t erlebt hat, anderenfalls wird sie mit "0" kodiert. Jeder Fall tritt so oft auf, wie er in dem untersuchten Zeitraum dem Risiko ausgesetzt wird, maximal so oft wie diskrete Zeiteinheiten vorhanden sind (7 Wellen, in denen die Übergänge stattfinden können - 1994 bis 2000 –) (*person year file) (*für weitere Informationen siehe Operationalisierung Kapitel 14.1). Für jede dieser Beobachtungen ist die abhängige Variable mit "1" kodiert, wenn ein Individuum zum gegebenen Zeitpunkt ein Ereignis erlebt hat, andernfalls ist sie mit "0" kodiert. Die erklärenden Variablen für jede dieser Beobachtungen werden den Wert einnehmen, den sie zu den entsprechenden Zeitpunkten haben. Das ist ein Vorteil der zeitdiskreten Ereignisanalyse im Umgang mit zeitveränderlichen Kovariaten. [23] Darüber hinaus ist es möglich, die Veränderung der Basisrate in den Perioden durch Dummy-Variablen für die Perioden zu modellieren.[24]

12.3. Ein-Episoden-Modell oder Mehr-Episoden-Modell?

In einem Ein-Episodenmodell wird ausschließlich ein Übergang pro Person betrachtet. Beispiele dafür sind erste Geburt, erster Jobwechsel, erste Heirat, erste Scheidung, erster Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit. Jedoch besteht auch die Möglichkeit, wiederholte Ereignisse zu untersuchen. Damit würde z.B. nicht nur das erste Ereignis untersucht werden, sondern die unterschiedlichen Geburten, Jobwechsel, Eheschließungen, Scheidungen oder Übergänge von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit, die Individuen erlebt haben. In der vorliegenden Arbeit wird das Ereignis mit einem Mehr-Episoden-Modell geschätzt, da für die Untersuchung

---

[23] Anhand zeitdiskreter Modelle kann man sehr leicht mit zeitveränderlichen unabhängigen Variablen umgehen. Aus diesem Grund empfiehl z.B. Allison die Entscheidung zwischen zeitkontinuierlichen und zeitdiskreten Modellen in der Regel auf Basis einer Kosten-Nutzen Abwägung zu treffen. In dem Fall zeitveränderlicher unabhängiger Variablen sind die Kosten-Nutzen beider Methoden vergleichbar (Allison 1984: 22).

[24] Zu diesem Zweck werden 6 der 7 Dummy-Variablen (7 Wellen -1) in dem Modell aufgenommen.

der Fragestellung nicht ausschließlich die Faktoren des ersten Übergangs von Interesse sind, sondern generell Übergänge interessieren.

Eine der Herangehensweisen zur Schätzung des Mehr-Episodenmodells ist die Behandlung jeder Episode vor Eintritt des Ereignisses als getrennte Beobachtung.[25] Bei zeitdiskreten Modellen ist die abhängige Variable eine Dummy Variable, die eine "0" aufweist wenn die betrachtete Person zu Beginn der Erwerbsperiode erwerbstätig war und eine "1" wenn ein Ereignis in der betreffenden Episode stattfindet. Der wesentliche Unterschied eines Mehr-Episoden-Modells ist der, dass ein Individuum mit mehr als nur einem Ereignis zum *risk set* beitragen kann (Allison 1982, 1984). Sobald das Individuum erwerbstätig ist, wird es dem Risiko ausgesetzt, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln. D. h. dass die Fälle so oft zum *risk set* beitragen, wie sie in den sieben untersuchten Zeitpunkten erwerbstätig sind. Aus diesem Grund ist es notwendig, aufwändigere Modelle zu schätzen, die die Zeitabhängigkeit der Hazardrate und die frühere Ereignisgeschichte des Individuums berücksichtigen (Allison 1982: 92f).

12.3.1. Der Anfangszeitpunkt („starting times")

In der Ereignisanalyse hat die Zeit eine zentrale Bedeutung. Jedoch kann man sich mit Zeit auf unterschiedliche Aspekte beziehen, die die Hazardrate beeinflussen. Somit gibt es in der Ereignisanalyse unterschiedliche Zeitdimensionen, die vor der Analyse gut differenziert und festgelegt sein müssen. Die Erhebungszeitpunkte können die Hazardrate beeinflussen, denn es ist möglich, dass in bestimmten Jahren der Übergang ausgeprägter ist als in anderen. Der untersuchte Prozess kann vor oder nach dem ersten erhobenen Zeitpunkt beginnen und muss nicht unbedingt mit dem ersten Zeitpunkt des Beobachtungsfensters beginnen, denn das erste Interview ist ein willkürlicher Zeitpunkt, der – wie in dem hier untersuchten Übergang - nicht unbedingt mit dem Anfangszeitpunkt des beobachteten Prozesses zu tun hat. Je nach Fragestellung kann man vermuten, dass der Prozess eher von dem Alter oder von der Verweildauer im Anfangszustand abhängt. Alle drei angesprochenen Zeitachsen (Erhebungszeit, Alter und Verweildauer im Anfangszustand) können als erklärende Variablen in statistischen Modellen erfasst und damit kontrolliert werden. Wichtig dabei ist, dass der Anfangszeitpunkt des Prozesses sorgfältig ausgewählt wird. Dabei sollte berücksichtigt werden, in wie weit die unterschiedlichen Zeitmessungen die Übergangsrate beeinflussen (Allison 1982: 91).

---

[25] Siehe zu anderen Herangehensweisen Allison 1984.

12.3.2. Probleme des Mehr-Episoden-Modells

Die Anwendung der Methode an sich bereitet keine große Komplikationen, man muss jedoch einige Annahmen treffen, die möglicherweise problematisch sind und teilweise Einschränkungen des Modells bedeuten (siehe dazu Allison 1982 und Allison 1984).

Eine zentrale Annahme des Modells ist diese, dass die Abhängigkeit der Hazardrate von der Verweildauer des Prozesses dieselbe Form für alle Ereignisse hat, unabhängig davon, ob diese die ersten oder die darauf folgenden Ereignisse sind. Dies kann dadurch umgegangen werden, dass unterschiedliche Modelle für die ersten, zweiten, dritten Ereignisse (oder ein Modell für das Erste und ein weiteres für wiederholte Ereignisse) geschätzt werden (Allison 1984: 55; Yamagucchi 1991: 47).

Weiterhin wird angenommen, dass die Episoden jeden Individuums voneinander statistisch unabhängig sind, d.h., dass der Zeitpunkt in dem ein Ereignis eintritt, unabhängig von der früheren Ereignisgeschichte des Individuums ist. Da die unterschiedlichen Beobachtungen der Individuen über die Erhebungszeitpunkte hinweg als unabhängige Beobachtungen behandelt (jeweils eine für jeden Erhebungszeitpunkt) werden, ist die Annahme der Unabhängigkeit der Beobachtungen eines einzigen Individuums verletzt. Dies kann zu Verzerrungen in der Schätzung der Koeffizienten führen (für weitere Informationen dazu siehe Allison 1982). Es gibt jedoch zwei Möglichkeiten, dieses Problem zu behandeln. Auf der einen Seite geht man von einer zweistufigen Auswahl aus, die einer Clusterstichprobe entspricht. In der ersten Stufe stehen die Individuen und in der zweiten Stufe die Ereignisse, die ein Individuum erlebt hat. Einige Computerprogramme (z.B. das in dieser Analyse verwendete STATA) bieten die Möglichkeit, die Clusterstichprobe bei der Datenanalyse zu berücksichtigen.[26] Auf der anderen Seite kann das Problem behandelt werden, indem Merkmale der früheren Ereignisgeschichte des Individuums modelliert werden (Yamagucchi 1991: 47). So wird die Anzahl von Ereignissen als unabhängige Variable in das Modell aufgenommen. Darüber hinaus ist es möglich, eine neue Variable zu generieren, die den Abstand zwischen den beiden letzten Ereignissen – der letzten Episode - abbildet (Allison 1982: 93; Allison 1984: 54).

In Kapitel 14.2.7 über die Operationalisierung des Modells zur Ereignisanalyse wird auf die verschiedenen Kovariablen eingegangen, die in der vorliegenden Arbeit für die Untersuchung des Übergangs von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit anhand eines Mehr-Episoden-Modells gebildet und statistisch überprüft wurden.

---

[26] Diese Möglichkeit wurde in der vorliegenden Arbeit verwendet - Befehlsoption: robust cluster (id).

12.4. Analyse-Strategie

Als Analyse-Strategie wurden in den Ausgangsmodellen alle Haupteffekte und alle Interaktionseffekte aufgenommen, die sich aus der Operationalisierung der Hypothesen ergeben. Die Effekte, die nicht signifikant waren, wurden schrittweise aus den Modellen nach der Stärke der standardisierten und der unstandardisierten Odds-Ratios entfernt. Dabei wurden zunächst die Interaktionseffekte und danach die Haupteffekte aus den Modellen ausgeschlossen (siehe Anhang D.1. für eine detailliertere Beschreibung der Vorgehensweise). In Teil VI werden ausschließlich die Endmodelle vorgestellt. Hier sind die signifikanten Haupteffekte, die signifikanten Interaktionseffekte sowie die nicht signifikanten Haupteffekte der Interaktionseffekte zu finden. Alle weiteren Modelle sind in Anhang D.2. bis D.7. dargestellt. Für alle gerechneten Modelle in den drei Ländern wurde ein Mehr-Episoden-Modell gewählt, da für die Analyse der Fragestellung vorliegender Arbeit nicht ausschließlich die Einflussfaktoren des ersten Übergangs von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit von Interesse sind, sondern generell die Übergänge. Weitere Informationen über Erschwernisse und Lösungsansätze des Mehr-Episoden-Modells sind in Kapitel 12.3 dargestellt.

Die Analyse konzentriert sich hauptsächlich auf die unstandardisierten Koeffizienten der Variablen (unstandardisierte Odds-Ratios). Für die negativen Koeffizienten (Koeffizienten kleiner als Eins) werden ebenfalls die Kehrwerte des Koeffizienten gezeigt. Als Ergänzung werden darüber hinaus die standardisierten Odds-Ratios dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass durch die Standardisierung die Koeffizienten (die logarithmierten Odds-Ratios) mit der Standardabweichung der jeweiligen unabhängigen Variablen multipliziert werden. Dies bedeutet, dass der Effekt der Variablen, die eine größere Streuung in der Stichprobe haben, auf der Ebene der standardisierten Odds-Ratios stärker ist, als bei Variablen mit dem gleichen Effekt in den unstandardisierten Odds-Ratios aber mit einer geringeren Streuung in der Stichprobe.

12.5. Rechts- und Linkszensierung

Einer der wichtigsten Vorteile der Methoden der Ereignisanalyse im Vergleich zu konventionellen Methoden ist die Eigenschaft, mit bestimmten Typen von zensierten Beobachtungen umgehen zu können. Zensierung ist als Problem der abhängigen Variable zu sehen. Dieses ist gegeben, wenn die Dauer der Episode unvollständig beobachtet wird. Beobachtungen können sowohl rechts- als auch linkszensiert sein. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Formen der Zensierung, die in der Literatur diskutierten Strategien zu ihrer Behandlung sowie die damit assoziierten Probleme dargestellt.

Die Beobachtungen sind *rechtszensiert*, wenn a) der Anfangs- und der Endzeitpunkt der Episode im Beobachtungsfenster stattfinden, jedoch der Zeitpunkt für den Eintritt

des Ereignisses unbekannt ist. Dieser Fall ist aufgrund fehlender Informationen (z.B. Panelausfälle) gegeben, oder wenn die Untersuchungsperson ein anderes Ereignis erlebt und sich aus diesem Grund nicht mehr im *risk set* befindet (z.B. in der vorliegenden Arbeit Übergang in die Arbeitslosigkeit, Rente oder Studium). Episoden sind darüber hinaus rechtszensiert, wenn der b) Anfangszeitpunkt im Beobachtungszeitfenster liegt, der Endzeitpunkt jedoch außerhalb des Untersuchungszeitraumes liegt.

Zum Umgang mit rechtszensierten Beobachtungen sollte man weder das Problem ignorieren noch den Zeitpunkt der Zensierung als Ereigniseintritt behandeln. In beiden Fällen würde die genannte Behandlung zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen. Da es ungewiss ist, ob in der Periode in der die Beobachtung endet ein Ereignis stattgefunden hat, wird von keinem Ereignis berichtet. Technisch heißt das, dass die Variable in der Periode der Zensierung eine Null behält. Dies verursacht keine Verzerrung der Ergebnisse, jedoch nur unter der Annahme, dass der Zensierungsprozess unabhängig vom Ereignisprozess ist. Wenn das eingetretene Ereignis sowie das untersuchte Ereignis gemeinsame Ursachen haben, trifft diese Annahme nicht zu. Man findet z.B. in den Sozialwissenschaften das Problem, dass die Beobachtungsfälle zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Kalenderzeit den Prozess starten, und damit sowohl die Zensierung als auch die Übergangsrate gemeinsame Ursachen haben, nämlich die Kalenderzeit für den Eintritt innerhalb der Episode, oder andere mit dem Anfangszeitpunkt assoziierte Ursachen. Um das dadurch entstandenen Problem zu minimieren kann man Alter und/oder Kohorte und/oder Kalenderzeit für den Eintritt in der Episode im Modell kontrollieren bzw. als erklärende Variable/-n aufnehmen (Vermunt 1997: 120ff 136). Sollten beide Ereignisse nicht kontrollierte oder nicht beobachtete gemeinsame Ursachen haben, würde es sich um unbeobachtete Heterogenität handeln. Dies generiert eine Verzerrung der Daten und kann nur schwer mit Methoden der Ereignisanalyse behandelt werden (Vermunt 1997: 119ff, 136 und in einer etwas unterschiedlichen Darstellung Blossfeld, Golsch und Rohwer 2007: 139ff) (weiter zur unbeobachteten Heterogenität Vermunt 1997: Kapitel 5.2; Blossfeld, Golsch und Rohwer 2007: Kapitel 10).

Die *Linkszensierung* ist etwas komplizierter zu behandeln als die Rechtszensierung. Die Episoden sind *linkszensiert*, wenn Informationen zu den Anfangsbedingungen und der Vorgeschichte fehlen. Es werden zwei unterschiedliche Arten von linkszensierten Beobachtungen unterschieden: c) Episoden bei denen sowohl der Anfangs- als auch der Endzeitpunkt vor Beginn des Beobachtungszeitfensters stattfinden und d) Episoden, die vor dem Beobachtungszeitfenster starten, jedoch während der Untersuchungszeit mit dem Eintritt des Ereignisses enden (Vermunt 1997: 118f; Blossfeld, Golsch und Rohwer 2007: 39f). Die erstgenannten Episoden sind schwer zu behandeln, außer unter der Annahme, dass die Übergangsrate nicht von der Verweildauer abhängt (vgl. Blossfeld, Golsch und Rohwer 2007: 40).

Die unter d) beschriebene Episoden sind partiell linkszensiert und werden ebenfalls linkstrunkierte oder links abgeschnittene (left truncated) Episoden genannt (Guo 1993). Die zwei wichtigsten Probleme der linksabgeschnittenen Daten bei der Parameterschätzung sind der unbekannte Startzeitpunkt des Prozesses sowie die Selektivität der Stichprobe. Kennt man den Startzeitpunkt, ist das erste Problem nicht mehr vorhanden. Die Stichprobe kann jedoch weiterhin selektiv sein. Dies ist immer der Fall, wenn die Auswahl der Stichprobe auf der Basis der Werte der abhängigen Variable (wie im Fall der Ereignisanalyse) erfolgt. Demzufolge sind linksabgeschnittene Beobachtungen eine selektive Stichprobe der Individuen, die sich vor Beginn des Beobachtungszeitraums bereits im *risk set* befanden.[27] Diese sind die Individuen, die eine niedrigere Übergangsrate bzw. eine längere Verweildauer zwischen Anfang der Episode und Beobachtungsbeginn aufweisen. Personen mit einer hohen Übergangsrate haben das Ereignis bereits erlebt, bevor der Beobachtungszeitraum im Panel begonnen hat. Aus diesem Grund besteht das Problem der linksabgeschnittenen Beobachtungen in der Überschätzung der Fälle mit einem niedrigen Übergangsrisiko. Es gibt jedoch mehrere Lösungen für die Behandlung linksabgeschnittener Beobachtungen, die sich danach unterscheiden, ob der Startzeitpunkt der Episode bekannt ist oder nicht (Vermunt 1997; Hamerle 1991).

Ist der *Episodenbeginn unbekannt*, sind linksabgeschnittene Episoden komplizierter zu behandeln. Eine in der Literatur diskutierte Strategie ist, die *linksabgeschnittenen Beobachtungen von der Analyse auszuschließen*. Diese Prozedur ergibt, im Gegensatz zu der Rechtszensierung, keine Verzerrung in der Parameterschätzung, jedoch kann der Informationsverlust sehr groß sein und dadurch die Analyse einschränken. Aus diesem Grund wird die Prozedur nur empfohlen, wenn ausschließlich ein kleiner Teil der Stichprobe linksabgeschnitten ist (Yamaguchi 1991: 7; Vermunt 1997: 125; Guo 1993: 223).

Bei *Kenntnis des Startzeitpunkts* ist die Behandlung linksabgeschnittener Episoden weniger kompliziert. Jedoch sollten Beobachtungen dieser Art nicht wie nicht zensierte Beobachtungen behandelt werden, da dies zu einer Unterschätzung der Übergangsrate von Episoden kurzer Dauer führen würde. Das Problem kann vermieden werden, wenn der Selektivitätsmechanismus bei der Schätzung der Parameter berücksichtigt wird. In diesem Fall muss berücksichtigt werden, dass eine Person nur in der Stichprobe sein kann, wenn sie das Ereignis nicht vor dem Beobachtungsfenster erlebt hat. Dies kann mit der Anwendung von Verfahren geschehen, die auf einer *„conditional likelihood"* basieren. Das Problem der Selektivität der Stichprobe wird angesprochen, indem die

[27] Wie in Kapitel 12.1 erläutert, wird der *risk set* durch die Menge der Personen gebildet, die dem Risiko ausgesetzt sind, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln.

Übergangsrate der linksabgeschnittenen Beobachtungen unter der Bedingung geschätzt wird, dass die Fälle bis zu Beginn des Beobachtungsfensters überlebt haben. Ein weiterer Vorteil dieser Prozedur ist, dass keine Informationen über die unabhängigen Variablen für das Zeitintervall vor dem Beobachtungsfenster notwendig sind. Die für das genannte Verfahren benötigten Informationen stammen aus dem Beobachtungsfenster sowie aus dem bekannten Startzeitpunkt der linksabgeschnittenen Episoden. Damit werden Komplikationen vermieden, die durch fehlende Informationen der erklärenden Variablen verursacht werden. Außerdem werden die zur Verfügung stehenden Informationen des Beobachtungszeitraums maximal genutzt. Auf der „conditional likelihood" basierende Modelle zur Ereignisanalyse mit diskreter Zeit können mit logistischen und mit komplementären log-log Modellen geschätzt werden (weiter dazu sowie zur Implementierung dieser Prozedur in Guo 1993: 229ff und Vermunt 1997: 128ff).

Im ECHP (European Community Household Panel) kann man rechtszensierte und linksabgeschnittene Fälle finden. Rechtszensierte Daten werden durch die Kontrolle von Kohorte, Alter und Erhebungszeitpunkt (Kalenderzeit für den Eintritt in der Episode) kontrolliert. Alle Fälle sind linksabgeschnitten, außer diejenigen, die zwischen 1994 und 2001 ihren ersten Eintritt in den Arbeitsmarkt hatten. Jedoch stellt dies für die Untersuchung der Fragestellung vorliegender Arbeit kein Problem dar, denn auf der einen Seite ist der Startzeitpunkt bekannt und auf der anderen Seite beschränkt sich die Fragestellung auf die 90er Jahre (konkret auf den Zeitraum zwischen 1994 und 2000). Hier interessieren ausschließlich die Beobachtungen, die in diesem Zeitraum erwerbstätig waren, d.h. die Episoden der Erwerbstätigkeit zwischen 1994 und 2000. Aus diesem Grund ist das weiter oben genannte Problem des Selektivitätsmechanismus für die vorliegende Arbeit nicht relevant.

Kapitel 13. Stichprobe und Datensatz

13.1. Die Stichprobe und die Befragung: ECHP 1994-2001

Der ECHP (European Community Household Panel) ist eine Längsschnittstudie, die jährlich zwischen 1994 und 2001 erhoben wurde. Das Design und die Koordination der Studie wurden von Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) in Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen nationalen statistischen Ämtern übernommen. Der Projektbeginn fand 1992 statt „in response to the increasing demand in the European Union for comparable information across the Member States on income, work and employment, poverty and social exclusion, housing, health and many other diverse social indicators concerning living conditions of private households and persons"

(Eurostat 1996). Die Befragung deckt unterschiedliche Themen ab sowohl auf persönlicher als auch auf haushaltsbezogener Ebene wie z.B. Demographie, Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarktverhalten inklusive Jobsuche, haushaltsbezogenes und persönliches Einkommen, Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Lebensbedingungen, Migration und geographische Mobilität.

Die Erhebung wurde in acht Wellen von 1994 bis 2001 durchgeführt, d.h. es werden Informationen zu 8 unterschiedlichen Zeitpunkten (aufeinander folgenden Jahren) bereitgestellt. In der ersten Welle fand die Erhebung in den 12 Staaten statt, die 1994 EU-Mitgliedstaaten waren: Deutschland, Dänemark, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Griechenland, Spanien und Portugal. In den folgenden Jahren kamen 3 weitere Staaten hinzu: 1995 Österreich, 1996 Finnland und 1997 Schweden. Zu den wesentlichen Vorteilen des ECHP gehört die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern und über die Zeit. Das ECHP ist das erste europäische Panel und stellt eine breite sozioökonomische Information über Personen und Haushalte in den teilnehmenden Ländern zur Verfügung (Peracchi 2002; Davia 2007).

Die Analyseeinheiten der Befragung sind die privaten Haushalte im nationalen Territorium der teilnehmenden Länder. Als Haushalt beschreibt man Personen, die dieselbe Unterkunft und dieselben Lebensumstände teilen („sharing the same dwelling" und „common living arrangements"). Dennoch ist die präzise Definition nicht identisch in den unterschiedlichen Ländern. Das Stichprobenverfahren war nicht länderübergreifend standardisiert. Jede NDU (National Data Collection Unit) war auf eigene Methoden angewiesen. Das meist verwendete Stichprobenverfahren war eine zweistufige Stichprobe mit geographischen Gebieten (normalerweise die Gemeinden) als erste und die Haushalte als zweite Auswahlstufe. Eine einfache Zufallsstichprobe fand in Dänemark, Luxemburg und Nordirland statt, während in Portugal und in Frankreich ein dreistufiges Stichprobenverfahren stattfand (Peracchi 2002: 65f).

Anfangs wurde eine Erhebung über 80000 Haushalte in den 12 zuerst teilnehmenden Ländern durchgeführt. Von den 80000 Haushalten wurden 60500 interviewt. In den südeuropäischen Staaten (Spanien, Italien, Griechenland und Portugal) war die Rücklaufquote höher als ursprünglich vermutet. Die deutsche Stichprobe fiel kleiner aus als in anderen kleineren Ländern aufgrund der in Deutschland geltenden Rechtsvorschriften bezüglich Datensammlung (Davia 2007: 305).

Es wurde ein gemeinsamer Fragebogen zentral bei Eurostat entwickelt („Community questionnaire"). Die Befragung beinhaltet einen Fragebogen für den Haushalt, den die Bezugsperson („reference person") ausfüllt. Nach den Eurostat-Kriterien ist die Referenzperson eines jeden Haushalts die älteste Erwerbsperson im Haushalt. Ebenfalls beinhaltet die Befragung einen persönlichen Fragebogen für alle Haushaltsmitglieder,

die 16 Jahre oder älter sind. Der Fragebogen hat einige Veränderungen sowohl in den unterschiedlichen Ländern als auch über die Zeit erfahren. Obwohl die meisten Länderversionen sehr nah an der Version von Eurostat waren, gab es wichtige Abweichungen in einigen Ländern wie z.B. Deutschland. Ab der 4. Welle ersetzte in Deutschland das nationale SOEP (Sozio-ökonomisches Panel) die ursprüngliche ECHP-Erhebung. Ähnliches geschah in Großbritannien und in Luxemburg.[28] Über die Zeit wurden ebenfalls Veränderungen eingeführt, die den neuen Anforderungen der Europäischen Kommission und von Eurostat entsprachen. Es wurde eine Beziehungsmatrix eingeführt, um die Struktur des Haushalts besser abzubilden. Ebenfalls wurde ein neuer Teil für Kinder unter 16 Jahren eingeführt und der Fragebogen wurde außerdem um Fragen bezüglich Gesundheitsstatus, Rente und beruflicher Fortbildung ergänzt (Peracchi 2002: 68ff).

Weitere länderübergreifende Unterschiede bezüglich der Befragung beziehen sich auf die Feldarbeit sowie auf das Erhebungsverfahren. Die Feldarbeit wurde nicht gleichzeitig in allen Ländern durchgeführt, diese fand in unterschiedlichen Monaten in den verschiedenen Ländern statt. Bezüglich des Erhebungsverfahrens wurde von Eurostat das herkömmliche persönliche Interview empfohlen (face-to-face personal interviewing). In vielen Ländern wurde das Erhebungsverfahren PAPI angewendet (Paper-and-Pencil-Interview). Ebenfalls wurden persönliche Interviews mit Computerunterstützung (CAPI), telefonische Interviews (CATI), von Befragten selbst auszufüllende Fragebögen und Proxy-Interviews eingesetzt. Obwohl Eurostat Proxy-Interviews nur für besondere Fälle wie bei Sprachschwierigkeiten oder Krankheit empfahl, wurden sie in einigen Ländern, wie Italien, öfter eingesetzt (zwischen 10% und 15% der persönlichen Interviews) (Peracchi 2002: 71; Davia 2007: 306).

13.2. Die Daten

Bei Eurostat können die anonymisierte Version der Daten (UDB Users Data base) erworben werden. Die UDB besteht aus vier Datensätzen für jede der 8 Wellen: „Register file", „Relationship file", „Household file" und „Personal file". Der „Register file" erfasst alle Personen der Haushalte, die über einen ausgefüllten Haushaltsfragebogen verfügen, d.h. sowohl die Haushaltsmitglieder, die einen Personenfragebogen ausgefüllt haben als auch diejenigen, die keinen ausgefüllt haben (z.B. Personen unter 16 Jahren). Der „Relationship file" enthält die Verwandtschaftsbeziehungen zwischen den Haushaltsmitgliedern und beinhaltet eine Beobachtung für jedes Paar von Personen innerhalb des Haushalts. Der „Household file" erfasst die Informationen über den

[28] Für weitere Informationen diesbezüglich siehe Eurostat 1996 und 2000.

Haushalt und hat eine Beobachtung je teilnehmendem Haushalt mit ausgefülltem Interview. Der „Personal file" erfasst die Informationen über die Personen mit einem ausgefüllten persönlichen Interview. Zielgruppe sind ausschließlich die Personen, die am 31. Dezember des vorherigen Jahres mindestens 16 Jahre alt waren. Außerdem beinhaltet der UDB einen „Link file" und einen „Country file". Der „Link-file" erfasst Informationen der acht Wellen und eine Beobachtung pro Person, die zu einem der untersuchten Zeitpunkte an der Befragung teilgenommen haben. Der „Country file" verfügt über aggregierte Variablen für jedes Land (Eurostat 2003c).

13.3. Die Stichprobe vorliegender Arbeit

Zur Untersuchung des Übergangs von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit wurden die Frauen ausgewählt, die in jeder Welle in der Altersgruppe von 16 bis 45 Jahren sind, d.h. dass sie zwischen 1949 und 1984 geboren wurden. Mehrere Gründe haben zur Auswahl des angegebenen Alters beigetragen. Die untere Grenze von 16 Jahren wurde festgesetzt, da ab diesem Alter Frauen üblicherweise sowohl erwerbstätig sein als auch als junge Erwachsene gelten können, und damit die Bildung eines eigenen Haushalts möglich ist. Nicht nur inhaltlich ist eine Analyse von jüngeren Personen nicht sinnvoll, technisch gesehen wäre dies nicht möglich gewesen, da die Daten des „Personal file", der die meisten der hier benötigten Informationen enthält, bei Personen ab einem Alter von 16 Jahren erhoben wurden. Die obere Grenze von 45 Jahren wurde festgesetzt, weil die vorliegende Arbeit sich mit dem Ausstieg jüngerer Frauen auseinander setzt. Von besonderem Interesse ist dabei die Wirkung der Anwesenheit kleiner Kinder auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Aus diesem Grund wurden Frauen über 45 Jahren von der Analyse ausgeschlossen.

13.4. Panelausfälle

In dem ECHP, wie in anderen Panel-Datensätzen, ist man mit dem Problem der missings (nonresponse) konfrontiert. Wie Peracchi (2002) erläutert, gibt es vier unterschiedliche Typen von nonresponse, und sie alle kommen in dem ECHP vor: Missings für komplette Analyseeinheiten, für die keinerlei Informationen vorhanden sind (aufgrund z.B. einer Ablehnung der Teilnahme an der Studie); Missings für bestimmte Items zu denen keine Informationen gegeben werden; Panelausfälle (attrition) als besonderer Fall für Paneldaten, womit der Verlust von Teilnehmern zwischen den verschiedenen Panelwellen gemeint ist; sowie neue Eingänge, für die missings für die Wellen vor der Aufnahme im Datensatz vorhanden sind. Da der Datensatz ein Panel ist, wird hier auf das Problem der Panelausfälle näher eingegangen (siehe für eine detaillierte Analyse anderer missings-Typen Peracchi 2002).

Ein besonderes Problem von Panelanalysen sind Panelausfälle, d.h. Ausfälle in bestimmten Beobachtungswellen, keine grundsätzlichen Ausfälle. Häufig kommt es vor, dass der Ausfall von Fällen stärker zwischen der ersten und der zweiten Welle vorkommt als in folgenden Wellen. Dies ist auch in dem ECHP der Fall, und zwar für alle Länder außer für Deutschland und die Niederlande (Davia 2007: 325).

Durch den Ausfall von Fällen entstehen zwei unterschiedliche Probleme. Erstens kann sich mit dem Verlust von Fällen die Stichprobe reduzieren, und dies kann die inferenzstatistische Schätzung erschweren. Ist der Verlust von Fällen zufällig, entsteht kein weiteres Problem. Wenn dieser jedoch nicht zufällig ist, und es sich dabei um Ausfälle handelt, die direkt mit dem untersuchten Phänomen im Zusammenhang stehen, kann dies die Repräsentativität der Stichprobe gefährden. Aus diesem Grund ist es hilfreich zu wissen, von welchen Variablen die Panelausfälle beeinflusst werden, um damit feststellen zu können, ob diese mit dem Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit im Zusammenhang stehen.

Watson (2003) und Davia (2007) analysieren die Panelausfälle des ECHP. Während Watson keine differenzierte Analyse für die unterschiedlichen Länder durchführt, kann Davia durch die getrennte Analyse feststellen, dass in den verschiedenen teilnehmenden Ländern Unterschiede bezüglich des Musters der Ausfälle vorhanden sind. Sie definiert die Variable des Panelausfalls, wie das Fehlen eines persönlichen Interviews, wenn dieses in der vorherigen Welle vorhanden war. Die dafür ausgewählten erklärenden Variablen sind Variablen, die die räumliche Mobilität beeinflussen können oder die Kontaktierbarkeit der Befragten sowie ihre Bereitschaft, an der Befragung teilzunehmen. In einer deskriptiven sowie einer multiplen logistischen Analyse kommt sie zu unterschiedlichen Ergebnissen je nach Land. Im Folgenden werden die Ergebnisse für die in der vorliegenden Arbeit untersuchten Ländern dargestellt.

Bezüglich der soziodemografischen Variablen wird deutlich, dass männliche Befragte und Befragte unter 25 Jahren in allen drei Ländern wahrscheinlicher die Teilnahme abbrechen, in Italien und Spanien ebenfalls bis zum 34. Lebensjahr. Mit höherer Bildung sinkt in Deutschland die Wahrscheinlichkeit, die Teilnahme abzubrechen. In Spanien und in Italien ist dies nicht der Fall. Auf der Haushaltsebene findet Davia heraus, dass ebenfalls in allen drei Ländern die Einpersonenhaushalte von jungen Befragten (bis zum 30. Lebensjahr) wahrscheinlicher als andere Einpersonenhaushalte aber auch als Zweipersonenhaushalte von Lebenspartnern ohne Kinder und als Haushalte mit Kindern die Stichprobe verlassen. In Deutschland und Italien sind die Haushalte, die länger denselben Wohnsitz haben, diejenigen die wahrscheinlicher die Teilnahme abbrechen. In allen drei Ländern verlassen die Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigen-

tum weniger wahrscheinlich die Stichprobe als diejenigen, die zur Miete wohnen oder in Immobilien wohnen, ohne eigenes Kapital einzusetzen (Davia 2007: 323).

Über die Charakteristika hinsichtlich des Einkommens und des Erwerbsstatus kommt Davia ebenfalls zu unterschiedlichen Ergebnissen in den verschiedenen Ländern. Die Wahrscheinlichkeit, dass Arbeitslose und Hausfrauen die Stichprobe verlassen, ist in Deutschland höher als bei Beschäftigten, während sie in Italien geringer ist. Beschäftigte mit einer Beschäftigungsdauer in der aktuellen Stelle von weniger als einem Jahr verlassen in Deutschland und in Italien wahrscheinlicher die Stichprobe als diejenigen, die länger in einem bestimmten Arbeitsverhältnis beschäftigt sind. Wenn sie jedoch weniger als drei Jahre auf dem Arbeitsmarkt sind, verlassen sie in beiden Ländern wahrscheinlicher die Stichprobe, als Befragte die länger auf dem Arbeitsmarkt sind. Bezüglich des Haushaltseinkommens findet sie keinen signifikanten Einfluss in Spanien, einen positiven Einfluss in Deutschland (je höher das Einkommen, desto Wahrscheinlicher der Abbruch der Teilnahme) und einen negativen in Italien (Davia 2007: 324).[29]

Zusammenfassend kann man sagen, dass nach den Untersuchungen von Davia kein klares länderübergreifendes Muster bezüglich der Panelausfälle festzustellen ist. In allen drei Ländern finden sich positive Effekte auf den Abbruch der Teilnahme für männliche Befragte, für junge Befragte, für Einpersonenhaushalte (insbesondere im jüngeren Alter), sowie für Haushalte, die zur Miete wohnen. In Deutschland konnte außerdem für niedriger gebildete und arbeitslose Befragte sowie für die Hausfrauentätigkeit ein (positiver) Effekt im Vergleich zu Beschäftigten gefunden werden. In Italien brechen Hausfrauen und Arbeitslose weniger wahrscheinlich die Teilnahme ab. Für beide Länder gilt, dass bei einer Beschäftigungsdauer von weniger als einem Jahr in einer Stelle sowie bei einer Beschäftigungsdauer auf dem Arbeitsmarkt von weniger als 3 Jahren, die Wahrscheinlichkeit des Abbruchs steigt.

Nun stellt sich die Frage, wie man mit den Panelausfällen umgehen sollte. Eurostat hat Gewichtungen sowohl für Querschnitt- als auch für Panelanalysen eingeführt, jedoch wurde ausschließlich nach Geschlecht und Alter gewichtet und wie Davia zeigt, hängen die Panelausfälle auch mit anderen Faktoren zusammen. Dies bedeutet, dass durch die Gewichtung nur teilweise die durch Panelausfälle verursachte Verzerrung korrigiert werden kann. Für die Bildung der Panelgewichte wurde den Befragten, die zur Panelstichprobe seit der ersten Welle gehören (Panel-Personen „sample persons") und den

[29] Siehe Davia 2007 für weitere Informationen über den Einfluss anderer verwendete Variablen, die im Zusammenhang mit dem Verlauf der Befragung stehen.

neu geborenen Kindern von Panel-Frauen, ein Gewicht zugewiesen.[30] Dieses Gewicht ist gleich Null wenn die Individuen nicht seit der ersten Welle zur Stichprobe gehören. Die Gewichte werden so angepasst, dass die Summe über alle Personen die Fallzahl der Stichprobe gleicht. Dies bedeutet, dass der Mittelwert der Gewichte für Panel- und Nicht-Panel-Personen Eins ist (Eurostat 2003c: 17).[31] Darüber hinaus gibt es in dem ECHP unterschiedliche Gewichtungen für Querschnittuntersuchungen (Personen- und Haushaltsgewichte) sowie für länderübergreifende Untersuchungen (Locatelli, Moscato und Pasqua 2001; Eurostat 2003a, Peracchi 2002; Davia 2007; Eurostat 2003c).

Die Gewichtung von Datensätzen ist nach wie vor in der Literatur sehr umstritten. Eine Gewichtung wird empfohlen, wenn es sich um deskriptive Analysen handelt, die repräsentativ für eine bestimmte Population sein sollen. Jedoch kann sie für die Berechnung statistischer Modelle unnötig sein (DuMouchel und Duncan 1983 und Hoem 1989 in Peracchi 2002). Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Arbeit von einer Gewichtung der Daten abgesehen.

In Bezug auf die Untersuchung vorliegender Arbeit und in Anlehnung an Davias Untersuchung, muss man vorsichtig bei der Interpretation des Effektes des Alters in allen drei Ländern sein, da die Jüngeren wahrscheinlicher die Stichprobe verlassen. In Deutschland und in Italien muss man bei der Interpretation der Anzahl der Übergänge in die Hausfrauentätigkeit und in die Arbeitslosigkeit in Betracht ziehen, dass Hausfrauen und Arbeitslose in Deutschland (Italien) die Stichprobe wahrscheinlicher (unwahrscheinlicher) als Beschäftigte verlassen. In beiden Ländern gilt ebenfalls, dass Personen mit einer kurzen Dauer in einer Erwerbsbeschäftigung oder auf dem Arbeitsmarkt wahrscheinlicher die Stichprobe verlassen, wobei dies möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass diese Variablen mit der Variable Alter korreliert sind.

---

[30] In dem Fall des dargestellten Panel-Gewichtes (PG003) trifft das Beschriebene auf Personen zu, die sich an einem persönlichen Interview beteiligt haben. Haushaltsmitglieder, die kein persönliches Interview ausgefüllt haben, aber seit der ersten Welle dabei sind (oder neugeborene Kinder von Panel-Frauen), werden mit dem Panelgewicht RG003 gewichtet. Dies sind i.d.R Personen unter 16 Jahren, die nicht zur hier untersuchten Zielgruppe gehören. Außerdem wird in der vorliegenden Arbeit nur mit Fällen gearbeitet, die ein persönliches Interview ausgefüllt haben, da die meisten hier verwendeten Informationen aus dem „Personal-File" stammen.

[31] Siehe Eurostat 2003a und 2003c für eine genauere Beschreibung der Gewichte. Siehe ebenfalls Peracchi 2002 für sonstige im ECHP vorhandene Gewichte, auch für die Gewichtung im Fall von Querschnittuntersuchungen, sowie Verma und Clémenceau 1996 für weitere Informationen über Gewichtungen (obwohl Eurostat später die Gewichtungen überarbeitete und die neuere Version in Peracchi 2002 dargestellt wird).

Kapitel 14. Datenbasis und Operationalisierung

Zur Operationalisierung der Variablen, insbesondere einiger unabhängiger Variablen wie Schwangerschaft und Anwesenheit von Kindern, muss in dem ECHP ein Fall innerhalb des Haushalts identifiziert werden. Bezüglich der Anwesenheit eigener Kinder wird z.B. zwar gefragt, ob im Haushalt Kinder leben, nicht aber ob die befragte Person eigene Kinder hat. Dafür muss der Datensatz „Relationship-File" herangezogen werden. Hier sind für jedes mögliche Paar von Haushaltsmitgliedern die Verwandtschaftsbeziehungen angegeben. Damit können unter anderem Variablen generiert werden, die Auskunft über die Anwesenheit, Alter und Anzahl eigener Kinder geben. Ebenfalls kann dadurch ermittelt werden, ob die betreffende Frau in einer bestimmten Welle schwanger ist. Dazu ist es notwendig eine Referenzperson zu definieren, um die Verwandtschaftsbeziehung aller anderen Personen im Haushalt zu der Referenzperson festzulegen. In dem ECHP ist für jeden Haushalt eine Referenzperson identifiziert, jedoch entsprechen die Kriterien nicht der Fragestellung vorliegender Arbeit. Aus diesem Grund wurden neue Kriterien festgelegt, um in jedem Haushalt die Personen als Referenzpersonen zu definieren, die zur Zielgruppe vorliegender Arbeit gehören (Frauen im Alter vom 16. bis zum 45. Lebensjahr) (zu einer genaueren Beschreibung siehe Anhang A.8). [32]

14.1. Die abhängige Variable

Die abhängige Variable ist eine 0/1 kodierte Variable, die den Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit erfasst. Mit Null sind die Beobachtungen kodiert, in denen kein Übergang stattfindet. Mit Eins sind die Beobachtungen kodiert, die von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit wechseln. Die abhängige Variable wurde aus zwei Variablen des „Personal Files" des ECHP generiert: aus der Selbstdefinition des Erwerbsstatus der Befragten sowie aus der Definition des Erwerbsstatus der Befragten nach der Standarddefinition von Eurostat, die sich an der Definition der „International Labour Organisation" (ILO) orientiert (siehe Name und Kodierung der Variablen in Anhang A.1). Das Problem bei dieser doppelten Erfassung des Erwerbsstatus ist, dass die Klassifikation der Befragten in beiden Variablen nicht immer übereinstimmt. Für die Beobachtungen der Zielgruppe vorliegender Untersuchung ergeben sich ebenfalls Unstimmigkeiten. Zu erwarten wäre erst einmal, dass Frauen die sich

[32] In der deskriptiven Statistik über die abhängige Variable (Kapitel 14.1) und über die unabhängigen Variablen (Kapitel 14.2 und Anhang C.1. bis C.4.) wurde ausschließlich mit der Referenzperson jedes Haushalts gearbeitet. Dadurch werden in Westdeutschland 93,98% der Beobachtungen beibehalten, in Spanien 91,24% und in Italien 91,68%. Ebenfalls wurde in den statistischen Modellen ausschließlich mit der Referenzperson jedes Haushalts gerechnet. Damit wird sichergestellt, dass die Kinder um die es in der Schätzung der Modelle geht, eigene Kinder sind.

selbst als Hausfrauen verstehen, nach den ILO-Standards als nicht-erwerbstätig eingestuft werden. Dies ist nicht immer der Fall, so dass einige der untersuchten Frauen sich selbst als Hausfrau betrachten, nach den ILO-Standards jedoch erwerbstätig mit weniger als 15 Stunden pro Woche oder arbeitslos sind (siehe dazu Anhang A.1.).

Richiardi (2002) erfasst sehr genau die Unterschiede bezüglich der Klassifikationen der Befragten in beiden Variablen. Obwohl sich seine Analysen auf alle männlichen und weiblichen Befragten jeden Alters in allen Ländern der Stichprobe beziehen, sind seine Ergebnisse von Interesse für vorliegende Arbeit. Die von ihm gefundenen Unstimmigkeiten in den Klassifikationen sind in Tabelle 5 für Westdeutschland, Italien und Spanien zu finden. Von besonderer Bedeutung für die Zielgruppe vorliegender Arbeit sind die Ergebnisse der Kategorien IU und IE (nicht-erwerbstätig in der Selbsteinstufung und arbeitslos oder erwerbstätig nach der ILO). Hier rechnet Richiardi (2002) logistische Regressionen für das Wahrscheinlichkeitsverhältnis, dass Personen, die nach den ILO-Standards als arbeitslos definiert werden, sich selbst als nicht-erwerbstätig definieren. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen und verheiratete Personen (und hier insbesondere Frauen) sich selbst als nicht erwerbstätig ansehen, obwohl sie nach der offiziellen Definition arbeitslos sind. Richiardi führt dies auf kulturelle Traditionen zurück, nach denen die Frau, wenn sie zuhause ist und die Kinderbetreuung übernimmt, eher als nicht-erwerbstätig gesehen wird, auch wenn diese eine Arbeitsstelle sucht. Dies ist nicht der Fall bei Männern (Richiardi 2002: 24). Bei Personen die sich selbst als nicht-erwerbstätig betrachten, nach den ILO-Standards jedoch erwerbstätig sind, stellt Richiardi fest, dass diese eine Gruppe von Personen darstellt, die auf Teilzeitbasis arbeitet. Möglicherweise hat dies mit dem Design der Befragung zu tun, da nach dem "main activity status" (Hauptberufsstatus) gefragt wurde. Das bedeutet, dass viele Personen sich in ihrem Hauptberufsstatus als nicht-erwerbstätig identifizieren, auch wenn sie Rentner, Studenten oder Hausfrauen sind und einer Erwerbstätigkeit mit wenigen Wochenstunden nachgehen.

Nun stellt sich die Frage, in wie weit dies für die Bildung der in der vorliegenden Dissertation durchgeführte Analyse von Bedeutung ist. Der Übergang von der Erwerbstätigkeit (Ausgangszustand) in die Hausfrauentätigkeit findet statt, wenn die beobachteten Frauen zum Zeitpunkt t erwerbstätig sind und zum Zeitpunkt t+1 sich selbst als Hausfrau definieren (Endzustand). Der Ausgangszustand wurde nach der Definition der ILO-Standards operationalisiert, und zwar mit mehr als 15 Stunden Erwerbstätigkeit pro Woche. Als Endzustand müssen sich die befragten Frauen zum Zeitpunkt t+1 in ih-

rem Erwerbsstatus als Hausfrauen selbstdefiniert haben und damit die Hausfrauentätigkeit als ihre Haupttätigkeit betrachtet haben. [33, 34]

Tabelle 5. Klassifikationen ohne Übereinstimmung zwischen beiden im ECHP vorhandenen Definitionen des Erwerbsstatus

	Über Selbstdefinition unemployed (1) Über Selbstdefinition nicht-erwerbstätig (2) Über Selbstdefinition erwerbstätig (3)				
	UI (1)	IU (2)	UE (1)	EI (3)	IE (2)
Westdeutschland	28,6%	1,9%	3,6%	0,0%	8,7%
Italien	26,2%	4,9%	4,1%	0,0%	1,4%
Spanien	20,4%	4,7%	2,5%	0,0%	1,0%

Eigene Darstellung.
Quelle: Richiardi 2002: 12 – Table 3 Relevance of perception errors.
1996 (wave 3) data
Deutschland und Spanien 1996 (Wave 3) und Italien 1995 (Wave 2)
UI: nach der Selbstdefinition arbeitslos und nach der ILO Definition nicht erwerbstätig
IU: nach der Selbstdefinition nicht-erwerbstätig und nach der ILO-Definition arbeitslos
UE: nach der Selbstdefinition arbeitslos und nach der ILO-Definition auf Teilzeitbasis erwerbstätig
EI: nach der Selbstdefinition erwerbstätig aber nach der ILO nicht-erwerbstätig.
IE: nach der Selbstdefinition nicht-erwerbstätig und nach der ILO-Definition auf Teilzeitbasis erwerbstätig
Richiardi findet ebenfalls Befragte, die sich selbst als erwerbstätig definieren, aber nach der ILO nicht-erwerbstätig sind (EI). Diese Gruppe ist jedoch sehr klein (0,1% der Beobachtungen). Die meisten von ihnen (78%) arbeiten weniger als 15 Stunden die Woche.

Durch die Anwesenheit zweier unterschiedlicher Variablen, die die Erwerbstätigkeit erfassen, ergeben sich drei mögliche Definitionen des Übergangs von erwerbstätigen Frauen (auf Vollzeit- oder Teilzeitbasis) in die Hausfrauentätigkeit. Nach der Selbstdefinition des Erwerbsstatus ist der Übergang immer in die Hausfrauentätigkeit, da dies das hier untersuchte Phänomen darstellt. Dieser Übergang kann jedoch in drei weitere unterteilt werden, je nachdem wie die Selbstdefinition des Erwerbsstatus mit der ILO-Variable kombiniert wird. Daraus ergeben sich folgende Versionen des Übergangs:

1. Übergang in die Hausfrauentätigkeit nach der Selbstdefinition in Kombination mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit nach den ILO-Standards.
2. Übergang in die Hausfrauentätigkeit nach der Selbstdefinition in Kombination mit einer Erwerbstätigkeit mit weniger als 15 Stunden die Woche nach den ILO-Standards.

[33] Die für den Ausgangszustand verwendete Ausprägung ist „normaly working (working 15+ hours/week") (Ausprägung Eins Variable PE003). Dies bedeutet, dass die Übergänge von Personen, die als Ausgangszustand weniger als 15 Stunden die Woche erwerbstätig sind, nicht weiter untersucht wurden. Der Grund dafür ist, dass diese Personen zwar einer Erwerbstätigkeit nachgehen, dies aber nicht die Haupttätigkeit ist und sie sich außerdem nicht als erwerbstätig ansehen. Damit fällt diese Gruppe aus der Zielgruppe dieser Arbeit heraus.

[34] Als Endzustand müssen sich die Befragten in der Variable über die Selbstdefinition ihres Erwerbsstatus in die Kategorie „doing housework, looking after children or other persons" zugeordnet haben.

3. Übergang in die Hausfrauentätigkeit nach der Selbstdefinition in Kombination mit einer Arbeitslosigkeit nach den ILO-Standards.

Interessant werden diese Operationalisierungen vor dem Hintergrund, dass es diesbezüglich Länderunterschiede gibt. Wie in Tabelle 6 gezeigt wird, ist der Prozentanteil der Übergänge in Spanien (4,36%) höher als in Westdeutschland (4,28%) und in Italien (3,49%). Dies ist bemerkenswert, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in der Literatur oft geschrieben wird, dass die spanischen und die italienischen Frauen kontinuierlich erwerbstätig sind. Jedoch sollte hier berücksichtigt werden, dass die Daten nicht gewichtet wurden. Außerdem handelt es sich hier ausschließlich um die Übergänge in die Hausfrauentätigkeit (und nicht um alle Übergänge in die Nicht-Erwerbstätigkeit). Die Übergänge können sich wiederholen und die Zugänge zum Arbeitsmarkt wurden nicht weiter behandelt. Dies bedeutet, dass hier Informationen über die Anzahl der Übergänge gegeben werden, jedoch nicht über die Dauer der Unterbrechung.

Tabelle 6. Nach Land differenzierte Darstellung der Übergänge von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit

	Westdeutschland	Italien	Spanien	Total
Kein Übergang	9.053	11.889	9.232	30.174
	95,72%	96,51%	95,64%	96%
Übergang in die Hausfrauentätigkeit (Selbstdefinition)	405	430	421	1.256
	4,28%	3,49%	4,36%	4%
Total (Beobachtungen)	9.458	12.319	9.653	29165

Definition des Übergangs nach Kombination der Hausfrauentätigkeit mit den unterschiedlichen Definitionen nach den ILO-Standards.

Endzustand: Hausfrauentätigkeit (Selbstdefinition) und...	Westdeutschland	Italien	Spanien	Total
Nicht-Erwerbstätigkeit (ILO-Standards)	168	339	336	843
	41,48%	78,84%	79,81%	67,12%
Geringfügige Erwerbstätigkeit (ILO-Standards)	220	7	12	239
	54,32%	1,63%	2,85%	19,03%
Arbeitslosigkeit (ILO-Standards)	17	84	73	174
	4,2%	19,53%	17,34%	13,85%
Total (Übergänge)	405	430	421	1.256
	100 %	100 %	100 %	100 %

Eigene Darstellung.
Quelle: ECHP Wellen 1 bis 7 (1994 bis 2000). Frauen zwischen 16 und 45 Jahren.
Ausschließlich Referenzperson (siehe Kapitel 14.2.1.5)
Zielgruppe: Frauen im Alter von 16 bis 45 Jahren. Spaltenprozentuierung

Betrachtet man die Art der Übergänge näher, stößt man auf die Länderunterschiede je nach Definition des Übergangs. In Italien und Spanien finden die meisten Übergänge in die Hausfrauentätigkeit statt, die nach den ILO-Standards als Nicht-Erwerbstätigkeit klassifiziert wird (Italien 78,84%, Spanien 79,81%). Dies bedeutet, dass die meisten erwerbstätigen spanischen und italienischen Frauen, die in die Hausfrauentätigkeit wechseln, den Arbeitsmarkt vollständig verlassen. Demgegenüber finden in Westdeutschland mehr als die Hälfte der Übergänge (54,32%) in eine Hausfrauentätigkeit statt, die aber mit einer geringfügigen Erwerbstätigkeit kombiniert wird. Man erkennt, dass mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen, die in die Hausfrauentätigkeit übergehen, den Arbeitsmarkt nicht gänzlich verlassen, sondern trotzdem aktiv daran teilnehmen. Diese Gruppe von Hausfrauen ist in Westdeutschland aktiver als in Italien (1,63%) und in Spanien (2,85%). Jedoch muss hier darauf hingewiesen werden, dass diese Art der Beschäftigung in Italien und in Spanien nicht so verbreitet ist (siehe Kapitel 7 und Kapitel 8).

In Italien und Spanien findet ein deutlicher Anteil der Übergänge in die Hausfrauentätigkeit statt, die nach den ILO-Standards als Arbeitslosigkeit bezeichnet wird. Das heißt, diese erwerbstätigen Frauen wechseln in die Arbeitslosigkeit (ILO-Standards), betrachten sich selbst jedoch als Hausfrauen (in Italien 19,53% und in Spanien 17,34% der Übergänge). Wie weiter oben bereits erwähnt wurde, kann dies auf eine traditionellere Einstellung in den südeuropäischen Ländern zurückgeführt werden, da diese Frauen sich selbst als Hausfrau definieren, obwohl sie eine Arbeitsstelle suchen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dies tritt in Westdeutschland nur selten auf (4,2%).

Nun stellt sich folgende Frage: Welche Variante des Übergangs wird in der vorliegenden Arbeit untersucht? Um die Übergänge vergleichbar zu halten wird in der zentralen Analyse der Übergang in die Hausfrauentätigkeit untersucht, wenn die Hausfrauen gleichzeitig nicht-erwerbstätig sind. Damit kann der Effekt der erklärenden Variablen für alle drei Länder verglichen werden. Parallel dazu werden innerhalb der Länder die zentralen Modellen mit den Modellen verglichen, die für die jeweiligen Länder am wichtigsten sind: In Westdeutschland werden sie mit einem statistischen Modell für den Übergang in die Hausfrauentätigkeit verglichen, wenn diese mit einer geringfügigen Erwerbstätigkeit kombiniert wird, während sie in Italien und in Spanien mit dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit verglichen werden, wenn diese mit einer Arbeitslosigkeit kombiniert wird. Dies ist von Bedeutung insbesondere in Westdeutschland, wo mehr als die Hälfte der Übergänge in eine Hausfrauentätigkeit mit kombinierter Erwerbstätigkeit geschehen.

14.2. Die unabhängigen Variablen

Im Folgenden wird kurz dargestellt, wie die erklärenden Variablen gebildet wurden. Für eine Übersicht der deskriptiven Statistik sowie einer bivariaten Analyse mit der erklärten Variable siehe Anhang C.1 bis C.4. Die Variablen wurden dem „Personal-file", dem „Household-file", dem „Relationship-file" und dem „Country-file" entnommen.

Fast alle der hier untersuchten erklärenden Variablen sind zeitabhängig. Ein generelles Problem damit ist, dass diese zeitabhängigen Variablen nicht nur gültige Fälle sondern auch ungültige Fälle haben. Erfassen die unabhängigen Variablen die Vorgeschichte, ist dies eins der Linkszensierung der abhängigen Variable ähnliches Problem. Die Logit-Modelle unterstellen, dass die untersuchten Variablen keine fehlenden Fälle haben. Um dieses Problem zu lösen, werden hier an den entsprechenden Stellen Missing-Variablen verwendet. Die fehlenden Fälle der betreffenden erklärenden Variablen werden mit den gültigen Fällen einer bestimmten Ausprägung in der Referenzkategorie der Variable aufgenommen. Dies wird dadurch kontrolliert, dass zu den betreffenden erklärenden Variablen jeweils eine neue Variable generiert wird, in der die fehlenden Fälle den Wert eins haben und die gültigen Fälle den Wert null.

14.2.1. Sozio-Demografische Variablen

14.2.1.1. Land

Der ECHP UDB enthält zwei unterschiedliche Datensätze für Deutschland: der Erste erfasst die Daten des in Deutschland wie in anderen Ländern durchgeführte ECHP, der zweite erfasst die Daten des sozioökonomischen Panels (SOEP), das Informationen von 1994 bis 2001 enthält. Hier wurde mit den aus dem SOEP stammenden ECHP-Daten gearbeitet (COUNTRY=51). Für Westdeutschland wurden anhand der Variable HG015 „Region in which the household is presently situated" die alten Bundesländer ausgewählt. In der genannten Variablen wird nicht zwischen West- und Ost-Berlin differenziert, aus diesem Grund wird Berlin von der Analyse ausgeschlossen.

14.2.1.2. Alter und Kohorte als Kontrollvariablen

Das Alter und die Kohorten werden in der hier durchgeführten Analyse kontrolliert. Wie in Kapitel 12.5 dargestellt wurde, kann das Problem der Rechtszensierung berücksichtigt werden, in dem man Alter und/oder Kohorte und/oder die Episode im Modell kontrolliert. Aus diesem Grund werden hier sowohl das Alter als auch die Kohorten in den Modellen aufgenommen.

Beide Variablen wurden dem „Personal file" entnommen. Zur Erfassung der Kohorte wurde eine kategoriale Variable generiert, aus der vier unterschiedliche Dummy-

Variablen gebildet wurden. Die kategoriale Variable wurde mit der dem „Personal file" entnommenen Variablen über das Geburtsjahr gebildet (siehe Anhang A.3. Tabelle 2).

Tabelle 7. Kodierung der Kohorten-Variablen: Italien und Spanien
Kohorte 1976 bis 1984
Kohorte 1967 bis 1975
Kohorte 1958 bis 1966
Kohorte 1949 bis 1957
Datensatz: Diese Variable wurde mit der Variable über Geburtsdatum des Personal-files generiert.

Für Westdeutschland musste die Kohorte in dem Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit anders definiert werden. In diesem Übergang mussten die Kategorien aufgrund fehlender Fälle in der jüngsten Kohorte in drei und nicht in vier Kategorien unterteilt werden (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8. Kodierung der Kohorten-Variablen: Westdeutschland
Kohorte 1973 bis 1984
Kohorte 1961 bis 1972
Kohorte 1949 bis 1960
Datensatz: Diese Variable wurde mit der Variable über Geburtsdatum des Personal-files generiert.

Ausschließlich zwei Arten von Rechtszensierung können damit kontrolliert werden: wenn sowohl Anfangs- als auch Endzeitpunkt der Episode nach Beendigung des Beobachtungszeitfensters stattfinden und wenn der Anfangszeitpunkt im Beobachtungszeitfenster beginnt, der Endzeitpunkt jedoch nach Beendigung der Untersuchungszeit stattfindet (Vermunt 1997:120ff 136; siehe dazu ebenfalls Kapitel 12.5).

14.2.1.3. Bildung

Die Bildung wurde aus dem „Personal file" entnommen. Die Messung von Bildung bleibt im ECHP nicht unproblematisch. Aus diesem Grund werden hier kurz die Variablen präsentiert, die sich auf die Bildung sowie Aus- und Weiterbildung (training and education) beziehen. Im ECHP ist ein Block von Variablen vorhanden, die sich auf diese Thematik beziehen (für eine genauere Auflistung siehe Anhang A.4.). Die meisten der genannten Variablen beinhalten Information darüber, ob die befragte Person im letzten Jahr an bildenden und weiterbildenden Maßnahmen („general or higher education, vocational or training course, language or other adult education course") beteiligt war, sowie über die Art und die Finanzierung der betreffenden Maßnahmen. Diese Variablen enthalten dementsprechend gültige Informationen nur bei den Personen, die in dem Jahr vor der Befragung an solchen Maßnahmen teilgenommen haben. Weiterhin

gibt es unter den Bildungsvariablen einige Variablen, die sich auf Sprachkenntnisse beziehen. Damit bleiben nur drei Variablen übrig, die sich auf die allgemeine Bildung beziehen (können). Eine der Variablen ist kategorial und hat drei Ausprägungen, die den höchsten erreichten Bildungsabschluss nach dem „International Standard Classification of Education" (ISCED) beschreibt. Die ISCED wurde von der UNESCO zur Klassifikation von Bildungssystemen entwickelt und erlaubt den internationalen Vergleich von Bildungsstufen. Eine weitere Variable enthält das Alter der Befragten, als sie das höchste allgemeinbildende Bildungsniveau erreichten. Die Spannweite dieser Variable beträgt 66 Jahre (kleinster Wert 9 bis größter Wert 75). Man könnte aus dieser Variable eine neue Variable bilden, die die im Bildungssystem verbrachten Jahre misst um sich dadurch dem Bildungsniveau anzunähern. Jedoch wird in dieser Variable das Alter bei Abschluss des entsprechenden Bildungsabschlusses überschätzt und damit ebenfalls das Bildungsniveau (Ortiz 2007: 8f). Die dritte Variable erfasst das Alter, zu dem die Bildung auf Vollzeitbasis endete („full time education"). Diese Variable wurde jedoch erst ab der fünften Welle erhoben (Jahr 1998). Daher ist sie hier nicht weiter verwendbar. In den zwei erstgenannten Variablen gab es jedoch ebenfalls Erhebungsprobleme: Die Informationen wurden bei Aufnahme der Individuen in der Befragung erhoben aber bis zur fünften Welle nicht aktualisiert (Jahr 1998). Eurostat empfiehlt, die Variable über das höchste allgemeinbildende Bildungsniveau erst ab der 6. Welle zu Klassifizierungszwecken zu verwenden (Eurostat 2003b: 356f). Trotz genannter Empfehlung von Eurostat, wird aufgrund fehlender Alternativen in vielen Publikationen und Forschungsarbeiten davon abgewichen (Jurado 2007; Albert und Davia 2007; Miret-Gamundi 2003; Croci Angelini und Michelangeli 2008; Brunello 2001; Clark und Postel-Vinay 2005; Peracchi und Depalo 2006; García-Mainar, García-Serrano und Toharia 2007; Hernanz und Toharia 2007). Da in der Forschungspraxis trotz genannter Schwierigkeiten hauptsächlich mit dieser Variable gearbeitet wurde, wird sie in der vorliegenden Arbeit verwendet. Für die Aufnahme in den statistischen Modellen wurden aus der kategorialen Variable drei Dummy-Variablen gebildet. Die Referenzkategorie sind die Frauen mit niedriger Bildung (bis zur Sekundarstufe I – ISCED). Die zwei übrigen Dummy-Variablen stehen für mittlere Bildung (bis zur Sekundarstufe II – ISCED) und hohe Bildung (Tertiärer Bereich – ISCED) (siehe Kodierung der Variable sowie die Bildungsstufen der ISCED in Anhang A.3. Tabellen 3 und 4).[35]

[35] Beispielhaft werden hier die Abschlüsse dargestellt, die in Deutschland den unterschiedlichen ISCED-Stufen entsprechen: Sekundarstufe I: Hauptschule, Realschule, Gymnasium (Klassen 5 bis 10), Berufsaufbauschule und Berufsvorbereitungsjahr; Sekundarstufe II: Gymnasium (Klassen 11 bis 13), Fachoberschule, duale Berufsausbildung und Berufsfachschule; Tertiärer Bereich: Fachhochschule, Universität, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens, Promotion und Habilitation (Quelle: Destasis).

14.2.1.4. Familienstand

Bezüglich des Familienstands wurde gemessen, ob die Frauen alleinstehende Frauen sind, verheiratet sind oder nicht verheiratet sind aber in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben. Die dafür gebildete Variable wurde aus zwei unterschiedlichen Variablen generiert (siehe Name und Kodierung der Variablen in Anhang A.3. Tabelle 4). Um den Effekt des Zusammenlebens mit einem Ehepartner und mit einem Lebenspartner zu schätzen, wurden aus der generierten Variablen 3 Dummy-Variablen gebildet. Die Referenzkategorie in den Modellen ist „nicht verheiratet und nicht zusammenlebend".

14.2.1.5. Schwangerschaft und Anwesenheit von eigenen Kindern

14.2.1.5.1. Anwesenheit von Kindern unter 6 Jahren und Anzahl der Kinder

Wie bereits weiter oben erwähnt, ist die Festlegung einer Referenzperson innerhalb des Haushalts notwendig, um die Anwesenheit und Anzahl eigener Kinder feststellen zu können. Diesbezüglich wurde eine kategoriale Variable zur Erfassung des Alters des jüngsten Kindes erfasst. Diese hat drei unterschiedliche Ausprägungen (siehe Tabelle 9). Die Personen ohne Kinder und die Personen, deren jüngstes Kind älter als fünf Jahre alt ist, wurden in derselben Ausprägung zusammengefasst. Für die Aufnahme in den statistischen Modellen wurden daraus drei Dummy-Variablen gebildet. Dabei ist Ausprägung 3 (jüngstes Kind über 5 Jahre oder keine Kinder) die Referenzkategorie.

Tabelle 9. Anwesenheit von Kindern im Haushalt und Alter des jüngsten Kindes

Level	
1	Jüngstes Kind unter 3 Jahren
2	Jüngstes Kind zwischen 3 und 5 Jahren
3	Ohne Kinder oder mit jüngsten Kind älter als 5 Jahren

Eigene Darstellung

Mit der Kodierung der Variable und der entsprechenden Bildung der Dummy-Variablen wird implizit angenommen, dass der Effekt des Alters des jüngsten Kindes, sofern dieses über 5 Jahre alt ist, und der Effekt der Nicht-Anwesenheit von Kindern auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit, sich nicht signifikant unterscheiden. Ebenfalls wird angenommen, dass das Alter des jüngsten Kindes unter drei Jahren sich mit gleicher Stärke von der Nicht-Anwesenheit von Kindern und von dem Alter des jüngsten Kindes über 5 Jahren signifikant unterscheidet (bezügliche des Übergangs von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit) (dito für das Alter des jüngsten Kindes zwischen 3 und 5 Jahren). Dies hat einen inhaltlichen Grund: für erwerbstätige Frauen mit Kindern bilden die ersten fünf Jahre des Kindes die schwierigste Phase bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die institutionellen Be-

treuungsmöglichkeiten sind nicht so ausgebaut wie für Kinder im Schulalter (ab dem 6. Lebensjahr) (siehe Teil III) und das zeitliche Zuwendungsbedürfnis von Säuglingen und kleinen Kindern ist größer als bei älteren Kindern. Außerdem sind die ersten Jahre des Kindes die Zeit, in der Müttern (manchmal auch Vätern) Anreize für die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit gesetzt werden (in Form von Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld). Aus ähnlichen Gründen wird zwischen Kindern unter 3 Jahren und von 3 bis 5 Jahre unterschieden: Die Versorgungsquote von Kindern unter drei Jahren ist in den hier untersuchten Ländern geringer als bei Kindern ab dem 3. Lebensjahr und die Elternzeit hatte außerdem in Spanien und Deutschland eine Dauer von 3 Jahren nach Kindergeburt. Aus diesem Grund sind die Anreize, die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen, bei Anwesenheit kleiner Kindern größer als bei älteren Kindern (ab dem 3. Lebensjahr) (siehe Teil III).

Darüber hinaus wurde eine metrische Variable gebildet, um den Effekt der Anzahl der Kinder auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit zu schätzen.

14.2.1.5.2. Schwangerschaft

Die Variable zur Erfassung der Schwangerschaft musste gebildet werden, da dies nicht direkt erhoben wurde. Bei der Variablengenerierung wurde ähnlich vorgegangen wie bei der Bildung der bereits dargestellten Variablen für das Alter des jüngsten Kindes. Erstens wurde eine Dummy-Variable gebildet, in der erfasst wurde, ob die Frauen ein Kind im Alter von 0 Jahren (weniger als 12 Monate) haben. Nach der Bildung dieser Variablen wird eine neue Variable gebildet, die den Wert Eins hat, wenn die Frau im darauffolgenden Jahr ein Kind im Alter von 0 Jahren hat und den Wert Null wenn dies nicht der Fall ist. Daher ist hier die Festlegung einer Referenzperson innerhalb des Haushalts ebenfalls notwendig. Eine gewisse Messungenauigkeit bei der Bildung der Variablen ‚Schwangerschaft' ist leider nicht auszuschließen. Die Erhebungen wurden in Deutschland, Italien und Spanien in der zweiten Hälfte des Jahres durchgeführt (Peracchi 2002: 71). Wenn das Kind im letzten Viertel des Jahres 0 Jahre alt ist, ist es durchaus möglich, dass die Schwangerschaft im aktuellen Erhebungsjahr begonnen hat. In diesen Fällen wird der Effekt von Schwangerschaft unterschätzt.

14.2.2. Arbeitsmarkt

14.2.2.1. Vollzeit-/ Teilzeitarbeit

Um die Hypothesen über die Vollzeit-/Teilzeitarbeit zu operationalisieren wurde die Variable „Main Job: Full-Time/ Part time" des „Personal-file" verwendet. Dies ist eine kategoriale Variable mit zwei Ausprägungen (siehe dazu Anhang A.3. Tabelle 6). Daraus

wurde die 0/1 kodierte Dummy-Variable gebildet, wobei Eins für Teilzeitarbeit steht. Um den Verlust von Beobachtungen zu vermeiden, wurde hier eine Missing-Variable gebildet. Dadurch konnten zusätzlich 5,41% der Beobachtungen (1702 von 29737) der endgültigen Variable verwendet werden. Diese Beobachtungen hätten ansonsten keine gültige Werte gehabt (14,70% in Westdeutschland, 0,55% in Spanien und 2,09% in Italien).

14.2.2.2. Öffentlicher Dienst/ Privates Unternehmen

Zur Überprüfung der Hypothesen über den öffentlichen Sektor wurde eine Kategoriale Variable des „Personal file" mit zwei Ausprägungen verwendet (siehe dazu Anhang A.3. Tabelle 7). Hier wurde eine 0/1 kodierte Dummy-Variable gebildet, in der die Ausprägung Eins für den öffentlichen Sektor steht. Ebenfalls wurde hier wenn die Ausprägung unklar war, eine Missing-Variable zur Kontrolle der fehlenden Werte generiert. Dadurch konnten 4,15% der Beobachtungen (1.305 von 30.134) der neu gebildeten Variable verwendet werden. Diese hatten in der ursprünglichen Variablen keine gültige Werte (4,66% in Westdeutschland, 2,43% in Spanien und 5,11% in Italien).

14.2.2.3. Befristete/ Unbefristete Arbeitsverhältnisse

Zur Erfassung des Beschäftigungsverhältnisses ist in „Personal-File" des ECHP eine kategoriale Variable mit vier Ausprägungen vorhanden (siehe dazu Anhang A.3. Tabelle 8). Daraus wurde eine 0/1 kodierte Dummy-Variable gebildet, die mit Eins kodiert ist, wenn die Befragten kein unbefristetes Arbeitsverhältnis haben. Zu berücksichtigen in dieser Variable ist, dass sie in der ersten Welle nicht erhoben wurde. Zur Ergänzung fehlender Werte in der ersten Welle wurden die Beobachtungen mit einem fehlenden Wert mit dem Wert derselben Variable in der Wellte i+1 (zweiten Welle) ersetzt, vorausgesetzt in beiden Wellen fand bei den Fällen kein Wechsel der Arbeitsstelle statt.[36] Hierbei wurde die Annahme getroffen, dass bei gleicher Arbeitsstelle auch dieselbe Art der Befristung des Arbeitsverhältnisses vorlag. Dadurch konnten die fehlenden Werte (der ersten Welle 1994) um 56,92% reduziert werden. Für die übrig gebliebenen fehlenden Werte (aller untersuchten Wellen) wurde eine Missing-Variable gebildet. Aufgrund der fehlenden Werte in der ersten Welle war hier die Anzahl der fehlenden Werte größer als in anderen Variablen (siehe eine genaue Darstellung in Tabelle 10).

[36] Dies wurde durch das Setzen der Bedingung sichergestellt, dass sich das Anfangsjahr des Jobs in beiden Wellen nicht geändert hat (PE011 Year of start of current job) (vorausgesetzt der Wert in der Variable zum Anfangsjahr des Jobs ist ein gültiger Wert).

Tabelle 10. Gültige und fehlende Werte der Variable PE024 nach Ersatz der fehlenden Werte in der Welle 1994: Dummy-Variable zur Kontrolle der fehlenden Werte				
1.Welle Jahr 1994				
	Westdeutschland	Italien	Spanien	Total
Gültige Werte	753	1.123	824	2.700
	55,78%	59,86%	54,32%	57%
Fehlende Werte	597	753	693	2.043
	44,22%	40,14%	45,68%	43,07%
Total	1.350	1.876	1.517	4.743
	100%	100%	100%	100%
Alle untersuchten Wellen (1994 bis 2000)				
Gültige Werte	7.249	9.437	7.698	24.384
	76,57%	76,61%	79,75%	77,56%
Fehlende Werte	2.218	2.882	1.955	7.055
	23,43%	23,39%	20,25%	22,44%
Total	9.467	12.319	9.653	31.439
	100%	100%	100%	100%

Eigene Darstellung.
Erwerbstätige Frauen zwischen 16 und 45 Jahren.
Ungewichtete Daten.
Datensatz: Personal-File

14.2.2.4. Größe des Unternehmens

Zur Überprüfung der Hypothesen bezüglich der Unternehmensgröße wurde eine kategoriale Variable mit sieben Ausprägungen (für Deutschland nur 6) verwendet, die die Anzahl der Beschäftigten in der örtlichen Niederlassung erfasst. Aus der kategorialen Variablen wurde eine Dummy-Variable gebildet, die unter Ausprägung Eins Unternehmen erfasst, die mehr als 100 Mitarbeiter haben. Diese Variable wurde für Westdeutschland mit einer unterschiedlichen Kodierung erhoben. Aus diesem Grund sind für Westdeutschland unter Ausprägung Eins die Unternehmen erfasst, die mehr als 200 Mitarbeiter haben (siehe dazu Anhang A.3. Tabelle 9).

Tabelle 11. Gültige und fehlende Werte der Variable PE008 nach Ersatz der fehlenden Werte: Dummy-Variable zur Kontrolle der fehlenden Werte				
	Westdeutschl and	Italien	Spanien	Total
Gültige Werte	8.642	11.219	9.078	28.939
	91,29%	91,07%	94,04%	92,05%
Fehlende Werte	825	1.100	575	2.500
	8,71%	8,93%	5,96%	7,95%
Total	9.467	12.319	9.653	31.439
	100%	100%	100%	100%

Eigene Darstellung.
Erwerbstätige Frauen zwischen 16 und 45 Jahren.
Ungewichtete Daten.
Datensatz: Personal-File

Eine weitere Komplikation in der Informationserhebung dieser Variablen ist, dass sie im Jahr 1994 ausschließlich bei im privaten Sektor beschäftigten Personen erhoben wurde. Ab der zweiten Welle (Jahr 1995) wurde die Größe des Unternehmens auch bei Personen erhoben, die im öffentlichen Sektor beschäftigt waren. Jedoch werden die meisten Informationen bezüglich des aktuellen Jobs ausschließlich erhoben, wenn im letzten Jahr ein Jobwechsel eingetreten ist. Aus diesem Grund hat diese Variable fehlende Werte für viele im öffentlichen Dienst beschäftigte Frauen. Zur Behebung fehlender Werte wurden die Beobachtungen mit einem fehlenden Wert in Welle i mit dem Wert in der Wellte i+1 ersetzt, vorausgesetzt in beiden Wellen sind die Fälle in derselben Beschäftigung tätig.[37] Dadurch wurden die fehlenden Werte um 47,99% reduziert, so dass in der neu generierten Variablen maximal 9% der Fälle fehlende Werte haben (siehe Tabelle 11). Für die übrigen fehlenden Werte wurde hier ebenfalls eine Missing-Variable gebildet.

14.2.3. Klassenzugehörigkeit

Wie bereits in Kapitel 2.1 erwähnt, wird in der vorliegenden Arbeit überprüft, ob die Klassenzugehörigkeit einen Einfluss auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit hat. Bei der Operationalisierung der Klassenlage wird nach dem GEP-Klassenschema vorgegangen, das sich inzwischen in der soziologischen Mobilitätsforschung durchgesetzt hat (Erikson, Goldthorpe und Portocarero 1979; Erikson und Goldthorpe 1992) (siehe Tabelle 12). Danach wird die Klassenzugehörigkeit nach der Position auf dem Arbeitsmarkt und im Unternehmen definiert. Es wird zwischen drei Kategorien von Beschäftigten unterschieden: Arbeitgebern bzw. Produktionsmittelbesitzern, Selbstständigen und Arbeitnehmern. Die Arbeitgeber werden ihrerseits nach der Größe des Unternehmens differenziert, während die Arbeitnehmer im Wesentlichen nach der Art des Beschäftigungsverhältnisses unterschieden werden (Arbeits- oder Dienstverhältnis).[38]

Zur Generierung der Variable über die Klassenzugehörigkeit wurden drei unterschiedliche Variablen verwendet, wobei hauptsächlich mit der Variable über „Occupation in current job" gearbeitet wurde. Die Ausprägungen der Variable entsprechend der „International Standard Classification of Occupation" (ISCO-88) (siehe dazu Anhang A.3.

---

[37] Dies wurde durch das Setzen der Bedingung sichergestellt, dass die Arbeitsstelle in beiden Jahren dem gleichen Sektor zugeordnet war (PE009 Current job in private or public sector), und im gleichen Jahr angefangen hat (PE011 Year of start of current job) (vorausgesetzt der Wert in der Variable zum Anfangsjahr des Jobs ist ein gültiger Wert).

[38] Für eine genauere Darstellung und Beschreibung der Berufsklassen siehe Erikson und Goldthorpe 1992: 28-39.

Tabelle 10).[39] Diese werden für die Analysen vorliegender Dissertation zu den Kategorien des EGP-Klassenschemas zugeordnet (siehe Anhang A.5. für eine detailliertere Zuordnung). Die Zuordnung der ISCO88-Berufe nach dem EGP-Klassenchema wurde nach der von Ganzeboom und Treiman vorgeschlagenen Zuordnung beider Klassifikationssysteme vorgenommen (Ganzeboom und Treiman 1996: 221f, Appendix A). Außerdem wurde mit der Variable über die Selbstdefinition des Erwerbsstatus und einer Variable über die Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen (siehe dazu Anhang A.1. und Anhang A.3. Tabelle 9) eine Kategorie für Selbstständige (inklusive nicht bezahlte Arbeit in Familienunternehmen) mit einer kleinen Anzahl von Beschäftigten gebildet. Dies entspricht der Kategorie IV des EGP-Schemas über kleine Arbeitgeber und Selbstständige (Petty-Bourgeoisie). Erikson und Goldthorpe weisen darauf hin, dass unter kleinen Arbeitgebern eher diejenigen verstanden werden, deren Anzahl von Beschäftigten tendenziell im zweistelligen statt im dreistelligen Bereich liegen (Erikson und Goldthorpe 1992: 40). Aus diesem Grund wurden unter Klasse IV diejenigen Arbeitgeber eingeordnet, die unter 20 Mitarbeiter haben. Die Grenze wurde hier bei 20 festgelegt, weil im ECHP die nächste Ausprägung für Deutschland von 20 bis 200 Mitarbeiter ist, und dies sich nicht mehr im zweistelligen Bereich befindet (siehe Anhang A.3. Tabelle 9).

Tabelle 12. EGP-Klassenschema

I	Higher-grade professionals, administrators, and officials; managers in large industrial establishments; large proprietors
II	Lower grade professionals, administrators, and officials; higher-grade technicians; managers in small industrial establishments; supervisors of non-manual employees
IIIa	Routine non-manual employees higher grade (in administration and commerce)
IIIb	Routine non-manual employees, lower grade (sales and services)
IVab	Small proprietors and artisams with or without employees
IVc	Farmers and smallholders; other self-employed workers in primary production
V	Lower-grade technicians; supervisors of manual workers
VI	Skilled manual workers
VIIa	Semi- and unskilled manual workers (not in agriculture)
VIIb	Agricultural and other workers in primary production

Eigene Darstellung
Quelle: Erikson and Goldthorpe 1992: 38f.

Die neu generierte Variable hat fünf Ausprägungen, zu denen die Kategorien des EGP-Schema zugeordnet wurden. Bei der Konstruktion der fünf Ausprägungen wird jedoch teilweise von den von Erikson und Goldthorpe vorgeschlagenen Fünf-Klassen-Schema

[39] Die Variable PE006A ist ebenfalls nach der ISCO88 kodiert und die Ausprägungen sind weiter differenziert als in PE006B. Die Variable PE006A hätte möglicherweise eine genauere Analyse ermöglicht, die Informationen wurden jedoch den Benutzern des ECHP für die drei hier untersuchten Länder nicht zugänglich gemacht.

abgewichen (1992:38f) (siehe Tabelle 13 sowie für eine genaue Darstellung Anhang A.9.).[40] Aus der kategorialen Variablen zur Klassenlage wurden zur Aufnahme in den berechneten statistischen Modellen fünf Dummy-Variablen gebildet. Die Referenzkategorie ist Ausprägung I „Dienstklasse".

Tabelle 13. Variable zur Klassenlage nach der Position auf dem Arbeitsmarkt und im Unternehmen

1	Service class *(Dienstklasse)*
	I Higher Service (Dienstklasse I) II Lower Service (Dienstklasse II)
2	Skilled non-manual (intermdiate white-collar) *(qualifizierte nicht manuelle Berufe)* IIIa Routine clerical/ sales higher grade (in administration and commerce)
3	Independents (or petty bourgeoisie) *(Selbstständige)* IVab Small employers, independent (Selbstständige ausßerhalb der Landwirtschaft) IVc Farmers/ Farm managers (Landwirte)
4	Skilled manual, skilled farmers (Intermediate blue-collar) *(qualifizierte manuelle Berufe und Landwirtschaft)* VI Skilled manual workers (Manuelle Facharbeiter) VIIb Farm workers (unqualifizierte Beschäftigte in der Landwirtschaft)
5	Unskilled non-manual, semi-unskilled manual (Working Class) *(Gering bis nicht qualifizierte Berufe)* IIIb Routine nonmanual workers, lower grade VIIa Semi-Unskilled manual (unqualifizierte Arbeiter)

Eigene Darstellung
Quelle: siehe Erikson und Goldthorpe 1992: 28-39.

14.2.4. Einkommen

Zur Überprüfung der Hypothesen bezüglich des Einkommens wird eine neue metrische Variable gebildet, die das monatliche Erwerbseinkommen in der aktuellen (Haupt-)Erwerbstätigkeit der Zielgruppe (erwerbstätige Frauen im Alter von 16 bis 45 Jahre) erfasst. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass in der vorliegenden Arbeit berechnete statistische Modelle, das Einkommen, die Bildung und die Klassenzugehörigkeit gesondert betrachtet werden. Dadurch wird die Feststellung der einzelnen Effekte auf den Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit ermöglicht, sowie die Überprüfung der einzelnen entsprechenden Hypothesen, die sich wiederum aus unterschiedlichen Theorien ableiten. Dies wird selten gleichzeitig betrachtet, da die Bildung und insbesondere die Klassenzugehörigkeit in soziologischen Analy-

[40] Die Entscheidung über die fünf Ausprägungen ist teilweise an Goldthorpe und McKnight (2004: 2) und ihre Klassenschema angelehnt. Sie versuchen mit den fünf Klassen eine Verbindung zwischen den EGP-Klassenschema und den Britisch National Statistics Socio-Economic Classifications (NS-SEC) zu finden.

sen häufig als Proxy-Variablen für das Einkommen behandelt werden (Solera 2009; Bernardi und Nazio 2005).

In dem ECHP sind mehrere Variablen vorzufinden, die das Einkommen von Personen erfassen (siehe Anhang A.6.). Die Informationen für die hier generierte Einkommensvariable wurde aus folgenden Variablen entnommen: „Current wage and salary earnings - Net (monthly)" und „Total net income from work (net, nc, total year prior to the survey)" (siehe dazu Anhang A.3. Tabelle 11). In dem ECHP sind Informationen sowohl über das Netto- als auch über das Brutto-Erwerbseinkommen enthalten. In der vorliegenden Arbeit wird angenommen, dass der Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit eher vom Nettoeinkommen beeinflusst wird, denn dies ist der den Frauen und deren Haushalten zur Verfügung stehende Betrag (neben andere möglichen Einkommensquellen, die sich nicht aus der Erwerbstätigkeit der Frau ergeben).

Die Variable „Current wage and salary earnings - Net (monthly)" erfasst das aktuelle monatliche Gehalt von Arbeitern/Arbeitnehmern. Die Variable hat einen Wert von Null bei Befragten, die selbstständig erwerbstätig sind oder die unbezahlt im Familienunternehmen arbeiten. Bei den letztgenannten ist dies nicht weiter verwunderlich. Bei den Selbstständigen werden die Informationen für die in dieser Arbeit durchgeführten Analysen von einer weiteren Variable bezogen. In der hier untersuchten Zielgruppe sind 11,41% der erwerbstätigen Frauen selbstständig (siehe Tabelle 14).

Zur Gewinnung der genannten Informationen wird die Variable „Total net income from work (net, nc, total year prior to the survey)" verwendet. [41] Sie erfasst das Netto-Erwerbseinkommen für das Jahr vor der Befragung. Anschließend wird eine Variable für das Einkommen gebildet. Diese enthält für Nicht-Selbstständige Frauen die Informationen von Variable „Current wage and salary earnings" und für Selbstständige Frauen die Werte von Variable „Total net income from work (year prior to the survey)". Die Werte der letztgenannten Variablen werden um ein Jahr zurückgesetzt, um Informationen für das Befragungsjahr zu erhalten und durch zwölf dividiert, um das monatliche Netto-Erwerbseinkommen zu berechnen.[42]

Um die Länder miteinander zu vergleichen wird das Einkommen in Kaufkraftstandards (KKS) transformiert. Dazu wird das Einkommen durch die Kaufkraftparitäten (*Purch-*

---

[41] Informationen über das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit werden auch in der Variable PI112 „Self-Employment Income (net)" erfasst. Die Begründung dafür, warum nicht die Variable PI112 verwendet wurde, wird in Anhang A.10. dargestellt.

[42] In den Beobachtungen, in denen im darauffolgenden Jahr keine weiteren Informationen erhoben wurden (z.B. Panelausfall), wurde angenommen, dass das Einkommen sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert hat.

asing Power Parities) dividiert. Dies wird mit Hilfe der Variable „Purchasing power parities (...National currencies=1 PPP) in year yy" des Country-Files durchgeführt.[43]

Tabelle 14. Anzahl selbstständiger Frauen an erwerbstätigen Frauen. Häufigkeitstabelle der Variable PE001 für erwerbstätige Frauen

	Häufigk.	%
1 working with an employer in paid employment (15+ hours / week)	26.302	84,12
2 working with an employer in paid apprenticeship (15+ hours / week)	281	0,9
3 working with an employer in training under special schemes related to employment (15+ hours / week) (*)	553	1,77
4 self-employment (15+ hours / week)	3.568	11,41
5 unpaid work in a family enterprise (15+ hours / week)	564	1,8
Total	31.268	100

Insgesamt sind 31.439 Frauen (Referenzpersonen) erwerbstätig (mehr als 15 Stunden die Woche nach der ILO-Definition PE003). 171 (0,54%) der erwerbstätigen Frauen machen jedoch keine Angaben in der Variable PE001 (Selbstdefinition des Erwerbsstatus).

Eigene Darstellung. Ungewichtete Daten

Quelle: ECHP Wellen 1 bis 7 (1994 bis 2000). Ungewichtete Daten.

Datensatz: Personal-File

(*) Ausprägung 3 ist in der ersten Welle nicht vorhanden.

In den neu gebildeten Einkommensvariablen haben einige Beobachtungen den Wert 0. Von diesen Beobachtungen arbeiten 37,48% in einem Familienunternehmen, 51,89% sind selbstständig tätig und 10,63% der Fälle sind zwar erwerbstätig mit mehr als 15 Stunden pro Woche (nach der ILO-Definition), machen jedoch keine Angaben zur Selbstdefinition des Erwerbsstatus (siehe Tabelle 15).

Schließlich wird das Einkommen durch 100 dividiert, um den Effekt des Einkommens in Hundert-Euro-Stufen zu messen.[44] Die somit neu gebildete Variable wird logarithmiert und in das Modell aufgenommen. Da in der Einkommensvariable Werte von Null vorhanden sind, und der Logarithmus davon minus unendlich ist, wurden diese Beobachtungen in der logarithmierten Variable durch Null ersetzt. Aus diesem Grund wird eine zusätzliche Dummy-Variable gebildet, die unter dem Wert Eins die Ausprägung kein Einkommen und unter dem Wert Null die Ausprägung ein Einkommen erfasst. Damit wird der Effekt von Null in der Variablen mit dem logarithmierten Einkommen kontrolliert.

[43] Wird das Einkommen in einer bestimmten Welle i für das Jahr vor der Befragung (i-1) erhoben, gilt die PPP des Vorjahres (i-1). Wird das Einkommen für das aktuelle Jahr erhoben (i), so gilt die PPP des aktuellen Jahres (Welle i) (Eurostat 2003c: 10).

[44] Hier wurde in Erwägung gezogen, das Einkommen durch die Arbeitsstunden im Monat zu teilen (PE005A "How many hours (including paid overtime) do you work in your main job or business)"?). Jedoch wird angenommen, dass das monatlich zur Verfügung stehende Einkommen eher das Verhalten beeinflusst, als das pro Stunde erworbene Einkommen. Dies wird insbesondere in den Fällen vermutet, die weniger Stunden im Monat arbeiten. Ein weiterer Grund nicht mit der Variable PE005A zu arbeiten ist, dass sie insbesondere in Westdeutschland zusätzliche fehlende Werte generiert (11,37% der Beobachtungen).

Tabelle 15. Erwerbsstatus (PE001 „Main activity status-Self-Defined") der Personen mit einem Wert von Null in der neu generierten Variable über das Einkommen

	Häufigkeiten	%
4 self-employment (15+ hours / week)	781	51,89
5 unpaid work in a family enterprise (15+ hours / week)	564	37,48
Missing	160,00	10,63
Total	1.505	100

Eigene Darstellung.
Quelle: ECHP Wellen 1 bis 7 (1994 bis 2000). Ungewichtete Daten.
Datensatz: Personal-File
Alle in dieser Tabelle erschienen Beobachtungen sind nach der ILO-Definition erwerbstätig mit mehr als 15 Stunden die Woche (PE003=1).

14.2.5. Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen

Im vorherigen Abschnitt wurde dargestellt, wie in vorliegender Arbeit überprüft wird, ob das persönliche Erwerbseinkommen, einen positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit hat. Jedoch kann nicht unberücksichtigt bleiben, dass das Erwerbseinkommen von Frauen einen Anteil des Haushaltseinkommens darstellt. Somit ist es denkbar, dass die Wahrscheinlichkeit des Übergangs von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit sinkt, je höher der Anteil des persönlichen Erwerbseinkommens an dem Haushaltseinkommen ist.

Wie im Fall des persönlichen Einkommens sind im ECHP auch mehrere Variablen enthalten, die das Haushaltseinkommen messen (siehe Anhang A.7.). Zur Operationalisierung des Anteils des persönlichen Erwerbseinkommens an dem Haushaltseinkommen wurde mit folgenden Variablen gearbeitet: Variable für das individuelle monatliche Netto-Erwerbseinkommen (deren Generierung in Kapitel 14.2.4 beschrieben wurde) und „Total net hosehold income (detailed, NC, total year prior to the survey)".[45, 46]

Um den Anteil des persönlichen Einkommens an dem Haushaltseinkommen zu berechnen wird die in Kapitel 14.2.4 beschriebene Variable über das eigene Einkommen durch die Variable über das Haushaltseinkommen (auf den Monat heruntergebrochen) dividiert. Die daraus resultierende Variable hat jedoch Ausprägungen die größer als

[45] Die in der letztgenannten Variable enthaltenen Informationen werden aus verschiedenen Variablen gewonnen, die detailliertere Informationen aus unterschiedlichen Einkommensquellen enthalten. Sie ist das Ergebnis der Summe des individuellen Einkommens aller erwachsenen Haushaltsmitglieder, die sich wiederrum aus unterschiedlichen Elementen zusammensetzt. Diese können in drei Bereichen unterteilt werden: Erwerbseinkommen, privates Einkommen sowie Einkommen aus sozialen Transferleistungen.

[46] Die Informationen über das Haushaltseinkommen können ebenfalls von der Variable HI200 „Current Total monthly net household income (summary question, NC, year of the survey") entnommen werden. Die Begründung dafür, warum nicht die Variable HI200 verwendet wurde, wird in Anhang A.11. dargestellt.

Eins sind. Dies sind ausschließlich 2,97% der Beobachtungen, jedoch scheint nicht sehr plausibel zu sein, ein eigenes Einkommen zu haben, das größer als das Haushaltseinkommen ist. Noch unplausibler scheint ein eigenes Einkommen, das um das 1,5fache das Haushaltseinkommen übersteigt (0,72% der Beobachtungen). Dieses Problem wird zunächst ignoriert, da nicht erkennbar ist, welche Werte korrekt sind: die Angaben des Haushaltseinkommens oder die des eigenen Einkommens. Sollte sich allerdings zeigen, dass diese Variable einen signifikanten Effekt hat, werden in einer Kontrollanalyse nur Beobachtungen berücksichtigt, bei denen diese Inkonsistenz nicht auftreten kann.

14.2.6. Familialistische Maßnahmen

Wie in Kapitel 3.3 und in Kapitel 10.5.3 dargestellt wurde, können familialistische Geldleistungen, die die Übernahme der Betreuungs- und Familienarbeit durch die Frauen unterstützen, einen positiven Effekt auf den Übergang von Erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit haben. Dies wird hier mit Hilfe der im ECHP vorhandenen Variable „Family-Related Allowances" operationalisiert, die die familiären Geldleistungen erfasst. Diese Variable bezieht sich auf den Haushalt und wurde dem Household-File entnommen (siehe genauere Informationen dazu in Anhang A.12.).

Diese Variablen beziehen sich auf das Jahr vor der Befragung (Welle i-1).[47] Aus diesem Grund wird eine Variable gebildet, die die Werte der Variablen um ein Jahr zurücksetzt. Die Variable wurde durch 12 dividiert, um Aussagen über die monatlich erhaltenen familiären Geldleistungen zu treffen. Ebenso wie bei den Variablen bezüglich des Einkommens wurde hier, um die Länder miteinander vergleichen zu können, die Geldleistungen in Kaufkraftparitäten (*Purchasing Power Parities*) berechnet. [48] Da es sich um kleine Beträge handelt, werden diese durch 100 dividiert, damit die Effekte in Hundert-Euro-Stufen dargestellt werden können.

In Kapitel 10.5.3 wurde erwähnt, dass die intergenerationale Solidarität in den südeuropäischen Ländern von einigen Autoren als Strategie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dargestellt wird (Leira, Tobío und Trifiletti 2003). Mit den im ECHP-Datensatz vorhandenen Variablen konnte dies ausschließlich durch die Anwesenheit von Personen im Haushalt überprüft werden, die nicht zur Kernfamilie gehören. Dazu wurde eine Dummy-Variable gebildet, die mit dem Wert Eins die Fälle erfasst, die im

---

[47] Siehe Frageformulierung beispielhaft für die erste Welle (Jahr 1994): "Question Q106D: Did you yourself receive in 1993 any family-related benefit, including maternity and single-parent benefits?" in Eurostat 1994: 58.

[48] Dies wird mit Hilfe der Variable PPPyy "Purchasing power parities (...National currencies=1 PPP) in year yy" des Country-Files durchgeführt.

Haushalt mit Kindern unter sechs Jahren, mit dem Lebenspartner (falls vorhanden) sowie mit anderen nicht zur Kernfamilie gehörenden Personen zusammenleben. Wie bereits in Teil III dargestellt wurde, sind die institutionellen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahren weniger verbreitet als dies bei Kindern im Schulalter (ab dem 6. Lebensjahr) der Fall ist. Aus diesem Grund wurde hier ein maximales Alter des jüngsten Kindes von 5 Jahren gewählt. Es wird damit angenommen, dass die Anwesenheit von nicht zur Kernfamilie gehörende Personen und ihre Unterstützung sich insbesondere in den ersten fünf Lebensjahren des Kindes bemerkbar machen. Unter dem Wert Null sind sonstige Personen zusammengefasst, die nicht in der genannten Haushaltskombination leben. Für die Generierung der genannten Dummy-Variablen musste ähnlich vorgegangen werden wie bei der Bildung der Variablen über die Anwesenheit und das Alter der Kinder. Der Datensatz „Relationship-File" musste bezogen werden, da es nur mit Hilfe dieses Datensatzes möglich ist, die Verwandtschaftsbeziehungen zwischen den Haushaltsmitgliedern festzustellen. Zu diesem Zweck muss eine Referenzperson definiert werden, um die Verwandtschaftsbeziehung aller anderen Personen im Haushalt zu der Referenzperson festzulegen (nähere Informationen dazu in Kapitel 14). Mit der Definition einer Referenzperson sowie der Verwandtschaftsbeziehungen aller anderen Haushaltsmitglieder zu der Referenzperson konnten Informationen über die Zugehörigkeit der im Haushalt lebenden Personen zur Kernfamilie gewonnen werden.

14.2.7. Variablen über den Erwerbsverlauf

In Kapitel 12.3.1 wurde bereits erwähnt, dass die Berücksichtigung unterschiedlicher Zeitdimensionen in der Ereignisanalyse von zentraler Bedeutung ist. Dabei sind die Erhebungszeitpunkte zu berücksichtigen. Ebenfalls kann je nach Fragestellung vermutet werden, dass der Übergang von der Verweildauer im Ausgangszustand abhängig ist (Allison 1982: 91). Beide Zeitachsen wurden in den statistischen Modellen zur Analyse des Übergangs berücksichtigt. In Kapitel 10.7 wurden die Hypothesen dazu formuliert.

14.2.7.1. Die Erhebungszeitpunkte

Zur Operationalisierung der Erhebungszeitpunkte wurde die Variable „Wave (Wave Number)" verwendet. Diese wurde dem Personal-File entnommen, obwohl sie in mehreren Datensätzen vorhanden ist. Die unterschiedlichen Wellen wurden mit den Erhebungsjahren ersetzt (Welle 1 bis 7, Jahr 1994 bis 2000). Die Beobachtungen des letzten Jahres (2001) wurden gelöscht, da im genannten Jahr nicht festgestellt werden kann, ob Ereignisse eintreten. Die dafür nötigen Informationen über den Erwerbsstatus im Jahr 2002 wurden nicht erhoben. Aus diesem Grund sind die Werte der abhängigen Variable in allen Beobachtungen des Jahres 2001 gleich Null und die Wahr-

scheinlichkeit des Übergangs kann nicht geschätzt werden. Für die sieben übrigen Jahre wurden sieben Dummy-Variablen gebildet, jeweils eine pro Jahr, wobei die Referenzkategorie das erste Jahr ist. Da im Modell eine weitere Jahresinformation auf Aggregat-Ebene über die Arbeitslosenrate (siehe 14.2.8) aufgenommen wurde, konnten in den statistischen Modellen ausschließlich fünf Jahre geschätzt werden. Dabei wurden die Dummy-Variablen für die erste und die letzte Welle (Jahre 1994 und 2000) nicht berücksichtigt.

14.2.7.2. Verweildauer im Ausgangszustand

Zur Messung der Verweildauer im Ausgangszustand wurden zwei unterschiedliche Operationalisierungen vorgenommen. Es wurde sowohl die Dauer seit Anfang der aktuellen Erwerbstätigkeit als auch die Dauer seit Eintritt in den Arbeitsmarkt gemessen.

Mit der Generierung einer Variablen zur Erfassung der Beschäftigungsdauer in der aktuellen Stelle wird der Anfangszeitpunkt in dem hier verwendeten Mehr-Episoden-Modellen festgelegt. Wie weiter oben erwähnt wurde (Kapitel 12.3.1) ist eine Möglichkeit bei der Festlegung des Anfangszeitpunktes eines Prozesses in einem Mehr-Episoden-Modell, den gleichen Anfangszeitpunkt für alle Episoden zu wählen, wie z.B. den Anfang des jeweiligen Zeitintervalls, in dem die befragten Frauen dem Risiko ausgesetzt werden, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln (Allison 1982: 92). Für jede Episode der Erwerbstätigkeit wird der Anfangszeitpunkt der jeweiligen Episode als Anfangszeitpunkt des Prozesses festgelegt. Zur Operationalisierung der Dauer der Erwerbstätigkeit in der aktuellen Arbeitsstelle wurden folgende Variablen verwendet („Year of start of current job", „Month of start of current job", „Year oft he personal interview", „Month of the personal interview") (siehe weitere Informationen zu der Kodierung der Variablen in Anhang A.3. Tabelle 12).

Um die Dauer der Beschäftigung in der aktuell besetzten Arbeitsstelle zu berechnen wurde vom Jahr des Interviews das Jahr des Antritts der Arbeitsstelle subtrahiert. Das Ergebnis wurde mit zwölf multipliziert und mit dem Resultat folgender Subtraktion addiert: Monat des Interviews minus Monat des Antritts der Arbeitsstelle.[49] Eine Schwierigkeit in der Anwendung der Variablen „Year of start of current job" ist, dass sie fehlende Werte generiert (11,58 % der erwerbstätigen Frauen machen zu dieser Variablen keine Angaben). Um den Verlust dieser Fälle zu vermeiden wird eine neue Variable

---

[49] Dauer des Jobs = (PG007 - PE011)*12 + (PG006-PE0012)
(PG007 Year of the personal interview; PE011 Year of start of current job; PG006 Month of the personal interview; PE012 Month of start of current job)

Die Variable „Year of start of current job" hat Werte von 2979 bis 2986 jeweils für die Wellen 1 bis 8 für eine Anzahl von 15 Jahren oder mehr in der aktuellen Arbeitsstelle. Die Werte werden in der neuen Variablen zur Beschäftigungsdauer durch 15 (für 15 oder mehr Jahre in der aktuell besetzten Arbeitsstelle) ersetzt.

gebildet, die die Anzahl der Jahre in der aktuellen Arbeitsstelle während des Beobachtungsfensters zählt („Anzahl Jahre in der aktuellen Arbeitsstelle im Beobachtungsfenster"). Die Variable kann Werte von 1 bis 8 annehmen, entsprechend der im Datensatz enthaltenen Wellen. [50] Da die gewählte Einheit für die Dauer der aktuellen Arbeitsstelle Monate sind, wird diese Variable in Monate transformiert. Zu diesem Zweck wird sie mit sechs multipliziert, da sie nicht die Jahre in der aktuellen Arbeitsstelle seit Beginn des Beobachtungsfensters zählt, sondern in welchem Jahr der Beschäftigung (bezüglich der Gesamtbeschäftigungsdauer in der aktuellen Arbeitsstelle) sich die Befragten befinden. Befindet sich eine befragte Person z.B. im ersten Jahr, ist es möglich, dass sie seit einem Monat aber auch seit elf Monaten die aktuelle Arbeitsstelle besetzt. Aus diesem Grund wird die Hälfte der Anzahl Monate eines Jahres gewählt. Die fehlenden Werte in der ECHP-Variable werden in der neu generierten Variablen über die Jobdauer durch die Werte der Variablen „Anzahl der Jahre in der aktuellen Arbeitsstelle im Beobachtungsfenster" ersetzt. Diese Werte sind möglicherweise niedriger als die realen Werte, da jedoch keine Informationen über das Anfangsjahr der aktuell besetzten Arbeitsstelle vorliegen, wird angenommen, dass die Person so lange die aktuelle Arbeitsstelle innehat, wie dies im Beobachtungsfenster beobachtet wird. Zur Kontrolle des Effekts der fehlenden Werte wird jedoch eine Dummy-Variable gebildet, die unter Ausprägung Eins die genannten fehlenden Werte erfasst.

14.2.7.3. Dauer seit dem ersten Eintritt in den Arbeitsmarkt

Nicht nur die Verweildauer in der aktuellen Arbeitsstelle kann einen Einfluss auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit haben, sondern ebenfalls die Zeitdauer seit dem ersten Eintritt in das Berufsleben (weitere Informationen über die verwendete Variable in Anhang A.3. Tabelle 13). Zur Berechnung der Dauer wird vom Alter der Befragten das Alter bei Antritt der ersten Arbeitsstelle subtrahiert. Dabei werden fehlende Werte vermieden, in dem die in der Variable PE039 fehlenden Werte (5,30 % der erwerbstätigen Frauen in der Altersgruppe von 16 bis 45 Jahre) als Null kodiert werden und diese außerdem in einer neuen Dummy-Variablen zur Kontrolle der fehlenden Werte unter Ausprägung Eins erfasst werden.

Die neugebildete Variable erfasst zwar die Dauer seit dem ersten Eintritt in den Arbeitsmarkt aber nicht direkt die Arbeitsmarkterfahrung, da mögliche Unterbrechungen des „Arbeitsmarktlebens" nicht von der neuen Variablen berücksichtigt werden. Dies ist leider mit den im ECHP vorhandenen Variablen nicht möglich.

---

[50] Wie weiter oben dargestellt wurde, kann die achte Welle des Datensatzes für die Schätzung der statistischen Modelle nicht verwendet werden.

14.2.7.4. Anzahl und Art der Unterbrechungen in der Erwerbsbiographie

In einem Mehr-Episoden-Modell wird angenommen, dass die Episoden jedes Individuums unter sich statistisch unabhängig sind (siehe Kapitel 12.3.2). Wie bereits oben erwähnt kann dies jedoch modelliert werden, indem Ereignisse der früheren Ereignisgeschichte des Individuums durch die Bildung unabhängiger Variablen in das Modell aufgenommen werden (Yamagucchi 1991; Allison 1982). In den hier geschätzten Modellen zum Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit werden drei unterschiedliche Variablen gebildet, die die Informationen über die frühere Ereignisgeschichte enthalten.

In der ersten Variable wird die Anzahl der vom Individuum im Beobachtungsfenster erlebten *Perioden der Erwerbstätigkeit* erfasst. D.h. es wird aufgezählt, wie oft das Individuum während der beobachteten sieben Jahre in unterschiedlichen Perioden erwerbstätig war. Ebenfalls wird mit der Aufnahme dieser Variable implizit gemessen, ob die Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit (unabhängig davon in welchen Erwerbsstatus der Übergang stattfindet), den Übergang in die Hausfrauentätigkeit beeinflusst.

In der zweiten Variablen wird die Anzahl der im Beobachtungsfenster stattgefundenen *Arbeitslosigkeitsepisoden* quantifiziert. Damit wird überprüft, ob die frühere Ereignisgeschichte, in diesem Fall die Anzahl der Übergänge in die Arbeitslosigkeit (unabhängig von Ausgangszustand), den Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit beeinflusst.

Die dritte Variable ähnelt in der Struktur sehr der letztgenannten Variablen. Der Unterschied ist jedoch, dass hier die im Beobachtungsfenster stattgefundenen Episoden der *Hausfrauentätigkeit* aufgezählt werden. Mit der Aufnahme dieser Variablen in den statistischen Modellen wird gemessen, in wie weit frühere Übergänge in die Hausfrauentätigkeit (ebenfalls unabhängig vom Ausgangszustand) das in der vorliegenden Arbeit untersuchte Ereignis beeinflussen.

Es wird davon ausgegangen, dass mit den hier generierten Variablen eine für die Fragestellung angemessene Erfassung der Ereignisgeschichte ermöglicht wird. Trotzdem wäre die Messung genauer, wenn die Ereignisgeschichte nicht ausschließlich im Beobachtungsfenster rekonstruiert werden könnte, sondern seit Beginn des Berufslebens. Dies ist jedoch mit den vorliegenden Daten nicht möglich.

14.2.8. Arbeitslosenrate als Kontrollvariable

Nicht ausschließlich die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit auf der Individualebene, ebenso die Arbeitslosenrate auf Aggregatebene kann einen Einfluss darauf haben, den Arbeitsmarkt zu verlassen. So ist es denkbar, dass bei höheren Arbeitslosenrate die

Wahrscheinlichkeit steigt, den Arbeitsmarkt zu verlassen. Daher wurde in den Modellen eine Variable auf Aggregatebene aufgenommen, die die Arbeitslosenrate zu den sieben Erhebungszeitpunkten in den drei untersuchten Ländern abbildet. Diese Variable wird jedoch ausschließlich als Kontrollvariable aufgenommen. Aus diesem Grund wird in den Ergebnissen nicht im Detail darauf eingegangen.

Es ist nicht möglich, mehr Variablen für die Erhebungszeitpunkte im Modell zu schätzen, als Erhebungszeitpunkte vorhanden sind. Da die Variable mit der Arbeitslosenrate eine Konstante pro Jahr enthält (Jahresinformationen über die Arbeitslosenrate pro Land, siehe Tabelle 16), muss man, wie bereits in Kapitel 14.2.7.1 dargestellt, eine Dummy-Variable weniger für einen der Erhebungszeitpunkte im Modell aufnehmen.[51]

Tabelle 16. Arbeitslosenrate in den Erhebungsjahren: Verwende Information zur Generierung der Variable über die Arbeitslosenrate

	Westdeutschland(*)	Italien(**)	Spanien(**)
1994	8,1	10,6	19,5
1995	8,1	11,2	18,4
1996	8,9	11,2	17,8
1997	9,6	11,3	16,7
1998	9,2	11,3	15,0
1999	8,6	10,9	12,5
2000	7,6	10,1	11,1

Eigene Darstellung.
Quelle: (*) Statistisches Bundesamt Deutschland; Arbeitsmarktdaten der BA; Arbeitslose; Arbeitslose, Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen nach Gebietsstand. www.destatis.de
(**) Eurostat

14.2.9. Region als Kontrollvariable

In allen drei Ländern gibt es Unterschiede zwischen den Regionen innerhalb des jeweiligen Landes. In Italien und Spanien findet man Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden insbesondere aufgrund der im Süden wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen, aber auch aufgrund der verschiedenen kulturellen Muster in beiden Regionen. In Westdeutschland findet man ebenfalls kulturelle Unterschiede zwischen Nord- und Süd-Westdeutschland, die unter anderem auf die in den Bundesländern bestehende Mehrheitsreligion zurückzuführen sind: die nördlichen Bundesländer sind e-

[51] Wird das Jahr nicht vorgegeben, wird vom Programm das Jahr aus dem Modell ausgeschlossen, das am meisten mit Arbeitslosigkeitsrate korreliert und dieses Jahr ist unterschiedlich je nach Land. In den Ausgangsmodellen wird das Jahr von mir ausgeschlossen, damit die Jahre einheitlich in allen drei Ländern sind: es wurden das erste (Referenzkategorie) und das letzte Jahr (2000) ausgeschlossen.

her evangelisch während sie im Süden und Südwesten eher katholisch geprägt sind. Einige soziodemografische Studien über Deutschland berichten bereits die regionalen Differenzen innerhalb Westdeutschlands, die zwar nicht so ausgeprägt wie z.B. in Italien sind, jedoch aufgrund kultureller, religiöser und sozioökonomischer Aspekte vorhanden sind (Billari und Kohler 2002; Bertram 1995). Um diese regionalen Differenzen zu kontrollieren, wurden jeweils pro Land drei Dummy-Variablen gebildet (siehe Tabelle 17). Die in Tabelle 17 generierte Variable wurde aus der Variable „Region in which the household is presently situated (Nuts Aggregates)" des Household-file gewonnen (siehe dazu Anhang A.3. Tabelle 14).

Tabelle 17. Dummy-Variablen zur Kontrolle der Region

	1 „Norden"	2 „Mitte"	3 „Süden"
Westdeutschland (1)	Hamburg, Bremen, Hessen Niedersachsen, Schleswig Holstein	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland
Italien	Nord Ovest Lombardia Nord Est Emilia-Romagna	Centro Lazio	Abruzzo-Molise Campania Sud, Sicilia Sardegna
Spanien	Noroeste, Noreste	Comunidad de Madrid, Centro, Este	Sur, Canarias

Eigene Darstellung.

Quelle: Eurostat (2003b): ECHP UDB Description of variables. Data Dictionnary, Codebook and Differences between Countries and Waves. Doc. PAN 166/2003-12.

(1) Nordrhein-Westfalen ist überwiegend katholisch, jedoch wurde hier aufgrund der geographischen Lage in der Mitte Westdeutschlands und des höheren Anteils an Industrie im Vergleich zu anderen Bundesländern eine eigene Kategorie gebildet. In Baden-Württemberg hingegen sind sowohl die katholische als auch die evangelische Religion ähnlich stark vertreten. Jedoch wurde dieses Bundesland aufgrund der geographischen Lage in Süddeutschland mit Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland zusammengefasst. Hessen befindet sich nicht im Norden wird jedoch aufgrund der in dem Bundesland vorherrschenden evangelischen Religionsmehrheit mit den nördlichen Bundesländern zusammengefasst.

Datensatz: Household-File.

Teil VI. Empirische Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der geschätzten Modelle dargestellt. Je Land und Übergang wurden mehrere Modelle gerechnet, jedoch werden in diesem Teil ausschließlich die Endmodelle vorgestellt. In den Endmodellen sind die signifikanten Haupteffekte, die signifikanten Interaktionseffekte sowie die nicht signifikanten Haupteffekte der Interaktionseffekte zu finden. Alle weiteren Modelle sind in Anhang D.2. bis D.7. dargestellt. In Kapitel 15 bis Kapitel 17 werden die Ergebnisse jeweils pro Land dargestellt, während in Kapitel 18 die Ergebnisse über den Ländervergleich gezeigt werden.

Kapitel 15. Westdeutschland

15.1. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit

Zur Schätzung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit wurden 17 unterschiedliche Modelle gerechnet (siehe Anhang D.2.). Wie weiter oben dargestellt wurde, wird hier ausschließlich auf das Endmodell eingegangen.[52]

Von allen 21 getesteten Interaktionseffekten haben ausschließlich 4 Interaktionseffekte einen signifikanten Einfluss: „Ehemann*jüngstes Kind unter 3", „Erwerbseinkommen*jüngstes Kind unter 3 Jahren", „Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft" und „mittlerer Bildung*Kinderzahl". Die Hypothesen von drei weiteren Interaktionseffekten konnten in den Modellen nicht getestet werden: hohe Bildung*Schwangerschaft", „mittlere Bildung*Schwangerschaft", „Beschäftigungssektor*Schwangerschaft" (siehe Anhang D.2.).

Tabelle 18 zeigt, dass ein mittleres Bildungsniveau in Westdeutschland einen signifikanten negativen Einfluss auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit hat (Sekundarstufe II). Der Effekt von hoher Bildung ist positiv jedoch nicht signifikant. D.h. während Frauen mit mittlerer Bildung sich signifikant von Frauen mit niedrigerer Bildung (bis Sekundarstufe I) unterscheiden, ist dies unter Kontrolle aller weiteren Variablen wie z.B. Familienstand, Anwesenheit von Kindern, Erwerbseinkommen und Berufsklasse bei Frauen mit hoher Bildung nicht der Fall. Aus diesem Grund ist die Hypothese HA7 über den positiven Effekt von mittlerer und hoher Bildung widerlegt. Dies kann

[52] Endmodell: Modell DEA_r14 im Anhang D.2.

möglicherweise darauf zurückgeführt werden, dass in Westdeutschland unter Sekundarstufe II die berufliche Ausbildung (duale Berufsausbildung, Berufsfachschule) zusammengefasst ist, und dies in Westdeutschland eine gute Grundlage für eine Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt darstellt.

Nicht verheiratete aber mit einem Lebenspartner zusammenlebende Frauen unterscheiden sich nicht signifikant von der Referenzkategorie (nicht verheiratet und nicht zusammenlebend). Demgegenüber ist das Wahrscheinlichkeitsverhältnis bei verheirateten Frauen, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln um 431% höher als bei nicht verheirateten nicht mit dem Partner zusammenlebenden Frauen. Dies kann möglicherweise auf das in Westdeutschland existierende Steuersplittingsystem zurückgeführt werden. Die Steuerentlastung von Ehepartnern, sofern einer von ihnen (i.d.R. die Frau) nicht oder ausschließlich Teilzeit bzw. geringfügig arbeitet, würde somit explizit fördern, dass erwerbstätige Frauen den Arbeitsmarkt verlassen und Hausfrauen werden. Jedoch ist hier darauf hinzuweisen, dass in dem statistischen Modell das Einkommen, der Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen und der Erwerbsumfang kontrolliert wurden. Dies bedeutet, dass unabhängig vom Einkommen, vom Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen, und von der Erwerbstätigkeit auf Vollzeit- oder Teilzeitbasis, die Tatsache verheiratet zu sein, den Übergang in die Hausfrauentätigkeit beeinflusst. Daher kann der Effekt nicht ausschließlich auf das in Westdeutschland existierende Steuersplittingsystem zurückgeführt werden. Darüber hinaus wird die aus der Familienökonomie abgeleitete Hypothese über den nicht existierenden Einfluss der Anwesenheit eines Ehepartners auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit widerlegt. Dies spricht dafür, dass der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners eher mit den geltenden Normen und kulturellen Vorstellungen über die Rolle einer Ehefrau zu tun hat, als mit der Ressourcenverteilung in der Ehepartnerschaft. Der nicht signifikante Effekt der Anwesenheit eines Lebenspartners könnte durch eine liberalere Einstellung von nicht verheirateten aber mit einem Lebenspartner lebenden Frauen erklärt werden.

Bei Schwangerschaft und Alter des jüngsten Kindes kann ebenfalls einen positiven Einfluss festgestellt werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass schwangere Frauen in die Hausfrauentätigkeit wechseln, ist ca. 600% höher als bei nicht schwangeren Frauen. Dieser positive Effekt von Schwangerschaft ist noch stärker, wenn die schwangere Frau eine befristete Beschäftigung hat. Der Interaktionseffekt „Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft" hat den erwarteten positiven Effekt. Der unstandardisierte Veränderungsfaktor ist gleich 25,116, jedoch sind nicht viele Frauen davon betroffen (geringe Streuung), da der standardisierte Veränderungsfaktor viel geringer ist: 1,062. Dieser Effekt ist bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von kleiner als 10% signifikant. Demgegenüber wird bei im öffentlichen Sektor beschäftigten schwangeren Frauen kein

Übergang festgestellt. Daher konnte der Effekt von „Beschäftigungssektor*Schwangerschaft" nicht geschätzt werden. Die Hypothese über den schwächeren positiven Effekt von Schwangerschaft bei Beschäftigung im öffentlichen Sektor im Vergleich zum privaten Sektor wird damit bestätigt (HI_A12).

Der Effekt von Schwangerschaft unterscheidet sich ebenfalls je nach Bildungsniveau. Alle schwangeren Frauen, die von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit wechseln, haben ein mittleres Bildungsniveau. Dies impliziert, dass keine der schwangeren Frauen mit hoher Bildung die Erwerbstätigkeit verlässt, um Hausfrau zu werden. Aus diesem Grund konnten die Interaktionseffekte „hohe Bildung*Schwangerschaft" und „mittlere Bildung*Schwangerschaft" nicht geschätzt werden. Damit kann nicht bestätigt werden, dass bei Frauen mit mittlerer Bildung und bei Frauen mit hoher Bildung der Effekt von Schwangerschaft schwächer ist als bei Frauen mit niedriger Bildung (HI_A8). Dies ist ausschließlich bei Frauen mit hoher Bildung der Fall.

Ein ähnliches Wahrscheinlichkeitsverhältnis wie bei Schwangerschaft kann bei Alter des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) festgestellt werden (um ca. 580% höher als bei Abwesenheit kleiner Kinder). Ist die Frau jedoch verheiratet, so ist der Effekt der Anwesenheit eines kleinen Kindes schwächer als bei nicht verheirateten nicht mit einem Partner zusammenlebenden Frauen. Der Interaktionseffekt „Ehemann*jüngstes Kind unter 3" hat einen negativen Effekt (0,187**). Dies entspricht nicht den Erwartungen: der Effekt des Alters des jüngstes Kindes (unter 3 Jahren) ist bei verheirateten Frauen schwächer als bei nicht verheirateten Frauen ohne Partner, so dass dadurch der positive Effekt des „Alters des jüngsten Kindes" (6,828) teilweise aufgehoben wird (Kehrwert von 0,187 = 1/0,187=5,348). Nach diesen Ergebnissen werden Mütter mit einem Kind unter 3 Jahren eher Hausfrau wenn sie alleinerziehend sind (Veränderungsfaktor 6,828) als wären sie verheiratetet (Veränderungsfaktor 6,776=5,307*6,828*0,187). Obwohl der Unterschied gering ist, würde dies dafür sprechen, dass die Tatsache einen Ehepartner zu haben im Vergleich zu in keiner Partnerschaft zu leben, eine Unterstützung der kontinuierlichen Erwerbstätigkeit von Frauen mit kleinen Kindern darstellt.

Der Interaktionseffekt „Erwerbseinkommen*jüngstes Kind unter 3 Jahren" ist ebenfalls nicht hypothesenkonform. Es wurde erwartet, dass der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) mit zunehmendem Erwerbseinkommen sinkt (negatives Vorzeichen des Interaktionseffektes). Der Interaktionseffekt ist jedoch positiv: der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) wird nicht aufgehoben. Demgegenüber wird der negative Effekt des Erwerbseinkommens bei Anwesenheit eines kleinen Kindes teilweise, jedoch nicht vollständig, aufgehoben. D.h. dass bei gleichem Erwerbseinkommen eher die Frauen mit einem kleinen Kind die Erwerbstätigkeit verlassen. Bei gleichem Alter des jüngsten Kindes (unter 3 Jahre), sinkt aller-

dings immer noch mit steigendem Erwerbseinkommen die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit.

Tabelle 18. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit): Westdeutschland

	Exp(b)	Kehrwert Exp(b)	Exp (b*sd)
Bildungsniveau: geringe Bildung (bis Sekundarstufe I)			
Mittlere Bildung (Sekundarstufe II)	0,385**	2,597	0,633**
Hohe Bildung (Tertiärer Bereich)	1,111		1,037
Familienstand: nicht verheiratet und nicht zusammenlebend			
verheiratet zusammenlebend	5,307***		2,280***
nicht verheiratet zusammenlebend	1,413		1,134
Schwangerschaft (Referenzkategorie: nein)	6,986***		1,183***
Kinder: keine Kinder oder Kinder über 6 Jahre			
jüngstes Kind unter 3	6,828**		1,765**
jüngstes Kind 3 bis 5	0,809	1,236	0,945
Anzahl von Kindern	*1,078*		*1,079*
Beschäftigungsverhältnis: unbefristet			
befristet	2,828**		1,310**
Missing	3,443***		1,670***
Unternehmensgröße: weniger als 200 Mitarbeiter			
ab 200 Mitarbeiter	0,603*	1,658	0,781*
Missing	1,232		1,049
Berufsklasse: Dienstklasse			
Qualifizierte nicht manuelle Berufe	1,221		1,102
Selbstständige	0,345*	2,899	0,794*
Qualifizierte manuelle Berufe und Landwirtschaft	0,772	1,295	0,942
Gering bis nicht qualifizierte Berufe	1,355		1,102
Logarithmiertes Erwerbseinkommen	*0,478****	2,092	*0,618****
Dummy-Variable: Kein Erwerbseinkommen	1,246		1,022
Familienleistungen	0,859+	1,164	0,804+
Episoden der Hausfrauentätigkeit	2,289***		1,344***
Arbeitslosenrate	0,182*	5,495	0,326*
Ehepartner*jüngstes Kind unter 3	0,187**	5,348	0,624**
Beschäftigungsverhältnis*Schwanger	25,116+		1,062+
Erwerbseinkommen*Jüngstes Kind unter 3	1,594*		1,336*
Mittlere Bildung* Kinderzahl	1,355		1,293
Konstante (1)	3674,951		

N (Anzahl von Beobachtungen) = 8538; Übergänge=141; Chi-Quadrat=299,885; Log-likelihood=-550,465; Mc Fadden Pseudo R^2=0,234***; Irrtumswahrscheinlichkeit: + < 0,1; * < 0,05; ** <0,01; ***<0,001.

Anmerkungen: auch nach Erhebungszeitpunkten kontrolliert (siehe Anhang D.2.).
Es wurden 17 unterschiedliche Modelle Berechnet. In diesen Modellen konnten folgende Interaktionseffekte nicht aufgenommen werden: hoher Bildung*Schwangerschaft; mittlerer Bildung*Schwangerschaft; öffentliche Beschäftigung*Schwangerschaft (siehe Anhang D.2.).
Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurde *kursiv* geschrieben
exp(b): Unstandardisierte Odds-Ratios; Kehrwert Exp(b): ausschließlich für unstandardisierte Odds-Ratios < 1; exp(b*sd): Standardisierte Odds-Ratios; se: standard error
(1) Auf der Logit-Ebene hat die Konstante einen Wert von 8,209.

Der Effekt des Alters des jüngsten Kindes zwischen 3 und 5 Jahren unterscheidet sich nicht signifikant von der Referenzkategorie (keine Kinder oder Kinder ab 6 Jahren). Die Anzahl von Kindern hat ebenfalls keinen signifikanten Einfluss auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit. Der Interaktionseffekt „mittlerer Bildung*Kinderzahl" ist nach dem Z-Wert nicht signifikant. Überprüft man jedoch anhand eines LR-Tests ob das Modell signifikant besser als ohne diesen Interaktionseffekt ist, wird die Nullhypothese bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10% abgelehnt (siehe Anhang D.2. Anmerkung 11). Der genannte Interaktionseffekt entspricht nicht den Erwartungen. Es wurde erwartet, dass bei Frauen mit mittlerer Bildung der positive Effekt der Kinderzahl im Haushalt schwächer ist als bei Frauen mit niedriger Bildung. Der Interaktionseffekt ist jedoch positiv: bei mittlerer Bildung und zunehmender Kinderzahl steigen Frauen wahrscheinlicher aus der Erwerbstätigkeit aus als Frauen mit niedriger Bildung. Im Vergleich zu Frauen aus der Referenzkategorie (kinderlose Frauen mit geringer Bildung) macht sich dies jedoch erst ab dem 3. Kind bemerkbar, bei gleicher Kinderzahl erst ab dem 4. Kind. Das bedeutet, dass bis zum 3. bzw. 4. Kind, Frauen mit einer niedrigen Bildung wahrscheinlicher von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit wechseln als Frauen mit mittlerer Bildung (Sekundarstufe II). Dieser Interaktionseffekt sollte jedoch mit Vorsicht interpretiert werden, da der Z-Wert des Koeffizienten nicht signifikant ist und der LR-Test nur bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 10% signifikante Ergebnisse ausgibt.

Der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners ist nach dem unstandardisierten Veränderungsfaktor schwächer als der Effekt von Schwangerschaft und als der Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahre). Nach dem standardisierten Veränderungsfaktor ist dieser Effekt stärker. Dies bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit einer einzelnen erwerbstätigen Frau in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln stärker von der Schwangerschaft oder von der Anwesenheit eines kleinen Kindes beeinflusst wird, als von der Anwesenheit eines Ehepartners. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass nach den standardisierten Koeffizienten, also auf die gesamte westdeutsche Stichprobe bezogen, dies jedoch nicht der Fall ist. Das lässt sich darauf zurückführen, dass in der Stichprobe mehr verheiratete Frauen als schwangere Frauen sind und als Frauen mit einem kleinem Kind (siehe dazu Anhang C). Aus diesem Grund werden die dazu formulierten Hypothesen abgelehnt.

Bezüglich der arbeitsmarktbezogenen Variablen konnten ausschließlich bei zwei Variablen signifikante Effekte festgestellt werden. Die Tatsache, eine befristete Beschäftigung zu haben, hat einen positiven Einfluss auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit. Die Wahrscheinlichkeit des Übergangs ist bei Frauen in einer befristeten Beschäftigung um 183% höher als bei Frauen in einer unbefristeten Beschäftigung. Demgegenüber ist das Wahrscheinlichkeitsverhältnis bei Frauen, die in großen Unternehmen

(ab 200 Mitarbeiter) beschäftigt sind, um 40% geringer als bei in kleineren Unternehmen beschäftigten Frauen.

In Westdeutschland sind ebenfalls signifikante Effekte der Berufsklasse zu finden, obwohl sich alleinig die Selbstständigen von der Referenzkategorie (Dienstklasse) signifikant unterscheiden. Das Wahrscheinlichkeitsverhältnis der Selbstständigen reduziert sich im Vergleich zur Dienstklasse um ca. 65%. Anscheinend bietet die Selbstständigkeit Möglichkeiten, die einen Übergang in die Hausfrauentätigkeit unwahrscheinlicher machen. Dies kann möglicherweise darauf zurückgeführt werden, dass im Fall der Selbstständigkeit ein Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit eine Gefährdung des Unternehmens darstellt.

Einen negativen Einfluss hat ebenfalls das Erwerbseinkommen: je höher das Erwerbseinkommen ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit für erwerbstätige Frauen, Hausfrau zu werden. Kein Erwerbseinkommen zu haben, hat in Westdeutschland keinen signifikanten Effekt. Einen negativen signifikanten Einfluss haben ebenfalls die Geldleistungen für Familien: je höher die Leistung, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln. Dies entspricht nicht den Erwartungen. Es wurde erwartet, dass die Geldleistungen für Familien den Übergang positiv beeinflussen (siehe Kapitel 10.5.3). Dabei ist zu beachten, dass die Variable für Geldleistungen für Familien im ECHP eigentlich unterschiedliche Geldleistungen erfasst: *child allowance, allowance for care of invalid dependents, maternity allowance, birth allowance, unmarried mother's allowance, deserted wife's allowance, other family-related benefits* (Eurostat 2002: 62-68; siehe dazu Kapitel 14.2.6). Darunter sind sowohl die Geldleistungen während des Mutterschutzes und der Elternzeit, als auch Geldleistungen für alleinerziehende Mütter und für die Betreuung pflegebedürftiger Menschen. Während sich die Geldleistungen für Mutterschutz und Elternzeit positiv auf den Übergang auswirken können, ermöglichen es andere Leistungen erst, einer Erwerbstätigkeit weiterhin nachzugehen. Dies ist der Fall bei Geldleistungen, die für die Bezahlung sozialer Dienste (z.B. ambulante Pflege oder Kinderbetreuung) geleistet werden. Anhand der vorhandenen Daten kann die Wirkung der einzelnen, konkreten Leistungen jedoch nicht exakt überprüft werden.

Von den untersuchten Variablen über die Dauer und über die frühere Ereignisgeschichte hat ausschließlich die Variable zur Aufzählung der Übergänge in die Hausfrauentätigkeit (im Beobachtungszeitraum) einen positiven Einfluss. D.h. die Tatsache bereits zu einem früheren Zeitpunkt Hausfrau gewesen zu sein, erhöht die Wahrscheinlichkeit wieder Hausfrau zu werden. Je zusätzlicher Episode der Hausfrauentätigkeit erhöht sich das Wahrscheinlichkeitsverhältnis, Hausfrau zu werden zu erwerbstätig zu bleiben um 129%. Einen signifikanten Effekt hat ebenfalls die Arbeitslosenrate. Je höher die

Arbeitslosenrate ist, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln. Anscheinend wird in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht so leicht auf die eigene Erwerbstätigkeit verzichtet, möglicherweise weil der eigene Haushalt bereits von Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Anhand der standardisierten Odds-Ratios wird gezeigt, dass die Unterschiede zwischen „verheirateten zusammenlebenden" Frauen und „nicht verheirateten und nicht zusammenlebenden" Frauen bezüglich des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit größer sind als die Unterschiede in allen anderen Dummy-Variablen, die sich auf die Familie beziehen: Schwangerschaft im Vergleich zu keiner Schwangerschaft und Anwesenheit kleiner Kinder im Vergleich zu keinen Kindern. Ebenfalls ist der Unterschied größer als bei den arbeitsmarktbezogenen Variablen: befristetes Beschäftigungsverhältnis im Vergleich zu unbefristetem Beschäftigungsverhältnis und die Beschäftigung in einem großen Unternehmen im Vergleich zu der Beschäftigung in einem kleinen Unternehmen.

15.2. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit

Zur Schätzung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit (unter 15 Wochenstunden) wurden elf unterschiedliche Modelle gerechnet (siehe Anhang D.3.).[53] Ausschließlich 13 Interaktionseffekte konnten hier geschätzt werden. Die acht Interaktionseffekte von Schwangerschaft konnten nicht geschätzt werden, da keine der schwangeren erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit wechselt. Von den 13 geschätzten Interaktionseffekten sind ausschließlich zwei Effekte signifikant: „Erwerbseinkommen*jüngstes Kind unter 3" und „Ehepartner*Kinderzahl" (siehe Tabelle 19).

In Tabelle 19 ist zu erkennen, dass die Prädiktoren dieses Übergangs sich teilweise von den Prädiktoren des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit unterscheiden. Mittlere und Hohe Bildung haben in dem hier behandelten Übergang keinen signifikanten Effekt. Im Gegensatz dazu hat die Anwesenheit eines Ehepartners nach wie vor einen signifikanten Effekt, der ebenfalls in dem unter Kapitel 15.1 gerechneten Modell zu sehen ist: das Wahrscheinlichkeitsverhältnis verheirateter Frauen in die geringfügig erwerbstätige Hausfrauentätigkeit zu wechseln (zu nicht zu wechseln) ist um 456 % höher als bei nicht-verheirateten Frauen. Nicht-verheiratete mit einem Partner zusammenlebende Frauen unterscheiden sich nicht signifikant von der Referenzkategorie. Dies ist eine Bestätigung der in Kapitel 15.1 ge-

[53] Endmodell: Modell DEB_r10 im Anhang D.3.

zeigten Ergebnisse: da das Einkommen, der Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen, und der Erwerbsumfang kontrolliert wurden, ist hier davon auszugehen, dass nicht (oder nicht ausschließlich) das Steuersplittingsystem einen Effekt auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit hat. Ebenfalls zeigt dieses Ergebnis, dass es sich bei dem Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit viel eher um den Effekt von kulturellen Vorstellungen über Geschlechterrollen handelt als um die Ressourcenverteilung in der Partnerschaft.

Die Effekte von Schwangerschaft, Alter des jüngsten Kindes und Kinderzahl unterscheiden sich ebenfalls in den zwei für Westdeutschland geschätzten Übergängen. Während Schwangerschaft einen positiven Effekt auf den Übergang in die Hausfrauenerwerbstätigkeit bei Nicht-Erwerbstätigkeit hat (siehe Kapitel 15.1), kann diese Variable in dem hier gerechneten Modell nicht aufgenommen werden, da keine der schwangeren erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit wechselt (siehe Anhang D.3.). Dies weist auf einen negativen Effekt von Schwangerschaft auf den hier untersuchten Übergang hin.

Tabelle 19. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit): Westdeutschland

	exp(b)	Kehrwert Exp(b)	Exp (b*sd)
Familienstand: nicht verheiratet und nicht zusammenlebend			
verheiratet zusammenlebend	5,558***		2,339***
nicht verheiratet zusammenlebend	1,621		1,191
Kinder: keine Kinder oder Kinder über 6 Jahre			
jüngstes Kind unter 3	0,493+	2,028	0,811+
jüngstes Kind 3 bis 5	1,348		1,083
Anzahl von Kindern	1,803***		1,810***
Umfang der Erwerbstätigkeit: Vollzeit			
Teilzeit	4,238***		1,765***
Missing	3,044***		1,470***
Job Dauer	0,929*	1,076	0,723*
Missing	1,575*		1,170*
Logarithmiertes Erwerbseinkommen	0,397***	2,519	0,546***
Dummy-Variable: kein Erwerbseinkommen	1,029		1,003
Episoden der Hausfrauentätigkeit	2,096***		1,303***
Arbeitslosenrate	11,469**		4,974**
Erwerbseinkommen*Jüngstes Kind unter 3	1,733**		1,407**
Ehepartner*Kinderzahl	0,576**	1,736	0,579**
Konstante (1)	0,000***		

N (Anzahl von Beobachtungen) =8474; Übergänge=189; Chi-Quadrat=348,069; Log-likelihood= -672,531; Mc Fadden Pseudo R^2=0,257***; Irrtumswahrscheinlichkeit: + < 0,1; * < 0,5; ** <0,01; ***<0,001.

Anmerkungen: auch nach Erhebungszeitpunkten kontrolliert (siehe Anhang D.3.).
Es wurden 13 unterschiedliche Modelle berechnet. In diesen Modellen konnten der Haupteffekt von Schwangerschaft sowie die Interaktionseffekte dazu nicht aufgenommen werden (siehe Anhang D.3.).
Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurde *kursiv* geschrieben.
expb(b): Unstandardisierte Odds-Ratios; Kehrwert Exp(b): ausschließlich für unstandardisierte Odds-Ratios < 1; exp(b*sd): Standardisierte Odds-Ratios; se: standard error; (1) Auf der Logit-Ebene hat die Konstante einen Wert von -24,196.

Der Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) hat ebenfalls einen Einfluss auf den Übergang, dieser hat jedoch im Gegensatz zu dem in Tabelle 18 gerechneten Modell einen negativen Effekt. Schwangere Frauen und Frauen mit kleinen Kindern wechseln unwahrscheinlicher in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit als bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit: wenn sie Hausfrauen werden, widmen sie sich den Haushalts- und den Betreuungsaufgaben und kombinieren dies nicht mit einer Erwerbstätigkeit. Mit steigendem Einkommen wird der Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) nicht schwächer. Der Interaktionseffekt hebt den negativen Effekt des Alters des jüngsten Kindes teilweise auf. Bei erwerbstätigen Frauen gleichen Erwerbseinkommens ist die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit höher, wenn sie ein kleines Kind (Alter unter 3 Jahre) haben. Dies macht sich erst ab ca. 400 Euro Monatseinkommen bemerkbar, da der Haupteffekt der Anwesenheit eines kleinen Kindes negativ ist. Der Interaktionseffekt „Erwerbseinkommen*jüngstes Kind unter 3" ist damit nicht hypothesenkonform. An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass dieser Interaktionseffekt in beiden westdeutschen Übergängen signifikant ist. Es wurde erwartet, dass mit steigendem Einkommen der positive Effekt des Alters des jüngsten Kindes schwächer wird. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil dazu wird gezeigt, dass der negative Effekt des Einkommens bei Anwesenheit eines kleinen Kindes teilweise aufgehoben wird. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass bei gleichem Alter des jüngsten Kindes immer noch mit steigendem Erwerbseinkommen die Wahrscheinlichkeit des Übergangs sinkt, der Effekt des Einkommens wird dennoch schwächer. Das würde dafür sprechen, dass Frauen mit einem höheren Einkommen finanziell eher in der Lage sind, die Erwerbstätigkeit zu verlassen und sich (zumindest eine Zeit lang) Betreuungsaufgaben zu widmen. Denkbar an dieser Stelle wäre, dass diese Frauen schneller in die Erwerbstätigkeit zurückkehren. Dies wird hier jedoch nicht untersucht.

Der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners ist in diesem westdeutschen Übergang und im Unterschied zu dem in Kapitel 15.1 dargestellten Übergang sowohl nach den nicht standardisieren als auch nach den standardisierten Koeffizienten stärker als der Effekt von Schwangerschaft und als der Effekt der Anwesenheit eines kleinen Kindes. Die Wahrscheinlichkeit für verheiratete erwerbstätige Frauen in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit) zu wechseln ist höher als bei schwangeren Frauen oder bei Frauen mit kleinen Kindern. Dies weist auf in Westdeutschland vorhandene Rollenvorstellungen hin, da bereits bei Anwesenheit eines Ehepartners ein Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt stattfindet. Nach dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit sind die Frauen weiterhin (geringfügig) erwerbstätig, sie definieren sich selbst jedoch als Hausfrauen.

Im Gegensatz zur Schwangerschaft und zum Alter des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) hat die Kinderzahl einen signifikanten positiven Effekt. Je höher die Anzahl von Kindern ist, desto eher wechseln Frauen von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit. Diese wird aber nicht mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit (der Effekt der Kinderzahl war in dem erstgerechneten Modell nicht signifikant) sondern mit einer Erwerbstätigkeit unter 15 Wochenstunden kombiniert. Mit zunehmender Kinderzahl erfordert anscheinend die wirtschaftliche Situation eine Ausübung der Hausfrauentätigkeit, die gleichzeitig ein zusätzliches Einkommen sichert. Der Effekt der Kinderzahl unterscheidet sich jedoch bei verheirateten und nicht verheirateten nicht mit einem Lebenspartner zusammenlebenden Frauen. Mit steigender Anzahl an Kindern wechseln alleinerziehende Frauen wahrscheinlicher als verheiratete Frauen in die erwerbstätige Hausfrauentätigkeit. Dies ist allerdings erst ab dem 4. Kind feststellbar. Bis zum dritten Kind ist die Wahrscheinlichkeit des Übergangs verheirateter Frauen weiterhin höher als bei alleinerziehenden Müttern. Bei den letztgenannten wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ab dem vierten Kind erheblich erschwert. Bei verheirateten Frauen steigt ebenfalls mit ansteigender Kinderzahl die Wahrscheinlichkeit des Übergangs, diese ist jedoch ab dem 4. Kind geringer als bei alleinerziehenden Müttern. Hier macht sich die Unterstützung durch den Partner bemerkbar.

Bezüglich der arbeitsmarktbezogenen Variablen sieht man hier ebenfalls unterschiedliche signifikante Effekte. Während das Beschäftigungsverhältnis (befristet/ unbefristet) und die Unternehmensgröße nicht signifikant werden, hat die Teilzeitbeschäftigung einen signifikanten positiven Effekt. Auf Teilzeitbasis erwerbstätige Frauen wechseln eher in die Hausfrauentätigkeit mit gleichzeitiger Erwerbstätigkeit unter 15 Wochenstunden als Frauen, die Vollzeit arbeiten (das Wahrscheinlichkeitsverhältnis ist um 324 % höher). Die Berufsklasse hat in diesem Modell keinen signifikanten Effekt.

Wie bei dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit hat hier das Erwerbseinkommen einen signifikanten negativen Effekt. Kein Erwerbseinkommen zu haben beeinflusst, wie in dem ersten für Westdeutschland geschätzten Übergang, positiv den Übergang, der Koeffizient ist jedoch nach wie vor nicht signifikant.

Hinsichtlich der Variablen zur Ereignisanalyse konnten ebenfalls signifikante Effekte bezüglich der Anzahl der Episoden mit Hausfrauentätigkeit gefunden werden. Je häufiger eine Frau Hausfrau ist, desto Wahrscheinlicher wird sie Hausfrau (sowohl bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit als auch bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit). Je zusätzlicher Episode als Hausfrau steigt das Wahrscheinlichkeitsverhältnis Hausfrau zu werden zu erwerbstätig zu bleiben um 109,6 %. Neu in dem hier geschätzten Modell ist der signifikante Effekt der Dauer des Arbeitsverhältnisses: Mit ansteigender Dauer des aktuellen Arbeitsverhältnisses sinkt die Wahrscheinlichkeit, in

die Hausfrauentätigkeit bei zeitgleicher geringfügiger Erwerbstätigkeit zu wechseln (und nicht in eine Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit).

Die Arbeitslosenrate ist, ebenso wie im vorherigen Kapitel, signifikant. Hier ist der Einfluss jedoch positiv. Bei steigender Arbeitslosenrate ist die Wahrscheinlichkeit höher, in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit zu wechseln. In Zeiten höherer Arbeitslosigkeit sinkt die Wahrscheinlichkeit, die Erwerbstätigkeit gänzlich zu verlassen. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass der Erwerbsumfang reduziert und weniger als 15 Wochenstunden gearbeitet wird (dabei handelt es sich um Frauen, die sich trotz Erwerbstätigkeit als Hausfrau definieren).

Bezüglich der standardisierten Odds-Ratios kann man hier wieder feststellen, dass der Unterschied zwischen verheirateten und nicht verheirateten nicht mit einem Lebenspartner zusammenlebenden Frauen bezüglich des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit größer ist als der Unterschied zwischen Frauen mit kleinen Kindern und Frauen ohne Kinder. Hier ist ebenfalls bemerkenswert, dass der Unterschied bezüglich der Wahrscheinlichkeit des Wechsels in die Hausfrauentätigkeit zwischen den auf Teilzeit- und auf Vollzeitbasis erwerbstätigen Frauen ebenfalls größer ist als zwischen den Frauen mit und ohne Kinder.

15.3. Zusammenfassung und Übersicht über die getesteten Hypothesen zu dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit

Bei dem Vergleich beider Übergänge in Westdeutschland kann man feststellen, dass das Wahrscheinlichkeitsverhältnis verheirateter Frauen, in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln zu nicht zu wechseln sehr ähnlich ist und in beiden Fällen die Anwesenheit eines Ehepartners den relativ stärksten Effekt aufweist. Damit wird die aus der Familienökonomie abgeleitete Hypothese über den nicht vorhandenen Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners auf den Wechsel in die Hausfrauentätigkeit für beide westdeutsche Übergänge widerlegt (HA5). Ebenfalls werden die für Westdeutschland formulierten Hypothesen über den niedrigeren Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners als der Effekt von Schwangerschaft und vom Alter des jüngsten Kindes (HEL1 und HEL2) für beide Übergänge widerlegt: der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners ist stärker als der Effekt von Schwangerschaft und als der Effekt der Anwesenheit kleiner Kinder (von 0 bis 2 Jahren). Dies spricht für eine traditionelle Rollenvorstellung in Westdeutschland, die bereits bei der Anwesenheit eines Ehepartners, und dies unabhängig von einer Schwangerschaft oder von der Anwesenheit kleiner Kinder, einen Übergang in die Hausfrauentätigkeit positiv beeinflusst.

Wechseln Frauen mit kleinen Kindern oder schwangere Frauen in die Hausfrauentätigkeit, dann tun sie das in eine nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit. Bei Anwesen-

heit eines Kindes unter 3 Jahren sinkt demgegenüber die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in eine Hausfrauentätigkeit mit zusätzlicher geringfügiger Erwerbstätigkeit, während bei zunehmender Kinderzahl die Wahrscheinlichkeit dieses Übergangs steigt. D.h., dass schwangere Frauen und Frauen mit dem jüngsten Kind unter drei Jahren eher Hausfrauen werden und dabei dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen, während mit zunehmender Kinderzahl die Wahrscheinlichkeit ansteigt, Hausfrau zu werden und gleichzeitig eine geringfügige Erwerbstätigkeit auszuführen. Darüber hinaus wurde erwartet, dass der Effekt des „Alters des jüngsten Kindes" stärker ist, wenn das Kind zwischen 0 und 2 Jahre alt ist als wäre es zwischen 3 und 5 Jahre alt (HA10). Diese Hypothese kann ausschließlich für den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit bestätigt werden. Scheinbar widmen sich Frauen mit Kindern unter drei Jahren, sobald sie Hausfrau werden, den Betreuungsaufgaben, und steigen komplett aus dem Arbeitsmarkt aus, in dem Sinne, dass sie keiner Erwerbstätigkeit, auch nicht einer geringfügigen Erwerbstätigkeit, nachgehen. Bei dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Erwerbsbeteiligung ist der Effekt von kleinen Kindern (unter 3 Jahren) negativ im Gegensatz zu dem Effekt von Kindern zwischen 3 und 5 Jahren, der positiv ist jedoch nicht signifikant.

Das Erwerbseinkommen beeinflusst beide Übergänge negativ. Je höher also das Erwerbseinkommen ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit Hausfrau zu werden, unabhängig von der Art der Hausfrauentätigkeit. Das Erwerbseinkommen hat in beiden Übergängen neben der Anwesenheit eines Ehepartners einen der relativ stärksten Effekte (in dem zuerst untersuchten Übergang ebenfalls neben dem Alter des jüngsten Kindes - unter 3 Jahren). Die Abwesenheit des Erwerbseinkommens hat jedoch in keinem beider Übergänge einen signifikanten Effekt. Ein hohes Bildungsniveau hat in keinem der Übergänge signifikante Effekte. Demgegenüber hat ein mittleres Bildungsniveau beim Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit einen signifikanten Effekt (negativ). Dies spricht dafür, dass Frauen mit abgeschlossener Sekundarstufe II, die in Westdeutschland die berufliche Ausbildung (duale Berufsausbildung, Berufsfachschule) umfasst, eher in Stellen mit Arbeitsbedingungen beschäftigt sind, die für eine kontinuierliche Beschäftigung förderlich sind.

Erwerbstätige Frauen, die bereits einmal oder öfter Hausfrauen gewesen sind, werden wahrscheinlicher ein weiteres Mal Hausfrau (in beiden untersuchten Übergänge), und je häufiger dies vorgekommen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit der Wiederholung. Dabei beeinflusst diese Variable etwas stärker den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit als in die Hausfrauentätigkeit mit zusätzlicher geringfügiger Beschäftigung. Die Dauer der aktuellen Erwerbstätigkeit beeinflusst ausschließlich den Übergang in die Hausfrauentätigkeit mit zusätzlicher geringfügiger Beschäftigung. Die Hypothese dazu wird nur in dem letztgenannten Übergang bestätigt.

Tabelle 20. Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Westdeutschland
(siehe zu den Haupteffekten Kapitel 10)

	Haupteffekte	**Effekt(1)**	
Hypo-these	**Kurzbeschreibung**	**HFT NE**	**HFT 15E**
HA1	Humankapital: Abwesenheit eines Erwerbseinkommens (positiver Effekt) (2)	-	-
HA2	Humankapital: Höhe des Erwerbseinkommen (negativer Effekt)	+	+
HA3	Familienökonomie: Anteil des eigenen Erwerbseinkommens an dem Haushaltseinkommen (negativer Effekt)	-	-
HA4	Familienökonomie: Anwesenheit eines Lebenspartners (kein Effekt)	+	+
HA5	Familienökonomie: Anwesenheit eines Ehepartners (kein Effekt)	--	--
HA6	Klasse: Unterschiede nach Klassenzugehörigkeit	+	-
HA7	Bildung: Mittlere/ hohe Bildung (negativer Effekt)	+/-	-
HEL1 WD	Ehepartner: Ehepartner < Schwangerschaft	--	--
HEL2 WD	Ehepartner: Ehepartner < kleine Kinder (0-2)	--	--
HA8	Schwangerschaft/ kleine Kinder (0-5 Jahre) (positiver Effekt)	+	-/--
HA9	Kinder: Kinderzahl (positiver Effekt)	-	+
HA10	Familienpolitik: Effekt Kinder 0-2 > Effekt Kinder 3-5	+	--
HA11	Geldleistungen für Familien (positiver Effekt)	--	-
HA12	Anwesenheit anderer Personen im Haushalt (negativer Effekt)	-	-
HL9	Arbeitsmarkt: Teilzeitarbeit: Westdeutschland (negativer Effekt)	-	--
HA13	Arbeitsmarkt: Befristete Beschäftigung (positiver Effekt)	+	-
HA14	Arbeitsmarkt: Öffentlicher Sektor (negativer Effekt)	-	-
HA15	Arbeitsmarkt: Unternehmensgröße (negativer Effekt)	+	-
HA16	Ereignisgeschichte: Dauer des aktuellen Arbeitsverhältnisses (negativer Effekt)	-	+
HA17	Ereignisgeschichte: Arbeitsmarkterfahrung (negativer Effekt)	-	-
HA18	Ereignisgeschichte: Risikoset (positiver Effekt)	-	-
HA19	Ereignisgeschichte: Arbeitslosigkeitszeiten (positiver Effekt)	-	-
HA20	Ereignisgeschichte: Häufigkeit der Hausfrauentätigkeitszeiten (positiver Effekt)	+	+

Anmerkungen:
„HFT NE" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit.
„HFT 15E" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit (weniger als 15 Stunden die Woche).
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Bei den Variablen, die sich auf den Arbeitsmarkt beziehen, sind auffällige Unterschiede zwischen beiden Übergängen festzustellen. Frauen mit befristetem Arbeitsverhältnis und in einem kleinen Unternehmen erwerbstätige Frauen werden weniger wahrscheinlich Hausfrau mit zusätzlicher geringfügiger Beschäftigung als mit gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit. Demgegenüber beeinflusst die Teilzeitbeschäftigung positiv den Übergang in die Hausfrauentätigkeit, wenn diese mit einer geringfügigen Erwerbstä-

tigkeit kombiniert wird. Dies ist nicht hypothesenkonform, da für Westdeutschland ein negativer Effekt erwartet wurde.

Tabelle 21. Übersicht über die Hypothesen zu den Interaktionseffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Westdeutschland
(siehe zu den Interaktionseffekten Kapitel 11)

	Interaktionseffekte	**Effekt(1)**	
Hypo-these	**Kurzbeschreibung**	**HFT NE**	**HFT 15E**
Moderator-Variable: Erwerbseinkommen			
HI_A1	Erwerbseinkommen*Schwangerschaft (negativer Effekt)	-	-
HI_A2	Erwerbseinkommen*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	--	--
HI_A3	Erwerbseinkommen*Kinderzahl (negativer Effekt)	-	-
Moderator-Variable: Anwesenheit eines Ehepartners			
HI_A4	Ehepartner*Schwangerschaft (positiver Effekt)	-	-
HI_A5	Ehepartner*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (positiver Effekt)	--	-
HI_A6	Ehepartner*Kinderzahl (positiver Effekt)	-	--
HI_A7	Ehepartner*Erwerbseinkommen (positiver Effekt)	-	-
Moderator-Variable: Bildung			
HI_A8	Mittlere Bildung*Schwangerschaft (negativer Effekt) Mittlere Bildung*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt) Hohe Bildung*Schwangerschaft (negativer Effekt) Hohe Bildung*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-- - + -	- - - -
HI_A9	Mittlere Bildung*Kinderzahl (negativer Effekt) Hohe Bildung*Kinderzahl (negativer Effekt)	-- -	- -
Moderator-Variable: Arbeitsmarkt			
HI_A10	Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft (positiver Effekt)	+	-
HI_A11	Beschäftigungsverhältnis* Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (positiver Effekt)	-	-
HI_A12	Beschäftigungssektor*Schwangerschaft (negativer Effekt)	+	-
HI_A13	Beschäftigungssektor *Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-	-
HI_A14	Unternehmensgröße*Schwangerschaft (negativer Effekt)	-	-
HI_A15	Unternehmensgröße * Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-	-

Anmerkungen:
„HFT NE" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit
„HFT 15E" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit (weniger als 15 Stunden die Woche)
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); Signifikant in eine andere Richtung (--)
Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(1) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Darüber hinaus haben selbstständige Frauen eine geringere Wahrscheinlichkeit nicht-erwerbstätige Hausfrauen zu werden im Vergleich zu zur Dienstklasse gehörenden Frauen. Damit ist die Hypothese über die unterschiedlichen Effekte der Klassenzugehörigkeit je nach Klasse für den erstdargestellten Übergang bestätigt (HA6). Man kann außerdem feststellen, dass je höher die vom Haushalt für Familien bezogenen Geld-

leistungen sind, desto unwahrscheinlicher werden in Westdeutschland erwerbstätige Frauen nicht-erwerbstätige Hausfrauen. Damit ist die Hypothese über den positiven Effekt der Geldleistungen für Familien für den erstuntersuchten Übergang in Westdeutschland widerlegt.

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass bei einem Wechsel erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit diejenigen mit sehr intensiven Betreuungsaufgaben (Schwangerschaft und Kinder unter 3 Jahren) eher nicht erwerbstätig werden, während Frauen mit mehreren Kindern eher geringfügig erwerbstätig werden. Über die arbeitsmarktbezogenen Variablen kann man sagen, dass während die Teilzeitarbeit sich eher demotivierend bezüglich des Umgangs der Erwerbstätigkeit auswirkt, die Befristung und die in kleinen Unternehmen geltenden Arbeitsbedingungen sich eher auf eine grundsätzliche Teilnahme an dem Arbeitsmarkt auswirken.

Kapitel 16. Italien

16.1. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit

In Italien wurden für den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit (in Kombination mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit) dreizehn unterschiedliche Modelle gerechnet (siehe Anhang D.4.).[54] Für die Schätzung dieses italienischen Übergangs wurden am Anfang die statistischen Modelle mit allen Fällen geschätzt (siehe Anhang D.4.). Das in diesem Kapitel gezeigte Endmodell wurde mit ausschließlich den Fällen geschätzt, die in der Variable „Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen" gleich oder kleiner als eins sind. Das mit allen Fällen geschätzten Modell wird in Anhang E.1. gezeigt. Von den 21 untersuchten Interaktionseffekten bleiben ausschließlich 2 im Endmodell übrig: „mittlere Bildung*Kinderzahl", „Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft". Zwei Interaktionseffekte konnten nicht in den statistischen Modellen überprüft werden: „Unternehmensgröße*Schwangerschaft", „Ehepartner*Schwangerschaft". Weiter unten wird auf die einzelnen Interaktionseffekte eingegangen.

Im Endmodell (Tabelle 22) ist zu erkennen, dass sowohl ein mittleres Bildungsniveau als auch ein hohes Bildungsniveau einen negativen signifikanten Effekt auf den Übergang haben. Je höher die Bildung ist, desto unwahrscheinlicher ist der Übergang. Da das Einkommen und die Berufsklasse kontrolliert wurden, sieht man hier dass der Ef-

[54] Endmodell: Modell ITA_r10a im Anhang D.4.

fekt von Bildung nicht ausschließlich auf die ökonomischen Ressourcen zurückzuführen ist, sondern dass durch Bildung ebenfalls die Einstellung bezüglich der Erwerbstätigkeit beeinflusst wird. Ein weiteres Fazit ist, dass Individuen mit zunehmender Bildung eher Zugang zu Arbeitsstellen finden, die mit besseren Arbeitsbedingungen (nicht nur ökonomischer Art) ausgestattet sind und nicht ausschließlich dem Verdienst eines Lebensunterhalts dienen, sondern auch mit einer persönlichen Weiterentwicklung verbunden sind.

Die Anwesenheit eines Ehepartners hat einen positiven Effekt auf den Übergang. Das Wahrscheinlichkeitsverhältnis von verheirateten (mit dem Ehepartner zusammenlebenden) Frauen von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln (zu nicht zu wechseln) ist um ca. 360 % höher als bei nicht verheirateten nicht mit einem Lebenspartner zusammenlebenden Frauen. Hier erkennt man – wie für Westdeutschland bereits gezeigt - dass der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners nicht auf die gemeinsame Einkommensbesteuerung zurückzuführen ist, da es in Italien eine individualisierte Besteuerung gibt. Da der Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen kontrolliert wurde, kann das Ergebnis auch nicht auf die Ressourcenverteilung in der Ehe zurückgeführt werden. Das hat auch in Italien viel mehr mit Werten und kulturellen Normen zu tun als mit ökonomischen Anreizen. Dies zeigt sich ebenfalls daran, dass der Effekt der Anwesenheit eines Lebenspartners nicht signifikant ist. Dies spricht dafür, dass in Italien verheiratete erwerbstätige Frauen trotz individualisierter Besteuerung und trotz der Kontrolle des Anteils des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit in die Hausfrauentätigkeit wechseln als mit einem Lebenspartner zusammenlebende Frauen. Dies weist auf die traditionellen Rollenvorstellungen von verheirateten Paaren bezüglich weiblicher Erwerbsbeteiligung hin, die bei nicht verheirateten zusammenlebenden Paaren nicht vorhanden sind.

Schwangere Frauen und Frauen mit kleinen Kindern (unter drei Jahren) haben jeweils eine höhere Wahrscheinlichkeit Hausfrau zu werden als nicht schwangere Frauen und als Frauen ohne Kinder bzw. mit älteren Kindern. Bei schwangeren Frauen ist das Wahrscheinlichkeitsverhältnis, erwerbstätig zu bleiben zu Hausfrau zu werden um ca. 200% höher als bei nicht schwangeren Frauen. Der Effekt von Schwangerschaft wirkt stärker bei einer befristeten Beschäftigung. Der Interaktionseffekt „Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft" hat damit ein erwartetes Ergebnis. In dem in Anhang D.4. und E.1. gezeigten Modellen, kann die Nullhypothese diesen Interaktionseffektes nach dem Z-Wert des Koeffizienten nicht abgelehnt werden, nach dem LR-Test wird sie jedoch bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 10% abgelehnt (siehe Anhang D.4. und E.1.). In dem in Tabelle 22 dargestellten Modell ist dieser Interaktionseffekt bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 5% signifikant. Dieser Interakti-

onseffekt war ebenfalls in Westdeutschland signifikant. In beiden Ländern erhöht die Tatsache schwanger zu sein und eine befristete Beschäftigung zu haben, maßgeblich die Wahrscheinlichkeit, in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln. Dies weist darauf hin, dass schwangere Frauen nach einer befristeten Beschäftigung schlechte Chancen haben, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen und ohne Unterbrechung erwerbstätig zu bleiben. Die Ursache dafür kann sein, dass schwangere Frauen nach einer befristeten Beschäftigung eher zu Hause bleiben und sich auf die Geburt des Kindes vorbereiten. Andererseits kann eine Schwangerschaft ein Grund dafür sein, dass Arbeitgeber Arbeitnehmerinnen nach einer Befristung nicht weiter beschäftigen bzw. nicht erneut einstellen.

Im Gegensatz dazu haben keine der schwangeren Frauen, die in einem großen Unternehmen arbeiten, einen Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit. Aus diesem Grund kann bei dem Interaktionseffekt „Unternehmensgröße*Schwangerschaft" die Hypothese über den positiven schwächeren Effekt von Schwangerschaft bei Beschäftigung in einem großen Unternehmen als bestätigt gelten. Weiterhin konnte der Interaktionseffekt „Ehepartner*Schwangerschaft" nicht getestet werden, da alle schwangeren Frauen der italienischen Stichprobe verheiratet sind. Sie können aus diesem Grund nicht mit nicht verheirateten (und nicht mit einem Lebenspartner zusammenlebenden) erwerbstätigen schwangeren Frauen verglichen werden. Die Schätzung des Interaktionseffektes verursacht große Standardfehler. Daher wurde der Interaktionseffekt nicht in das Modell aufgenommen (siehe Anhang D.4.).

Die Anzahl von Kindern hat einen positiven Effekt, dieser ist aber nicht signifikant. Der Interaktionseffekt „mittlere Bildung*Kinderzahl" ist jedoch signifikant. Es wurde erwartet, dass bei zunehmender Bildung der Effekt der Kinderzahl schwächer wird. Der Interaktionseffekt ist jedoch positiv und damit nicht hypothesenkonform. Bei Frauen mittlerer Bildung wird der negative Effekt von Bildung durch die Anzahl von Kindern aufgehoben. Sowohl im Vergleich zur Referenzkategorie (kinderlose Frauen mit niedriger Bildung) als auch im Vergleich mit niedrig gebildeten Frauen mit gleicher Kinderzahl werden Frauen mit mittlerer Bildung erst ab dem zweiten Kind wahrscheinlicher Hausfrau. Möglicherweise können Frauen mit einer mittleren Bildung nach einer Erwerbsunterbrechung wahrscheinlicher in den Arbeitsmarkt einsteigen als Frauen mit einer niedrigen Bildung. In diesem Fall wäre die Erwerbsunterbrechung nicht/ oder weniger riskant bezüglich der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt.

In Italien haben alle untersuchten arbeitsmarktbezogenen Variablen einen signifikanten Effekt. Auf Teilzeitbasis erwerbstätige Frauen sowie Frauen, die ein befristetes Arbeitsverhältnis haben, werden wahrscheinlicher Hausfrauen als Frauen der Referenzkategorie (Vollzeit und unbefristet). Im öffentlichen Dienst erwerbstätige Frauen sowie

Frauen, die in größeren Unternehmen beschäftigt sind, wechseln jeweils unwahrscheinlicher in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit als diejenigen, die im privaten Sektor oder in einem kleinen Unternehmen arbeiten. Alle vier Effekte sind signifikant, wobei der Effekt des Beschäftigungsverhältnisses eine Irrtumswahrscheinlichkeit zwischen 5% und 10% aufweist. Es wird deutlich, dass in Italien die arbeitsmarktbezogenen Variablen eine wichtige Rolle bei dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit spielen. Dies ist ein Indiz dafür, dass der hier untersuchte Übergang in Italien in großem Maße mit den Arbeitsbedingungen und mit der gegebenen Arbeitssituation zusammen hängt. Anscheinend fördern sichere und bessere Arbeitsbedingungen die kontinuierliche Weiterbeschäftigung von Frauen.

Ebenfalls weist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsklasse signifikante Effekte auf. Sowohl Frauen in qualifizierten als auch Frauen in nicht qualifizierten Berufen werden wahrscheinlicher Hausfrau als der Dienstklasse zugehörige Frauen. Während das Wahrscheinlichkeitsverhältnis bei qualifizierten nicht manuellen Berufen um ca. 73 % höher ist, weisen Frauen in qualifizierten manuellen Berufen (135%) und in gering bis nicht qualifizierten Berufen (132%) ein höheres Wahrscheinlichkeitsverhältnis, von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln. Demgegenüber werden selbstständige Frauen unwahrscheinlicher Hausfrau als Frauen mit Berufen der Dienstklasse (Veränderungsfaktor 0,424). Dieser Effekt war auch in Westdeutschland zu sehen, und weist hier ebenfalls darauf hin, dass selbstständige Frauen in einer Arbeitssituation sind, die die Kontinuität der Erwerbstätigkeit ermöglicht bzw. für die eine Erwerbsunterbrechung nicht förderlich ist.

Das Erwerbseinkommen hat hier ebenfalls einen negativen und signifikanten Effekt. Damit kann ebenfalls für Italien festgestellt werden, dass mit steigendem Erwerbseinkommen die Wahrscheinlichkeit des Übergangs sinkt. In Tabelle 22 ist ebenfalls zu sehen, dass bei erwerbstätigen Frauen ohne Erwerbseinkommen ein Übergang wahrscheinlicher ist als bei Frauen mit Erwerbseinkommen (Veränderungsfaktor = 4,322). Wie in Kapitel 14.2.4 erläutert, handelt es sich dabei um Frauen die unbezahlt in Familienunternehmen arbeiten oder selbstständig sind. Dies bedeutet also, dass diese Frauen, die selbständig sind oder in einem eigenen Familienunternehmen arbeiten, und dabei kein Einkommen erzielen, eher in die Hausfrauentätigkeit wechseln.

In dem hier dargestellten Modell ist der Effekt der Variable über den eigenen Einkommensanteil am Haushaltseinkommen nicht signifikant. Es wurde bereits erwähnt, dass einige der Befragten angeben, ein höheres Erwerbseinkommen als das Einkommen des eigenen Haushalts zu haben. Man könnte hier annehmen, dass es sich um fehlerhafte Angaben handelt (entweder von Einkommen der Befragten oder von Haushaltseinkommen). Unter dieser Annahme könnte man die Werte der betroffenen Fälle als

fehlende Werte behandeln. Berechnet man das Modell ohne die genannten Fälle, erhält man hypothesenkonforme Ergebnisse, die allerdings nicht signifikant sind. Unter Berücksichtigung dieser Fälle werden die Ergebnisse jedoch signifikant und nicht hypothesenkonform (siehe Anhang D.4. und E.1.): je höher der eigene Einkommensanteil am Haushaltseinkommen ist, desto wahrscheinlicher ist der Übergang. Die Werte der übrigen Koeffizienten verändern sich nicht wesentlich. Ausschließlich die Koeffizienten der Kohorten sind bei einer niedrigeren Irrtumswahrscheinlichkeit signifikant. Unter den Interaktionseffekten wird „Ehepartner*Kinderzahl" signifikant, während „Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft" nach dem Z-Wert des Koeffizienten nicht signifikant wird. Nach dem LR-Test wird jedoch die Nullhypothese bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 10% abgelehnt, d.h. mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% ist das Regressionsgewicht des Interaktionseffektes „Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft" in der Grundgesamtheit unterschiedlich von Null (siehe Anhang E.1.).

Betrachtet man die Variablen bezüglich der Ereignisanalyse, so kann man feststellen, dass sowohl die Dauer der aktuellen Erwerbstätigkeit als auch die Perioden der Hausfrauentätigkeit signifikant und hypothesenkonform sind. Somit kann man die Aussage treffen, dass mit zunehmender Dauer der aktuellen Erwerbstätigkeit die Wahrscheinlichkeit des Übergangs abnimmt. Darüber hinaus wird gezeigt, dass je häufiger erwerbstätige Frauen Episoden der Hausfrauentätigkeit haben, desto wahrscheinlicher werden sie wieder Hausfrau. Pro Episode der Hausfrauentätigkeit steigt das Wahrscheinlichkeitsverhältnis, in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln (zu erwerbstätig zu bleiben) um ca. 122%. Dieser Effekt war ebenfalls in Westdeutschland zu sehen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Episoden der Hausfrauentätigkeit das Verhalten in Richtung traditionelleres Rollenverhalten beeinflussen, da es dadurch wahrscheinlicher wird, wieder Hausfrau zu werden. Dies fällt insbesondere auf, da die Variablen über die Anzahl der Episoden von Arbeitslosigkeit sowie von sonstigen Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit nicht den hier untersuchten Übergang beeinflussen. Daher kann hier weniger von einer Entwertung des Humankapitals während der Unterbrechung gesprochen werden, sondern viel eher über eine Änderung des Lebensstils bzw. des Verhaltens bezüglich der Hausfrauentätigkeit.

In Italien zeigt außerdem die Region einen signifikanten Einfluss. Die Frauen aus Süditalien werden wahrscheinlicher Hausfrau als Frauen aus Nord- und Mittelitalien. Die Frauen aus Süditalien unterscheiden sich außerdem signifikant von den Frauen aus Norditalien. In Mittelitalien zu leben beeinflusst ebenfalls positiv den Übergang, die Ergebnisse sind jedoch nicht signifikant.

Tabelle 22. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit): Italien

	Exp(b)	Kehrwert Exp(b)	Exp(b*sd)
Bildungsniveau: niedrige Bildung (bis Sekundarstufe I)			
Mittlere Bildung (Sekundarstufe II)	0,578*	1,730	0,761*
Hohe Bildung (Tertiärer Bereich)	0,389*	2,571	0,725*
Familienstand: nicht verheiratet und nicht zusammenlebend			
verheiratet zusammenlebend	4,598***		2,047***
nicht verheiratet zusammenlebend	1,725		1,097
Schwangerschaft (Referenzkategorie: nein)	2,975***		1,192***
Kinder: keine Kinder oder Kinder über 6 Jahre			
jüngstes Kind unter 3	1,793**		1,212**
jüngstes Kind 3 bis 5	0,694	1,441	0,892
Anzahl von Kindern	1,058		1,058
Umfang der Erwerbstätigkeit: Vollzeit			
Teilzeit	1,551*		1,159*
missing	2,084+		1,103+
Beschäftigungssektor: privat			
öffentlich	0,351***	2,849	0,612***
missing	0,394	2,538	0,931
Beschäftigungsverhältnis: unbefristet			
befristet	1,508+		1,129+
missing	3,234***		1,641***
Unternehmensgröße: weniger als 100 Mitarbeiter			
ab 100 Mitarbeiter	0,506*	1,976	0,770*
missing	1,756		1,126
Berufsklasse: Dienstklasse			
Qualifizierte nicht manuelle Berufe	1,734+		1,308+
Selbständige	0,424*	2,358	0,726*
Qualifizierte manuelle Beruf und Landwirtschaft	2,344*		1,275*
Gering bis nicht qualifizierter Beruf	2,320*		1,310*
Job Dauer	0,947**	1,056	0,740**
missing	0,372***	2,688	0,747***
Logarithmiertes Erwerbseinkommen	0,776*	1,289	0,824*
Dummy-Variable: kein Erwerbseinkommen	4,322***		1,381***
Eigener Anteil am Haushaltseinkommen	1,248		1,051
Episoden der Hausfrauentätigkeit	2,217***		1,238***
Region: Norditalien			
Mittelitalien	1,163		1,061
Süditalien	1,550**		1,223**
Kohorte: 76-84			
Kohorte 67-75	0,445*	2,247	0,690*
Kohorte 58-66	0,447+	2,237	0,673+
Kohorte 49-57	0,574	1,742	0,782
Mittlere Bildung*Kinderzahl	1,346*		1,286*
Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft	4,309*		1,078*
Konstante (1)	0,015***		***

N (Anzahl von Beobachtungen) =11203; Übergänge=249; Chi-Quadrat=424,645; Log-Likelihood= -942,939; Mc Fadden Pseudo R^2=0,210; Irrtumswahrscheinlichkeit: + < 0,1; * < 0,5; ** <0,01; ***<0,001.

Anmerkungen: auch nach Erhebungszeitpunkten kontrolliert (siehe Anhang D.4.).
Es wurden 13 unterschiedliche Modelle Berechnet. In diesen Modellen konnten folgende Interaktionseffekte nicht aufgenommen werden: „Unternehmensgröße*Schwangerschaft", „Ehepartner*Schwangerschaft" (siehe Anhang D.4.).
Die Beobachtungen mit Werten >1 in der Variable „Eigener Anteil am Haushaltseinkommen" wurden aus dem Modell ausgeschlossen.
Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben.
Exp(b): unstandardisierte Odds-Ratios; Kehrwert Exp(b): ausschließlich für unstandardisierte Odds-Ratios < 1; exp(b*sd): standardisierte Odds-Ratios; se: standard error; (1) Auf der Logit-Ebene hat die Konstante einen Wert von -1,82390874

Bei der Kohortenanalyse wurde als Referenzkategorie die jüngste Kohorte ausgewählt, die zwischen 1976 und 1984 geboren wurde. Diese Frauen sind in dem untersuchten Zeitraum in einem Alter von 16 bis 24 Jahren, also sehr junge Frauen, die im Beobachtungszeitraum mindestens eine Episode der Erwerbstätigkeit hatten. In Tabelle 22 kann man sehen, dass Frauen aus älteren Kohorten weniger wahrscheinlich in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit wechseln, wobei der negative Effekt schwächer wird, je älter die Kohorte ist. Ausschließlich der Effekt der „Kohorte 67-75" ist signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%. Der Effekt der „Kohorte 58-66" ist nicht signifikant.

Bei näherer Betrachtung der relativen Einflussstärken anhand der standardisierten Odds-Ratios ist festzustellen, dass ebenso wie in Westdeutschland auch in Italien der Unterschied zwischen verheirateten in Partnerschaft lebenden Frauen und nicht verheirateten nicht in Partnerschaft lebende Frauen einer der größten ist. Dieser Unterschied ist größer als bei Frauen mittlerer bzw. hoher Bildung im Vergleich zu niedriger Bildung, aber auch größer als der Unterschied zwischen schwangeren und nicht schwangeren Frauen und zwischen Frauen mit kleinen Kindern (unter 3 Jahren) und Frauen ohne Kinder bzw. mit älteren Kindern (über 5 Jahre). Ebenfalls ist der Unterschied stärker als zwischen den Vergleichsgruppen der arbeitsmarktbezogenen Dummy-Variablen: Teilzeit zu Vollzeit, öffentlicher Beschäftigungssektor zu privatem Beschäftigungssektor, befristetem zu unbefristetem Beschäftigungsverhältnis und großem zu kleinem Unternehmen. Dabei ist hervorzuheben, dass der Unterschied zwischen im öffentlichen und im privaten Sektor beschäftigten Frauen ebenfalls im Vergleich zu anderen Dummy-Variablen einer der relativ größten ist. Unter den arbeitsmarktbezogenen Dummy-Variablen ist auch ein relativ starker Effekt bei der Größe des Unternehmens zu sehen. Unter den Dummy-Variablen bezüglich der Klassenzugehörigkeit findet man den größten Unterschied zwischen den Selbständigen und den zur Dienstklasse gehörenden Frauen.

16.2. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit

Bei der Schätzung des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit wurden dreizehn unterschiedliche Modelle gerechnet.[55] Zwei Haupteffekte konnten nicht in den Modellen aufgenommen werden: die Missing-Variable für die Variable über den Beschäftigungssektor sowie die Dummy-Variable für die jüngste Kohorte. Es wird kein Übergang bei den Fällen beobachtet, die in der einen und/oder in

[55] Endmodell: Modell ITB_r11a im Anhang D.5.

der anderen Variablen unter Ausprägung Eins erfasst sind. Diese Fälle wurden aus den Modellen ausgeschlossen und die genannten Variablen nicht aufgenommen (siehe Anhang D.5.). Wie bei dem in Kapitel 16.1 gezeigten Modell wurden hier anfangs die statistischen Modelle mit allen Fällen geschätzt (siehe Anhang D.5.). Das in diesem Kapitel gezeigte Endmodell wurde mit ausschließlich den Fällen geschätzt, die in der Variable „Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen" gleich oder kleiner als eins sind. Das mit allen Fällen geschätzten Modell wird in Anhang E.2. gezeigt.

Von den 21 zu untersuchenden Interaktionseffekten konnten ausschließlich 13 getestet werden. Bei drei Interaktionseffekten, die nicht geschätzt werden können, gelten die jeweiligen Hypothesen als bestätigt und bei einem als widerlegt. Sie werden weiter unten näher erläutert. Vier weitere Interaktionseffekte konnten aufgrund fehlender Fälle nicht geschätzt werden (für eine nähere Erläuterung siehe Anhang D.5.).

Ein mittleres oder ein hohes Bildungsniveau hat in Italien keinen signifikanten Einfluss auf den Übergang in die „arbeitslose" Hausfrauentätigkeit. Während in Tabelle 22 gezeigt werden konnte, dass mit zunehmender Bildung erwerbstätige Frauen unwahrscheinlicher Hausfrauen werden, kann dies für die Kombination der Hausfrauentätigkeit mit gleichzeitiger „Arbeitslosigkeit" nicht bestätigt werden. Demgegenüber hat die „Anwesenheit eines Ehepartners" einen positiven signifikanten Effekt auf beide Übergänge. Der Effekt ist höher bei dem Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit, jedoch ist der Effekt auch in dem hier geschätzten Übergang signifikant. Einen nicht-ehelichen Partner zu haben hat ebenfalls einen positiven Effekt, der aber nicht signifikant ist. Ebenfalls positive signifikante Effekte hat die Anwesenheit von eigenen Kindern im Haushalt, jedoch ausschließlich im Alter von 3 bis 5 Jahre. Dies kann dadurch erklärt werden, dass Frauen mit kleinen Kindern (unter 3 Jahren) in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit wechseln (siehe Tabelle 22), während wenn das jüngste Kind etwas älter ist (3 bis 5 Jahren) ausschließlich der Übergang in eine arbeitslose Hausfrauentätigkeit beeinflusst wird. Ähnliche Effekte waren in Westdeutschland für den Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit festzustellen. In beiden Ländern beeinflusst die Anwesenheit kleiner Kinder (unter drei Jahren) den Übergang in die Hausfrauentätigkeit, jedoch nur wenn die Frauen nicht gleichzeitig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen bzw. erwerbstätig sind. Dies spricht dafür, dass wenn die Frauen kleine Kinder haben, die Erwerbsunterbrechung der Kinderbetreuung gewidmet wird. Ist demgegenüber die Hausfrauentätigkeit „arbeitsmarktnah", so hat die Anwesenheit kleiner Kinder keinen Einfluss auf den Übergang.

Der Effekt der Anwesenheit eines kleinen Kindes ist jedoch unterschiedlich je nach Größe des Unternehmens, in dem die Mutter beschäftigt ist. Das Ergebnis ist nicht Hy-

pothesenkonform (HI_A15): Frauen, die in einem großen Unternehmen arbeiten und ein kleines Kind haben, wechseln wahrscheinlicher in die „arbeitslose" Hausfrauentätigkeit als Frauen mit kleinen Kindern, die in kleinen Unternehmen erwerbstätig sind. Der Interaktionseffekt hebt damit vollständig den negativen Effekt der Unternehmensgröße auf. Frauen mit kleinen Kindern werden wahrscheinlicher Hausfrau, wenn sie in einem großen Unternehmen arbeiten als wären sie in einem kleinen Unternehmen erwerbstätig. Dabei handelt es sich um eine Hausfrauentätigkeit, die nach den ILO-Standards als Arbeitslosigkeit eingestuft wird. D.h. diese Frauen verstehen sich selbst als Hausfrauen, sie stehen aber dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Der Effekt könnte dadurch erklärt werden, dass kleine Betriebe weniger anonym sind und dort möglicherweise bei Kündigung mehr Rücksicht auf die Situation von Müttern mit kleinen Kindern genommen wird.

Im Unterschied zu dem in Kapitel 16.1 gerechneten Modell hat hier die Schwangerschaft keinen signifikanten Effekt. Werden schwangere erwerbstätige Frauen Hausfrau, geschieht dies aufgrund der Schwangerschaft. Sie stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und werden daher auch nicht nach den ILO-Standards als arbeitslos eingestuft. Vier Interaktionseffekte von Schwangerschaft konnten nicht geschätzt werden: „Hohe Bildung*Schwangerschaft", „Beschäftigungsumfang*Schwangerschaft", „Beschäftigungssektor* Schwangerschaft", „Unternehmensgröße*Schwangerschaft". Keine der erwerbstätigen schwangeren Frauen, die hoch gebildet sind, oder auf Teilzeitbasis arbeiten, oder im öffentlichen Dienst tätig sind oder in großen Unternehmen arbeiten, wechseln in die Hausfrauentätigkeit. Der Effekt von Schwangerschaft bei hoher Bildung entspricht den Erwartungen (HI_A8): Der Effekt von Schwangerschaft ist schwächer bei Frauen mit hoher als bei Frauen mit niedriger Bildung. Die Hypothesen über den schwächeren positiven Effekt von Schwangerschaft bei Beschäftigung im öffentlichen Sektor (HI_A12) und bei Beschäftigung in einem großen Unternehmen (HI_A14) werden bestätigt. Demgegenüber wird die Hypothese über den stärkeren Effekt von Schwangerschaft bei Teilzeitbeschäftigung widerlegt (HI_L3).

Unter den arbeitsmarktbezogenen Variablen werden bei drei Variablen signifikante Effekte festgestellt. Alle drei sind hypothesenkonform. Sowohl die im öffentlichen Sektor beschäftigte Frauen, als auch diejenigen, die in einem großen Unternehmen erwerbstätig sind, haben im Vergleich zu den Frauen, die jeweils im privaten Sektor oder in kleinen Unternehmen arbeiten, eine niedrigere Wahrscheinlichkeit arbeitslose Hausfrauen zu werden. Einen positiven Effekt hat die befristete Beschäftigung, die die Wahrscheinlichkeit des Übergangs erhöht. Im Unterschied zu dem Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit hat hier der Beschäftigungsumfang keinen signifikanten Effekt, der Einfluss ist jedoch ebenfalls positiv (siehe Anhang D.5.). Daher lässt sich schlussfolgern, dass die Teilzeitarbeit sich demotivierend auf die weibli-

che kontinuierliche Erwerbstätigkeit auswirken kann, während sich die restlichen drei untersuchten arbeitsmarktbezogenen Variablen sich sowohl demotivierend als auch Arbeitslosigkeit verursachend auswirken. Dies kann ebenfalls ein Hinweis sein auf eine stärkere Erwerbsorientierung von Frauen, die auf Vollzeitbasis arbeiten verglichen mit denjenigen, die auf Teilzeitbasis erwerbstätig sind. Verlassen letztgenannte die Erwerbstätigkeit, werden sie Hausfrau, suchen aber keine Beteiligung am Arbeitsmarkt, sie sind also nicht arbeitssuchend sondern erwerbslos, was für eine geringere Erwerbsorientierung sprechen kann.

Bezüglich der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsklasse kann ausschließlich bei der Selbstständigkeit ein signifikanter Effekt festgestellt werden. Selbstständige Frauen wechseln weniger wahrscheinlich in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit als der Dienstklasse zugehörige Frauen. Die Zugehörigkeit zu einem qualifizierten manuellen Beruf wirkt sich negativ auf den Übergang aus, wobei die Ergebnisse nicht signifikant sind, und daher rein zufällig sein könnten (zumal der Koeffizient relativ schwach ist). Im Gegensatz zu dem in Kapitel 16.1 geschätzten Übergang wird hier festgestellt, dass die drei übrigen Variablen für die Klassenzugehörigkeit keinen signifikanten Effekt haben. Der Effekt der Selbständigkeit ist jedoch bei beiden geschätzten Übergängen in Italien sowie bei dem westdeutschen Übergang in die Hausfrauentätigkeit signifikant. Dies ist eine weitere Bestätigung der bisherigen Ergebnisse, die dafür sprechen, dass selbstständige Frauen eine Arbeitssituation haben, die eine Kontinuität in der Erwerbstätigkeit erfordert.

Wie erwartet hat das Erwerbseinkommen ebenfalls hier einen negativen Effekt: je höher das Erwerbseinkommen, desto unwahrscheinlicher verlassen Frauen die Erwerbstätigkeit. Kein Erwerbseinkommen zu haben hat hier einen positiven Effekt, der aber nicht signifikant ist. Erwerbstätige Frauen ohne Erwerbseinkommen werden wahrscheinlicher Hausfrauen als diejenigen, die ein Erwerbseinkommen haben. Dieser Effekt ist jedoch nur signifikant, wenn die Hausfrauentätigkeit mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit kombiniert wird. Werden erwerbstätige Frauen arbeitslose Hausfrauen, hat die Abwesenheit eines Einkommens keinen Effekt auf den Übergang. In Kapitel 14.2.4 wurde bereits erläutert, dass erwerbstätige Frauen ohne Einkommen Frauen sind, die entweder im Familienunternehmen arbeiten oder selbstständig sind. Daher liegt die Vermutung nahe, dass ein Wechsel in die Hausfrauentätigkeit nicht mit der Suche nach einer Stelle verbunden ist, sondern dass sie eher dem eigenen oder dem Familienunternehmen weiterhin zur Verfügung stehen.

Tabelle 23. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit): Italien

	Exp(b)	Kehrwert Exp(b)	Exp(b*sd)
Familienstand: nicht verheiratet und nicht zusammenlebend			
verheiratet zusammenlebend	3,200*		1,721*
nicht verheiratet zusammenlebend	1,442		1,064
Kinder: keine Kinder oder Kinder über 6 Jahre			
jüngstes Kind unter 3	1,832		1,221
jüngstes Kind 3 bis 5	2,169*		1,275*
Beschäftigungssektor: privat			
öffentlich	0,329*	3,040	0,593*
Beschäftigungsverhältnis: unbefristet			
befristet	2,037+		1,231+
missing	3,117*		1,615*
Unternehmensgröße: weniger als 100 Mitarbeiter			
ab 100 Mitarbeiter	0,237+	4,219	0,572+
missing	1,606		1,103
Berufsklasse: Dienstklasse			
Qualifizierte nicht manuelle Berufe	1,691		1,292
Selbständige	0,140**	7,143	0,478**
Qualifizierte manuelle Beruf und Landwirtschaft	0,821	1,218	0,945
Gering bis nicht qualifizierter Beruf	1,833		1,214
Job Dauer	0,905**	1,105	0,576**
missing	0,382*	2,618	0,753*
Dauer seit erstem Job	1,035*		1,341*
missing	0,139+	7,194	0,681+
Logarithmiertes Erwerbseinkommen	0,617*	1,621	0,690*
Dummy-Variable: Kein Erwerbseinkommen	1,067		1,014
Eigener Anteil am Haushaltseinkommen	0,909	1,100	0,979
Episoden der Hausfrauentätigkeit	2,154**		1,228**
Region: Norditalien			
Mittelitalien	3,781***		1,683***
Süditalien	2,004+		1,376+
Unternehmensgröße*Jüngstes Kind unter 3	8,940*		1,403*
Konstante (1)	0,002***		***

N (Anzahl von Beobachtungen) =10782; Übergänge=67; Chi-Quadrat=235,97; Log-Likelihood= -330,15; Mc Fadden Pseudo R^2=0,189; Irrtumswahrscheinlichkeit: + < 0,1; * < 0,5; ** <0,01; ***<0,001.

Anmerkungen: auch nach Erhebungszeitpunkten kontrolliert.
Es wurden 13 unterschiedliche Modelle Berechnet. In diesen Modellen konnten folgende Interaktionseffekte nicht aufgenommen werden: „Hohe Bildung*Schwangerschaft", „Beschäftigungssektor* Schwangerschaft", „Unternehmensgröße*Schwangerschaft", „Beschäftigungsumfang*Schwangerschaft", „Ehepartner*Schwangerschaft", „"Mittlere Bildung*Schwangerschaft", „Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft", „Ehepartner*Jüngstes Kind unter 3" (siehe Anhang D.5.).
Die Beobachtungen mit Werten >1 in der Variable „Eigener Anteil am Haushaltseinkommen" wurden aus dem Modell ausgeschlossen.
Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben.
Exp(b): unstandardisierte Odds-Ratios; Kehrwert Exp(b): ausschließlich für unstandardisierte Odds-Ratios < 1; exp(b*sd): standardisierte Odds-Ratios; se: standard error; (1) Auf der Logit-Ebene hat die Konstante einen Wert von -2,698.

Bei der Variable „Anteil des eigenen Erwerbseinkommens an dem Haushaltseinkommen" können ähnliche Effekte wie in dem in Kapitel 16.1 geschätzten Übergang gefunden werden. Hier wurde das Modell ausschließlich mit den Fällen geschätzt, die in dieser Variable Werte kleiner oder gleich eins haben. In diesem Fall hat die Variable keinen signifikanten Effekt. Berechnet man das Modell mit allen Fällen, so hat die Variable einen positiven signifikanten Effekt (siehe Anhang E.2.). Das ist ein nicht erwartetes Ergebnis, das möglicherweise, wie bereits weiter oben erklärt, auf die Qualität der Daten zurückzuführen ist.

Bei näherer Betrachtung der Variablen, die sich auf die Ereignisgeschichte Beziehen, kann festgestellt werden, dass die Beschäftigungsdauer in der aktuellen Stelle auch in diesem zweiten italienischen Übergang einen negativen Einfluss hat. Demgegenüber hat die Dauer seit Eintritt in den ersten Job einen positiven Effekt, der in dem Übergang in die „nicht-erwerbstätige" Hausfrauentätigkeit nicht gefunden wurde. Dieses Ergebnis ist nicht hypothesenkonform, könnte jedoch auf eine Korrelation mit der Kohorte zurückgeführt werden. Wie in Anhang D.5. zu sehen ist, wird der Effekt erst im letzten Modell signifikant, nachdem in diesem letzten Schritt (von Modell ITB_r10 auf ITB_r11) die Dummy-Variablen für Kohorte ausgeschlossen wurden. Diese hatten in allen für diesen Übergang gerechneten Modellen einen positiven Effekt: je älter die Kohorte, desto wahrscheinlicher der Übergang. Sie wurden jedoch nicht mehr im letzten Modell berücksichtigt, weil die Effekte im vorletzten Modell (und in den davor gerechneten Modellen) nicht signifikant waren (siehe Anhang D.5.). Der Effekt der Anzahl der Episoden in der Hausfrauentätigkeit ist, wie in allen bisher dargestellten Modellen, positiv und signifikant: je öfter eine Frau in der Vergangenheit bereits Hausfrau gewesen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie wieder Hausfrau wird.

Die Region, in der die Frauen leben, beeinflusst ihr Verhalten bezüglich des untersuchten Übergangs. In Mittel- und Süditalien werden Frauen, im Vergleich zu Norditalien, wahrscheinlicher Hausfrau. Im Unterschied zu dem in Kapitel 16.1 geschätzten Übergang, in dem der Effekt der mittelitalienischen Regionen positiv aber nicht signifikant war, ist hier der Effekt stärker als der Effekt in den süditalienischen Regionen und auch signifikant. Dies könnte dadurch erklärt werden, dass in Mittelitalien Hausfrauen eher arbeitssuchend sind als in Süditalien. Wenn in Süditalien erwerbstätige Frauen Hausfrauen werden, widmen sie sich vollständig der Hausfrauentätigkeit und stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung.

Bezüglich des standardisierten Odds-Ratios kann man in diesem Übergang beobachten, dass der Unterschied zwischen Selbständigen und zur Dienstklasse gehörenden Frauen einer der größten unter den Vergleichsgruppen der Dummy-Variablen ist. Große Unterschiede zwischen den Vergleichsgruppen zeigen ebenfalls folgende arbeits-

marktbezogenen Variablen: Unternehmensgröße und Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Verheiratet zu sein im Vergleich zu nicht verheiratet und nicht in Partnerschaft zusammenlebend zu sein, zeigt ebenfalls einen relativ starken Effekt auf den Übergang sowie die Tatsache in Mittelitalien im Vergleich zu in Süditalien zu leben.

16.3. Zusammenfassung und Übersicht über die getesteten Hypothesen zu dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit

In Italien werden, so wie in Westdeutschland, beide Übergänge durch die Anwesenheit eines Ehepartners relativ stark beeinflusst. Dabei ist der Einfluss stärker auf die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit als auf die arbeitslose Hausfrauentätigkeit. Da der Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen kontrolliert wurde, kann der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners nicht auf die Ressourcenverteilung in der Ehepartnerschaft zurückgeführt werden. Die Hypothese HA5 ist damit für beide Übergänge widerlegt. Da die Einkommensbesteuerung in Italien außerdem individuell erfolgt, sind diese Ergebnisse eher ein Hinweis auf traditionelle Rollenvorstellungen bezüglich der Arbeitsmarktbeteiligung verheirateter Frauen.

Bezüglich der Variablen, die sich auf den Arbeitsmarkt beziehen, kann man deutlich erkennen, dass der Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit von allen untersuchten arbeitsmarktbezogenen Variablen (hypothesenkonform) beeinflusst wird. Dabei hat die Beschäftigung im öffentlichen Sektor sowie in einem großen Unternehmen einen negativen Effekt auf den Übergang. Positive Effekte sind bei der Teilzeitarbeit und bei der befristeten Beschäftigung festzustellen. Im Gegensatz dazu wird der Übergang in die arbeitslose Erwerbstätigkeit ausschließlich von drei arbeitsmarktbezogenen Variablen beeinflusst: Unternehmensgröße, Beschäftigungssektor und befristete Beschäftigung. Die öffentliche Beschäftigung beeinflusst stärker (und negativ) den Übergang in die nicht-erwerbstätige als in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit, während die Beschäftigung in einem großen Unternehmen (negativ) sowie in befristeten Arbeitsverhältnissen (positiv) stärker den Übergang in die arbeitslose als in die nicht-Erwerbstätige Hausfrauentätigkeit beeinflussen. Die entsprechenden Hypothesen (HA13, HA14, HA15) werden somit für beide Übergänge bestätigt. Demgegenüber werden die Hypothesen über den positiven Effekt der Teilzeitarbeit (HL10) und über den starken Effekt des öffentlichen Sektors in Italien (HEL3) auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit ausschließlich für den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit bestätigt. Der Effekt des öffentlichen Sektors und der Unternehmensgröße auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit ist in Italien eine Bestätigung der Ergebnisse von Bratti, Del Bono und Vuri (2004). Sie zeigen bereits in ihren Untersuchungen, dass Stellen öffentlicher Arbeitgeber in Italien besonders interessant für eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit von Frauen sind, da hier Erwerbsunterbrechungen

vermieden werden und eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ermöglicht wird. Ebenfalls zeigen sie, dass die Unternehmensgröße eine wichtige Rolle bei der Erwerbskontinuität von Frauen spielt. Ein Grund dafür ist scheinbar, dass in großen Unternehmen bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzregelungen gelten.

Das Bildungsniveau sowie kein Erwerbseinkommen zu haben beeinflussen (unter Kontrolle aller weiteren Variablen) ausschließlich den Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit (Hypothesen HA1, HA7 werden bestätigt). Dabei gilt, dass höher gebildete Frauen sowie Frauen mit einem Erwerbseinkommen jeweils unwahrscheinlicher Hausfrauen werden als niedrig qualifizierte Frauen und als Frauen ohne Erwerbseinkommen. Die Höhe des Erwerbseinkommens hat in beiden Übergängen einen Einfluss, wobei der Effekt stärker in dem zweituntersuchten Übergang ist. Damit wird Hypothese HA2 für beide Übergänge bestätigt.

In Italien beeinflussen die Dauer der aktuellen Erwerbstätigkeit sowie die Zeiten der Hausfrauentätigkeit beide Übergänge (Bestätigung der Hypothesen HA16 und HA20). Während der Effekt der Dauer der aktuellen Erwerbstätigkeit sich stärker auf den Übergang in die arbeitslose als in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit (negativ) auswirkt, beeinflusst die Anzahl der Phasen der Hausfrauentätigkeit stärker den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit.

Bei der Klassenzugehörigkeit wird die Hypothese über die unterschiedliche Auswirkung der Klassenzugehörigkeit auf den Übergang (HA6) bestätigt, es werden dabei unterschiedliche Ergebnisse je nach Übergang festgestellt. Während sich beim Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit die Zugehörigkeit zu allen Klassen von der Zugehörigkeit zur Dienstklasse signifikant unterscheidet, ist dies beim Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit nur bei der Zugehörigkeit zu den Selbstständigen der Fall. Dabei ist bei selbstständigen Frauen die Wahrscheinlichkeit höher, nicht-erwerbstätige als arbeitslose Hausfrau zu werden. Wie bereits oben erwähnt, liegt hier die Vermutung nahe, dass selbstständige Frauen in einer Arbeitssituation sind, in der sich Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit auf eine Fortsetzung der Selbstständigkeit nachteilig auswirkt.

Eher relativ schwache Effekte, und zwar in beiden Übergängen, hat in Italien das Alter des jüngsten Kindes. Ist das Kind unter 3 Jahren, so ist ausschließlich der Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit signifikant. Bei Kindern zwischen 3 und 5 Jahren wird ausschließlich der Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit signifikant beeinflusst. Da der Effekt dieser Variable für den erstgerechneten Übergang nicht signifikant ist, wird Hypothese HA10 in diesem Fall bestätigt. Für den Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit wird diese Hypothese widerlegt, da der Effekt des Alters des jüngsten Kindes stärker (und signifikant) für Kinder zwischen 3 und 5 Jahre

ist, als für Kinder zwischen 0 und 2 Jahre. Der Unterschied ist jedoch eher gering. Der Effekt von Schwangerschaft wirkt sich ausschließlich auf den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit.

Italienische Frauen aus Norditalien werden weniger wahrscheinlich Hausfrauen als Frauen aus Mittel- oder Süditalien. Frauen aus Mittelitalien wechseln eher in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit während Frauen aus Süditalien sowohl in die arbeitslose als auch in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit wechseln.

Aus den bisher dargestellten Ergebnissen könnte man schlussfolgern, dass der Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit eher aus einer Selbstentscheidung heraus stattfindet, während der Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit eher fremdbestimmt geschieht. Somit haben die Anwesenheit eines Ehemannes, die Schwangerschaft sowie das Alter des jüngsten Kindes auf den erstgenannten Übergang einen stärkeren Einfluss als auf den Zweitgenannten. Das Bildungsniveau hat ebenfalls einen signifikanten Effekt auf den erstgerechneten Übergang, der darauf hinweist, dass höher gebildete Frauen seltener die Erwerbstätigkeit verlassen um nicht-erwerbstätige Hausfrau zu werden. Schaut man sich die arbeitsmarktbezogenen Variablen an, so lässt sich feststellen, dass Teilzeitarbeit ausschließlich den Übergang in eine nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit beeinflusst, während Variablen, die eher unsichere Arbeitsbedingungen erfassen, wie die befristete Beschäftigung, die Erwerbstätigkeit im privaten Sektor und in kleinen Unternehmen, den Übergang in die Hausfrauentätigkeit stärker beeinflussen, wenn diese mit einer Arbeitslosigkeit kombiniert wird. Demgegenüber beeinflussen die Klassenzugehörigkeit sowie die Variablen über die Ereignisgeschichte („Dauer der aktuellen Erwerbstätigkeit" und „Episoden der Hausfrauentätigkeit") beide Übergänge.

Tabelle 24. Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Italien
(siehe zu den Haupteffekten Kapitel 10)

	Haupteffekte	**Effekt(1)**	
Hypo-these	**Kurzbeschreibung**	**HFT NE**	**HFT AL**
HA1	Humankapital: Abwesenheit eines Erwerbseinkommens (positiver Effekt) (2)	+	-
HA2	Humankapital: Höhe des Erwerbseinkommen (negativer Effekt)	+	+
HA3	Familienökonomie: Anteil des eigenen Erwerbseinkommens an dem Haushaltseinkommen (negativer Effekt)	-	-
HA4	Familienökonomie: Anwesenheit eines Lebenspartners (kein Effekt)	+	+
HA5	Familienökonomie: Anwesenheit eines Ehepartners (kein Effekt)	--	--
HA6	Klasse: Unterschiede je nach Klasse	+	+
HA7	Bildung: Mittlere/ hohe Bildung (negativer Effekt)	+	-
HA8	Schwangerschaft/ kleine Kinder (0-5 Jahre) (positiver Effekt)	+	+
HA9	Kinder: Kinderzahl (positiver Effekt)	-	-
HA10	Familienpolitik: Effekt Kinder 0-2 > Effekt Kinder 3-5	+	--
HA11	Geldleistungen für Familien (positiver Effekt)	-	-
HA12	Anwesenheit anderer Personen im Haushalt (negativer Effekt)	-	-
HL10	Arbeitsmarkt: Teilzeitarbeit: In Italien positiver Einfluss (positiver Effekt)	+	-
HA13	Arbeitsmarkt: Befristete Beschäftigung (positiver Effekt)	+	+
HA14	Arbeitsmarkt: Öffentlicher Sektor (negativer Effekt)	+	+
HEL3	Arbeitsmarkt: Öffentlicher Sektor: In Italien einer der stärksten relativen Einflüsse	+	-
HA15	Arbeitsmarkt: Unternehmensgröße (negativer Effekt)	+	+
HA16	Ereignisgeschichte: Dauer des Jobs (negativer Effekt)	+	+
HA17	Ereignisgeschichte: Arbeitsmarkterfahrung (negativer Effekt)	-	--
HA18	Ereignisgeschichte: Risikoset (positiver Effekt)	-	-
HA19	Ereignisgeschichte: Arbeitslosigkeitszeiten (positiver Effekt)	-	-
HA20	Ereignisgeschichte: Häufigkeit der Hausfrauentätigkeitszeiten (positiver Effekt)	+	+

Anmerkungen:
„HFT NE" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit.
„HFT AL" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit.
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); Signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Tabelle 25. Übersicht über die Hypothesen zu den Interaktionseffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Italien
(siehe zu den Interaktionseffekten Kapitel 11)

	Interaktionseffekte	**Effekt(1)**	
Hypo-these	**Kurzbeschreibung**	**HFT NE**	**HFT AL**
Moderator-Variable: Erwerbseinkommen			
HI_A1	Erwerbseinkommen*Schwangerschaft (negativer Effekt)	-	-
HI_A2	Erwerbseinkommen*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-	-
HI_A3	Erwerbseinkommen*Kinderzahl (negativer Effekt) (negativer Effekt)	-	-
Moderator-Variable: Anwesenheit eines Ehepartners			
HI_A4	Ehepartner*Schwangerschaft (positiver Effekt)	-	-
HI_A5	Ehepartner *Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (positiver Effekt)	-	-
HI_A6	Ehepartner *Kinderzahl (positiver Effekt)	--	-
HI_A7	Ehepartner*Erwerbseinkommen (positiver Effekt)	-	-
Moderator-Variable: Bildung			
HI_A8	Mittlerer Bildung*Schwangerschaft (negativer Effekt) Mittlerer Bildung*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt) Hoher Bildung*Schwangerschaft (negativer Effekt) Hoher Bildung*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	- - - -	- - + -
HI_A9	Mittlerer Bildung*Kinderzahl (negativer Effekt) Hoher Bildung*Kinderzahl (negativer Effekt)	-- -	- -
Moderator-Variable: Arbeitsmarkt			
HI_A10	Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft (positiver Effekt)	+	-
HI_A11	Beschäftigungsverhältnis* Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (positiver Effekt)	-	-
HI_A12	Beschäftigungssektor*Schwangerschaft (negativer Effekt)	-	+
HI_A13	Beschäftigungssektor * Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-	-
HI_A14	Unternehmensgröße*Schwangerschaft (negativer Effekt)	+	+
HI_A15	Unternehmensgröße * Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-	--

Anmerkungen:
„HFT NE" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit.
„HFT AL" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit.
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Kapitel 17. Spanien

17.1. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit

Für Spanien wurden für den Übergang erwerbstätiger Frauen in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit dreizehn unterschiedliche Modelle gerechnet (siehe Anhang D.6). Das Endmodell wird in Tabelle 26 dargestellt.[56] In der Berechnung der Modelle konnten 20 Interaktionseffekte geschätzt werden. Der Interaktionseffekt „Unternehmensgröße*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren)" konnte in den Modellen nicht aufgenommen werden. Vier weitere Interaktionseffekte sind signifikant: „Erwerbseinkommen(ln)* Schwangerschaft", „Ehepartner*Schwangerschaft", „Unternehmensgröße* Schwangerschaft", „Ehepartner*Kinderzahl".

Je höher das Bildungsniveau erwerbstätiger Frauen ist, desto unwahrscheinlicher wechseln sie von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit. Man erkennt, dass der negative Effekt bei hoher Bildung (0,337) stärker ist als bei mittlerer Bildung (0,573). Sowohl in Spanien als auch in Italien hat die Bildung einen Einfluss auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit. Das bedeutet, dass dies nicht ausschließlich auf ökonomischen Anreizen basiert, sondern dass hier ebenfalls eine durch Bildung angestoßene Emanzipation stattfindet. Nichtdestotrotz ist zu berücksichtigen, dass eine Erwerbstätigkeit, die eine höhere Qualifikation verlangt, eher mit einer komfortableren ebenfalls der Selbstverwirklichung und Weiterentwicklung dienenden Tätigkeit in Zusammenhang gebracht werden kann.

Verheiratete spanische Frauen werden, ebenso wie in Westdeutschland und in Italien, wahrscheinlicher Hausfrau als nicht verheiratete nicht mit einem Partner zusammenlebende Frauen. Für diesen Übergang in Spanien wird gezeigt (zum ersten Mal in den bisher dargestellten Ergebnissen), dass nicht verheiratete Frauen, die mit einem Partner zusammenleben, ebenfalls wahrscheinlicher in die Hausfrauentätigkeit wechseln als diejenigen, die nicht verheiratet sind und auch nicht mit einem Partner zusammenleben.

Die Schwangerschaft wirkt sich, wie in der Hypothese vermutet, positiv auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit aus. Bei Schwangerschaft lassen sich anhand von Interaktionseffekten Unterschiede je nach Unternehmensgröße, Anwesenheit eines Ehepartners und Erwerbseinkommen feststellen. In einem großen Unternehmen beschäftigte schwangere Frauen werden wahrscheinlicher Hausfrau als Schwangere, die in ei-

[56] Endmodell: Modell ESA_r11 im Anhang D.6.

nem kleinen Unternehmen arbeiten. Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass in großen Unternehmen beschäftigte Frauen eher die Elternzeit in Ergänzung zum Mutterschutz in Anspruch nehmen und aus diesem Grund bereits während der Schwangerschaft in die Hausfrauentätigkeit wechseln. Dieser Interaktionseffekt ist nicht hypothesenkonform, da ein schwächerer positiver Effekt von Schwangerschaft bei Beschäftigung in einem großen Unternehmen vermutet wurde. Ebenfalls nicht hypothesenkonform ist der Interaktionseffekt „Ehepartner*Schwangerschaft". Der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners wird teilweise (jedoch nicht vollständig) durch den Interaktionseffekt aufgehoben. Verheiratete nicht schwangere Frauen werden wahrscheinlicher Hausfrau als schwangere nicht verheiratete Frauen. Unter den verheirateten erwerbstätigen Frauen wechseln wahrscheinlicher in die Hausfrauentätigkeit diejenigen, die schwanger sind. Ebenfalls nicht hypothesenkonform und damit positiv ist der Interaktionseffekt „Erwerbseinkommen*Schwangerschaft". Durch den positiven Koeffizienten des Interaktionseffektes wird der Effekt des Erwerbseinkommens teilweise aufgehoben. D.h., bei schwangeren Frauen ist der Effekt des Erwerbseinkommens immer noch negativ, jedoch schwächer als bei nicht schwangeren Frauen. Es wurde vermutet, dass mit ansteigendem Einkommen, der positive Effekt von Schwangerschaft schwächer wird.

Das Alter des jüngsten Kindes hat in Spanien keinen signifikanten Effekt auf den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit. Der Interaktionseffekt „Unternehmensgröße*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren)" konnte nicht aufgenommen werden, da keine der in großen Unternehmen beschäftigten Frauen mit kleinen Kindern in die Hausfrauentätigkeit wechseln (siehe Anhang D.6.). Aus diesem Grund kann die entsprechende Hypothese als bestätigt gelten. Es wurde vermutet, dass in großen Unternehmen beschäftige Mütter kleiner Kinder unwahrscheinlicher Hausfrau werden, als diejenigen, die in kleinen Unternehmen beschäftigt sind.

Die Anzahl Kinder hat jedoch, ebenso wie Schwangerschaft, einen positiven Effekt auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit. Anhand des Interaktionseffektes wird festgestellt, dass dieser Effekt sich bei verheirateten und nicht verheirateten Frauen unterscheidet. Der Koeffizient ist negativ und hebt den Effekt der Kinderzahl vollständig auf, dies macht sich jedoch erst ab dem 3. Kind bemerkbar: verheiratete Frauen mit bis zu zwei Kindern verlassen eher die Erwerbstätigkeit als nicht verheiratete nicht mit Partner zusammenlebende Frauen mit derselben Kinderzahl. Ab dem 3. Kind ist die Wahrscheinlichkeit nicht verheirateter Mütter größer, (nicht-erwerbstätige) Hausfrau zu werden. Ein ähnlicher Effekt dieses Interaktionseffektes war in Italien und in Westdeutschland zu beobachten. Der Interaktionseffekt „Ehepartner*Anzahl von Kindern" ist damit nicht hypothesenkonform. Es wurde vermutet, dass bei Anwesenheit eines Ehepartners der positive Effekt der Anzahl eigener Kinder stärker ist.

Von den arbeitsmarktbezogenen Variablen können bei drei Variablen signifikante Effekte festgestellt werden. Auf Teilzeitbasis beschäftigte Frauen sowie Frauen in einem befristeten Arbeitsverhältnis haben eine höhere Wahrscheinlichkeit den Arbeitsmarkt zu verlassen, als Frauen die Vollzeit und unbefristet erwerbstätig sind (Referenzkategorie). Demgegenüber haben Frauen, die in einem großen Unternehmen beschäftigt sind, eine niedrigere Wahrscheinlichkeit als in kleinen Unternehmen beschäftigte Frauen, in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln.

Tabelle 26. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit): Spanien

	Exp(b)	Kehrwert Exp(b)	Exp (b*sd)
Bildungsniveau: niedrige Bildung (bis Sekundarstufe I)			
Mittlere Bildung (Sekundarstufe II)	0,573**	1,745	0,788**
Hohe Bildung (Tertiärer Bereich)	0,337***	2,967	0,589***
Familienstand: nicht verheiratet und nicht zusammenlebend			
verheiratet zusammenlebend	7,203***		2,654***
nicht verheiratet zusammenlebend	3,050**		1,257**
Schwangerschaft (Referenzkategorie: nein)	6,595**		1,414**
Anzahl von Kindern	1,393*		1,437*
Umfang der Erwerbstätigkeit: Vollzeit			
Teilzeit	1,699**		1,201**
missing	1,297		1,018
Beschäftigungsverhältnis: unbefristet			
befristet	3,403***		1,767***
missing	5,982***		2,051***
Unternehmensgröße: weniger als 100 Mitarbeiter			
ab 100 Mitarbeiter	0,484*	2,066	0,744*
missing	1,451		1,082
Berufsklasse: Dienstklasse			
Qualifizierte nicht manuelle Berufe	2,118*		1,433*
Selbstständige	0,350*	2,857	0,691*
Qualifizierte manuelle Beruf und Landwirtschaft	2,696*		1,244*
Gering bis nicht qualifizierter Beruf	2,281*		1,358*
Logarithmiertes Erwerbseinkommen	0,621***	1,610	0,679***
Dummy-Variable: Kein Erwerbseinkommen	7,349***		1,607***
Episoden der Hausfrauentätigkeit	1,658***		1,204***
Erwerbseinkommen(ln)*Schwangerschaft	2,057***		1,337***
Ehepartner*Schwangerschaft	0,323+	3,096	0,822+
Ehepartner*Kinderzahl	0,648**	1,543	0,628**
Unternehmensgröße* Schwangerschaft	2,961*		1,105*
Konstante (1)	0,003***		***

N (Anzahl von Beobachtungen) =9098; Übergänge=309; Chi-Quadrat=496,32;Log-Likelihood= -951,861; Mc Fadden Pseudo R^2=0,294*** ; Irrtumswahrscheinlichkeit: + < 0,1; * < 0,5; ** <0,01; ***<0,001.

Anmerkungen: auch nach Erhebungszeitpunkten kontrolliert (siehe Anhang D.6.).
Es wurden 13 unterschiedliche Modelle berechnet. In diesen Modellen konnte folgender Interaktionseffekt nicht geschätzt werden: *Unternehmensgröße*Kind0-2* (siehe Anhang D.6.).
Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben.
Exp(b): unstandardisierte Odds-Ratios; Kehrwert Exp(b): ausschließlich für unstandardisierte Odds-Ratios<1; exp(b*sd): standardisierte Odds-Ratios; se: standard error; (1) Auf der Logit-Ebene hat die Konstante einen Wert von -5,853

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsklasse beeinflusst auch in Spanien den hier untersuchten Übergang. Erwerbstätige Frauen in qualifizierten Berufen (manueller/ nicht manueller Art) sowie Frauen in gering bis nicht-qualifizierten Berufen wechseln wahrscheinlicher in die Hausfrauentätigkeit als in der Dienstklasse beschäftigte Frauen. Ausschließlich selbstständige Frauen verlassen unwahrscheinlicher die Erwerbstätigkeit als Frauen in der Referenzkategorie. Dieser Effekt zeigt sich auch in Westdeutschland und in Italien. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Selbständigkeit die Erwerbskontinuität von Frauen ermöglicht bzw. eine Erwerbsunterbrechung erschwert.

Das Erwerbseinkommen hat den erwarteten Effekt: je höher das Erwerbseinkommen, desto unwahrscheinlicher der Übergang. Darüber hinaus hat hier, ebenso wie in Italien, ein fehlendes Erwerbseinkommen einen positiven signifikanten Effekt. Ebenso wie in Italien, verlassen in Spanien erwerbstätige Frauen, die kein Erwerbseinkommen beziehen, wahrscheinlicher die Erwerbstätigkeit als bei Erhalt eines Erwerbseinkommens.

Von den getesteten Variablen über die Ereignisanalyse hat ausschließlich die Variable zur Aufzählung der Episoden in der Hausfrauentätigkeit einen signifikanten Effekt. Wie in Italien und Westdeutschland steigt auch bei erwerbstätigen Frauen in Spanien die Wahrscheinlichkeit Hausfrau zu werden, wenn sie bereits zu einem früheren Zeitpunkt Hausfrau gewesen sind. Je häufiger sie Episoden der Hausfrauentätigkeit erlebt haben, desto wahrscheinlicher werden sie ein weiteres Mal Hausfrau.

Bezüglich der standardisierten Odds-Ratios stellt man in Spanien fest, analog zu Westdeutschland und Italien, dass der Unterschied zwischen verheirateten und nicht verheirateten nicht in Partnerschaft zusammenlebenden Frauen der größte Unterschied unter den Vergleichsgruppen der Dummy-Variablen darstellt. Der Unterschied zwischen befristeter und unbefristeter Beschäftigung ist etwas geringer aber ebenfalls groß. Unter den negativen Effekten werden ebenfalls große Unterschiede zwischen Frauen mit hoher und mit niedriger Bildung sowie zwischen Frauen mit und ohne Erwerbseinkommen festgestellt.

17.2. Der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit

Wechseln erwerbstätige spanische Frauen in die Hausfrauentätigkeit, sind sie nicht ausschließlich nicht-erwerbstätig. Einige der Frauen, die sich als Hausfrauen definieren, stehen in gleicher Weise wie in Italien dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. In diesem Fall wurden zur Berechnung des Endmodells 15 unterschiedliche Modelle berech-

net.[57] Ein Haupteffekt konnte nicht aufgenommen werden: die Variable zur Kontrolle der fehlenden Werte des Erwerbsumfangs (siehe D.6.). Ebenfalls konnten drei unterschiedliche Interaktionseffekte nicht in den statistischen Modellen aufgenommen werden, da der Übergang perfekt vorhersagt wurde: „Beschäftigungssektor*Schwangerschaft", „Unternehmensgröße*Schwangerschaft" und „Erwerbsumfang*Schwangerschaft". Vier weitere Interaktionseffekte sind signifikant: „Erwerbseinkommen*Kinderzahl", „Ehepartner*Erwerbseinkommen", „Mittlere Bildung*Jüngstes Kind unter 3 Jahren" sowie „hohe Bildung*Jüngstes Kind unter 3 Jahren". Auf die genaue Auswirkung der Interaktionseffekte wird weiter unten eingegangen.

Im Unterschied zu den in Kapitel 17.1 ermittelten Ergebnissen kann man hier beobachten, dass die Bildung als Haupteffekt keinen signifikanten Einfluss auf den Übergang hat. Die Anwesenheit eines eigenen kleinen Kindes im Haushalt (unter 3 aber auch zwischen 3 und 5 Jahren) hat einen negativen Einfluss auf den Übergang, was zunächst überrascht. Diese Ergebnisse sind jedoch nicht signifikant und können aus diesem Grund rein zufällig sein. Außerdem waren ebenfalls bei dem Übergang in die „nicht-erwerbstätige" Hausfrauentätigkeit keine signifikanten Effekte festzustellen. Das Alter des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) hat jedoch positive signifikante Effekte in Interaktion mit Bildung. Damit sind für den hier gerechneten Übergang beide Interaktionseffekte („Mittlere Bildung*Jüngstes Kind unter 3 Jahren" sowie „hohe Bildung*Jüngstes Kind unter 3 Jahren") nicht hypothesenkonform. Es wurde erwartet, dass bei steigender Bildung der Effekt des Alters des jüngsten Kindes abnimmt. Dies ist jedoch nicht der Fall, da die Interaktionsterme positive Effekte aufweisen. Mittel- und hochqualifizierte Frauen wechseln wahrscheinlicher in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit als niedrig gebildete Frauen ohne Kinder (aber ebenso mit Kindern). Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass die Anwesenheit kleiner Kinder sowie eine mittlere Bildung negative nicht signifikante Effekte haben. Diese werden durch die positiven Effekte der Interaktionseffekte aufgehoben. Betrachtet man beide Übergänge zusammen, so stellt man fest, dass Frauen mit einer höheren Bildung (mittel und hoch) unwahrscheinlicher in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit wechseln als niedrig gebildete Frauen, während sie bei Anwesenheit eines kleinen Kindes wahrscheinlicher arbeitslose Hausfrauen werden. Daraus lässt sich schließen, dass während niedrig gebildete Frauen in Zeiten der Hausfrauentätigkeit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, mittel- und hochgebildete Frauen mit Kindern einen Job suchen bzw. bereit wären, wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

---

[57] Endmodell: Modell ESB_r13 im Anhang D.6.

Sowohl in einer Ehe- als auch in einer Lebenspartnerschaft zu leben hat hier, sowie in dem in Kapitel 17.1 dargestellten Übergang, einen signifikanten positiven Effekt. Schaut man sich die Odds-Ratios an, so ist hervorzuheben, dass für nicht verheiratete mit einem Partner zusammenlebende Frauen, die Wahrscheinlichkeit in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit zu wechseln, höher ist als bei verheirateten Frauen. Dies weist darauf hin, dass verheiratete Frauen eher in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit wechseln, während nicht verheirate mit Partner zusammenlebende erwerbstätige Frauen eher arbeitslose Hausfrauen werden. Nach den standardisierten Odds-Ratios, und damit auf die gesamte Stichprobe bezogen, ist der Koeffizient von „verheiratet-zusammenlebend" höher als von „nicht-verheiratet-zusammenlebend". Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Streuung der Variable „Anwesenheit eines Lebenspartners" eher gering ist. Im Spanien der 90er Jahre gab es wenige Frauen, die unverheiratet mit einem Partner zusammenlebten. Aus diesem Grund ist diese Variable für die Einzelwahrscheinlichkeit sehr wichtig, jedoch nicht so sehr für die gesamte spanische Stichprobe.

Schwangerschaft hat nach wie vor einen signifikanten positiven Effekt. Es wurde bereits erläutert, dass anhand von Interaktionseffekten gezeigt werden kann, dass schwangere Frauen, die in einer Teilzeitbeschäftigung, oder in großen Unternehmen oder im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, nicht in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit wechseln. Aus diesem Grund sind die drei Interaktionseffekte hypothesenkonform. Es wurde vermutet, dass bei einer Teilzeitbeschäftigung, sowie bei Beschäftigung im öffentlichen Sektor oder in einem großen Unternehmen der Effekt von Schwangerschaft schwächer ist.

Unterschiede zu dem Modell des Übergangs in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit können jedoch bei der Kinderzahl festgestellt werden. Während diese Variable in dem weiter oben gerechneten Modell einen positiven signifikanten Effekt hat, ist der Effekt hier negativ, allerdings nicht signifikant. Der Interaktionseffekt „Erwerbseinkommen*Kinderzahl" ist jedoch positiv und damit nicht hypothesenkonform. Es wurde vermutet, dass bei steigendem Einkommen der positive Effekt eigener Kinder im Haushalt schwächer wird. Berechnet man das Odd, so steigt innerhalb einer bestimmten Erwerbseinkommenskategorie mit der Anzahl der Kinder das Wahrscheinlichkeitsverhältnis in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln (zu nicht zu wechseln). Schaut man sich Frauen mit einer bestimmten Kinderzahl mit unterschiedlichen Einkommen an, so sinkt die Wahrscheinlichkeit des Übergangs mit steigendem Erwerbseinkommen.

Bezüglich der arbeitsmarktbezogenen erklärenden Variablen werden bei dem Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit ausschließlich bei den befristeten Arbeitsverhältnissen signifikante Effekte festgestellt. Arbeiten erwerbstätige Frauen auf Teil-

zeitbasis oder in kleinen Unternehmen, so werden sie eher nicht-erwerbstätige Hausfrauen. Die Teilzeitarbeit sowie die Arbeit in kleinen Unternehmen wirken sich Arbeitsmarkt-demotivierend auf erwerbstätige Frauen aus, während befristete Arbeitsverhältnisse darüber hinaus Arbeitslosigkeit verursachend sind.

Tabelle 27. Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit (bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit): Spanien

	Exp(b)	Kehrwert Exp(b)	Exp(b*sd)
Bildungsniveau: niedrige Bildung (bis Sekundarstufe I)			
Mittlere Bildung (Sekundarstufe II)	0,822	1,217	0,92
Hohe Bildung (Tertiärer Bereich)	1,51		1,223
Familienstand: nicht verheiratet und nicht zusammenlebend			
verheiratet zusammenlebend	2,622+		1,610+
nicht verheiratet zusammenlebend	9,035***		1,569***
Schwangerschaft (Referenzkategorie: nein)	3,130+		1,156+
Kinder: keine Kinder oder Kinder über 6 Jahre			
jüngstes Kind unter 3	0,384	2,604	0,752
jüngstes Kind 3 bis 5	0,966	1,035	0,99
Anzahl von Kindern	0,809	1,236	0,793
Beschäftigungsverhältnis: unbefristet			
befristet	4,236*		1,952*
missing	5,381*		1,962*
Berufsklasse: Dienstklasse			
Qualifizierte nicht manuelle Berufe	3,329+		1,780+
Selbstständige	0,511	1,957	0,79
Qualifizierte manuelle Beruf und Landwirtschaft	7,242*		1,551*
Gering bis nicht qualifizierter Beruf	7,630**		2,123**
Job Dauer	0,891*	1,122	0,533*
missing	0,818	1,222	0,96
Logarithmiertes Erwerbseinkommen	0,192***	5,208	0,262***
Dummy-Variable: Kein Erwerbseinkommen	1,712		1,136
Familienleistungen	1,508**		1,196**
Erwerbseinkommen*Kinderzahl	1,360*		2,115*
Ehepartner*Erwerbseinkommen	1,860*		2,063*
Mittlere Bildung*Jüngstes Kind unter 3	6,314+		1,314+
Hohe Bildung *Jüngstes Kind unter 3	6,619+		1,494+
Konstante (1)	0,002***		***
N (Anzahl von Beobachtungen)= 9122; Übergänge=69; Chi-Quadrat=224,413; Log-Likelihood=-320,264; Mc Fadden Pseudo R^2=0,211***			

Anmerkungen: auch nach Erhebungszeitpunkten kontrolliert (siehe Anhang D.7.).
Es wurden 15 unterschiedliche Modelle berechnet. In diesen Modellen konnte der Haupteffekt zur Kontrolle der fehlenden Werte des Erwerbsumfangs nicht aufgenommen werden. Ebenfalls konnten drei Interaktionseffekte nicht aufgenommen werden: *Beschäftigungssektor*Schwangerschaft*, *Unternehmensgröße*Schwangerschaft*, *Erwerbsumfang*Schwangerschaft* (siehe Anhang D.7.).
Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben.
Exp(b): Unstandardisierte Odds-Ratios; Kehrwert Exp(b); ausschließlich für unstandardisierte Odds-Ratios<1; exp(b*sd); standardisierte Odds-Ratios; se: standard error; (1) Auf der Logit-Ebene hat die Konstante einen Wert von -6,188.
Irrtumswahrscheinlichkeit: + < 0,1; * < 0,5; ** <0,01; ***<0,001.

Bemerkenswert bei der Klassenzugehörigkeit ist, dass die selbstständige Arbeit weiterhin negativ den Übergang beeinflusst, der Koeffizient jedoch nicht signifikant ist. Nach der Stärke der positiven Veränderungsfaktoren (Odds-Ratios) ist die Einzelwahrscheinlichkeit höher, je niedriger die Berufsklasse ist. Die standardisierten Koeffizienten zeigen allerdings ein anderes Bild: auf die gesamte spanische Stichprobe bezogen hat der Koeffizient für die qualifizierten nicht manuellen Berufe die zweitgrößte Einflussstärke. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Streuung für die qualifizierten manuellen Berufe und Berufe in der Landwirtschaft sehr gering ist, d.h. dass wenige Frauen dieser Berufsgruppe zugeordnet werden und aus diesem Grund die Bedeutung für die spanische Gesamtstichprobe geringer ist als bei den einzelnen Wahrscheinlichkeiten.

Die Dauer der aktuellen Erwerbsbeschäftigung und das Erwerbseinkommen haben negative signifikante Effekte auf den Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit - gleich wie bei dem spanischen Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit. Das Erwerbseinkommen wirkt sich unterschiedlich bei verheirateten zusammenlebenden Frauen und bei nicht verheirateten nicht in Partnerschaft lebenden Frauen aus. Der Interaktionseffekt von „Ehepartner*Erwerbseinkommen" ist hypothesenkonform. Es wurde angenommen, dass der Effekt von Erwerbseinkommen bei verheirateten Frauen schwächer ist. Wie in Tabelle 27 dargestellt, hebt der positive Effekt des Interaktionseffektes teilweise, jedoch nicht vollständig, den Effekt des Erwerbseinkommens auf.

Kein Erwerbseinkommen zu haben beeinflusst ebenfalls positiv den Übergang, der Effekt aber ist hier, ebenso wie in Italien, nicht signifikant. D.h., erwerbstätige Frauen ohne Erwerbseinkommen werden wahrscheinlicher nicht-erwerbstätige Haufrauen als Frauen mit Erwerbseinkommen. Diese Aussage trifft jedoch nicht zu, wenn die Hausfrauentätigkeit mit einer Arbeitslosigkeit kombiniert wird.

Neu in dem hier berechneten Übergang ist der signifikante positive Einfluss der Familienleistungen. Je höher die Familienleistungen, desto eher werden erwerbstätige Frauen Hausfrauen. In Spanien waren in den 90er Jahren die Geldleistungen an Familien (insbesondere für Pflege) nicht mit dem Einkauf einer Dienstleistung verbunden. Frauen verließen die Erwerbstätigkeit um die Betreuung von Angehörigen zu übernehmen, waren jedoch gleichzeitig auf der Suche nach einer neuen Erwerbstätigkeit. Ist das Gehalt einer (neuen) Erwerbsarbeitsstelle hoch genug, steigen natürlich trotz Geldleistungen für Familien die Opportunitätskosten des Ausstiegs.

Die standardisierten Odds-Ratios zeigen für den Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit, dass der Unterschied zwischen einem gering bis nicht qualifizierten Beruf und zur Dienstklasse gehörenden Berufen einer der größten unter den Dummy-

Variablen ist. Ebenfalls ist der Unterschied zwischen den Frauen mit einer befristeten und mit einer unbefristeten Beschäftigung relativ groß.

17.3. Zusammenfassung und Übersicht über die getesteten Hypothesen zu dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit

In Spanien, ebenso wie in Italien und in Westdeutschland, werden beide Übergänge von der Anwesenheit eines Ehepartners beeinflusst. Dabei ist dieser Effekt relativ stark bei dem Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit, während der Effekt bei dem Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit viel geringer ist. Anders in Spanien ist - im Vergleich zu Westdeutschland und Italien -, dass hier ebenfalls die Anwesenheit eines nicht-ehelichen Partners einen positiven Einfluss auf beide Übergänge hat. Die aus der Familienökonomie abgeleiteten Hypothesen HA4 und HA5 über den nicht vorhandenen Effekt eines Ehe-/Lebenspartners auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit werden somit widerlegt.

Die Schwangerschaft hat in beiden spanischen Übergängen einen positiven Effekt, wobei dieser Effekt stärker beim Übergang in die nicht-erwerbstätige als in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit ist. Die Kinderzahl ist ausschließlich in dem erstgerechneten Übergang signifikant, während das Alter des jüngsten Kindes in keinem der beiden Übergänge signifikant ist.

Die befristete Beschäftigung hat in Spanien einen starken Einfluss auf beide Übergänge und ist damit hypothesenkonform (Hypothese HA13). In beiden Übergängen ist der Effekt relativ stark, dennoch ist der Effekt stärker beim Übergang in die arbeitslose als in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit. Auf den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit hat außerdem die Beschäftigung in einem großen Unternehmen einen negativen und die Teilzeitbeschäftigung einen positiven Einfluss. Damit ist die Hypothese HA15 über die Unternehmensgröße bestätigt und Hypothese HL11 über den nicht signifikanten Effekt des Arbeitsumfangs widerlegt. Ist eine Frau in Spanien in einem befristeten Arbeitsverhältnis beschäftigt und erlebt einen Übergang in die Hausfrauentätigkeit, so wird dieser Übergang eher mit einer Arbeitslosigkeit als mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit kombiniert. Ist sie auf Teilzeitbasis oder in einem kleinen Unternehmen beschäftigt, so wird sie eher nicht-erwerbstätige Hausfrau. Angesichts der Ergebnisse erscheint es plausibel, dass auf Teilzeitbasis und in kleinen Unternehmen erwerbstätige Frauen weniger erwerbsorientiert sind, da sie, sofern sie in die Hausfrauentätigkeit wechseln, dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen sondern sich eher ausschließlich einer Hausfrauentätigkeit widmen.

Das Bildungsniveau hat, ähnlich wie in Italien, einen relativ starken und negativen Effekt auf den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit, wobei der Effekt

einer hohen Bildung sich stärker auswirkt. Demgegenüber haben diese Variablen, gleichwohl wie in Italien, keinen signifikanten Einfluss auf den Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit. Damit ist Hypothese HA7 über den negativen Effekt von mittlerer und hoher Bildung für den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit bestätigt.

Tabelle 28. Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Spanien
(siehe zu den Haupteffekten Kapitel 10)

	Haupteffekte	**Effekt(1)**	
Hypothese	**Kurzbeschreibung**	**HFT NE**	**HFT AL**
HA1	Humankapital: Abwesenheit eines Erwerbseinkommens (positiver Effekt) (2)	+	-
HA2	Humankapital: Höhe des Erwerbseinkommen (negativer Effekt)	+	+
HA3	Familienökonomie: Anteil des eigenen Erwerbseinkommens an dem Haushaltseinkommen (negativer Effekt)	-	-
HA4	Familienökonomie: Anwesenheit eines Lebenspartners (kein Effekt)	--	--
HA5	Familienökonomie: Anwesenheit eines Ehepartners (kein Effekt)	--	--
HA6	Klasse: Unterschiede je nach Klasse	+	+
HA7	Bildung: Mittlere/ hohe Bildung (negativer Effekt)	+	-
HA8	Schwangerschaft/ kleine Kinder (0-5 Jahre) (positiver Effekt)	+/-	+/-
HA9	Kinder: Kinderzahl (positiver Effekt)	+	-
HA10	Familienpolitik: Effekt Kinder 0-2 > Effekt Kinder 3-5	-	-
HA11	Geldleistungen für Familien (positiver Effekt)	-	+
HA12	Anwesenheit anderer Personen im Haushalt (negativer Effekt)	-	-
HL11	Arbeitsmarkt: Teilzeitarbeit: In Spanien kein signifikanter Einfluss	--	-
HA13	Arbeitsmarkt: Befristete Beschäftigung (positiver Effekt)	+	+
HA14	Arbeitsmarkt: Öffentlicher Sektor (negativer Effekt)	-	-
HA15	Arbeitsmarkt: Unternehmensgröße (negativer Effekt)	+	-
HA16	Ereignisgeschichte: Dauer des Jobs (negativer Effekt)	-	+
HA17	Ereignisgeschichte: Arbeitsmarkterfahrung (negativer Effekt)	-	-
HA18	Ereignisgeschichte: Risikoset (positiver Effekt)	-	-
HA19	Ereignisgeschichte: Arbeitslosigkeitszeiten (positiver Effekt)	-	-
HA20	Ereignisgeschichte: Häufigkeit der Hausfrauentätigkeitszeiten (positiver Effekt)	+	-

Anmerkungen:
„HFT NE" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit.
„HFT AL" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit.
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Kein Erwerbseinkommen zu haben hat ebenfalls in Spanien einen starken positiven Effekt auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit, jedoch – wie auch in Italien - ausschließlich wenn dieses mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit einher geht (Hypothese HA1 wird in diesem Fall bestätigt). Die Höhe des Erwerbseinkommens hat einen negativen

Effekt auf beide Übergänge, dabei ist der Effekt wesentlich höher bei dem Übergang in die arbeitslose als in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit. Die Hypothese über den negativen Effekt des Erwerbseinkommens ist damit für beide Übergänge bestätigt (HA2). Bei dem Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit ist der Effekt des Erwerbseinkommens relativ stark.

Die Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Klassen hat in Spanien ebenfalls signifikante Effekte auf beide Übergänge. Dabei ist die Selbstständigkeit die einzige Berufsklasse, die einen negativen Effekt hat. Sie ist außerdem nicht signifikant bei dem Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit. Damit wird die Hypothese über die Unterschiede bezüglich der Wahrscheinlichkeit des Übergangs je nach Klassenzugehörigkeit bestätigt (HA6). Die Variablen bezüglich der Ereignisgeschichte sind ebenfalls signifikant, jedoch sind in dem erstgerechneten Übergang ausschließlich die Episoden früherer Hausfrauentätigkeiten signifikant, während beim zweitgerechneten Übergang die Dauer der aktuellen Erwerbstätigkeit einen signifikanten Einfluss hat. Damit ist die Hypothese HA16 über den negativen Einfluss der Dauer der aktuellen Stelle für den Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit bestätigt und ebenfalls die Hypothese HA20 über den positiven Einfluss der Episoden der Hausfrauentätigkeit für den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit.

Tabelle 29. Übersicht über die Hypothesen zu den Interaktionseffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Spanien
(siehe zu den Interaktionseffekten Kapitel 11)

	Interaktionseffekte	**Effekt(1)**	
Hypo-these	**Kurzbeschreibung**	**HFT NE**	**HFT AL**
Moderator-Variable: Erwerbseinkommen			
HI_A1	Erwerbseinkommen*Schwangerschaft (negativer Effekt)	--	-
HI_A2	Erwerbseinkommen*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-	-
HI_A3	Erwerbseinkommen*Kinderzahl (negativer Effekt) (negativer Effekt)	-	--
Moderator-Variable: Anwesenheit eines Ehepartners			
HI_A4	Ehepartner*Schwangerschaft (positiver Effekt)	--	-
HI_A5	Ehepartner *Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (positiver Effekt)	-	-
HI_A6	Ehepartner *Kinderzahl (positiver Effekt)	--	-
HI_A7	Ehepartner*Erwerbseinkommen (positiver Effekt)	-	+
Moderator-Variable: Bildung			
HI_A8	Mittlerer Bildung*Schwangerschaft (negativer Effekt) Mittlerer Bildung*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt) Hoher Bildung*Schwangerschaft (negativer Effekt) Hoher Bildung*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	- - - -	- -- - --
HI_A9	Mittlerer Bildung*Kinderzahl (negativer Effekt) Hoher Bildung*Kinderzahl (negativer Effekt)	- -	- -
Moderator-Variable: Arbeitsmarkt			
HI_A10	Beschäftigungsverhältnis*Schwangerschaft (positiver Effekt)	-	-
HI_A11	Beschäftigungsverhältnis* Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (positiver Effekt)	-	-
HI_A12	Beschäftigungssektor*Schwangerschaft (negativer Effekt)	-	+
HI_A13	Beschäftigungssektor * Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-	-
HI_A14	Unternehmensgröße*Schwangerschaft (negativer Effekt)	--	+
HI_A15	Unternehmensgröße * Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	+	-

Anmerkungen:
„HFT NE" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit.
„HFT AL" Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit.
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); Signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Kapitel 18. Ländervergleichende Ergebnisse

Einige der in Teil IV formulierten Hypothesen beziehen sich auf Aspekte, die sich, je nach Rahmenbedingungen, in den drei untersuchten Ländern unterscheiden können und sich direkt auf den Ländervergleich beziehen (HL). In diesem Kapitel wird auf die Ergebnisse bezüglich der genannten Hypothesen eingegangen. Ausschließlich einer der Übergänge wurde in allen drei Ländern untersucht: der Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit. Aus diesem Grund können die Hypothesen, die sich auf den Vergleich der drei Länder beziehen, ausschließlich für diesen Übergang überprüft werden.

Einige Autoren argumentieren, dass die Bildung in unterschiedlichen Kontexten eine unterschiedliche Auswirkung hat. Dies kommt insbesondere zum Ausdruck wenn zwischen Ländern unterschiedliche Geschlechterrollen und Familiensysteme herrschen. Es wird argumentiert, dass in Ländern mit traditionellen Familienformen die Interessenkollision für hochgebildete Frauen größer ist als in anderen moderneren Ländern (siehe Kapitel 2.2). Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass eine hohe Bildung einen signifikanten Effekt ausschließlich in Spanien und Italien hat und dass der Effekt außerdem stärker in diesen beiden Ländern als in Westdeutschland ist. Daher kann die Hypothese über den stärkeren Effekt von hoher Bildung in traditionelleren Gesellschaften als bestätigt gelten (HL1). Insbesondere in traditionelleren Gesellschaften lohnt es sich für hochgebildete Frauen nicht, die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen. Gelingt es Frauen in einer traditionelleren Gesellschaft, sich hoch zu qualifizieren und auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu sein, wird dies nicht mehr durch Episoden der Hausfrauentätigkeit gefährdet. Dies kann dadurch erklärt werden, dass in diesen Ländern eine Rückkehr in die Erwerbstätigkeit nach einer Erwerbsunterbrechung schwieriger als in anderen Ländern ist und aus diesem Grund die Unterbrechung nicht als mögliche Alternative gesehen wird.

Tabelle 30. Effekt des Bildungsniveaus in Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich

	Westdeutschland		Italien		Spanien	
	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)
Bildungsniveau: geringe Bildung (bis Sekundarstufe I)						
Mittlere Bildung (Sekundarstufe II)	0,385**	0,633**	0,578*	0,761*	0,573**	0,788**
Hohe Bildung (Tertiärer Bereich)	1,111	1,037	0,389	0,725*	0,337***	0,589***

Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben
Die Ergebnisse sind ein Ausschnitt der in den Tabellen 18, 22 und 26 dargestellten Modelle.

Bezüglich des Effektes der Anwesenheit eines Ehepartners wurde aufgrund der in den jeweiligen Ländern geltenden Ehegattenbesteuerung vermutet, dass der Effekt in Westdeutschland (Ehegattensplitting) stärker ist als in Spanien und in Italien (indivi-

dualisiert) (Hypothese HL2). Dies ist jedoch nicht der Fall: der Effekt ist in Westdeutschland stärker als in Italien aber nicht stärker als in Spanien. Aus diesem Grund weist dieses vergleichende Ergebnis -wie bereits die jeweiligen Ergebnisse der einzelnen Länder- auf die Bedeutung von kulturellen Normen und Wertvorstellung bezüglich der Rolle von Ehefrauen hin. Dies geschieht unabhängig von der in den jeweiligen Kontexten geltenden Besteuerung sowie unabhängig vom Erwerbseinkommen und vom Arbeitsumfang, da beide Variablen in allen statistischen Modellen kontrolliert wurden. Dies kann für Spanien darüber hinaus bestätigt werden, weil hier die Anwesenheit eines Lebenspartners ebenfalls den Übergang in die Hausfrauentätigkeit positiv beeinflusst. Das ist in Italien nicht der Fall (Hypothese HL3). Möglicherweise haben nicht verheiratete aber mit einem Lebenspartner zusammenlebende Frauen in Spanien eine traditionellere Einstellung als in Italien, zumal in dem Modell für Spanien (Tabelle 26) zu sehen ist, dass der standardisierte Odds-Ratio (1,257) dieser Variable viel kleiner als der unstandardisierte Odds-Ratio (3,050) ist. Dieser Unterschied ist in Westdeutschland und in Italien weniger stark ausgeprägt. Dies bedeutet, dass die Streuung in der spanischen Stichprobe eher gering ist, es gibt also nicht so viele Frauen in der Stichprobe, die nicht verheiratet sind aber mit einem Partner zusammenleben. Möglicherweise differenzieren sich diese spanischen Paare in den 90er Jahren bezüglich des Heiratsverhaltens von anderen Ehepaaren, jedoch noch nicht bezüglich des weiblichen Erwerbsverhaltens.

Tabelle 31. Effekt der Anwesenheit eines Ehe-/Lebenspartners in Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich

	Westdeutschland		Italien		Spanien	
	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)
Familienstand: nicht verheiratet und nicht zusammenlebend						
verheiratet zusammenlebend	5,307***	2,280***	4,598***	2,047***	7,203***	2,654***
nicht verheiratet zusammenlebend	1,413	1,134	1,725	1,097	3,050**	1,257**

Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben
Die Ergebnisse sind ein Ausschnitt der in den Tabellen 18, 22 und 26 dargestellten Modelle.

Bezüglich der familienpolitischen Maßnahmen wurde in der Beschreibung der Länder dargestellt, dass der Mutterschutz in Westdeutschland vierzehn Wochen, in Italien fünf Monate und in Spanien sechzehn Wochen dauert. Die Entlohnung beträgt in Westdeutschland und in Spanien jeweils 100% während in Italien nur 80% des Lohns ausgeglichen wird. Da es in Westdeutschland in den 90er Jahren darüber hinaus ein Erziehungsurlaub von 3 Jahren mit einer Geldleistung von 307 Euro monatlich gab, wurde vermutet dass die Schwangerschaft in Westdeutschland einen stärkeren Effekt als in Spanien und in Italien hat (HL4). Nach den unstandardisierten Odds-Ratios kann diese Hypothese bestätigt werden. In Westdeutschland hat die Schwangerschaft (Veränderungsfaktor=6,986) einen stärkeren positiven Effekt als in Spanien (Verände-

rungsfaktor=6,595) und in Italien (Veränderungsfaktor=2,975). Schaut man sich die standardisierten Odds-Ratios an, so ist der Effekt in Westdeutschland geringer als in Spanien, was dafür spricht, dass die Streuung in der westdeutschen Stichprobe klein ist: in der westdeutschen Stichprobe gibt es weniger schwangere Frauen als in der spanischen oder in der italienischen Stichprobe (siehe Anhang C.4.). [58]

Tabelle 32. Effekt der Schwangerschaft und des Alters des jüngsten Kindes

	Westdeutschland		Italien		Spanien	
	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)
Schwangerschaft (Referenzkategorie: nein)	6,986***	1,183***	2,975***	1,192***	6,595**	1,414**
Kinder: keine Kinder oder Kinder über 6 Jahre						
jüngstes Kind unter 3	6,828**	1,765**	1,793**	1,212**	n.s.	n.s.
jüngstes Kind 3 bis 5	0,809	0,945	0,694	0,892	n.s.	n.s.

Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben
Die Ergebnisse sind ein Ausschnitt der in den Tabellen 18, 22 und 26 dargestellten Modelle.
n.s.: nicht signifikant

In Westdeutschland ist neben der längeren Dauer des Erziehungsurlaubs und der höheren Geldleistung ebenfalls eine geringere Versorgungsquote für Kinder unter 3 Jahre in den 90er Jahren festzustellen. Daher wurde vermutet, dass der Effekt des Alters des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) in Westdeutschland stärker als in Spanien und in Italien ist (HL5). Diese Hypothese wird bestätigt. Der Effekt der Anwesenheit eines kleinen Kindes im Haushalt ist in Westdeutschland am stärksten und dies sowohl für die einzelnen Wahrscheinlichkeiten (unstandardisierte Odds-Ratios) als auch für die gesamte westdeutsche Stichprobe gesehen (standardisierte Odds-Ratios). Somit wird bestätigt, dass die in den 90er Jahren in Westdeutschland, Spanien und Italien bestehenden familienpolitischen Rahmenbedingungen (Mutterschutz, Elternzeit und Kinderbetreuung) dazu führen, dass erwerbstätige Frauen in der Schwangerschaft oder mit Kindern unter 3 Jahren in Westdeutschland mit einer höheren Wahrscheinlichkeit als in Italien und in Spanien die Erwerbstätigkeit unterbrechen um Hausfrau zu werden. Eine lange Elternzeit in Verbindung mit dem Erhalt von Elterngeld und einer geringen Versorgungsquote für kleine Kinder wirkt sich positiv auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit aus. Dies scheint aus heutiger Perspektive kein überraschendes Ergebnis zu sein. Jedoch lässt sich mit dem Ländervergleich zeigen,

[58] In diesem Zusammenhang ist auf die Operationalisierung der abhängigen Variablen hinzuweisen (siehe Kapitel 14.1). Laut Fragebogen sind die Personen, die eine Arbeitsstelle haben, aus temporären Gründen wie z.B. Mutterschutz diese jedoch nicht ausfüllen, trotzdem erwerbstätig. Dies würde bedeuten, dass der Effekt von Schwangerschaft in den gerechneten Modellen sich nicht auf den Übergang in Mutterschutz bezieht, sondern auf einen Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt. Jedoch stellt sich die Frage, in wieweit Frauen, die die Inanspruchnahme des Mutterschutzes und der Elternzeit in Erwägung ziehen, auf die Frage nach einer Erwerbstätigkeit affirmativ antworten.

dass sogar zwischen drei familialistischen Ländern Unterschiede bezüglich der Auswirkung familienpolitischer Maßnahmen bestehen. Sind die Länder explizit familialistisch, wie dies in Westdeutschland und in Italien der Fall ist, so kann man feststellen, dass die Erwerbsunterbrechungen gefördert werden. Sind diese Maßnahmen dagegen implizit familialistisch bzw. sind die familialistischen Maßnahmen nicht so weit ausgebaut, hat die Schwangerschaft bzw. die Anwesenheit eines Kindes im Haushalt (unter 3 Jahren) einen geringeren Einfluss auf den Übergang bzw., wie im Falle Spaniens, gar keinen signifikanten Einfluss.

Ebenfalls wurde vermutet, dass der Effekt der Schwangerschaft bzw. der Anwesenheit eines kleinen Kindes im Haushalt in Italien stärker ist als in Spanien (HL6, HL7). Diese Hypothese kann für die Schwangerschaft nicht bestätigt werden, jedoch kann sie für die Anwesenheit eines kleinen Kindes (unter 3 Jahren) bestätigt werden: während die Schwangerschaft einen stärkeren Effekt in Spanien als in Italien hat, ist der Effekt der Anwesenheit eines kleinen Kindes signifikant in Italien, nicht aber in Spanien. Dies kann damit begründet werden, dass der Ausgleich des Lohnausfalls in Spanien höher als in Italien ist (100% im Vergleich zu 80%) und dies wohlmöglich dazu führt, dass der Effekt von Schwangerschaft höher in Spanien als in Italien ist. Demgegenüber gibt es während der Elternzeit einen sechsmonatigen Lohnausgleich in Italien, der in Spanien nicht vorhanden ist. Hinzu kommt, dass die institutionalisierte Kinderbetreuung in Spanien im Laufe der 90er Jahre ausgebaut wurde. Dies kommt den erwerbstätigen Müttern in Spanien zugute.

Tabelle 33. Effekt der Geldleistungen für Familien in Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich

	Westdeutschland		Italien		Spanien	
	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)
Familienleistungen	0,859+	0,804+	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.

Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben
Die Ergebnisse sind ein Ausschnitt der in den Tabellen 18, 22 und 26 dargestellten Modelle.
n.s.: nicht signifikant

Bei den familiären Geldleistungen wird festgestellt, dass der Effekt der Geldleistung in Westdeutschland zwar stärker als in Italien und Spanien ist, jedoch wider Erwarten negativ. Das bedeutet, dass die Geldleistungen für Familien sich in Westdeutschland unter Kontrolle aller weiteren Variablen negativ auf den Übergang auswirken. Problematisch bei der Interpretation dieser Variable ist jedoch, dass aufgrund der Erfassung dieser Variable im ECHP nicht genau überprüfbar ist, um welche konkreten Geldleistungen es sich handelt. Wie in Anhang A.12. gezeigt, sind in dieser Variablen sieben unterschiedliche Arten von Geldleistungen erfasst: child allowance, allowance for care of invalid dependents, maternity allowance, birth allowance, unmarried mother's allowance, deserted wife's allowance, other family-related benefits. Daher kann hier ver-

mutet werden, dass der Bezug von Geldleistungen für Familien ebenfalls dazu dienen kann, die Haushalts- und Betreuungsarbeit an externe Kräfte zu vergeben, die entsprechenden Dienstleistungen also einzukaufen. Dies kann sich negativ auf den Wechsel von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit wirken.

Für die Erwerbstätigkeit auf Teilzeitbasis wurden unterschiedliche Effekte je nach Land erwartet. Für Westdeutschland wurde ein negativer Einfluss (HL9), für Italien ein positiver (HL10) und für Spanien ein nicht signifikanter Einfluss (HL11) erwartet. Ausschließlich im Falle Italiens wird die Hypothese bestätigt. Erwerbstätige italienische Frauen in Teilzeitbeschäftigung wechseln wahrscheinlicher in die Hausfrauentätigkeit als diejenigen, die auf Vollzeitbasis beschäftigt sind. Dies ist ebenfalls in Spanien der Fall, obwohl hier dieser Effekt nicht vermutet wurde. Im Falle Italiens kann man schlussfolgern, dass aufgrund der höheren Kosten der Teilzeitbeschäftigung für die Arbeitgeber, eher Arbeitsstellen auf Teilzeitbasis als auf Vollzeitbasis abgebaut werden. Bezüglich Spaniens wurde in der Länderbeschreibung erläutert, dass die Teilzeitbeschäftigung mit den gleichen Schutzregelungen wie die Vollzeitbeschäftigung ausgestattet wurde. Die meisten Teilzeit-Arbeitsverhältnisse sind jedoch befristet. Die Frage hier lautet, warum die Teilzeitarbeit trotz Kontrolle der Beschäftigungsart weiterhin einen positiven Effekt auf den Übergang hat. Es kann vermutet werden, dass sich die Teilzeitarbeit demotivierend auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirkt, in dem Sinne, dass der Abstand der Nicht-Erwerbstätigkeit geringer zur Teilzeitarbeit als zur Vollzeiterwerbstätigkeit ist, und aus diesem Grund der Wechsel in die Hausfrauentätigkeit beeinflusst wird. Dies könnte mit der Erwerbsorientierung von Frauen erklärt werden. Frauen, die auf Teilzeitbasis arbeiten, sind möglicherweise weniger erwerbsorientiert als diejenigen, die auf Vollzeitbasis erwerbstätig sind. Der Vergleich des Übergangs in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit mit dem Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit weist ebenfalls sowohl in Italien als auch in Spanien auf eine weniger erwerbsorientierte Einstellung der auf Teilzeitbasis erwerbstätigen Frauen hin, im Vergleich zu den vollzeitbeschäftigten Frauen. In beiden Ländern hat die Teilzeitbeschäftigung einen positiven Effekt auf den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit, jedoch nicht auf den Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit. Dies bedeutet, dass wenn italienische und spanische auf Teilzeitbasis beschäftigte Frauen in die Hausfrauentätigkeit wechseln, diese nicht erwerbstätig sind und auch nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Sie sind nicht arbeitssuchend, dies könnte mit einer niedrigeren Erwerbsorientierung in Verbindung stehen. Um diese Aussage treffen zu können, müsste jedoch die Erwerbsorientierung in den statistischen Modellen kontrolliert werden. Dies ist unglücklicherweise mit dem vorhandenen ECHP-Datensatz nicht möglich.

In Westdeutschland verfügten die Teilzeitbeschäftigten in den 90er Jahren über die gleichen Arbeitsbedingungen wie die Vollzeitbeschäftigten. Aufgrund bestehender empirischer Ergebnisse wurde ein negativer Effekt der Teilzeitbeschäftigung erwartet. Jedoch hat diese keinen signifikanten Einfluss auf den Übergang. Dies bedeutet, dass auf Teilzeitbasis erwerbstätige Frauen nicht weniger wahrscheinlich in die Hausfrauentätigkeit wechseln, aber auch nicht mit höherer Wahrscheinlichkeit. Auf Teilzeit- und auf Vollzeitbasis erwerbstätige Frauen differenzieren sich in Westdeutschland nicht signifikant bezüglich des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit. Dies ist dennoch ausschließlich der Fall, wenn die Hausfrauentätigkeit mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit kombiniert wird. Findet der Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Beschäftigung statt, so wirkt sich die Teilzeitarbeit -ähnlich wie in Spanien und Italien- demotivierend auf die Erwerbstätigkeit aus. In Westdeutschland wechseln auf Teilzeitbasis erwerbstätige Frauen wahrscheinlicher als auf Vollzeitbasis erwerbstätige Frauen in die Hausfrauentätigkeit, in dem sie den Arbeitsumfang reduzieren (Veränderungsfaktor=4,238).

Tabelle 34. Effekt der Teilzeitarbeit in Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich

	Westdeutschland		Italien		Spanien	
	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)	Exp(b)	Exp (b*sd)
Umfang der Erwerbstätigkeit: Vollzeit						
Teilzeit	n.s.	n.s.	1,551*	1,159+	1,699**	1,201**

Die Referenzkategorie der jeweiligen kategorialen Variablen wurden *kursiv* geschrieben
Die Ergebnisse sind ein Ausschnitt der in den Tabellen 18, 22 und 26 dargestellten Modelle.
n.s.: nicht signifikant

Keiner der Interaktionseffekte der Teilzeitbeschäftigung mit Schwangerschaft und mit der Anwesenheit kleiner Kinder ist signifikant. Keine der dazu formulierten Hypothesen kann bestätigt werden. Jedoch konnten in Italien und in Spanien bei dem Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit zwei Interaktionseffekte nicht geschätzt werden, denn keine der schwangeren auf Teilzeitbasis beschäftigten Frauen hat in den genannten Zustand gewechselt. In Italien wird dementsprechend die Hypothese widerlegt, weil hier aufgrund der höheren Kosten der Teilzeitbeschäftigung für die Arbeitgeber einen positiven Effekt erwartet wurde. In Spanien wird demgegenüber die Hypothese bestätigt. Hier wurde ein schwächerer Effekt von Schwangerschaft bei Teilzeitbeschäftigung erwartet.

Tabelle 35. Ländervergleichende Hypothesen: Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger Nicht-Erwerbstätigkeit

	Zusammenfassung	
HL1	Hohe Bildung: höherer Effekt in Italien und Spanien als in Westdeutschland	+
HL2	Besteuerung: Höherer Effekt des Ehepartners in Westdeutschland als in Spanien und Italien	--
HL3	Besteuerung: Kein Unterschied in Spanien und Italien zwischen Partner und Ehepartner	IT -- ES +
HL4	Familienpolitik: Schwangerschaft Westdeutschland > Italien und Spanien	+
HL5	Familienpolitik: Kinder 0-2 Westdeutschland > Italien, Spanien	+
HL6	Familienpolitik: Schwangerschaft Italien > Spanien	--
HL7	Familienpolitik: Kinder 0-2 Italien > Spanien	+
HL8	Familienpolitik: Geldleistungen für Familien in Westdeutschland > Italien, Spanien	--
HL9	Teilzeitarbeit: Westdeutschland negativer Einfluss	-
HL10	Teilzeitarbeit: Italien positiver Einfluss	+
HL11	Teilzeitarbeit: Spanien kein signifikanter Einfluss	-- (positiver Effekt)
HI_L1	Westdeutschland: Arbeitsumfang*Schwangerschaft (negativer Effekt)	-
HI_L2	Westdeutschland: Arbeitsumfang*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.) (negativer Effekt)	-
HI_L3	Arbeitsumfang*Schwangerschaft (positiver Effekt)	-
HI_L4	Arbeitsumfang*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.)(positiver Effekt)	-
HI_L5	Arbeitsumfang*Schwangerschaft (negativer Effekt)	-
HI_L6	Arbeitsumfang*Alter des jüngsten Kindes (unter 3 J.)(negativer Effekt)	-

Anhand der ländervergleichenden Ergebnisse wird gezeigt, dass die Bildung einen positiven stärkeren Effekt auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit in traditionelleren Ländern wie Italien und Spanien als in Westdeutschland hat. Ebenfalls kann gezeigt werden, dass die Anwesenheit eines Ehemannes sich in allen drei Ländern positiv auf den Übergang auswirkt und dies unabhängig vom bestehenden Besteuerungssystem. Dies spricht dafür, dass die kulturellen Normen und Wertvorstellungen über die Rolle und die Erwerbstätigkeit von Ehefrauen in den 90er Jahren immer noch einen starken Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hatten. Bezüglich der familienpolitischen Maßnahmen wurde gezeigt, dass die Schwangerschaft in Westdeutschland und die Anwesenheit eines kleinen Kindes in Italien sich stärker auf den Übergang auswirken als in Spanien. Dies ist auf die längere Elternzeit, auf die damit verbundene Geldleistung sowie auf die geringere Versorgungsquote für kleine Kinder zurückzuführen. In Spanien ist der Effekt von Schwangerschaft stärker als in Italien, was ebenfalls auf die Regelungen bezüglich des Mutterschutzes zurückzuführen ist. Zusammenfassend kann bezüglich der familienpolitischen Maßnahmen gezeigt werden, dass die Dauer und der

Ausgleich des Lohnausfalls während des Mutterschutzes sowie die Elternzeit und das Elterngeld in Verbindung mit einer geringen Versorgungsquote für kleine Kinder sich positiv auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit auswirken. Bezüglich des Arbeitsumfangs wurde gezeigt, dass sich die Teilzeitarbeit demotivierend auf die Erwerbstätigkeit auswirkt: In Italien und in Spanien wechseln auf Teilzeitbasis erwerbstätige Frauen wahrscheinlicher in die Hausfrauentätigkeit als auf Vollzeitbasis erwerbstätige Frauen. Das ist ebenfalls in Westdeutschland der Fall, jedoch ausschließlich dann, wenn diese mit einer geringfügigen Beschäftigung kombiniert wird.

Teil VII. Zusammenfassung und Fazit

Kapitel 19. Westdeutschland, Italien und Spanien im Vergleich

Der Beitrag vorliegender Dissertation ist der Ländervergleich zwischen Westdeutschland, Italien und Spanien hinsichtlich des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit. In den hier dargestellten Modellen wurden familienbezogene, arbeitsmarktbezogene und ebenso Variablen bezüglich des Erwerbsverlaufs kontrolliert. Im Unterschied zu anderen Untersuchungen wurden hier Bildung, Einkommen und Klassenzugehörigkeit in den statistischen Modellen gleichzeitig aufgenommen. Aus diesem Grund kann eher festgestellt werden, ob die neoklassische Humankapitaltheorie, die Klassentheorie oder die Bildung als eigenständiger Einflussfaktor das hier untersuchte Phänomen erklären. Darüber hinaus wird der Übergang erstmals in einem Mehr-Episoden-Modell und mit Interaktionseffekten geschätzt. Die Interaktionseffekte sind von Schwangerschaft, Anwesenheit und Anzahl von Kindern mit Einkommen, Bildungsniveau, Familienstand und unterschiedlichen arbeitsmarktbezogenen Variablen. Durch die Interaktionseffekte konnte belegt werden, dass das Arbeitsmarktverhalten schwangerer Frauen sowie von Müttern kleiner Kinder sich nach der Befristung des Beschäftigungsverhältnisses, der Unternehmensgröße, des Beschäftigungssektors sowie nach dem Erwerbseinkommen, der Bildung und der Anwesenheit eines Ehepartners unterscheidet. Nicht nur in der Gruppe erwerbstätiger Frauen lassen sich Unterschiede bezüglich des Erwerbsverhaltens feststellen, sondern ebenfalls in der Gruppe erwerbstätiger schwangerer Frauen und erwerbstätiger Mütter.

Im Folgenden wird auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ländern detaillierter eingegangen. Dabei wird insbesondere auf den Übergang in die nichterwerbstätige Hausfrauentätigkeit eingegangen, da dieser der einzige Übergang ist, der länderübergreifend untersucht wurde. Der genannte Übergang wird in allen drei Ländern durch die Anwesenheit eines Ehepartners am relativ stärksten beeinflusst. In Spanien hat außerdem die Anwesenheit eines nicht-ehelichen Partners einen positiven Einfluss auf den Übergang, obwohl dieser Effekt weniger stark ausgeprägt ist. Es wurde vermutet, dass der Effekt in Westdeutschland aufgrund der bestehenden Ehegattenbesteuerung am stärksten ist. Dies bestätigte sich jedoch nicht und kann als Hinweis darauf interpretiert werden, dass in Italien und Spanien in den 90er Jahren trotz individualisierter Besteuerung immer noch ein traditionelleres Rollenverständnis bezüglich Ehepartnerschaft vorherrschte. Obwohl es keine steuerlichen Anreize für Ehefrauen gab, die Erwerbstätigkeit zu verlassen, hatte die Ehepartnerschaft immer noch

einen starken Einfluss auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit. Das traditionelle Rollenverständnis kann in Spanien ebenfalls durch den positiven Effekt der Anwesenheit eines Lebenspartners auf den Übergang festgestellt werden. Für Westdeutschland ist hervorzuheben, dass die Anwesenheit eines Ehepartners auch unter Kontrolle des eigenen Erwerbseinkommens, des eigenen Anteils am Haushaltseinkommen und des Erwerbsumfangs einen signifikanten Effekt auf den Übergang hat. Dies spricht dafür, dass es sich hier nicht (oder nicht ausschließlich) um eine Auswirkung der Ehegattenbesteuerung handelt: Erwerbstätige verheiratete Frauen wechseln in Westdeutschland öfter in die Hausfrauentätigkeit als nicht verheiratete Frauen. Dies geschieht unabhängig vom Einkommen und vom Erwerbsumfang, was ebenfalls auf eine auch im Westdeutschland der 90er Jahre geltende traditionelle Einstellung bezüglich der Geschlechterrollen bei Ehepartnern hinweist. In allen drei Ländern sind diese Ergebnisse ein Hinweis darauf, dass der Übergang in die Hausfrauentätigkeit aufgrund der Kontrolle des Anteils des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen weniger mit der Ressourcenverteilung als mit traditionellen Geschlechterrollen und Wertvorstellungen in der Ehepartnerschaft zu tun hat. Die aus der Familienökonomie abgeleiteten Hypothesen über den Effekt der Anwesenheit eines Ehe-/ Lebenspartners werden damit widerlegt.

Gleichfalls konnte für Westdeutschland wider Erwarten gezeigt werden, dass der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners stärker ist als der Effekt von Schwangerschaft und von der Anwesenheit kleiner Kinder (unter 3 Jahren). Dies spricht gleichwohl dafür, dass bereits bei Anwesenheit eines Ehepartners eine traditionelle Rollenvorstellung bzgl. der Frauenerwerbstätigkeit festzustellen ist. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass dies für die einzelne Wahrscheinlichkeit der westdeutschen Frauen anders aussieht: nach den unstandardisierten Veränderungsfaktoren ist der Effekt der Schwangerschaft und der Anwesenheit eines kleinen Kindes stärker als der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners. In der westdeutschen Stichprobe ist die Anzahl verheirateter Frauen größer als die Anzahl schwangerer Frauen und Frauen mit kleinen Kindern. Aus diesem Grund ist der Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners nach den standardisierten Koeffizienten für die westdeutsche Stichprobe stärker als die zwei weiteren genannten Effekte. Andere empirische Untersuchungen für die 90er Jahre hatten gezeigt, dass Frauen in Westdeutschland immer mehr ihr Erwerbsverhalten nach Geburt des ersten Kindes änderten, nicht aber nach einer Heirat (Blossfeld und Rohwer 1997:184). Dies kann an dieser Stelle für die einzelne Wahrscheinlichkeit der westdeutschen Frauen, jedoch nicht für die westdeutsche Stichprobe, bestätigt werden (siehe Tabelle 36).

Ein gemeinsames Ergebnis für alle drei Länder ist ebenfalls, dass mit steigendem Einkommen die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit sinkt. Die

Hypothese über den negativen Effekt des Einkommens auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit kann damit für alle drei Länder bestätigt werden. Steigen die Opportunitätskosten des Wechsels, so sind Frauen eher weiterhin erwerbstätig. Dabei ist der Effekt in Westdeutschland am stärksten im Vergleich zu Italien und Spanien und relativ stark in dem Land. In Westdeutschland muss die Arbeit sehr lohnenswert sein, damit Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbleiben. Dies könnte ein Hinweis auf traditionelle Geschlechterrollen sein: durch das erworbene Einkommen können Frauen mit der gesellschaftlich geltenden traditionellen Arbeitsteilung innerhalb der Familie brechen und wahrscheinlicher einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies ist in Italien und in Spanien zwar ebenso der Fall, hier ist der Effekt jedoch nicht so stark ausgeprägt (siehe Tabelle 36).

Tabelle 36. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit

	Haupteffekte	**Effekt(1)**		
Hypothese	**Kurzbeschreibung**	**WD**	**IT**	**ES**
HA1	Humankapital: Abwesenheit eines Erwerbseinkommens (positiver Effekt) (2)	-	+	+
HA2	Humankapital: Höhe des Erwerbseinkommen (negativer Effekt)	+	+	+
HA3	Familienökonomie: Anteil des eigenen Erwerbseinkommen an dem Haushaltseinkommen (negativer Effekt)	-	-	-
HA4	Familienökonomie: Anwesenheit eines Lebenspartners (kein Effekt)	+	+	--
HA5	Familienökonomie: Anwesenheit eines Ehepartners (kein Effekt)	--	--	--
HEL1 WD	Ehepartner: Ehepartner < Schwangerschaft	--		
HEL2 WD	Ehepartner: Ehepartner < kleine Kinder (0-2)	--		

Anmerkungen:
WD: Westdeutschland; IT: Italien; ES: Spanien
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Eine mittlere und eine hohe Bildung haben ebenfalls in allen drei Ländern einen negativen Effekt, wobei in Westdeutschland sich nur der Effekt der mittleren Bildung vom Effekt niedriger Bildung signifikant unterscheidet. In den zwei südeuropäischen Ländern hat die mittlere Bildung einen etwas schwächeren Effekt als in Westdeutschland, jedoch kann man bei hoher Bildung einen relativ starken Effekt feststellen, der in Westdeutschland nicht vorhanden ist. Somit gilt für den Übergang in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit, dass der Effekt einer hohen Bildung in traditionelleren Gesellschaften stärker ist als in weniger traditionellen Gesellschaften. Wie bereits durch Solera (2009) und Blossfeld (1995) wird ebenfalls hier empirisch gezeigt, dass Frauen durch Bildung eher mit den in den jeweiligen Gesellschaften geltenden Normen brechen können und dadurch liberalere Geschlechter- und Rollenvorstellungen entwickeln können. Dies würde auch erklären, warum das eigene Erwerbseinkommen in

Spanien und in Italien weniger starke Effekte verglichen mit Westdeutschland aufweist. In beiden südeuropäischen Ländern hat die Erwerbstätigkeit durch den dadurch angestoßenen Emanzipationsprozess einen zusätzlichen Wert, der in weniger traditionellen Gesellschaften nicht so präsent ist (siehe Tabelle 37).

Tabelle 37. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit

	Haupteffekte	**Effekt(1)**		
Hypothese	**Kurzbeschreibung**	**WD**	**IT**	**ES**
HA7	Bildung: Mittlere/ hohe Bildung (negativer Effekt) (2)	+/-	+	+

Anmerkungen:
WD: Westdeutschland; IT: Italien; ES: Spanien
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Die Anzahl der Episoden von Hausfrauentätigkeit zeigt ebenfalls in allen drei Ländern signifikante Effekte. Je häufiger erwerbstätige Frauen Hausfrau gewesen sind, desto wahrscheinlicher werden sie wieder Hausfrau. Dabei haben die Episoden der Hausfrauentätigkeit in Westdeutschland im Ländervergleich den höchsten Effekt, dagegen weisen sie in Spanien den niedrigsten Effekt auf. Eine Erklärung für den signifikanten Effekt dieser Variable mag sein, dass in Zeiten der Hausfrauentätigkeit eine Entwertung des Humankapitals stattfindet, was wiederrum dazu führt, dass nach Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit eine erneute Erwerbsunterbrechung wahrscheinlicher eintreten kann. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass in der vorliegenden Arbeit nicht nur die Übergänge von der Erwerbstätigkeit in die Hausfrauentätigkeit kontrolliert wurden, sondern ebenfalls allgemein alle stattgefundenen Übergänge aus der Erwerbstätigkeit in einen anderen Zustand sowie speziell die Übergänge in die Arbeitslosigkeit (innerhalb des Beobachtungszeitfensters). Signifikante Effekte wurden jedoch ausschließlich bei den Übergängen in die Hausfrauentätigkeit festgestellt. Dies spricht eher dafür, dass die Hausfrauentätigkeit doch zum Lebenskonzept erwerbstätiger Frauen gehört. Da Variablen wie Bildung, Einkommen, Anzahl und Alter von Kindern sowie andere arbeitsmarktbezogene Variablen kontrolliert wurden, ist dieses Ergebnis ein Hinweis auf die bestehenden kulturellen Wertvorstellungen und Geschlechterrollen. In den 90er Jahren gehörte es immer noch verbreitet zum Lebenskonzept erwerbstätiger Frauen, in bestimmten Lebensphasen Hausfrau zu sein. Es lässt sich außerdem vermuten, dass die Hausfrauentätigkeit die Einstellung in Richtung traditionellerer Geschlechterrollenvorstellungen ändert. Dies wird dadurch unterstrichen, dass aus anderen Gründen verursachte Erwerbsunterbrechungen, durch die auch eine Entwertung des Humankapitals stattfinden kann wie z.B. durch Arbeitslosigkeit, keinen Einfluss auf den hier untersuchten Übergang zeigen. Der Effekt, genauso wie beim Erwerbsein-

kommen, ist in Westdeutschland stärker als in Spanien und in Italien. Dieses Ergebnis könnte ebenfalls ein Hinweis darauf sein, dass erwerbstätige Frauen in Westdeutschland traditionellere Geschlechterrollenvorstellungen als in Italien und in Spanien haben. Eine weitere mögliche Interpretation ist, dass sich der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt nach wiederholten durch Hausfrauentätigkeit versursachte Erwerbsunterbrechungen in Italien und Spanien schwieriger gestaltet. Dadurch könnte eine zusätzliche Erwerbsunterbrechung seltener in Betracht gezogen werden. Um empirisch geprüfte Aussagen bezüglich der Geschlechterrollen treffen zu können, müssten Variablen über die Einstellung im statistischen Modell aufgenommen werden. Dies ist jedoch mit den hier verwendeten Daten (ECHP) nicht möglich (siehe Tabelle 38).

Tabelle 38. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit

	Haupteffekte	**Effekt(1)**		
Hypothese	**Kurzbeschreibung**	**WD**	**IT**	**ES**
HA16	Ereignisgeschichte: Dauer des aktuellen Arbeitsverhältnisses (negativer Effekt) (2)	-	+	-
HA17	Ereignisgeschichte: Arbeitsmarkterfahrung (negativer Effekt)	-	-	-
HA18	Ereignisgeschichte: Risikoset (positiver Effekt)	-	-	-
HA19	Ereignisgeschichte: Arbeitslosigkeitszeiten (positiver Effekt)	-	-	-
HA20	Ereignisgeschichte: Häufigkeit der Hausfrauentätigkeitszeiten (positiver Effekt)	+	+	+

Anmerkungen:
WD: Westdeutschland; IT: Italien; ES: Spanien
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Bei Schwangerschaft, Alter und Anzahl von Kindern können Unterschiede in allen drei Ländern festgestellt werden. Während in Westdeutschland und in Italien sowohl die Schwangerschaft als auch das Alter des jüngsten Kindes einen Einfluss auf den Übergang haben, sind in Spanien die Schwangerschaft und die Kinderzahl die Variablen, die signifikante Effekte zeigen. Schaut man sich die unstandardisierten Odds-Ratios an, so ist die einzelne Wahrscheinlichkeit einer erwerbstätigen schwangeren Frau in Westdeutschland höher als in Spanien und in Italien, in die Hausfrauentätigkeit zu wechseln. Ebenfalls ist der Effekt des Alters des jüngsten Kindes in Westdeutschland höher als in Italien. Dies stimmt mit den in den drei Ländern geltenden familienpolitischen Rahmenbedingungen hinsichtlich Mutterschutz und Elternzeit überein, da im Westdeutschland der 90er Jahre der Mutterschutz und die Elternzeit höhere Anreize für die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit als in Italien und in Spanien bieten. Außerdem war in Westdeutschland die institutionelle Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren schlechter ausgebaut als in Italien und in Spanien, was scheinbar die Erwerbsunterbrechungen erwerbstätiger Frauen mit Kindern in jungem Alter beeinflusst. Für West-

deutschland und Italien gilt auch, dass der Effekt der Anwesenheit von Kindern im Alter zwischen 3 und 5 Jahren schwächer ist als der Effekt von jüngeren Kindern. Dies ist auf die in beiden Ländern für kleine Kinder (unter drei Jahren) besser ausgebaute Kinderbetreuung zurückzuführen. In diesem Zusammenhang ist auf die Entwicklung des letzten Jahrzehnts in der deutschen Familienpolitik hinzuweisen. Die Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren wurde ausgebaut. Darüber hinaus wurde im Jahr 2007 der für Deutschland charakteristische Elternurlaub wesentlich geändert. Die Dauer der „neuen" Elternzeit reduzierte sich von drei Jahren auf vierzehn Monate (inklusive zweier Partnermonate). Auch bezüglich der Geldleistung wurden Neuerungen eingeführt. Statt eines monatlichen Erziehungsgeldes von 300 Euro wird ein Elterngeld nach der Logik des Arbeitslosengeldes gewährt. Das Elterngeld wird monatlich in Höhe von 67 Prozent des durchschnittlichen monatlichen Einkommens der letzten zwölf Monate bis zu einem Höchstbetrag von 1800 Euro gewährt. Der Mindestbetrag von 300 Euro erinnert noch an das alte Erziehungsgeld.

Tabelle 39. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit

	Haupteffekte	**Effekt(1)**		
Hypothese	**Kurzbeschreibung**	**WD**	**IT**	**ES**
HA8	Schwangerschaft/ kleine Kinder (0-5 Jahre) (positiver Effekt)	+	+	+/-
HA9	Kinder: Kinderzahl (positiver Effekt)	-	-	+
HA10	Familienpolitik: Effekt Kinder 0-2 > Effekt Kinder 3-5	+	+	-
HA11	Geldleistungen für Familien (positiver Effekt)	--	-	-
HA12	Anwesenheit anderer Personen im Haushalt (negativer Effekt)	-	-	-

Anmerkungen:
WD: Westdeutschland; IT: Italien; ES: Spanien
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Die Geldleistungen für Familien sind ausschließlich in Westdeutschland signifikant.[59] Der Effekt der Geldleistungen für Familien ist negativ, d.h. je höher die erhaltenen Geldleistungen für Familien westdeutscher Frauen sind, desto unwahrscheinlicher werden sie Hausfrau. Dies ist nicht hypothesenkonform. Es wurde vermutet, dass mit einem Anstieg der Geldleistungen die Wahrscheinlichkeit steigt, dass erwerbstätige Frauen Hausfrau werden. Hier zeigt sich, dass nicht nur die Höhe der Geldleistung sondern gleichwohl deren Ausgestaltung von Bedeutung ist. In Westdeutschland werden sowohl direkte Geldleistungen als auch Geldleistungen für die Inanspruchnahme

[59] Der Anteil des eigenen Einkommens am Haushaltseinkommen ist ebenfalls ausschließlich in Italien signifikant. Auf die Problematik dieses Effektes wurde bereits in Kapitel 16 eingegangen.

privater Betreuungsinstitutionen gewährt. Da in der Variablen unterschiedliche Geldleistungen erfasst werden, kann anhand der vorhandenen Daten die Wirkung der einzelnen konkreten Leistungen nicht exakt überprüft werden. Hinter dem negativen Effekt sind jedoch eher Geldleistungen zu vermuten, die die Inanspruchnahme einer Dienstleistung ermöglichen und aus diesem Grund die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit reduzieren.

Dem Arbeitsmarkt kommt insbesondere in Italien und Spanien eine zentrale Bedeutung zu. In beiden Ländern sind die Effekte des Erwerbsumfangs, der Art des Beschäftigungsverhältnisses und der Unternehmensgröße signifikant. In Italien beeinflusst außerdem der Beschäftigungssektor den Übergang. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass während in Spanien die Befristung einen der relativ stärksten Effekte darstellt, dies in Italien bei Beschäftigung im öffentlichen Sektor festzustellen ist. In Westdeutschland haben die Beschäftigungsart und die Unternehmensgröße signifikante Effekte, wobei in diesem Land der Einfluss auf den Übergang weniger ausgeprägt ist.

Tabelle 40. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit

	Haupteffekte	**Effekt(1)**		
Hypothese	**Kurzbeschreibung**	**WD**	**IT**	**ES**
HL9 WD	Arbeitsmarkt: Teilzeitarbeit: Westdeutschland (negativer Effekt) (2)	-		
HL10 IT	Arbeitsmarkt: Teilzeitarbeit: In Italien positiver Einfluss (positiver Effekt)		+	
HL11 ES	Arbeitsmarkt: Teilzeitarbeit: In Spanien kein signifikanter Einfluss			--
HA13	Arbeitsmarkt: Befristete Beschäftigung (positiver Effekt)	+	+	+
HA14	Arbeitsmarkt: Öffentlicher Sektor (negativer Effekt)	-	+	-
HEL3 IT	Arbeitsmarkt: Öffentlicher Sektor: In Italien einer der stärksten relativen Einflüsse		+	
HA15	Arbeitsmarkt: Unternehmensgröße (negativer Effekt)	+	+	+

Anmerkungen:
WD: Westdeutschland; IT: Italien; ES: Spanien
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(1) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(2) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Ebenfalls kann man bei der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Berufsklassen Gemeinsamkeiten bei den südeuropäischen Ländern finden. In beiden Ländern werden bei der Zugehörigkeit zu allen vier Klassen signifikante Effekte festgestellt. Dabei sind Frauen, die zur Dienstklasse oder zur Berufsklasse der qualifizierten nicht manuellen Berufe gehören, wahrscheinlicher kontinuierlich erwerbstätig als andere erwerbstätige Frauen. Dies ist in Westdeutschland nur bei Selbstständigkeit der Fall. Der Effekt von Selbstständigkeit ist in allen drei Ländern negativ und ähnlich stark. Zur Berufsklasse

der Selbstständigen gehörende Frauen verlassen weniger wahrscheinlich die Erwerbstätigkeit als zur Dienstklasse gehörende Frauen aber ebenfalls als Frauen, die in anderen Berufsklassen tätig sind. Dies kann einerseits damit begründet werden, dass bei Erwerbsunterbrechungen die Selbständigkeit gefährdet ist. Andererseits ist zu vermuten, dass eine Selbständigkeit eine flexiblere Arbeit zulässt und dadurch eine bessere Vereinbarkeit mit privaten Belangen möglich ist. Aufgrund der Kontrolle des Einkommens kann festgehalten werden, dass der Effekt der Klassenzugehörigkeit nicht ausschließlich auf materielle Gegebenheiten zurückgeführt werden kann. Das Handeln erwerbstätiger Frauen hinsichtlich des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit kann durch Ressourcen, Opportunitäten und Restriktionen beeinflusst werden, aber auch durch kulturelle und Identitätsprozesse, die mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse verbunden sind. Daher ist dies eine Bestätigung der Existenz von kultureller Reproduktion innerhalb der Klassen, wie bereits Bourdieu und in seiner Tradition Savage argumentierten (Bourdieu 1973; Savage 2000). Wichtig in diesem Zusammenhang ist außerdem, dass dies sich in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich auswirkt.

Tabelle 41. Vergleichende Übersicht über die Hypothesen zu den Haupteffekten sowie ihre Bestätigung bzw. Ablehnung: Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nicht-erwerbstätige Hausfrauentätigkeit

	Haupteffekte	**Effekt(1)**		
Hypothese	**Kurzbeschreibung**	**WD**	**IT**	**ES**
HA6	Klasse: Unterschiede nach Klassenzugehörigkeit	+	+	+

Anmerkungen:
WD: Westdeutschland; IT: Italien; ES: Spanien
signifikant und bestätigt (+); nicht signifikant (-); signifikant in eine andere Richtung (--)
(3) Nur Effekte, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10% signifikant sind.
(4) (positiver/ negativer Effekt): nach den Hypothesen erwartete Effekte.

Ausschließlich in Italien konnte ein signifikanter Effekt der Region festgestellt werden. Erwerbstätige Frauen in Süditalien werden wahrscheinlicher Hausfrauen als erwerbstätige Frauen in Norditalien. Mittelitalienische Frauen differenzieren sich nicht signifikant von norditalienischen Frauen bezüglich der Wahrscheinlichkeit, Hausfrau zu werden. Werden die entsprechenden familien- und arbeitsmarktbezogenen Variablen kontrolliert, so findet man keinen regionalen Unterschied für spanische und westdeutsche erwerbstätige Frauen hinsichtlich des Wechsels in die Hausfrauentätigkeit.

Einige Variablen sind in keinem der drei Länder signifikant. Diese Variablen gehören insbesondere zur Gruppe der Ereignisgeschichte, sind aber auch z.T. Variablen, die als Kontrollvariablen in den Modellen aufgenommen wurden. Zwei Variablen, die im Rahmen der Ereignisanalyse kontrolliert wurden, sind die Kohorte und das Alter. Für das Alter können keine signifikanten Effekte festgestellt werden. Der Effekt der Kohorte ist nur in Italien signifikant. Beide Variablen wurden jedoch als Kontrollvariablen verwen-

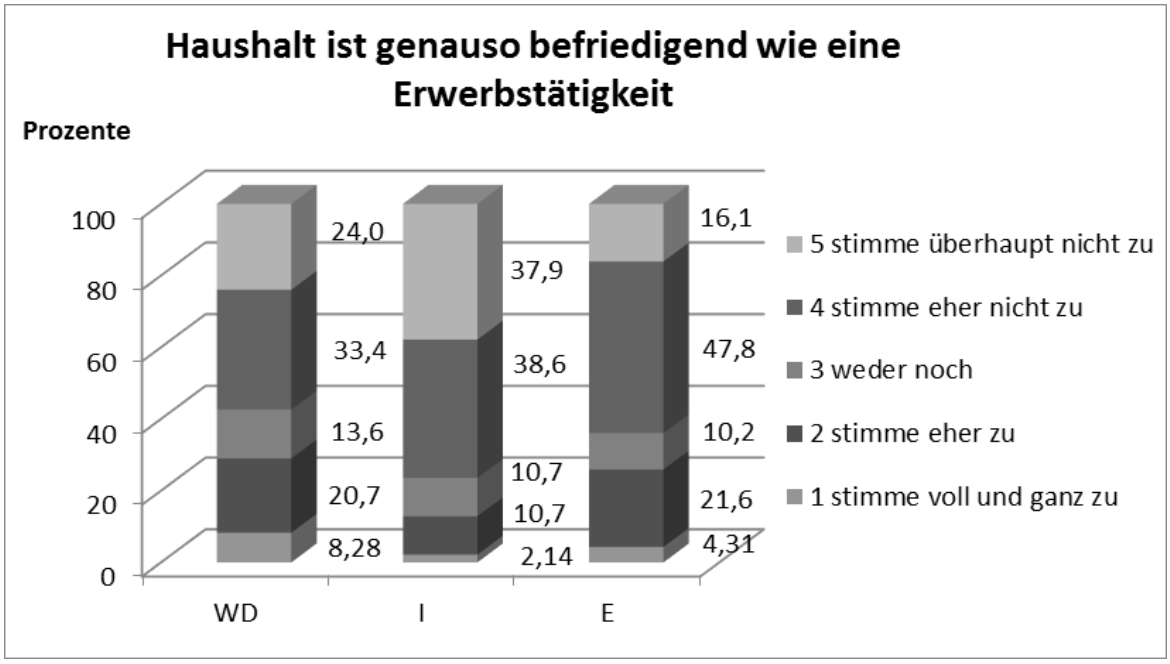
det um unter anderen das Problem der Rechtszensierung zu lösen. Außerdem hat die Variable über die Anwesenheit dritter nicht zur Kernfamilie gehörender Personen keine signifikanten Effekte. Dies ist möglicherweise auf die Operationalisierung der Variable zurückzuführen (siehe Kapitel 14.2.6). Unter Kategorie Eins wurden die Personen zusammengefasst, die im Haushalt mit Kindern unter 6 Jahren und mit anderen nicht zur Kernfamilie gehörenden Personen zusammenleben. Dies bedeutet, dass unter Kategorie Null sowohl die Personen erfasst sind, die mit Kindern unter 6 Jahren leben als auch diejenigen, die ältere Kinder oder gar keine Kinder haben.

In den drei Ländern wurde außerdem ein zusätzlicher Übergang untersucht. Während in Westdeutschland dem Übergang in die Hausfrauentätigkeit bei gleichzeitiger geringfügiger Erwerbstätigkeit eine wichtige Bedeutung zukommt, ist in Italien und in Spanien der Übergang in die arbeitslose Hausfrauentätigkeit von Bedeutung. In allen drei Ländern konnten unterschiedliche Ergebnisse festgestellt werden, je nachdem ob die Hausfrauentätigkeit mit einer Nicht-Erwerbstätigkeit, oder mit einer Erwerbstätigkeit in Westdeutschland bzw. mit einer Arbeitslosigkeit in Italien und Spanien kombiniert wird. Dies weist auf die Notwendigkeit einer präzisen Beschreibung der Hausfrauentätigkeit hin. Westdeutsche Hausfrauen sind bezüglich des Arbeitsmarktes aktiver als italienische oder spanische Hausfrauen. Dies kann für eine weniger traditionelle Einstellung bezüglich der Geschlechterrollen sprechen, jedoch kann es ebenfalls auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass eine geringfügige Beschäftigung in Spanien und in Italien kaum möglich ist. Nicht zu vernachlässigen in diesem Zusammenhang ist, dass spanische und italienische Frauen in die Hausfrauentätigkeit wechseln, jedoch weiterhin eine Stelle suchen und damit als arbeitslos und nicht als nicht-erwerbstätig zu betrachten sind: sie würden einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sofern sie eine Arbeitsstelle hätten.

Die Effekte des Erwerbseinkommens, der Episoden der Hausfrauentätigkeit und der Schwangerschaft sowie des Alters des jüngsten Kindes sind stärker in Westdeutschland als in Italien und in Spanien. Diese Ergebnisse könnte Hinweise darauf sein, dass erwerbstätige westdeutsche Frauen traditionellere Geschlechterrollenvorstellungen haben als italienische und spanische erwerbstätige Frauen. Die Einstellung bzgl. der Geschlechterrollen konnte jedoch nicht in den Modellen aufgenommen werden, da die dafür benötigten Variablen in den verwendeten Datensatz nicht vorhanden sind. Schaut man sich jedoch die Einstellung erwerbstätiger Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahren im ISSP an (International Social Survey Programme), so weisen einige Items darauf hin, dass erwerbstätige Frauen in den beiden südeuropäischen Ländern eher die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt befürworten als in Westdeutschland. In Westdeutschland stimmen 57,4 % der erwerbstätigen Frauen der Aussage nicht zu, dass der Haushalt genauso befriedigend ist wie eine entlohnte Erwerbstätigkeit. In Italien

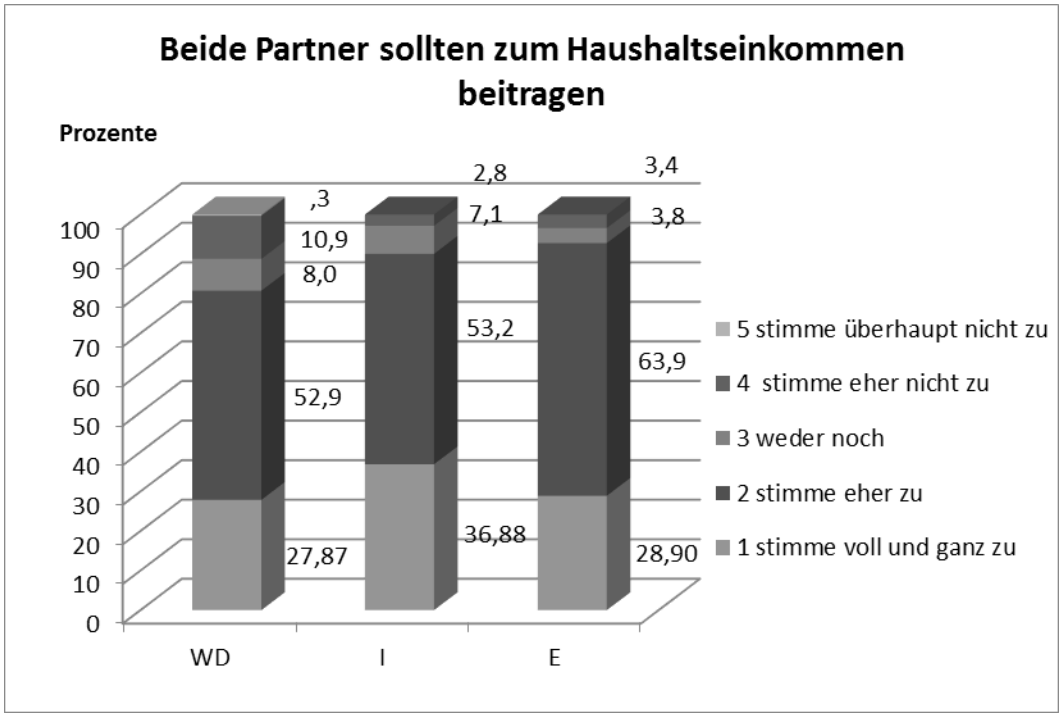
und in Spanien stimmen demgegenüber jeweils 76,5% bzw. 64,9% derselben Aussagen nicht zu (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1. Haushalt ist genauso befriedigend wie eine Erwerbstätigkeit.



Eigene Berechnung: erwerbstätige Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahre in Westdeutschland (WD), Italien (I) und Spanien (E) (ISSP 1994).

Abbildung 2. Beide Partner sollten zum Haushaltseinkommen beitragen.

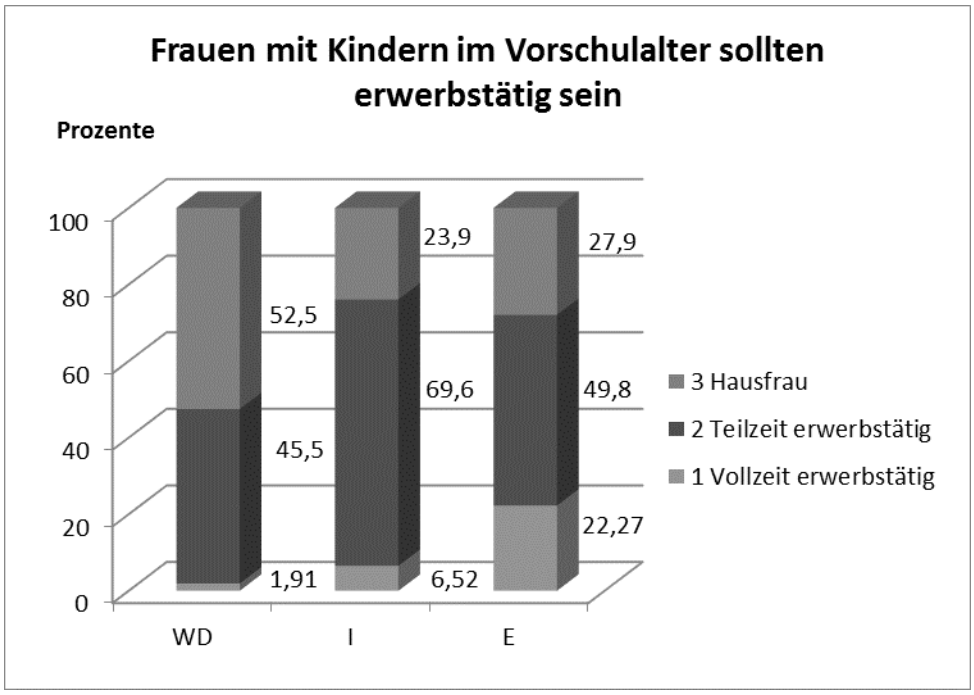


Eigene Berechnung: erwerbstätige Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahre in Westdeutschland (WD), Italien (I) und Spanien (E) (ISSP 1994).

Ähnliches zeigt sich bei der Aussage, ob beide Partner zum Haushaltseinkommen beitragen sollten: während in Westdeutschland 80,7% erwerbstätiger Frauen zustimmen, liegt der Anteil in den südeuropäischen Ländern ca. 10% darüber (90,1% in Italien bzw. 92,8% in Spanien) (siehe Abbildung 2).

Ebenfalls stimmen mehr erwerbstätige Frauen in Westdeutschland als in Italien und in Spanien der Aussage zu, dass Mütter mit Kindern im Vorschulalter zuhause bleiben sollten (52,5% in Westdeutschland, 23,9% in Italien und 27,9 in Spanien), während in Spanien und in Italien mehr Frauen einer Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern im Vorschulalter zustimmen (22,27% in Spanien, 6,52% in Italien und 1,91% in Westdeutschland) (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3. Frauen mit Kindern im Vorschulalter sollten erwerbstätig sein.



Eigene Berechnung: erwerbstätige Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahre in Westdeutschland (WD), Italien (I) und Spanien (E) (ISSP 1994).

Bezogen auf die verwendeten Theorien wird festgestellt, dass die Theorie des Humankapitals, operationalisiert durch die Höhe des Einkommens, in allen drei Ländern bestätigt wird, obwohl unterschiedliche Stärke der Effekte festgestellt wurde. Jedoch wird die auch aus der Humankapitaltheorie abgeleitete Hypothese über die Abwesenheit eines Einkommens für Westdeutschland widerlegt. Die aus der Familienökonomie und ökonomischer Verhandlungstheorie abgeleitete Hypothese über den Anteil des eigenen Erwerbseinkommens an dem Haushaltseinkommen wurde in allen drei Ländern widerlegt. Ebenfalls in allen drei Ländern wurde die Hypothese über den nicht vorhandenen Effekt der Anwesenheit eines Ehepartners und für Spanien der Anwesenheit eines Lebenspartners auf den Übergang widerlegt. Die Theorien des Humankapitals und

der Familienökonomie konnten nicht mit allen daraus abgeleiteten Hypothesen in allen drei Kontexten für den hier untersuchten Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit bestätigt werden.

Die aus den soziologischen Theorien abgeleiteten Hypothesen konnten demgegenüber bestätigt werden. In allen drei Ländern hat die Klassenzugehörigkeit einen Einfluss auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit. Gemeinsam in allen drei Ländern ist, dass die Selbständigkeit den Übergang negativ beeinflusst. Jedoch und obwohl es Gemeinsamkeiten in allen drei Ländern bzgl. der Selbständigkeit gibt, sind ebenfalls Unterschiede festzustellen. Die Beschäftigung in „qualifizierten nicht manuellen Berufen", in „qualifizierten manuellen Berufen und Landwirtschaft" und in „gering bis nicht qualifizierten Berufen" hat in Westdeutschland keinen Einfluss auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit.

Die Bildung beeinflusst negativ den Übergang in die Hausfrauentätigkeit, und dies stärker in den traditionelleren Gesellschaften Italien und Spanien. Aufgrund der Kontrolle des Einkommens kann hierzu ebenfalls festgehalten werden, dass die Effekte von Klasse und Bildung nicht ausschließlich auf materielle Gegebenheiten zurückgeführt werden können, sondern dass es sich ebenfalls um Identität, kulturelle Prozesse (in dem Fall der Klassenzugehörigkeit) sowie um einen befreienden Effekt von Bildung bezüglich geltender gesellschaftlicher Geschlechter- und Rollenvorstellungen handelt.

Bezüglich des Arbeitsmarktes wurde ebenfalls gezeigt, dass in allen drei Ländern die jeweilige Arbeitsmarktstruktur einen Einfluss auf den Übergang erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit hat. Gemeinsam in allen drei Ländern ist der Einfluss der befristeten Beschäftigung und der Unternehmensgröße. Es gibt jedoch auch arbeitsmarktbezogene Variablen, die sich unterschiedlich je nach Kontext auswirken.

Hinsichtlich des Effektes der familienpolitischen Rahmenbedingungen wurde deutlich, dass in Westdeutschland die Schwangerschaft und die Anwesenheit kleiner Kinder einen stärkeren Effekt auf den Übergang im Vergleich zu Italien und Spanien haben (und dies einer der stärksten Effekte innerhalb Westdeutschlands ist), was auf die längere Dauer und den umfangreicheren Lohnausgleich während des Mutterschutzes, die Dauer und die Geldleistung während der Elternzeit sowie auf die weniger ausgebaute öffentliche Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren zurückgeführt werden kann. Der Effekt der Anwesenheit kleiner Kinder hat in Italien einen stärkeren positiven Einfluss als in Spanien auf den Übergang, was ebenfalls auf die längere und besser bezahlte Elternzeit sowie auf die niedrigere Versorgungsquote bei der Kinderbetreuung zurückgeführt werden kann. Bezüglich der Ehegattenbesteuerung kann festgehalten werden, dass trotz der individualisierten Ehegattenbesteuerung in Italien und in Spanien ebenfalls positive Effekte der Anwesenheit eines Ehepartners (in Spanien eben-

falls eines Lebenspartners) festgestellt werden. Dies spricht für die traditionellen geltenden Normen und die kulturellen Vorstellungen über die Rolle der Frau in beiden südeuropäischen Ländern.

Es wurde bereits an mehreren Stellen erläutert, dass die Ergebnisse bzgl. des Erwerbseinkommens, der Episoden der Hausfrauentätigkeit und der Schwangerschaft sowie des Alters des jüngsten Kindes Hinweise auf die kulturellen Wertvorstellungen bezüglich der Geschlechterrollen sein könnten. Dabei wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass diese bei erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland traditioneller zu sein scheinen als in Spanien und in Italien. Die in diesem Kapitel dargestellten Grafiken sind eine Bestätigung der geäußerten Vermutung. Die Einstellung bezüglich der Geschlechterrollen konnte jedoch nicht in die Modelle aufgenommen werden. Daher wäre es in der empirischen quantitativen Forschung über die Frauenerwerbstätigkeit anzustreben, dass sozioökonomische, strukturelle und einstellungsbezogene Items in demselben Datensatz erhoben werden, um die jeweiligen Effekte differenzierter feststellen zu können. Dies ist insbesondere in ländervergleichenden Forschungsarbeiten von Interesse.

Anhand des Ländervergleiches konnte in dieser Arbeit gezeigt werden, dass der Familialismus und die entsprechenden familienpolitischen Rahmenbedingungen nicht ausreichend sind, um die Erwerbskontinuität und damit das Arbeitsmarktverhalten von Frauen zu erklären. Obwohl Westdeutschland und Italien in der Kinderbetreuung einen expliziten Familialismus aufweisen, ist die Erwerbskontinuität erwerbstätiger Frauen in beiden Ländern sehr unterschiedlich. Damit hat die Auswahl Italiens als drittes Land zu der Erkenntnis beigetragen, dass wenn auch die familienpolitischen Rahmenbedingungen den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit beeinflussen, dieses Erwerbsverhalten nicht ausschließlich auf die untersuchten familienpolitischen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist.

Nach der Differenzmethode sollten für den Vergleich zwischen Westdeutschland und Italien Variablen gefunden werden, die verschieden in beiden Ländern sind und damit den Unterschied bezüglich des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit erklären. Wie bei Solera (2009: 44) und Bratti, Del Bono und Vuri (2004: 21) konnte in der vorliegenden Arbeit gezeigt werden, dass die Segmentation des Arbeitsmarktes in öffentlichen und privaten Sektor in Italien eine wesentliche Rolle bei der Erklärung der Erwerbskontinuität von Frauen spielt. Der Einfluss des öffentlichen Sektors zeigt sich außerdem ausschließlich in Italien, womit sich dieses Land von Westdeutschland (aber auch von Spanien) unterscheidet. Ein weiterer Unterschied zwischen beiden Ländern ist der positive Einfluss der Teilzeitbeschäftigung in Italien auf den Übergang in die Hausfrauentätigkeit. In Westdeutschland konnte dieser Effekt nicht gefunden werden.

Unterschiedlich in beiden Ländern ist ebenfalls der nur in Italien existierende Effekt der Klassenzugehörigkeit zu „qualifizierten nicht manuellen Berufen", zu „qualifizierten manuellen Berufen und Landwirtschaft" sowie zu „gering bis nicht qualifizierten Berufen". Darüber hinaus unterscheiden sich Italien und Westdeutschland bezüglich des Einflusses der Abwesenheit eines Einkommens. Während diese sich in Italien positiv auf den Übergang auswirkt, hat sie in Westdeutschland keinen Einfluss.

Für den Vergleich zwischen Italien und Spanien wurde die Konkordanzmethode verwendet (siehe Teil I), nach der Variablen gesucht werden sollten, die Gemeinsamkeiten in beiden Ländern aufzeigen und daher die Ähnlichkeiten bezüglich des Übergangs in die Hausfrauentätigkeit erklären können. Gemeinsamkeiten zwischen Italien und Spanien können in dem Effekt von hoher Bildung auf den hier untersuchten Übergang festgestellt werden. Durch die Untersuchung der Länder in den 90er Jahren wird gezeigt, dass in traditionelleren Ländern wie Spanien und Italien der Effekt von hoher Bildung stärker als in weniger traditionellen Ländern wie Westdeutschland ist. Darüber hinaus waren die Effekte der Variablen bezüglich der Klassenzugehörigkeit sehr ähnlich in beiden südeuropäischen Ländern. Es konnte ebenfalls gezeigt werden, dass die Abwesenheit eines Erwerbseinkommens sich negativ auf den Übergang von erwerbstätigen Frauen in die Hausfrauentätigkeit auswirkt.

Die Ergebnisse bezüglich der familienpolitischen Rahmenbedingungen, der arbeitsmarktbezogenen Ansätze, der Klassentheorie, der Humankapitaltheorie (anhand der Abwesenheit des Einkommens) und der Familienökonomie (anhand der Anwesenheit eines Lebenspartners) weisen darauf hin, dass die Länderkontexte mit den jeweiligen institutionellen und kulturellen Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle in der Erklärung des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit spielen. Diese theoretischen Ansätze können nicht kontextunabhängig das Arbeitsmarktverhalten von Frauen erklären. Daher kann eine Weiterentwicklung der Theorien als notwendig erachtet werden. Es wird deutlich, dass das Verhalten erwerbstätiger Frauen nicht losgelöst vom jeweiligen Länderkontext erfolgt und dass die Länderkontexte als ein wesentlicher Erklärungsfaktor des Übergangs erwerbstätiger Frauen in die Hausfrauentätigkeit zu verstehen sind.

Literaturverzeichnis

Addis, E. (1999): Gender in the Reform of the Italian Welfare State. South European Society and Politics (4) 2: 122 – 149.

Albert, C., Davia, M.A. (2007): Satisfacción, ingresos y educación. In: L. Toharia (Hg.): El Mercado de trabajo europeo en el proceso de convergencia económica y social: Un análisis basado en el Panel de Hogares de la Unión Europea (PHOGUE). Fundación Caixa Galicia: CIEF Centro de Investigación Económica y Financiera, S. 175-204.

Allison, P.D. (1982): Discrete-time methods for the analysis of event history. In: S. Leinhard (Hg.): Sociological Methodology. San Francisco: Jossey-Bass, S. 61-98.

Allison, P.D. (1984): Event History Analysis: Regression for Longitudinal Event Data. Beverly Hilss: Sage Publications.

Anker, R. (1997): Theories of occupational segregation by sex: An overview. International Labour Review 136 (3): 315-339.

Anker, R. (1998): Gender and Jobs: Sex Segregation of Occupations in the World. Geneva: International Labor Office.

Atkinson, J. (1984): Manpower strategies for flexible organizations. Personnel Management 16 (8): 28-31.

Atkinson, J. (1985): The Changing Corporation. In: D. Clutterbuck (Hg.): New Patterns of Work. Aldershot: Gower.

Ball, S. (2003): Class strategies and the education market: The Middle Class and Social Advantage. London: Routledge/ Falmer.

Beck, U. (1992): Risk Society: Towards a New Modernity. London: Sage Publications.

Beck, U., Beck-Gernsheim, E. (2002): Individualization: Institutionalized Individualism and its Social and Political Consequences. London: Sage Publications.

Becker, G.S. (1981): A Treatise on the Family. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Becker, G.S. (1993): Der Ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen: Mohr.

Becker, G.S. (1998): A Treatise on the Family. Enlarged Edition. Fourth Printing. Cambridge/ London: Harvard University Press.

Beechy, V., Perkins, T. (1987): A Matter of Hours: Women, Part-time Work and the Labour Market. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Belous, R.S. (1989): The Contingent Economy: The Growth of the Temporary, Part-time and Subcontracted Workforce. Washington, D.C.: The National Planning Association.

Benham, L. (1974): Benefits of women's education within marriage. Journal of Political Economy 82 (2): 57-71.

Bernardi, E., Nazio, T. (2005): Globalisation and the Transition to Adulthood in Italy. In: H.-P. Blossfeld, E. Klijzing, M. Mills and K. Kurz (Hg.): Globalization, Uncertainty and Youth in Society. London: Routledge, S. 349-74.

Bernardi, F. (1999): Does the Husband Matter? Married Women and Employment in Italy. European Sociological Review, 15 (3): 285-300.

Bernardi, F. (2006): Análisis de la Historia de Acontecimientos. Cuadernos metodológicos 38. Madrid: Centro de Investigaciones Sociológicas.

Bernardi, F., Requena, M. (2003): La caída de la fecundidad y el déficit de natalidad en España. Revista Española de Sociología 3: 29-50.

Bernasco, W., de Graaf, P., Ultee, W. (1998): Effects of spouse's resources on occupational attainment in the Netherlands. European Sociological Review 14 (1): 15-32.

Bertram, H. (1995): Regionale Vielfalt und Lebensformen. In: B. Nauck, C. Onnen-Isemann (Hg.): Familie im Brennpunkt. Neuwied: Luchterhand, S. 123-147.

Bettio, F., Villa, P. (1998): A Mediterranean perspective on the breakdown of the relationship between participation and fertility. Cambridge Journal of Economics 22 (2): 137-71.

Bettio, F., Villa, P. (1999): To What Extent does it Pay to be Better Educated? Education and the Work Market for Women in Italy. South European Society and Politics 4 (2): 150 - 170.

Billari, F., Kohler, H.-P. (2002): The Impact of union formation dynamics on first births in West Germany and Italy: Are there signs of convergence? In: E. Klijzing, M. Corijn (Hg.): Dynamics of fertility and partnership in Europe. Insights and lessons from comparative research. Volume II. Geneva/ New York: United Nations.

Billari, F., Kohler, H.-P. (2004): Patterns of Low and Lowest-Low Fertility in Europe. Population Studies 58 (2): 161-176.

Blossfeld, H.P. (1995): Changes in the Process of Family Formation and Women´s Growing Economic Independence: A Comparison of Nine Countries. In: H.P. Blossfeld (Hg.): The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies. Boulder, Colorado: Westview Press, S. 3-32.

Blossfeld, H.P., Drobnič, S. (2001): Careers of Couples in Contemporary Societies: From Male Breadwinner to Dual Earner Families. Oxford/ New York: Oxford University Press.

Blossfeld, H.P., Golsch, K., Rohwer, G. (2007): Event History Analysis with Stata. Mahwah, N.J.: Lawrence Erlbaum.

Blossfeld, H.P., Hakim, C. (Hg.) (1997): Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-Time in Europe and the United States of America. Oxford: Oxford University Press.

Blossfeld, H.P., Hamerle, A., Mayer, K. U. (1986): Ereignisanalyse. Statistische Theorie und Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Frankfurt, New York: Campus.

Blossfeld, H.P., Mayer, K.U. (1988): Labor Market Segmentation in the Federal Republic of Germany: An Empirical Study of Segmentation Theories from a Life Course Perspective. European Sociological Review 4 (2): 123-140.

Blossfeld, H.P., Rohwer, G. (1995): West Germany: Changes in the process of family formation in the Federal Republic of Germany. In: H.P. Blossfeld (Hg.): The New Role of Women. Family Formation in Modern societies. Boulder, Colorado: Westview Press, S. 56-76.

Blossfeld, H.P., Rohwer, G. (1997): Part-Time Work in West Germany. In: H.P. Blossfeld, C. Hakim (Hg.): Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-Time in Europe and the United States of America. Oxford: Oxford University Press, S. 164-190.

Böheim, R., Taylor, M.P. (2000): The search for success: do the unemployed find stable employment? Institute for Social and Economic Research, Working Papers. Paper 2000-5. Colchester: University of Essex.

Böheim, R., Taylor, M.P. (2002): The search for success: do the unemployed find stable employment? Labour Economics 9: 717-735.

Bothfeld, S. (2004): Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück? Die Situation der Frauen im Inhalt gesamtdeutschen Arbeitsmarkt. In: R. Hufnagel, T. Simon (Hg.): Problemfall Deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu gesamtdeutschen Fragestellungen. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 125-146.

Bothfeld, S., O'Reilly, J. (2000): Moving up or moving out? Transitions through part-time employment in Britain and Germany. In: J. O'Reilly, I. Cebrián, M. Lallement (Hg.): Working-time changes: social integration through transitional labour markets. Cheltenham: Edward Elgar, S. 132-172.

Bothfeld, S., Schmidt, T., Tobsch, V. (2005): Erosion des männlichen Ernährermodells? Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter drei Jahren. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Bottero, W., Irwin, S. (2003): Locating difference: class, race and gender, and the shaping of social inequalities. Sociological Review 51 (4): 463-83.

Bourdieu, P. (1973): Kulturelle Reproduktion und soziale Reproduktion. In: P. Bourdieu, J.C. Passeron (Hg.): Theorie der symbolischen Gewalt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 89-139.

Bratti, M., Del Bono, E., Vuri, D. (2004): New Mothers' Labour Force Participation in Italy: The Role of Job Characteristics. Discussion Paper Series IZA DP No. 1111.

Brines, J. (1994): Economic Dependency, Gender, and the Division of Labor at Home. American Journal of Sociology 100: 652-688.

Brunello, G. (2001): On the Complementary between Education and Training in Europe. http://www.etla.fi/PURE/train.pdf. Abrufdatum: 09.05.2011.

Brynin, M., Schupp, J. (2000): Education, Employment, and Gender Inequality in the Family. European Sociological Review, 16 (4): 349-65.

Castles, F.G. (2003): The World Turned Upside Down: Below Replacement Fertility, Changing Preference and Family-Friendly public Policy in 21 OECD Countries. Journal of European Social Policy 13 (3): 209-227.

Cebrián López, I., Moreno Raymundo, G. (2002): Bienestar social y empleo. In: G. Rodríguez Cabrero, D. Sotelsek Salem (Hg.): Apuntes sobre Bienestar Social. Alcalá de Henares: Universidad de Alcalá de Henares.

Cebrián, I., Moreno, G. (1995): The incidence of household characteristics on labour decisions: the case of Spain. Labour 9: 207-31.

CIDE Centro de Investigación y Documentación Educativa (2002): El sistema educativo español 2002. Madrid: Ministerio de Educación, Cultura y Deporte.

Clark, A., Postel-Vinay, F. (2005): Job Security and Job Protection. CEP Discussion Paper 678.

Coleman, J.S. (1991): Grundlagen der Sozialtheorie Bd.1: Handlungen und Handlungssysteme. München: Oldenburg.

Cooke, P. (1983): Labour market discontinuity and spatial development. Progress in Human Geography 7 (4): 543-65.

Cousins, C. (1999): Society, Work and Welfare in Europe. Londres: Macmillan.

Croci Angelini, E., Michelangeli, A. (2008): Measuring Well-Being differences across EU Countries. A Multidimensional Analysis of Income, Housing, Health, and Education. Working paper n.15, Università degli Studi die Macerata.

Crompton, R. (2006): Employment and the Family: The Reconfiguration of Work and Family Life in Contemporary Societies. Cambridge: Cambridge University Press.

Daly, M. (1998): Women and the Labour Market in International Comparison – A Case of Six Labour Profiles. In: Thematic Network (Hg.): "Working and Mothering: Social Practices and Social Policies". 1st report: Comparative Perspectives on Working and Mothering. 1st TSER seminar of the Thematic Network "Working and

Mothering: Social Practices and Social Policies", Lund, Sweden November 26-28th.

Daly, M. (2000): A Fine Balance. Women´s Labor Market Participation in International Comparison. In: F.W. Scharpf, V.A. Schmidt (Hg.): Welfare and work in the open economy. Volume 2: Diverse Responses to Common Challenges. Oxford: Oxford University Press, S. 465-510.

Daly, M., Klammer, U. (2005): Women's participation in European labour markets. In: U. Gerhard, T. Knijn, A. Weckwert (Hg.): Working Mothers in Europe. A comparison of Policies and Practices. Cheltenham, UK: Edward Elgar.

Davia, M.A. (2007): Apéndice: El Panel de Hogares de la Unión Europea. In: L. Toharia (Hg.): El mercado de trabajo europeo en el proceso de convergencia económica y social: Un análisis basado en el Panel de Hogares de la Unión Europea (PHOGUE). Fundación Caixa Galicia: CIEF Centro de Investigación Económica y Financiera, S. 301-330.

Del Boca, D. (2002): The effect of child care and part time opportunities on participation and fertility decisions in Italy. Journal of Population Economics 15: 549-573.

Delgado, M. (1995): Spain. In: H.P. Blossfeld (Hg.): The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies. Boulder, Colorado: Westview Press, S. 191-210.

Delgado, M., Castro, T. (1998): Encuesta de Fecundidad y Familia 1995 (FFS). Madrid: Centro de Investigaciones Sociológicas.

Devine, F. (2004): Class practices: how parents help their children get good jobs. Cambridge: Cambridge University Press.

Dex, S., Joshi, H., Macran, S., McCulloch, A. (1998): Women's Employment Transitions around Childbearing. Oxford Bulletin of Economics and Statistics 60 (1): 79-100.

Dingeldey, I. (2000): Einkommenssteuersysteme und familiale Erwerbsmuster im europäischen Vergleich. In: I. Dingeldey (Hg.): Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen. Begünstigungen und Belastungen verschiedener familialer Erwerbsmuster im Ländervergleich. Opladen: Leske + Budrich, S. 11-47.

Dingeldey, I. (2001): European Tax Systems and their Impact on Family Employment Patterns. Journal of Social Policy 30 (4): 653-672.

Dingeldey, I. (2002): Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. WSI-Mitteilungen 3/2002: 154-160.

Doeringer, P., Piore, M. (1971): Internal labor markets and manpower analysis. Lexington, Mass.: Heath.

Dolado, J.J., Felgueroso, F., Jimeno, J.J. (2004): Where Do Women Work?: Analysing Patterns in Occupational Segregation by Gender. Annales d'Économie et de Statisque (71/72): 293-315.

Duffy, A., Pupo, M. (1992): The Part-Time Paradox: Connecting Gender, Work and Family. Toronto: McClelland & Stewars.

DuMouchel W.H., Duncan G.J. (1983): Using sample survey weights in multiple regression analysis of stratified samples. Journal of the American Statistical Association 78: 535-543.

Duncan, S. (2005): Mothering, class and rationality. The Sociological Review 53 (1): 50-76.

Erikson, R., Goldthorpe, J.H. (1992): The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies. Oxford: Clarendon Press.

Erikson, R., Goldthorpe, J.H., Portocarero, L. (1979): International Class Mobility in Three Western European Societies. British Journal of Sociology 30: 415-441.

Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press/Princeton, NJ: Princeton University Press.

Esping-Andersen, G. (1993): Changing Classes. Stratification and mobility in post-industrial societies. London and Newbury Park, California: Sage Publications.

Esping-Andersen, G. (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: S. Lessenich, I. Ostner (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt a.M., New York: Campus, S. 19-56.

Esping-Andersen, G. (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford: Oxford University Press.

Esping-Andersen, G. (2000): Interview on post-industrialism and the future of the welfare state. Work, Employment and Society 14 (4): 757-769.

Europäische Kommission (2003): Europäische Statistik. Erhebung über Arbeitskräfte. Ergebnisse 2002. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat (1994): ECHP – 1994, Wave 1. Variable list. DOC PAN 15/94. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat (1996): The European Community Household Panel (ECHP): Survey methodlogy and implementation. Volume 1. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat (2000): ECHP data quality. PAN 108/99 Revised. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat (2002): Imputation of income in the ECHP. Doc. PAN 164/2002-12. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat (2003a): Construction of weights in the ECHP. Doc. PAN 165/2003-06. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat (2003b): ECHP UDB Description of variables. Data Dictionary, Codebook and Differences between Countries and Waves. Doc. PAN 166/2003-12. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat (2003c): ECHP UDB Manual. European Community Household Panel. Longitudinal Users' Database. Waves 1 to 8. Survey years 1994 to 2001. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Fagan, C., O'Reilly, J. (1998): Conceptualizing Part-Time Work: The Value of an Integrated Comparative Perspective. In: C. Fagan, J. O'Reilly (Hg.): Part-Time Prospects: International Comparison of Part-Time Work in Europe, North-America and the Pacific Rim. London: Routledge, S. 1-32.

Fagan, C., Rubery, J. (1996): The Salience of the Part-Time Divide in the European Union. European Sociological Review 12 (3): 227-250.

Felmlee, D.H. (1984): A Dynamic Analysis of Women's Employment Exits. Demography 21 (2): 171-183.

Fernández Cordón, J. A., Tobío Soler, C. (2005): Conciliar las responsabilidades familiars y laborales: políticas y prácticas sociales. Documento de trabajo 79/2005.

Ferrera, M. (1996): The „Southern Model" of Welfare in Social Europe. Journal of European Social Policy 6 (1): 17-37.

Filer, R. (1989): Occupational Segregation: Compensating Differentials, and Comparable Worth. In: R. Michael, H. Hartmann, B. O'Farrell (Hg.): Pay Equity: Empirical Inquiries. Washington, D.C.: National Academy Press, S. 153-170.

Flaquer, L. (2000) Las políticas familiars en una perspectiva comparada. Barcelona: Fundación "la Caixa". Colección Estudios Sociales, 3.

Flaquer, L. (2004): La articulación entre familia y el Estado de bienestar en los países de la Europa del sur. Papers 73: 27-58.

Ganzeboom, H.B.G., Treiman, D.J. (1996): Internationally Comparable Measures of Occupational Status for the 1988 International Standard Classification of Occupations. Social Science Research 25: 201-239.

García-Mainar, I., García-Serrano, C., Toharia, L. (2007): Transiciones Laborales y satisfacción con el trabajo. In: L. Toharia (Hg.): El Mercado de trabajo europeo en el proceso de convergencia económica y social: Un análisis basado en el Panel de Hogares de la Unión Europea (PHOGUE). Fundación Caixa Galicia: CIEF Centro de Investigación Económica y Financiera, 149-173.

Gebel, M., Giesecke, J. (2008): Labour Market Flexibility and Inequality. The Changing Risk Patterns of Temporary Employment in Germany. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Arbeitspapiere - Working Papers Nr. 112.

Gerhard, U., Knijn, T., Weckwert, A. (Hg.) (2003): Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich. München: Beck.

Gerhard, U., Knijn, T., Weckwert, A. (Hg.) (2005): Working Mothers in Europe. A comparison of Policies and Practices. Cheltenham, UK: Edward Elgar.

Giddens, A. (1991): Modernity and self identity: Self and Society in Late Modern Age. Stanford: Stanford University Press.

Glass, J.L., Riley, L. (1998): Family Responsive Policies and Employee Retention Following Childbirth. Social Forces 76 (4): 1401-1435.

Goldthorpe, J.H. (1996): Class analysis and the reorientation of class theory: the case of persisting differentials in educational attainment. British Journal of Sociology 47 (3): 481-505.

Goldthorpe, J.H., Marshall, G. (1992): The Promising Future of Class Analysis: A Response to Recent Critiques. Sociology 26: 381-400.

Goldthorpe, J.H., McKnight, A. (2003): The Economic Basis of Social Class, Working Paper 2003-05. Oxford: Department of Sociology, University of Oxford.

Goldthorpe, J.H., McKnight, A. (2004): The Economic Basis of Social Class. CASEpaper 80. Centre for Analysis of Social Exclusion. London School of Economics.

Goldthotpe, J. H., Marshall, G. (1992): The Promising Future of Class Analysis: A Response to Recent Critiques. Sociology 26: 381-400.

Golsch, K. (2006): Ereignisanalyse in Stata 9. How-To-Skript zum Workshop des Zentrums für Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung, Universität zu Köln, 20.-21. Juli 2005. Aktualisierte Fassung für Stata 9, Bielefeld, September 2006.

González, J.J., Garrido, L. (2008): Mercado de trabajo, ocupación y clases sociales. In: J.J. González, M. Requena (Hg.): Tres décadas de cambio social en España. Madrid: Alianza Editorial.

González, M.J., Jurado Guerrero, T. (2006): Remaining childless in affluent economies: a comparison of France, West Germany, Italy and Spain, 1994-2001. European Journal of Population 22: 317-352.

González, M.-J., Vidal, S. (2005) Where do I leave my baby? Use and development of early childcare in Spain. DemoSoc Working Paper, 2005-5. Barcelona: Universidad Pompeu Fabra, Facultad de Ciencias Políticas y Sociales.

Gornick, J.C. (1999): Gender Equality in the Labour Market. In: D. Sainsbury (Hg.): Gender Policy Regimes and Welfare States. Oxford: Oxford University Press, S. 117-146.

Gornick, J.C., Meyers, M.K., Ross, K.E. (1997): Supporting the employment of mothers: policy variation across fourteen welfare states. Journal of European Social Policy 7 (1): 45-70.

Gottschall, K. (1998): Doing Gender While Doing Work? Erkenntnispotentiale konstruktivistischer Perspektiven für eine Analyse des Zusammenhangs von Arbeitsmarkt, Beruf und Geschlecht. In: B. Geissler, F. Maier, B. Pfau-Effinger (Hg.): FrauenArbeitsMarkt: Der Beitrag der Frauenforschung zur sozioökonomischen Theorieentwicklung. Berlin: Edition Sigma, S. 63-94.

Gottschall, K., Bird., K. (2003): Family Leave Policies and Labor Market Segregation in Germany: Reinvention or Reform of the Male Breadwinner Model? Review of Policy Research: Special Issue on Gender and Work Place Policies 20 (1): 115-134.

Guillén, A. (1997) Regímenes de bienestar y roles familiares: un análisis del caso español. Papers 53: 45-63.

Guo, G. (1993): Event-history analysis of left-truncated data. In: P. Marsden (Hg.): Sociological Methodology. San Francisco: Jossey-Bass, S. 217-242.

Gustafsson, S. (1992): Separate Taxation and Married Women's Labor Supply. A Comparison of West Germany and Sweden. Journal of Population Economics 5: 61-85.

Gutiérrez-Domènech, M. (2005): Employment Transitions after Motherhood in Spain. Labour 19 (Special Issue): 123-148.

Hakim, C. (2000): Work-Lifestyle Choices in the 21st Century: Preference Theory. Oxford: Oxford University Press.

Hakim, C. (2003): A New Approach to Explaining Fertility Patterns: Preference Theory. Population and Development Review 9 (3): 349-374.

Hall, E.J. (1993): Waitering/Waitressing: Engendering the Work of Table Servers. Gender and Society 3: 329-346.

Halsey, A.H., Lauder, H., Brown, P., Wells, A.S. (Hg.) (1997): Education: culture, economy and society. Oxford: Oxford University Press.

Hamerle, A. (1991): On the Treatment of Interrupted Spells and Initial Conditions in Event History Analysis. Sociological Methods Research 19: 388.

Hank, K., Kreyenfeld, M., Spieß, K.C. (2004): Kinderbetreuung und Fertilität in Westdeutschland. Zeitschrift für Soziologie 33 (3): 228-244.

Hantrais, L., Letablier, M.T. (1996): Families and family policies in Europe. London, New York: Longman.

Hernanz, V., Toharia, L. (2007): Los salaries como determinantes de las transiciones laborales de los asalariados temporales. In: L. Toharia (Hg.): El Mercado de trabajo europeo en el proceso de convergencia económica y social: Un análisis ba-

sado en el Panel de Hogares de la Unión Europea (PHOGUE). Fundación Caixa Galicia: CIEF Centro de Investigación Económica y Financiera, S. 239-265.

Himmelweit, S., Sigala, M. (2004): Choice and the relationship between identities and behaviour for mothers with pre-school children: some implications for policy from a UK study. Journal of Social Policy 33 (3): 455-478.

Hinrichs, K. (1996): Das Normalarbeitsverhältnis und der männliche Familienernährer als Leitbilder der Sozialpolitik. Sozialer Fortschritt (4): 102-107.

Hobson, B. (1994): Solo Mothers, Social Policy Regimes, and the Logics of Gender. In: D. Sainsbury (Hg.): Gendering Welfare States. Thousand Oaks, California: Sage Publications.

Hoem, J.M. (1989): The issue of weights in panel surveys of individual behavior. In: D. Kasprzyk, G.J. Duncan, G. Kalton, M.P. Singh (Hg.): Panel Survey. New York: Wiley.

Holst, E., Maier, F. (1998): Normalarbeitsverhältnis und Geschlechterordnung. MittAB 3/98: 506-518.

Hunt, A. (Hg.) (1988): Women and Paid Work: Issues of Equality. London: Macmillan.

Joshi, H (1984): Women's Participation in Paid Work: Further Analysis of the Women and Employment Survey. London: Department of Employment Research, Paper (45).

Jurado Guerrero, T., Naldini, M. (1996): Is the South so Different? Italian and Spanish Families in Comparative Perspective. South European Society and Politics 1 (3): 42 – 66.

Jurado, T. (2007): La influencia global del nivel de educación en el número de hijos en Europa. In: L. Toharia (Hg.): El Mercado de trabajo europeo en el proceso de convergencia económica y social: Un análisis basado en el Panel de Hogares de la Unión Europea (PHOGUE). Fundación Caixa Galicia: CIEF Centro de Investigación Económica y Financiera, S. 19-68.

Jurado, T. (2008): Las nuevas familias españolas. In: J.J. González, M. Requena (Hg.): Tres décadas de cambio social en España. Madrid: Alianza Editorial.

Kabeer, N. (1999): Ressources, Agency, Achievements: Reflections on the Measurement of Women`s Empowerment. Development and Change 30: 435-464.

Kalleberg, A. L., Sorensen, A. B. (1979): The Sociology of labor markets. Annual Review of Sociology 5: 351-379.

Kangas, O., Rostgaard, T. (2007): Preferences or institutions? Work family life opportunities in seven European countries. Journal of European Social Policy 17 (3): 240-256.

Keller, B., Seifert, H. (2002): Flexicurity – Wie lassen sich Flexibilität und soziale Sicherheit vereinbaren? Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (35): 90-106.

Klammer, U., Daly, M. (2003): Die Beteiligung von Frauen an europäischen Arbeitsmärkten. In: U. Gerhard, T. Knijn, A. Weckwert (Hg.): Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich. München: Beck, S. 193-217.

Klammer, U., Tillmann, K. (2001): Vielfalt als Normalität? – Querschnittergebnisse zur Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse in Westdeutschland und in NRW. In: U. Klammer, K. Tillmann (Hg.): Flexicurity: Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Düsseldorf: WSI-Hans Böckler Stiftung, S. 45-82.

Knijn, T., Jönsson, I., Klammer, U. (2005): Care packages: The organisation of work and care by working mothers. In: U. Gerhard, T. Knijn, A. Weckwert (Hg.): Working Mothers in Europe. A Comparison of Policies and Practices. Cheltenham, UK: Edward Elgar.

Knudsen, C., Peters, E. H. (1994): An International Comparison of Married Women´s Labor Supply. Luxembourg: Luxembourg Income Study Working Paper 106.

Koch, A., Bäcker, G. (2004): Mini- und Midi-Jobs-Frauenerwerbstätigkeit und Niedrigeinkommensstrategien in der Arbeitsmarktpolitik. In: D. Baatz, I. Kurz-Scherf, C. Rudolph, A. Satilmis (Hg.): Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit. Münster: Westfäliches Dampfboot, S. 85-102.

Konietzka, D., Kreyenfeld, M. (2002): Women's Employment and Non-Marital Childbearing: A Comparison between East and West Germany in the 1990s. Population 2 (57): 331-357.

Konietzka, D., Kreyenfeld, M. (2005): Nicht-eheliche Mutterschaft und soziale Ungleichheit. Zur sozioökonomischen Differenzierung der Familienformen in Ost- und Westdeutschland. MPIDR Working Paper WP 2005-001.

Kreyenfeld, M. (2004): Sozialstruktur und Kinderbetreuung: Eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kindertageseinrichtungen. Max-Planck-Institut für demographische Forschung Working Paper 2004-009.

Kurz, K. (1998): Das Erwerbsverhalten von Frauen in der intensiven Familienphase. Ein Vergleich zwischen Müttern in der Bundesrepublik und in den USA. Opladen: Leske + Budrich.

Lampert, H. (2001): Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit als aktuelle und zentrale Zielsetzung der Familienpolitik. Beitrag Nr. 211 der Volkswirtschaftlichen Diskussionsreihe des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg. Augsburg.

Lázaro, N., Moltó, M.L., Sánchez, R. (1997): Women's Labour Force Participation and Part Time Work in Spain. Labour 11 (3): 449-468.

Leibfried, S. (1992): Sozialstaat Europa? – Integrationsperspektiven europäischer Armutsregimes. In: R. Müller, M.F. Schuntermann (Hg.): Sozialpolitik als Gestaltungsauftrag. Köln: Bund-Verl., S. 329-355.

Leira, A., Tobío, C., Trifiletti, R. (2003): Verwandschaftsnetze und informelle Unterstützung: Betreuungsressourcen für die erste Generation erwerbstätiger Mütter in Norwegen, Italien und Spanien. In: U. Gerhard, T. Knijn, A. Weckwert (Hg.): Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich. München: Beck.

Leitner, S. (2003): Varieties of Familialism. The caring function of the family in comparative perspective. European Societies 5 (4): 353-375.

Leitner, S., Ostner, I., Schratzenstaller, M. (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Lessenich, S. (1994): „Three Worlds of Welfare Capitalism" – oder vier? Strukturwandel arbeits- und sozialpolitischer Regulierungsmuster in Spanien. Politische Vierteljahresschrift 35: 224-244.

Lesthaeghe, R. (1983): A Century of Demographic and Cultural Change in Western Europe: An Exploration of Underlying Dimensions. Population and Development Review 9: 411-435.

Lesthaeghe, R. (1998): On Theory Development: Application to the Study of Family Formation. Population and Development Review 24 (1): 1-14.

Lewis, J. (1992): Gender and the development of welfare regimes. Journal of European Social Policy 2 (3): 159-173.

Lewis, J. (2001): The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care. Social Politics 2: 152-169.

Lewis, J. (2002): Gender and welfare state change. European Societies 4: 331-357.

Lewis, J. (2004): Auf dem Weg zur "Zwei-Erwerbstätigen"-Familie. In: S. Leitner, I. Ostner, M. Schratzensteller (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was Kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien. Wiesbaden: Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien.

Lewis, J., Ostner, I (1994): Gender and the Evolution of European Social Policy. Bremen Zentrum für Sozialpolitik: Zes-Arbeitspapier 4.

Lijphart, A. (1971): Comparative Politics and the Comparative Method. The American Political Science Review 65 (3): 682-693.

Lister, R. (1994): She has other duties' – women, citizenship and social security. In: S. Baldwin, J. Falkingham (Hg.): Social Security and Social Change: New Challenges to the Beveridge Model. New York: Harvester Wheatsheaf.

Locatelli, M., Moscato, V., Pasqua, S. (2001): The European Community Household Panel (ECHP): Elements for users with special focus on labour and household economics. Working Papers. Centre for Household, Income, Labour and Demographic economics.

Lück, D. (2006): The Impact of Gender Role Attitudes on Women's Life Courses. In: H.P. Blossfeld, H. Hofmeister (Hg.): Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An International Comparison. Northampton: Edward Elgar, S. 405-432.

Marten, C., Ochoa, E. (2009): Varieties of Maternalism? The Relationship between Family Policy Regimes and Maternal Role Attitudes in Germany, Spain and Hungary. Paper presented at the 7th ESPAnet conference 2009.

Mayer K. U., Carroll G. (1987): Jobs and Classes: Structural Constraints on Career Mobility. European Sociological Review 3: 14-38.

McLaughling, E., Glendinning, C. (1994): Paying for Care in Europe: Is There a Feminist Approach? In: L. Hantrais, S. Mangen (Hg.): Family Policy and the Welfare of Women. Cross-National Research Papers. Third Series: Concepts and Contexts in International Comparisons. Loughborough: University of Technology, S. 52-69.

McRae, S. (1993): Returning to work after childbirth: opportunities and inequalities. European Sociological Review 9: 125-138.

McRae, S. (2003): Choice and Constraints in Mothers Employment Careers: McRae Replies to Hakim. British Journal of Sociology 54 (4): 585-592.

Meyers, M.K., Gornick, J.C., Ross, K.E. (1999): Public Childcare, Parental Leave, and Employment. In: D. Sainsbury (Hg.): Gender and Welfare State Regimes. Oxford: Oxford University Press, S. 117–146.

Mincer, J. (1974): Schooling, Experience, and Earnings. New York: NBER and Columbia University Press.

Mincer, J., Polachek, S. (1974): Family Investment in Human Capital: Earnings of Women. Journal of Political Economy 82: 76-108.

Miret-Gamundi, P. (2003): Are young Europeans less likely to live with a partner as their educational attainment Level Increases? Working Papers of the Institute for Social and Economic Research, paper 2003-9. Colchester: University of Essex.

Mora, R., Ruiz-Castillo, J. (2004): Gender segregation by occupation in the public and the private sector. The case of Spain. Investigaciones económicas XXVIII (3): 399-428.

Moreno, L. (1997): The Spanish Development of Southern Welfare. Madrid: IESA-CSIC, Working Paper 97-04.

Moreno, L. (2004): Spain's transition to new risks: a farewell to 'superwomen'. Madrid: Unidad de Políticas Comparadas (CSIC): Working Paper 04-12.

Morgan, K.J., Zippel, K. (2003): Paid to Care: The Origins and Effects of Care Leaves Policies in Western Europe. Social Politics 1: 49–85.

Mückenberger, U. (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses – Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? Zeitschrift für Sozialreform 31: 415-434 und 457-475.

Naldini, M. (2003): The Family in the Mediterranean Welfare States. Londres y Portland, Or: Frank Cass.

O'Connor, J. (1993): Gender, class and citizenship in the comparative analysis of welfare state regimes: theoretical and methodological issues. British Journal of Sociology 44 (3): 501-518.

O'Connor, J. (1996): From Women in the Welfare State to Gendering Welfare State Regimes. Current Sociology 44 (2).

O'Connor, J.S., Orloff, A.S., Shaver, S. (1999): States, markets, families. Cambridge: Cambridge University Press.

OECD (2001): Balancing Work and Family Life: Helping Parents Into Paid Employment. In: OECD (Hg.): Employment Outlook. Paris: OECD, 89-166.

OECD (2002): Women at work: who are they and how are they faring? In: OECD (Hg.): Employment Outlook. Paris: OECD.

OECD (2006): Starting Strong II: Early Childhood Education and Care. Paris: OECD.

Ondrich, J., Spiess, C.K., Yang, Q., Wagner, G.G. (2003): The Liberalization of Maternity Leave Policy and the Return to Work after Childbirth in Germany. Review of Economics of the Household (1): 77-110.

Orloff, A.S. (1993): Gender and the social rights of citizenship: the comparative analysis of gender relations and welfare states. American Sociological Review 58: 303-328.

Orloff, A.S. (1996): Gender in the welfare state. Annual Review of Sociology 22: 51-78.

Ortiz, L. (2007): Not the Right Job, but a Secure One: Over-education and Temporary Employment in France, Italy and Spain. DemoSoc Working Paper. Paper Number 2007—23.

Osterman, P. (1987): Choice Among Alternative Internal Labor Market Systems. Industrial Relations 26 (1): 46-67.

Ott, N. (1993): Zum Rationalverhalten familialer Entscheidungen. In: C. Born, H. Krüger (Hg.): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S.25-51.

Peracchi, F. (2002): The European Community Household Panel: A review. Empirical Economics 27: 63-90.

Peracchi, M., Depalo, D. (2006): Labor Market Outcomes of Natives and Immigrants: Evidence from the ECHP. University of Rome Tor Vergata.

Pfarr, H. (2000): Soziale Sicherheit und Flexibilität: Brauchen wir ein „Neues Normalverhältnis"?. WSI-Mitteilungen 5: 279-283.

Pfau-Effinger, B. (1998): Arbeitsmarkt- und Familiendynamik in Europa – Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse. In: B. Geissler, F. Maier, B. Pfau-Effinger (Hg.): FrauenArbeitsMarkt. Der Beitrag der Frauenforschung zur sozioökonomischen Theorieentwicklung. Berlin: edition sigma, S. 177-194.

Pinch, S., Storey, A. (1992): Flexibility, Gender and Part-Time Work: Evidence from a Survey of the Economically Active. Transactions of the Institute of British Geographers, New Series 17 (2): 198-214.

Piore, M.J. (1975): Notes for a theory of labor market stratification. In: R. Edwards, M. Reich, D.M. Gordon (Hg.): Labor Market Segmentation. Lexington, Mass: Heath.

Piore, M.J. (1980): Dualism as a response to flux and uncertainty. In: S. Berger, M. Piore (Hg.): Dualism and discontinuity in industrial societies. Cambridge: Cambridge University Press, S. 23-54.

Polachek, S. (1981): Occupational Self-selection: A Human Capital Approach to Sex Differences in Occupational Structure. Structure, Review of Economics and Statistics 58: 60-69.

Ragin, C. (1987): The Comparative Method. Moving beyond qualitative and quantitative strategies. Berkeley: The University Press of California.

Reay, D. (1998): Class work, mother's involvement in their children's primary schooling. London: UCL Press.

Richiardi, M. (2002): What does the ECHP tell us about labour status misperception: a journey in less known regions of labour discomfort. Working Papers Series 10. Moncalieri: Collegio „Carlo Alberto".

Robinson-Pant, A. (2004): Education for Women: Whose Values Count? Gender and Development 13 (4): 473-89.

Rubery, J. (1978): Structured labour markets, worker organisation and low pay. Cambridge Journal of Economics 2: 17-36.

Rubery, J., Fagan C., Smith M. (1995): Changing Patterns of Work and Working-Time in the European Union and the Impact of Gender Divisions. Report to the European Commission for the Network of Experts on the Situation of Women on the Labour Market. Brussels: CFC.

Ruivo, M., González, M.D.P, Varejao, J.M. (1998): Why is Part-time Work so Low in Portugal and Spain? In: J. O'Reilly, C. Fagan (Hg.): Part-time Prospects: An International Comparison of Part-time Work in Europe, North America and the Pacific Rim. London: Routledge, S. 199-213.

Sainsbury, D. (1994): Women's and men's social rights: gendering dimensions of welfare states. In: D. Sainsbury (Hg.): Gendering Welfare States. London: Sage Publications.

Sainsbury, D. (1996): Gender, Equality and Welfare States. Cambridge: Cambridge University Press.

Salido, O. (2002): La participación laboral de las mujeres en España: cifras para un debate. Working paper 02-15. Madrid: Unidad de Políticas Comparadas (CSIC).

Salido, O., Moreno, L. (2007): Bienestar y políticas familiares en España. Política y Sociedad 44 (2): 101-114.

Salido, O., Moreno, L. (2009) Familia y género. In: L. Moreno (Hg.): Reformas de las políticas del bienestar en España. Madrid: Siglo XXI, S. 281-308.

Salles. A. (2005): Familienpolitische Hilfen zur Arbeitsmarktintegration von Müttern – ein deutsch-französischer Vergleich. In: G. Achcar, D. Simon, M. Veil (Hg.): Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat, Familienpolitik und die Geschlechterfrage – deutsch-französische Konvergenzen und Divergenzen. P 2005-007. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Saraceno, C. (1995): Familismo ambivalente y clientelismo categórico en el Estado del bienestar italiano. In: S. Sarasa, L. Moreno (Hg.): El Estado del bienestar en la Europa del sur. Madrid: Consejo Superior de Investigaciones Científicas/Instituto de Estudios Sociales Avanzados, S. 261-288.

Saraceno, C. (2000): Italian Families under Economic Stress: The Impact of Social Policies. Labour 14 (1): 161-184.

Savage, M. (2000): Class analysis and social transformation. Buckingham: Open University Press.

Schmid, J. (2002): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. 2. Überarbeitete Auflage. Opladen: Leske + Budrich.

Schmidt, T., Schmitt, C. (2004): Erwerbsverläufe. In: SOFI, IAB, INIFES, ISF (Hg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland: Arbeit und Lebensweisen, Teil III.3.

Schulz, F., Blossfeld, H.P. (2006): Wie verändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? Eine Längsschnittstudie der ersten 14 Ehejahre in Westdeutschland. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (1): 23-49.

Skeggs, B. (1997): Formations of class and gender: Becoming Respectable. London, Thousand Oaks, California: Sage Publications.

Smith, M., Cebrián, I., Davia, M.A., Hernanz, V., Malo, M.A. (2000): Transitions through part-time in Spain and the United Kingdom: a route into secure employment? In: J. O'Reilly, I. Cebrián, M. Lallement (Hg.): Working-Time Chang-

es. Social Integration Though Transitional Labour Markets. Cheltenham, UK: Edward Elgar.

Solera, C. (2009): Women in and out of paid work. Changes across generations in Italy and Britain. Bristol, UK: The Policy Press.

Solera, C., Bettio, F. (2007): Women's Work Histories in Italy: Education as Investment in Reconciliation and Legitimicy? DemoSoc Working Paper 19, Barcelona: University of Pompeu Fabra.

Sørensen, A. (1995): Women´s Education and the Costs and Benefits of Marriage. In: H.P. Blossfeld (Hg.): The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies. Boulder, Colorado: Westview Press, S. 229-235.

Stier, H., Lewin-Epstein, N., Braun M. (2001): Welfare regimes, family-supportive policies, and women's employment along the life-course. American Journal of Sociology 106 (6): 1731–1760.

Strünck, C. (2004): Neue Berufsbiographien und alter Sozialstaat? Aus Politik und Zeitgeschichte 28: 40-46.

Thematic Network (1998): Working and Mothering: Social Practices and Social Policies, 1st report: Comparative Perspectives on Working and Mothering. 1st TSER seminar of the Thematic Network "Working and Mothering: Social Practices and Social Policies". Lund, Sweden.

Toharia, L. (2003): El Mercado de trabajo en España, 1978-2003. Información Comercial Española 811.

Trifiletti, R. (1998): Restructuring Social Care in Italy. In: J. Lewis (Hg.): Gender, Social Care and Welfare State Restructuring in Europe. Aldershot: Ashgate, 175-206.

Trifiletti, R. (1999): Southern European Welfare Regimes and the Worsening Position of Women. Journal of European Social Policy 9 (1): 49-64.

Trifiletti, R. (2003): Families, Work and Social Care in Europe. A qualitative study of care arrangements in Finland, France, Italy, Portugal and the UK. SOCCARE Project Report 6.

Valdés Dal-Ré, F. (2004): The difficulty of reconciling flexibility and security in Spain: the paradigmatic case of part-time work. Transfer 10 (2):248-262.

Valiente Fernández, C. (1997a): ¿Algo más que „ganadores del pan"?: El papel de los hombres en el ambito familiar en España (1975-1996). Revista Española de Investigación Sociológica 79: 221-243.

Valiente Fernández, C. (1997b): Las políticas de ciudado de los niños a nivel nacional en España (1975-1996). Papers 53: 101-133.

Velarde, J. (1990): El tercer viraje de la Seguridad Social. Madrid: Instituto de Estudios Económicos.

Verma, V., Clémenceau, A. (1996): Methodology of the European Community Household Panel. Statistic in Transition 2 (7): 1023-1062.

Vermunt, J. K. (1997): Log-linear models for event histories. Newbury Park, California: Sage Publications.

Waldfogel, J. (1998): The Family Gap for Young Women in the United States and Britain: Can Maternity Leave Make a Difference? Journal of Labor Economics 16 (3): 505-545.

Watson, D. (2003): Sample attrition between waves 1 and 5 in the European Community Household Panel. European Sociological Review, 19 (4): 361-378.

Weber, A. M. (2004): Wann kehren junge Mütter auf den Arbeitsmarkt zurück? Eine Verweildaueranalyse für Westdeutschland. Berlin: ZEW Discussion Papers.

Wendt, C., Maucher, M. (2000): Mütter zwischen Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit. Institutionelle Hilfen und Hürden bei einem beruflichen Wiedereinstieg nach einer Kinderpause. Arbeitspapiere Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 18.

West, C., Zimmerman, D.H. (1987): Doing Gender. Gender and Society 1 (2):125-151.

Wilkinson, F. (1983): Productive systems. Cambridge Journal of Economics (7): 413-429.

Winter-Ebmer, R. (2001): Firm size, earnings, and displacement risk. Economic Inquiry 39 (3): 474-486.

Yamaguchi, K. (1991): Event History Analysis. London: Sage Publications.

Yeandle, S. (1984): Women's Working Lives. London, New York: Tavistock Publications.

Zighera, J. A. (1996): How to Measure and Compare Female Activity in the European Union. In: P. Beckmann (Hg.): Gender Specific Occupational Segregation. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, S. 89-105.